

Gespräch mit Pierre Bourdieu
Über Mehrheiten,
Medien und Macht

Erhard Eppler
Die Wiederherstellung
der Politik

Ausgabe 5 | 98
Heft 103
9,50 DM
September |
Oktober 1998

Nach der Bundestagswahl: Politikwechsel!
Beiträge von Uta Biermann und Reinhold Rünker, Wolfgang Gehrcke,
Detlev von Larcher, Kerstin Müller, Andrea Nahles, Frankfurter Kreis

MACHT DEMOKRATIE

PROTEST



von Susi Möbbeck

Lassen wir einmal dahingestellt, ob das Wahlergebnis als „Linksruck“ zu beschreiben ist. Eins aber ist sicher: Die Einmaligkeit des demokratischen Wechsels, die Deutlichkeit der parlamentarischen Konstellation, in der sich neben der rot-grünen Mehrheit noch eine linke Oppositionspartei etabliert hat, bringt mehr Dynamik Richtung sozial-ökologische Reformpolitik, als der Wahlkampf von SPD und Grünen erwarten ließ und als der künftige Kanzler erhofft hat.

Insbesondere im Osten wurden die Konservativen für Arbeitslosigkeit und soziale Spaltung in einer Deutlichkeit abgestraft, die einem mit Blick auf die daran geknüpften Erwartungen schon wieder Sorge bereiten kann: nur 16 von 80 Direktmandaten konnte die CDU im Osten (einschl. Berlin) noch halten. In Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen brach die CDU mit minus 11-15 Prozent am stärksten ein.

Wahlentscheidend war zumindest im Osten die Hoffnung auf eine deutliche Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit, auf Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Menschen, auf einen verlässlichen Ausbau des zweiten Arbeitsmarktes. Damit ist die Meßlatte für die neue Regierung hoch gelegt. Abgerechnet wird schon bald. Wenn es der rotgrünen Regierung gelingt, die Zahl der Arbeitslosen nachhaltig und deutlich zu senken, kann sie sich eine dauerhafte Unterstützung im Osten Deutschlands und damit stabilere Wählerbindungen aufbauen.

Und umgekehrt. Sollte die rotgrüne Regierung den ihr erteilten Vertrauensvorschuß nicht einlösen, wird Schröder in vier Jahren ebenso gnadenlos abgewählt, wie es diesmal Kohl ergangen ist. Aber es wird dann

nicht die CDU sein, die davon profitiert, sondern die Rechtsextremen, die hoffen können, die Enttäuschten einzusammeln.

In dieser Hinsicht war das Landtagswahlergebnis der DVU in Sachsen-Anhalt eine mehr als deutliche Warnung. Daß die Rechten bei den Bundestagswahlen abgeschlagen worden sind, ist vor allem der Wechselhoffnung geschuldet. Wer noch bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt seine Unzufriedenheit mit den politischen und sozialen Verhältnissen durch Unterstützung rechter Parolen bekundete, hatte bei der Bundestagswahl die Chance, den Machtwechsel herbeizuwählen. An den rechtsextremen, autoritären und rassistischen Deutungsmustern in den Köpfen vieler Menschen in Ost und West ändert das schwache Abschneiden der Rechten leider nichts. Wer sich daher jetzt mit dem Hinweis auf „Protestwähler“ zurücklehnt, kann möglicherweise schon bei der Europawahl sein braunes Wunder erleben. Notwendig ist eine langfristig angelegte Strategie, die nicht nur auf Wahlergebnisse starrt, sondern um die Köpfe kämpft. In Ostdeutschland bedeutet das zu allererst, daß die Hegemonie der rechten Jugendszene gebrochen und eine demokratische Jugendkultur der Interessenvertretung aufgebaut werden muß.

Reinhard Höppner hat zurecht darauf hingewiesen, daß der SPD-Erfolg in Ostdeutschland zu einem guten Teil darauf zurückzuführen ist, daß sich die sachsen-anhaltische SPD nach der Landtagswahl im April nicht hat beirren lassen und gegen erbitterten Widerstand aus Bonn daran festgehalten hat, eine sozialdemokratische Alleinregierung zu bilden, die von der PDS toleriert wird. Damit hat die ostdeutsche SPD sich als Vertreterin ostdeutscher Interessen profilieren können und gleichzeitig den Wunsch nach einem wirklichen Wechsel auch im Bund artikuliert. Ohne die Entscheidung in Sachsen-Anhalt hätte das Bonner Gerede über eine mögliche Große Koalition im Bund zumindest in Ostdeutschland verheerende Folgen für die SPD haben können.

Die PDS ist wieder im Bundestag und der Wechsel kommt trotzdem. Das ist gut so. Wäre die PDS knapp gescheitert, hätte die Akzeptanz des parlamentarischen Systems in Ostdeutschland gelitten, wären SPD und Grüne vor den Knoten der Kooperati-

on mit der PDS geschoben worden, wäre der Wechsel ausgefallen. Wir haben also Glück gehabt. Aber vor allem: Der Knoten muß nun endlich durchschlagen werden.

Die Strategie der PDS-Ausgrenzung hat ebenso versagt wie die Strategie des moralischen Zeigefingers. Rund 20 Prozent der ostdeutschen Wählerinnen und Wähler haben sich trotz der vehement vorgetragenen Drohung „wer PDS wählt, wählt Kohl“ ganz bewußt für die PDS entschieden. Im Osten ist die PDS nicht nur eine ganz normale Partei, sondern SPD und PDS hätten gemeinsam eine strukturelle Mehrheit. In Mecklenburg-Vorpommern besteht die Chance, diese Mehrheit zu nutzen und damit gleichzeitig dem Eiertanz um die Möglichkeit von Koalitionen zwischen SPD und PDS ein Ende zu bereiten.

Doch das Wahlergebnis für die PDS ist nicht nur in Ostdeutschland von Bedeutung. Die Tatsache, daß die PDS sich als linke Regionalpartei etabliert hat, muß auch den Westen interessieren. Mit dem Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin, wo die PDS ihre stärkste Bastion hat, werden die Abgrenzungsrituale der anderen Parteien gegenüber der PDS ohnehin nur noch lächerlich wirken. Es wäre aber gut, die SPD würde von sich aus den Umgang mit der PDS normalisieren und sich endlich mit der Politik, die die PDS vertritt, politisch auseinandersetzen. Ein Blick zu den europäischen Nachbarn kann da hilfreich sein. Es wird sich dann zeigen, wo Übereinstimmungen bestehen, aber auch, wo politische Konflikte auszutragen sind. Die PDS hat dabei - das kann man in Sachsen-Anhalt gut studieren - beileibe nicht überall die linke Wahrheit gepachtet.

Ob sich die PDS als sozialistische Partei links neben der SPD etablieren kann, hängt nicht zuletzt von der Politik der Sozialdemokratie ab. Je weiter die SPD das linke Feld räumt, umso wahrscheinlicher wird es, daß es der PDS gelingt, sich im Osten weiter zu stabilisieren und zunehmend auch im Westen Fuß zu fassen. Andererseits: je stärker die ostdeutsche SPD sich als eigenständige Kraft darstellt, die ihre Politik aus der sozialen und politischen Situation in Ostdeutschland ableitet und ihren Weg selbstbewußt in der Gesamtpartei vertritt, umso besser sind die Voraussetzungen für eine dauerhafte Mehrheitsfähigkeit im Osten.

INHALT

Herausgeber/Herausgeberinnen:
Henz Albrecht (Berlin)
Edegard Bulmahn (Hannover)
Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
Diether Dehm (Großentaff)
Katrin Fuchs (Verl)
Christel Hanewinkel (Halle/S.)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Susie Möbbeck (Magdeburg)
Peter von Oertzen (Hannover)
Horst Peter (Kassel)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
Andreas Wehr (Berlin)
Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Uta Biermann
Mirja Düwel
Ralf Krämer
Reinhold Rünker
Georg Schulze
Joachim Schuster
Claudia Walther
Frank Wilhelmy
Rainer Zügehor

Redaktionssekretär
Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:
spw-Verlag/Redaktion GmbH
Fresenstraße 26, 44289 Dortmund
Telefon 02 31/40 24 10 (Verlag)
Telefon 02 31/40 14 11 (Redaktion)
Telefax 02 31/40 24 16
E-mail: spw-verlag@gmx.de
Internet: <http://www.koeln-online.de/spw/>

Geschäftsführung:

Olaf Schöde
Hans-Peter Schulz
Joachim Schuster
Alfred Voges

Konto des Verlages:
Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 63,-
(bei Bankeinzug DM 60,-)
ermäßigtes Jahresabonnement
für SchülerInnen, StudentInnen,
Erwerbslose DM 55,-,
(bei Bankeinzug DM 52,-)
Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist
von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
Zuschriften. Wenn möglich, sollen
Manuskripte auf Diskette mit einem
Ausdruck geliefert werden
(MS-DOS-Textverarbeitungssystem).

ISSN 0170-2613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 1998.
Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Meerbusch

Satz- und Gestaltung:
Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:
Nolte-Druck - Iselohn
1-3 Tausend, Oktober 1998

| | |
|---|----|
| <i>Susi Möbbeck</i> kurzum | 2 |
| POLITIKWECHSEL! | |
| <i>Uta Biermann, Reinhold Rünker</i> Die SPD ist angekommen | 4 |
| <i>spw-intern</i> | 8 |
| <i>Detlev von Larcher</i> Aufbruch nach links oder ab durch die „neue Mitte“? | 9 |
| <i>Andrea Nahles</i> Wenn der Genosse der Bosse mit dem Boss der Genossen | 10 |
| <i>Kerstin Müller</i> Nach der Wahl – in eine neue Ära | 12 |
| <i>Wolfgang Gehrcke</i> Der Wechsel und eine gestärkte PDS | 13 |
| <i>Frankfurter Kreis</i> Vom Regierungswechsel zum Politikwechsel | 14 |
| ALTERNATIVES 100-TAGE-PROGRAMM | |
| Für einen grundlegenden Politikwechsel | 16 |
| BONN APART | |
| <i>Frank Wilhelmy</i> Kampa forever | 23 |
| MACHT – DEMOKRATIE – PROTEST | |
| <i>Frank Wilhelmy, Reinhold Rünker, Claudia Walther</i> Macht – Demokratie – Protest: Einleitung zum Heftschwerpunkt | 24 |
| <i>Gespräch mit Pierre Bourdieu</i> Über Mehrheiten, Medien und Macht | 26 |
| <i>Erhard Eppler</i> Die Wiederherstellung der Politik | 28 |
| <i>Karsten Rudolph</i> Politikwechsel Der neue Ort der sozialdemokratischen Linken nach dem 27. September | 34 |
| <i>Claudia Walther</i> Europa – im Namen der Rose? | 37 |
| <i>Andreas Wehr</i> Europa versus Nationalstaat? | 39 |
| <i>Detlef Henschel</i> Der soziale Protest in Deutschland und die Rolle der Gewerkschaften | 42 |
| <i>Christoph Meyer</i> Protest von rechts: Faschismus mit antikapitalistischem Antlitz | 47 |
| INNOVATIVER CAPITALISMUS? | |
| <i>Joachim Schuster</i> Innovation nur bei Rückzug des Staates? | 49 |
| <i>Hans-Jürgen Bieling</i> Innovation, Eigeninitiative und Selbstverantwortung Zum Bericht der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission | 51 |
| PROJEKTE FÜR EINEN ÖKOLOGISCH-SOLIDARISCHEN „NEW DEAL“ | |
| <i>Carsten Krebs, Danyel Reiche</i> Beschäftigungswirkungen einer ökologischen Steuerreform | 57 |
| SOZIALISTISCHE POLITIK UND WIRTSCHAFT | |
| <i>Diether Dehm</i> Sozialistischer Aufbruch mit Kleinbürgern? | 60 |
| <i>Ralf Krämer</i> Sozialökonomische Krisenprozesse und Alternativen der sozialistischen Linken | 62 |



Die SPD ist angekommen...

Der Beginn einer neuen Ära?

von Uta Biermann und Reinhold Rünker

Von der strategischen Ausrichtung des Wahlkampfes auf die „neue Mitte“ war der Wahlkampf 1998 konsequenter und professioneller angelegt als noch 1994, erst recht 1990.

Die Sozialdemokratie hat einen überragenden Wahlsieg errungen – und nicht nur das: obwohl die PDS mit 5,1% ebenfalls in den Bundestag einzieht, hat Rot-Grün im neuen Parlament eine komfortable Mehrheit von 21 Sitzen. Das Hauptziel – die konservativ-liberale Koalition mit Helmut Kohl an der Spitze abzulösen – ist so mit Bravour gelungen. Nach dem Kanzlerwechsel muß jetzt der Politikwechsel durch eine rot-grüne Bundesregierung erfolgen.

Mit ihrem Wahlsieg reiht sich die Sozialdemokratie Deutschlands in die Mehrheit der europäischen Länder ein, die ebenfalls sozialdemokratisch regiert werden. Lediglich in Irland und Spanien befinden sich die sozialdemokratischen Parteien in der Opposition.

Der Sieg der „Neuen Mitte“

Der Beginn eines neuen „sozialdemokratischen Jahrhunderts“ markiert dennoch per se keinen Aufbruch zu einer radikalreformerischen Politik, sondern ist vielmehr das Ergebnis des kontinuierlichen Niederganges der Träger

neoliberaler bzw. neokonservativer Politik der 70er/80er Jahre. Diese waren angetreten mit dem Ziel, die sozialstaatliche Umverteilung von oben nach unten umzukehren und die ausgeweitete gesellschaftliche Partizipation wieder einzuschränken. Gegen das Modell sozialer Gleichheit und der gesellschaftlichen Gestaltung der Wirtschaft setzte sie eine sich selbst regulierenden Ökonomie und eine auf zumeist christlich-traditionale Werte bauende Gesellschaftspolitik, gestärkt durch Repression nach innen und Abgrenzung nach außen (im Zuge der Europäisierung durch eine Abschottung der EU). Leistung solle sich wieder lohnen, so lautete das Credo der ausgehenden 70er Jahre.

Dabei gab es national unterschiedliche Akzentsetzungen: während in Deutschland die ideologische Diskussion („geistig-moralische Wende“) überwog, gingen insbesondere die britischen Neokonservativen mit einem marktradikalen (neoliberalen) Konzept gegen gewachsene Sozialstrukturen und Gewerkschaften vor.

Die Protagonistinnen dieser Politik sind in den 1990er Jahren weitgehend gescheitert – zumeist an ihren nicht eingelösten Versprechungen, gelegentlich auch an ihren eigenen moralischen Überhöhungen, denen sie wie in Großbritannien nicht gerecht wurden.

Die Ideologie des Neoliberalismus, der „Freisetzung der Marktkräfte“, der „Entstaatlichung von Politik“ hingegen hat in den zurückliegenden Jahren zunehmend Eingang in die sozialdemokratischen Parteien Europas gehalten. Auch dies gewiß in unterschiedlichem Maße. So wird die britische Labour Party bereits zuweilen als „Mitte-Rechts-Partei“ bezeichnet, während die französische sozialistische Partei den linken Rand markiert. Die Einordnung der SPD ist noch umstritten, sie wird in den nächsten Monaten hart umkämpft sein. Dabei ist nicht zu unterschätzen, daß die Entwicklung der deutschen SPD als Regierungspartei zum „trend setter“ der europäischen Nachbarn avancieren kann.

Schon nach der Bundestagswahl 1994 hieß es in der spw: „Die SPD rückt zunehmend in die Mitte des Parteienspektrums. So verstehen sich viele Führungspersonen der Partei ja schon lange und da wollen sie hin.“¹ Die strategische Ausrichtung der SPD im Wahlkampf 1998 hatte nun das Ziel der „Neuen Mitte“ explizit (in ihrer Kampagne) und implizit (in ihren Hauptwahlaussagen) fest im Visier: „Innovation und Gerechtigkeit“ steht dabei für den schwierigen Brückenschlag zwischen den Ansprüchen der potentiellen Modernisierungsgewinn-

Dr. Uta Biermann, Chemikerin am Max-Planck-Institut, lebt in Mainz, Reinhold Rünker, Historiker, führt z. Z. die Geschäfte des Juso-Landesverbandes NRW und lebt in Leichlingen. Beide sind Mitglieder der spw-Redaktion

ner wie -verlierer. „Wir werden nicht alles anders, aber vieles besser machen!“ federt zugleich die Angst vor allzu starker Polarisierung der Interessen ab. Somit konnten viele Gerhard Schröder und die SPD als ihren Hoffnungsträger begreifen und den Auftrag zur Neugestaltung der politischen Verhältnisse geben!

Von der strategischen Ausrichtung des Wahlkampfes auf die „neue Mitte“ war der Wahlkampf 1998 konsequenter und professioneller angelegt als noch 1994, erst recht 1990.

Kampa-Wahlkampf und die virtuelle SPD

Das Unterfangen der SPD, auf eine professionelle Wahlkampfleitung zu setzen, die in ihrer Inszenierung und Symbolik für Aufsehen sorgt und quer zu gewohnten Bahnen der üblichen Parteiendramaturgie gelegen hat, war im Grundsatz richtig. Dies fängt bei der Ausgliederung der Kampa aus dem Tagesgeschäft des Ollenhauer-Hauses an und hört nicht zuletzt bei einer zeitgemäßen Kommunikation über elektronische Medien auf.

Gleichwohl kommt der Wahlkampfleitung der zweifelhafte Verdienst zu, schließlich eine Kampagne umgesetzt zu haben, die faktisch nicht nur auf die Eigeninitiative der Gesamtpartei verzichtete, sondern diesen Verzicht auch noch beförderte. Die größte Angst in der Wahlkampfleitung galt seit der Inthronisierung Schröders nicht mehr dem politischen Gegner, sondern der eigenen Partei, die das Bild des dynamisch-modernen wirtschaftsnahen Kanzlerkandidaten konterkarieren könnte. Es wäre ihnen wohl am liebsten gewesen, die SPD existiere nunmehr nur noch „virtuell“ und ließe sich an- und ausschalten wie ein Computermonitor.

Die nach den bitteren Jahren unter Scharping selbst verordnete „Kommunikationsdisziplin“ erstickte so nicht nur die gewiß schädlichen Profilierungsversuche Einzelner, sondern verhinderte auch, daß ureigenste sozialdemokratische Programmatik als solche vertreten werden durfte, wenn dies von der engeren Parteiführung als nicht genehm empfunden wurde.

Und nicht genehm waren insbesondere alle Forderungen, bei dem staatliche Maßnahmen als Korrektiv des Marktes eingefordert wurden – sei es durch die Einführung einer Umlagefinanzierung oder einer ökologisch-sozialen Steuerreform.

Die Kunst der Zuspitzung

Landauf, landab wurde der sozialdemokratische Wahlkampf für seine inhaltsleere gescholten. Das war – betrachteten wir die Schwerpunktsetzung auf den Inszenierungsaspekt – sicher gewollt. Die kommerzielle Gleichschaltung des politischen Angebots einerseits und die Entleerung programmatischer Diskurse andererseits („das marktwirtschaftlichste Programm, was die SPD je hatte“), ließen kaum Spielraum für eine akzentuierte Positionierung gegen den konservativ-liberalen Diskurs. Und dort, wo eine Abgrenzung möglich gewesen wäre, wurde er durch Schröder und seine Vasallen kaum angenommen.

Die Strategie, sehr zielgruppenspezifische Wahlkampfbeiträge zu entwickeln, mag auch insofern als professionell (gerade verstanden im Sinne von erfolgreich) bezeichnet werden, als daß Schröder in der Lage war, jede Gruppe, auf die er in seinem Wahlkampf stieß, mit ihren Problemen anzusprechen und Lösungen zu avisieren. Die große Kunst lag schließlich darin, die so aufgerissenen Widersprüche zwischen neoliberal gefärbter Modernisierung einerseits und dem Wunsch einer sozialen Aufhebung des Einzelnen nicht aufeinanderkrachen zu lassen, sondern sie „zum klingen zu bringen“, indem sie den Wunsch nach Ablösung der verbrauchten konservativ-liberalen Koalition nährten und durch ein souverän aufgetretendes Personalangebot Schröder zu befriedigen waren. Böse Zungen haben dabei schon im Wahlkampf darauf hingewiesen, daß ein Kanzler kein Chamäleon sein könne und die Zeit des Schwures kommen werde. Diese ist mit den Koalitionsverhandlungen angebrochen und wird nicht mit der ersten Budgetberatung abgeschlossen sein.

Dennoch wäre es deutlich verkürzt, inhaltliche Diskursfähigkeit einerseits und mediale Inszenierung andererseits gegeneinander auszuspielen. Für ein linkes Wahlkampfkonzept müßte vielmehr gelten, die inhaltliche Diskursfähigkeit eben durch eine geschickte mediale Positionierung dieser Inhalte herzustellen und zu befördern. Diskursfähigkeit soll dabei verstanden werden als das Bemühen um eine angemessene Sprache und Symbolik, die Dritten eine Auseinandersetzung mit dem möglich macht, was man selbst ausdrücken möchte. Insofern trifft die Kritik an der Wahlkampfleitung nicht die Frage, ob bestimmte Medien und Formen eingesetzt

werden, sondern wie und in welchem Kontext dies geschieht.

Berücksichtigt werden muß außerdem, daß die von den Parteien zunehmende präsentierte „Verflachung“ und Zurückhaltung ihrer Positionen auch darin liegt, daß sie sich gegenüber der Medienwelt unangreifbar machen wollen, die auf jeden vermeintlichen Fehler lauert – wobei sie zuweilen aber auch nach ihrem (zumeist bürgerlichen) Gutdünken entscheidet, was denn ein Fehler ist! Nehmen wir exemplarisch die Diskussion um die Benzinpreis-Erhöhung, mit der die GRÜNEN zur Sommerpause regelrecht gejagt wurden: niemand von den Grünen hatte die Meinung vertreten, eine künftige rot-grüne Regierung wolle auf einen Schlag den Benzinpreis auf 5,00 DM erhöhen. Vielmehr sollte am Ende einer ökologisch ausgerichteten Steuerreform ein als ökologisch sinnvoll erscheinender Preis stehen. Dafür standen die 5,00 DM.

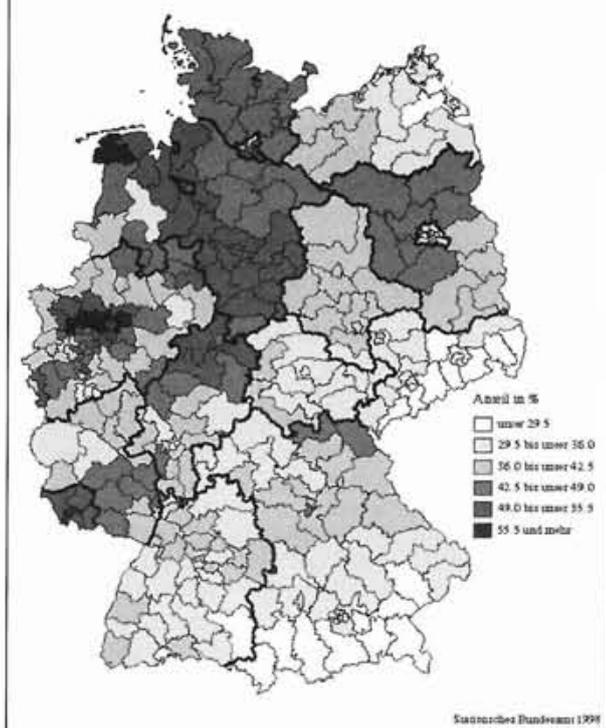
Nun ist sicher inhaltlich über die erzieherische, ökologische, ökonomische und nicht zuletzt soziale Dimension einer solchen Forderung zu streiten. Doch dazu kam es nicht. Stattdessen wurde in dümmster Vereinfachung das Thema „Einstieg in eine ökologische Steuerreform“ wie ein lahmer Gaul zuschanden geritten, an dessen Ende es die Grünen kleinlaut begruben und die SPD mit stolzschneller Brust behauptete, „solche Verrücktheiten“ würde es mit ihr nicht geben. Daß auch die Sozialdemokratie seit Jahren ähnliche Forderungen – wenn auch ohne Zielfestlegung – in ihrer Programmatik hat, wurde so vergessen gemacht.

Ein weiteres „Damoklesschwert“ über den Strategen des Wahlkampfes waren die Demoskopien. Im Endeffekt haben sich die WahlforscherInnen aber – neben den abgewählten Koalitionsparteien – als die großen Verlierer der Bundestagswahl herausgestellt. Sie versprachen ein „enges Rennen“ – herausgekommen ist eine von niemanden erwartete Verschiebung im Machtgefüge des parlamentarischen Systems. Der Vorsprung, den die SPD bis zum Ende der Sommerpause Woche für Woche ausgebaut hatte, schien spätestens seit der für die SPD enttäuschenden Bayern-Wahl zu schmelzen. Das Gegenteil war der Fall: bereits mit der ersten Prognose zeichnete sich ein deutlicher Sieg der Sozialdemokratie ab, der sich im Laufe des Abends sogar zu einer guten Mehrheit für eine rot-grüne Koalition ausbaute! Von Kopf an Kopf-Rennen

Das Unterfangen der SPD, auf eine professionelle Wahlkampfleitung zu setzen, die in ihrer Inszenierung und Symbolik für Aufsehen sorgt und quer zu gewohnten Bahnen der üblichen Parteiendramaturgie gelegen hat, war im Grundsatz richtig.

Zweitstimmenanteil der SPD nach Wahlkreisen

Vorläufiges Wahlergebnis



keine Rede mehr – die Demoskopen hatten Unrecht gehabt!

Die Tatsache aber, daß der Wahlerfolg der SPD in den letzten Tagen an den Umfrageergebnissen zu scheitern schien (und Nervosität unter den Genossen war zweifelsohne zu spüren), ist letztendlich ein Produkt ihrer eigenen Strategie, die bedingungslos darauf setzte, die SPD und Schröder als den sicheren Gewinner zu plazieren. Eine stärkere Bindung seiner Kandidatur an inhaltliche Aussagen hätte bei schwindenden Umfragequoten mehr Bestand gehabt!

Die erfolgreichen „Kleinen“

Bündnis 90/Die Grünen sind noch mit einem blauen Auge davonkommen, auch wenn sie mit 6,7% unter ihrem Ergebnis von 1994 geblieben sind. Ähnlich wie 1990, als sie sich im Westen mit einer von niemanden nachvollzogenen Klimakampagne aus dem Parlament rausgeschossen hatten, liefen sie im Sommer des Wahljahres 1998 Gefahr, nicht nur in jeden Fettnapf der konservativen Presse und sich darüber gegenseitig an den Hals zu fallen, sondern auch erneut den Einzug ins Parlament zu verpassen.

Im Gegensatz dazu war es nicht so überraschend, daß es die PDS diesmal geschafft hat, bundesweit die 5%-Hürde – wenn auch knapp – zu

überwinden. Auch die Sorge, daß bei einem Einzug der PDS eine rot-grüne Koalition unwahrscheinlich werde, hat sich nicht bewahrheitet. In Ostdeutschland gilt die PDS endgültig als stabile politische Kraft, die oft nur geringfügig hinter der CDU im 20%-Bereich plazierte ist. Ihre Existenz wegzuleugnen oder sie weiter zu marginalisieren, bedeutet letztendlich, damit häufig rund $\frac{1}{4}$ der Bevölkerung ihre politische Mitwirkungsmöglichkeit abzustreiten.

In Westdeutschland ist es der PDS dagegen trotz des Stimmengewinns nicht gelungen, zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft zu werden. Nur kleine linke Milieus konnten angesprochen werden. Wichtig bleibt aber festzuhalten, daß es der PDS zumindest gelungen ist, glaubhaft ein fortschrittliches Image sowohl programmatisch als auch personell trotz der innerparteilich konträren Situation aufrecht zu erhalten.

Rechtsradikale weiter außen vor

Daß die rechtsradikalen Parteien bei der Bundestagswahl auch insgesamt gerechnet die 5%-Hürde nicht überspringen konnte, war höchst erfreulich und konnte nicht unbedingt erwartet werden. Dieses Ergebnis sollte jedoch nicht Anlaß zur Entwarnung geben.

Die real stattfindende Ausgrenzung vieler Menschen, bei gleichzeitiger Verbreiterung/Etablierung rassistisch-autoritärer Lösungsstrategien auch seitens der „etablierten Parteien“ hat diesmal (noch?) nicht dazu geführt, daß NPD, DVU oder Republikaner in dem Maße gewählt worden, wie nach der Sachsen-Anhalt-Wahl erwartet werden mußte. Dafür mögen drei Gründe relevant gewesen sein:

- Für den alltäglichen Rassismus, völkische Traditionen, dem kleinbürgerlichen Wunsch nach dem starken Mann und einem „Nationalbolschewismus“ wie in den 1920er Jahre gibt es in Deutschland noch keine theoretische Plattform, auf der sich die radikale Rechte formieren könnte, um die 5%-Hürde zu überwinden.

- Die radikale Rechte in Deutschland ist deshalb weiterhin zersplittert und kann sich nicht auf eine gemeinsame Liste, geschweige denn eine gemeinsame Strategie einigen kann. So kandidiert manche Partei wohl nur, um anschließend in den Genuß der Wahlkampfkostenerstattung zu gelangen, mit der sich die Zeit bis zur nächsten Wahl politisch und organisatorisch überleben läßt.

- Es gibt kein populäre, junge und damit unverbrauchte Persönlichkeit, die zumindest insoweit Ausstrahlungsfähigkeit in die bürgerliche Mitte hätte, als daß eine solche Figur ein respektables Medienereignis würde – die rechte Szene bleibt in den Wahlauseinandersetzungen personell alt, hausbacken bis offen dumm und rüpelhaft.

- Auch das WählerInnen-Potential der „radikalen Rechten“ wollte den Machtwechsel. Es mag kurios klingen, aber das Potential, auf das die rechtsradikalen Parteien spekuliert hatten – Arbeitslose, bzw. von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeiter und Angestellte gerade in Ostdeutschland – haben überwiegend sozialdemokratisch gewählt.

Die Zukunft des Neokonservatismus

Der Neoliberalismus hat tiefe und anhaltende Spuren in der gesellschaftlichen und politischen Landschaft gegraben, die weiterwirken werden – auch unter rot-grüner Regierung. Gscheitert ist seine neokonservative Variante, wie sie sich unter Führung der Volkspartei CDU dargestellt hat. Sie ist an ihrem inneren Widerspruch gescheitert, einerseits die marktradikalen Umwertung der Gesellschaft durchzusetzen und insofern zu einer Entwurzelung und Individualisierung beizutragen, und andererseits traditionalistische und wertorientierte Einbindung in die Gemeinschaft zu bewerkstelligen. Letzteres wurde zunehmend als „sozialdemokratisch“ diskreditiert. Auch wenn in der CSU-Führung mit Theo Waigel und Bernd Protzner zwei Schlüsselfiguren ihren Hut genommen haben, ist sie von Erschütterungen, wie sie die CDU nun erlebt, wohl ausgenommen. Sie kann auf ihren überwältigenden Wahlsieg zwei Woche vor der Bundestagswahl aufbauen. Als Regionalpartei wird ihr künftig das Hemd näher als der Rock sein, auch wenn sie eine Fraktionsgemeinschaft in Bonn mit der CDU bildet.

Für die CDU kam die Niederlage nicht unerwartet, dennoch herrschte in den Tagen danach große Verwirrung. Zwischenzeitlich ist erkennbar, daß sich in der CDU-Führung ein größeres Revirement vollzieht, als zuvor noch erwartet wurde. Die Generation Schäuble/Rühe erscheint nicht mehr geeignet, selbst den Kampf gegen die Sozialdemokratie im Jahre 2002 aufzunehmen. Sie ist die Übergangsgeneration. Mit den Hufen scharrt die Generation Koch/Müller/Beust, die bereits die Wahlen 2006 anvisiert. Denn dann sind sie Ende 40/Anfang 50 – ein Alter

Der Neoliberalismus hat tiefe und anhaltende Spuren in der gesellschaftlichen und politischen Landschaft gegraben, die weiterwirken werden – auch unter rot-grüner Regierung. Gscheitert ist seine neokonservative Variante.

mithin, in dem einem Politiker zuge-
traut wird, Verantwortung in größe-
rem Maße zu übernehmen. Unklar ist
aber, ob sie sich auf eine gemeinsame
programmatische und organisatori-
sche Erneuerung wird einigen können.
Sucht sie die Rückorientierung auf eine
Gesellschaftspolitik, die an die traditi-
onelle katholische Soziallehre anknüpft,
sich bürgerlich aufgeschlossen gibt
und damit auch Bündnis 90/Die Grü-
nen als künftigen Koalitionspartner
ebenso wie die SPD akzeptieren wür-
de. Oder versucht sie einen mehr oder
weniger offenen reaktionären Weg zu
finden, der konservative Wertevermitt-
lung, verschärfte Repression verbindet
mit einer Wirtschaftspolitik, die sowohl
Mittelstandspolitik betreibt als auch
den mit den Bedürfnissen des Großka-
pitals entgegenkommt, wie sie z.T. in
Bayern praktiziert wird.

Perspektiven des Parteiensy- stems

Für die FDP stellt sich die Frage, ob sie
sich er reinen Lehre des Neoliberalis-
mus des Guido Westerwelle ver-
schreibt und damit von einer Funkti-
onspartei zur Programmpartei wird.
Die sozial-liberale Strömung, die es in
der FDP immer noch gibt, ist viel zu
schwach, um diesen Trend aufzuhal-
ten. Die Chance bestünde für die FDP
darin, daß sie dann künftig um ihrer
selbst willen gewählt würde und die
Gefahr, unter die 5%-Hürde zu ruti-
schen, deutlich geringer werden
könnte – vorausgesetzt eine solche
Strategie würde intelligent genug
kommuniziert.

Bündnis 90/Die Grünen werden
nun bald eine „Regierungspartei“
sein, selbst wenn das rechtskonserva-
tive Feuilleton ihren Schmuttel-My-
thos weiter beschwört. Bündnis 90/
Die Grünen sind vollends im politi-
schen System der Bundesrepublik
Deutschland angekommen. Die
Mehrheitsströmung, deren Symbol
Josef Fischer ist, ist auf dem Weg zu
einer ökologisch-liberalen Partei. Es ist
nicht unwahrscheinlich, daß es in den
nächsten Jahren zur Herausbildung
einer neuen ökologischen und aufge-
klärten liberalen Formation im Partei-
ensystem kommen wird, in der sich
jeweils Teile von FDP und Bündnis 90/
Die Grünen wiederfinden.

Auf der linken Seite des parteipoli-
tischen Spektrums sollte es zumin-
dest gelingen, ein unbefangeneres
Verhältnis zueinander zu entwickeln,
wie es nun auch in fast allen europäi-
schen Parteien der Fall ist. Sogar die
als traditionell strikt antikommuni-

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



stisch bekannte schwedische Sozial-
demokratie ist mittlerweile bereit, Ge-
spräche zur Regierungsbildung mit
der kleinen linkssozialistische Partei
Schwedens aufzunehmen. Es bleibt
also zu hoffen, daß sich auch in der
deutschen Sozialdemokratie die ratio-
nalen Kräfte an dieser Stelle durchset-
zen.

Der Blick nach vorn: Rot-Grün

Alles in allem: die Strategie ist letztlich
aufgegangen. Die Addition der Erge-
bnisse von SPD, Bündnis 90/Die Grünen
und PDS ergibt eine Summe von über
50% – und damit mehr als je zuvor in
der Geschichte der Bundesrepublik.

Daß es auf dem Hintergrund dieses
Ergebnisses zur Aufnahme der Koali-
tionsverhandlungen zwischen SPD und
Bündnis 90/Die Grünen kommt, ist ei-
nerseits die logische Konsequenz des
komfortablen Vorsprunges dieser Kon-
stellation gegenüber der neuen Opposi-
tion. Vor dem Hintergrund dieses Er-
gebnisses mit der CDU über eine große
Koalition zu verhandeln wäre ein erstes
bitteres Zeichen der Schwäche eines
Kanzlerkandidaten gewesen, der im-
mer wieder die Verbrauchtheit der
CDU und ihres Kandidaten beschwo-
ren hat. Zudem ist es wichtiger Tribut
an die Parteibasis, die bereits am Wahl-
abend lautstark des rot-grüne Bündnis
eingefordert und nicht zuletzt damit
wichtige Aufbruchstimmung für die
erste Zeit nach dem Regierungswech-
sel transportiert hat. Sicher aber hat
auch das Verhalten der CDU/CSU als
auch der FDP, die noch am Wahlabend
die ihnen von den WählerInnen zuge-
wiesene Oppositionsrolle ohne großen
Widerstand angenommen haben.,
Fakten geschaffen.

Mit ihrer sofortigen Absage an
Koalitionsverhandlungen haben sie
Gerhard Schröder und seinem Um-
feld den Knüppel der Großen Koali-
tion weggenommen, mit dem er hätte
dem neuen Koalitionspartner drohen
können. Der Wunsch, diese Option
noch zu haben, mag im politischen
Geschäft nicht zwangsläufig ehren-
rührig sein. Die Lust jedoch, die man-
che in der Partei zu verspüren schei-
nen, wenn sie den Koalitionspartner
schikanieren können, macht fast
Angst. Da beschleicht einen schon
das Gefühl, diese würden in den Grü-
nen immer noch die unartigen Kinder
sehen, die einst die gutmütige Mutter
SPD verlassen haben und dafür ge-
züchtigt werden müßten.

Wichtiger ist jetzt aber die Frage,
welche Handlungsspielräume für fort-
schrittliche Politik durch die neue Koali-
tion eröffnet werden. Bedacht werden
muß, ob und wie sich so etwas wie
eine „Regierungslinke“ gegen den so-
zialdemokratisch-ökoliberalen Main-
stream etablieren läßt. Es ist zwar davon
auszugehen, daß sich eine auf Lafon-
taine orientierte Personengruppe ver-
nehmlicher artikulieren wird und öko-
logisch sowie wirtschaftspolitisch an-
dere (regulative) Akzente zu setzen be-
reit ist, ob dies aber ausreichen wird,
tatsächliche Reformschritte für die
Mehrheit der Bevölkerung durchzuset-
zen, ist damit nicht entschieden.

Radikalreformerische Perspekti- ven

Damit ergibt sich auch für den spw-
Zusammenhang als radikalreformeris-
che Strömung in der SPD mit linksso-
zialistischer Tradition (und Zukunft)
eine andere Situation als Teil einer sozi-

*Auf der linken Seite
des parteipolitischen
Spektrums sollte es
zumindest gelingen,
ein unbefangeneres
Verhältnis zueinan-
der zu entwickeln,
wie es nun auch in
fast allen europäi-
schen Parteien der
Fall ist.*

Es geht an dieser Stelle (noch) nicht um große Entwürfe, sondern um gangbare Schritte, mit denen wir die Brücke zwischen gesellschaftlichem und außerparlamentarischem und parteipolitischem Engagement schlagen können.

aldemokratisch geführten rot-grünen Regierungskonstellation! Gilt es doch jetzt, sich mit konkreten, umsetzbaren Projekten in die Diskussion um die „Wege aus der Krise“ einzuschalten und Fortschritte vehement einfordern zu können. Die Notwendigkeiten des Eingriffs in die Regierungspolitik sind offensichtlich – die Zeit der Ohnmacht der Kohl-Ära ist jetzt vorbei.

Ansatzpunkte, eigene Positionen einzubringen, finden sich personell vor allem in der Bundestagsfraktion und in der politischen Administration, inhaltlich auch in den Beiträgen, die der Frankfurter Kreis und sein parlamentarischer Arm, sowie die (im Bundestag verstärkt vertretenen) Jusos entwickeln (s. auch die Beiträge in diesem Heft).

Inhaltlich will spw radikalreformerische Perspektiven für zentrale Reformfelder entwickeln, in denen paradigmatisch unsere Vorstellungen einer modernen, sozialistischen Politik formuliert werden sollen. Sie sollen konkrete Orientierungshilfen und Konzeptionen für diejenigen bieten, die beruflich und politisch mit diesen Fragen beschäftigt sind. Dabei handelt es sich um mehrere Bausteine eines mittelfristigen Umbaukonzeptes:

1. *Umbrüche der Erwerbsarbeit – Perspektiven der Dienstleistungsgesellschaft*
Beispielhaft sei hier die ausgiebige Debatte um die Arbeitszeitverkürzung und ihre denkbaren Modelle sowie die Umlagefinanzierung und ihren Beitrag zur Lösung der Jugendarbeitslosigkeit erwähnt.

2. *Regionalwirtschaft im Umbau*
Zu diesem Thema gehört unter anderem, auf dem Energiesektor konkrete Alternativen zur reinen „Atomausstiegsdebatte“ zu präsentieren – auch hier ist zum Thema solarer Umbau und regenerative Energien einiges an Reformkonzepten bereits erarbeitet und muß jetzt kommuniziert werden.

3. *Wirtschaftsdemokratie und Staat*

4. *Europa – Agenda 2000*

Wesentliche Teile unserer Arbeit liegen damit im Um- und Vorfeld der Regierungsarbeit: Wir sind die Strömung in der Sozialdemokratie, die sich einerseits überparteilichen Gesprächs- und Aktionszusammenhängen (z. B. Crossover, Erfurter Erklärung) zugehörig fühlt bzw. sie organisiert und andererseits die gesamtpolitische Notwendigkeit sieht, dieser gesellschaftlichen Opposition in einer gesellschaftlich relevanten politischen Organisation Ausdruck zu verleihen.

Die historische Erfahrung der letzten 10 Jahre hat dabei gezeigt, daß es nicht ausreicht, innerparteiliche Zusammenhänge wie den Frankfurter Kreis stabilisieren zu wollen. Wir benötigen künftig handlungsfähigere Zusammenhänge, die ihren organisierenden Kern sowohl innerhalb der Partei selbst (z.B. inhaltliche Netzwerke von hauptamtlich/ehrenamtlich in der Partei tätigen Personen), als auch organisatorisch außerhalb der Partei haben können (wie Crossover oder Erfurt oder andere außerparlamentarische Bündniszusammenhänge), aber erkennbar in die Partei hineinwirken. Der Charakter solcher Strukturen wird eingrifforientiert sein müssen; zumindest indirekt, als daß sie programmatische Argumentationsfähigkeit herstellt, direkt, indem sie die mobilisierungsfähigen Teile kampagnenorientiert mobilisiert.

Es geht also an dieser Stelle (noch) nicht um große Entwürfe, sondern um gangbare Schritte, mit denen wir die Brücke zwischen gesellschaftlichem und außerparlamentarischem und parteipolitischem Engagement schlagen können. Denn dies ist und bleibt das bevorzugte Terrain der spw. spw

¹ Ralf Krämer: Kanzlerwechsel verfehlt, spw 6/94, Heft 80, S. 4-9, hier: S. 7

spw intern

Liebe Leserinnen und Leser,

- Dieses Heft erscheint mit mehr als zweiwöchiger Verspätung, weil wir den Ausgang der Bundestagswahl würdigen wollten. Deswegen und weil wir das auf Initiative der Jusos formulierte Alternative 100-Tage-Programm dokumentieren, ist das Heft außerdem erheblich umfangreicher als üblich geworden.

- Das traumhafte Ergebnis der Bundestagswahl gibt zusätzlichen Grund zum Feiern: Am 31.10.98 feiern wir im Willi-Brandt-Haus in Berlin 20 Jahre spw. Im Oktober 1978 erschien in Berlin die erste Ausgabe der Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft. 4 Jahren innerparteilicher Opposition gegenüber einer SPD in der sozialliberalen Regierung folgten 16 Jahre „Opposition in der Opposition“. Auch Erfolge wie das Berliner Grund-

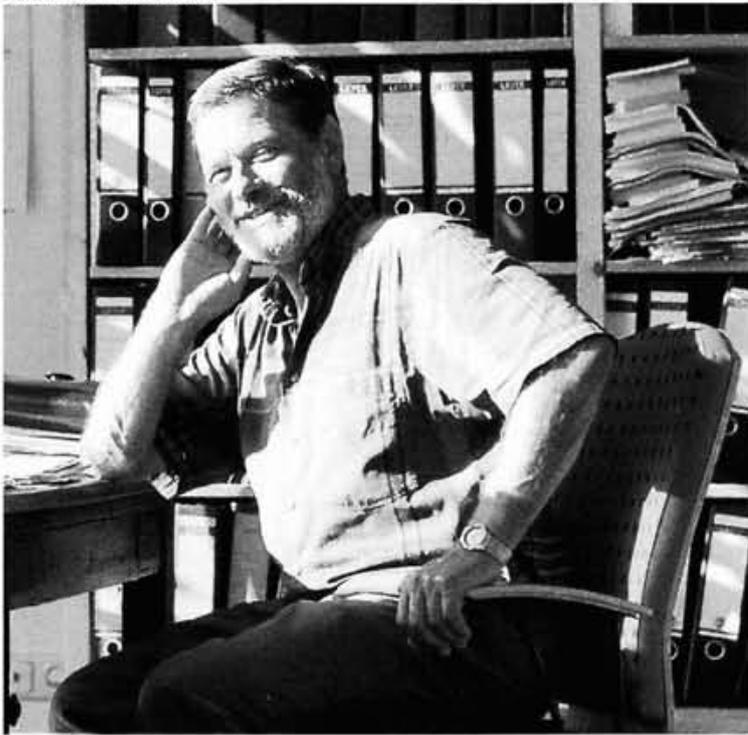
satzprogramm der SPD von 1989, das durch Personen aus dem spw-Zusammenhang erheblich mitgestaltet werden konnte, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die sozialistische Linke in der Sozialdemokratie eine sehr minoritäre Rolle spielte.

Ein zentrales Anliegen der spw war und ist die Diskussion und Kooperation der sozialistischen und radikaldemokratischen Linken über Parteigrenzen hinweg. Schon in den 80er haben wir uns für eine Zusammenarbeit und Koalitionen von SPD und Grünen eingesetzt, und seit ihrer Gründung für eine Enttabuisierung des Verhältnisses zur PDS. Der 27.09.98 markiert in beiden Punkten einen Durchbruch. Doch die Abwahl der Kohl-Regierung und die bevorstehende rot-grüne Koalition ist leider keine Gewähr dafür, daß nun der viel beschworene und erhoffte Politikwechsel in Richtung sozial-ökologischer Umbau bevorsteht. Innerhalb der Sozialdemokratie der „neuen Mitte“ sind die inhaltlichen Positionen der sozialistischen Linken mehr denn je an den Rand gedrängt.

Wichtiger noch als das Feiern ist also, die Entwicklung zu reflektieren und die Aufgaben und Perspektiven unter den neuen Bedingungen und für das 21. Jahrhundert zu bestimmen. Welche Chancen bieten sich und wie können sie genutzt werden? Auch das soll am 31.10. und auf der Vereins- und Gesellschaftsversammlung am 01.11.98 geleistet werden. Wer daran teilnehmen will, sollte sich schleunigst anmelden!

- *Diether Dehm*, Mitherausgeber der spw, ist am 21.09.98 nach über 30-jähriger Mitgliedschaft aus der SPD ausgetreten. In einem Schreiben an den Parteivorsitzenden begründete er seinen Austritt folgendermaßen: „Weiteren Rechtsruck und die gefährliche Lüge, eine Stimme für die PDS verhindern Rot-Grün, mache ich nicht mit. Die Wahrheit ist: nur bei Druck von links wird die SPD sozialdemokratisch und Rotgrün auch rotgrün handeln.“ Diether Dehm hat angekündigt, zur bevorstehenden Gesellschaftsversammlung der spw von seiner Funktion als Mitherausgeber zurückzutreten. *Die spw-Redaktion*

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



Aufbruch nach links oder ab durch die „neue Mitte“?

Thesen zum Ausgang der Bundestagswahl

von Detlev von Larcher*

1. Hat die SPD die Bundestagswahl in der neuen Mitte gewonnen oder mit der alten Linken? Das Wahlergebnis spricht keine eindeutige Sprache. Sicher ist, daß die höhere Wahlbeteiligung vor allem auf eine im Vergleich zu früheren Wahlen verbesserte Mobilisierung von SPD-Anhängern zurückzuführen ist. Diese kann allerdings nicht den gesamten Stimmenzuwachs der SPD erklären, ebenso wie die (absoluten) Stimmenverluste der Union nicht allein auf die Abstinenz früherer CDU/CSU-Wähler zurückzuführen sein dürften.

Gewinnerthemen Arbeit und soziale Gerechtigkeit

2. Es gibt also offensichtlich Stimmengewinne in der viel umworbenen „Mitte“. Dabei kann aber keineswegs unterstellt werden, daß diese durch den erfolgreichen Versuch einer Öffnung der SPD nach rechts erzielt wurden. Entscheidend dürfte das Zusammenwirken zweier anderer Faktoren sein: Einerseits haben die klassischen SPD-Themen Arbeit und soziale Gerechtigkeit in der Mitte der Gesellschaft an Bedeutung gewonnen, weil die negativen Auswirkungen der neoliberalen Politik immer breitere gesellschaftliche Schichten erfaßt haben und damit – andererseits – zugleich das Scheitern dieses Ansatzes deutlich wurde.

3. Vor diesem Hintergrund dürften der SPD einzelne verschämte

Anleihen beim Neoliberalismus kaum etwas genützt haben. Diejenigen, die sich zwischenzeitlich davon hatten einfangen lassen, sind im Laufe des Wahlkampfes davon überzeugt worden, daß das schwarzgelbe Original doch sicherer ist. Sie liegen zwischen den Spitzenwerten der SPD im Frühsommer und dem tatsächlichen Wahlergebnis.

4. Gewonnen hat die SPD die Wahl, weil sie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eindeutig und glaubwürdig in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt hat. Dies hat vor allem in den neuen Bundesländern und im gesamten Bundesgebiet bei Jugendlichen eine entscheidend verbesserte Mobilisierung bewirkt. Die SPD hat hier einen erheblichen Vertrauensvorschuß erhalten, den sie nicht verspielen darf.

Konkrete Reformexpectationen

5. Bei den JungwählerInnen war nach meinen Wahlkampfereignissen mitentscheidend, daß neben dem Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit auch gegen das Votum des Kanzlerkandidaten die Einführung einer Umlagefinanzierung für Ausbildungsplätze thematisiert wurde. Es hat sich gelohnt, diesen innerparteilichen Konflikt nicht vollständig mit dem Mantel des Schweigens zu bedecken.

6. Die Menschen haben im Verlauf des Wahlkampfes zunehmend ihre ursprüngliche Skepsis verloren,

auch eine SPD-geführte Bundesregierung sei gegenüber der Massenarbeitslosigkeit ebenfalls machtlos.

7. Worauf ganz viele zählen, ist die Zusage, den Abbau bei Renten, Lohnfortzahlung, Gesundheitsreform und Schlechtwettergeld zurückzunehmen.

8. Auch die Aussagen zum ökologischen Umbau und insbesondere zum Solarzeitalter waren Themen, die insbesondere bei jungen Leuten auf großes Interesse stießen.

Wechselstimmung und Aufbruch nach links

9. Am weitesten verbreitet jedoch war die Wechselstimmung: „Es muß anders werden in Bonn“, „es muß etwas geschehen“, „16 Jahre Kohl sind genug!“

Die Menschen haben große Erwartungen an den Regierungswechsel. Ganz besonders in bezug auf den Abbau der Arbeitslosigkeit und die soziale Gerechtigkeit, aber auch im Bereich Ökologie werden Reformen erwartet.

Diese Erwartungen zielen eher nach links, aber sie reichen bis weit in die Mitte. Der Aufbruch nach links ist für mehr als eine Hälfte der Gesellschaft von Interesse. spw

Die Menschen haben große Erwartungen an den Regierungswechsel. Ganz besonders in bezug auf den Abbau der Arbeitslosigkeit und die soziale Gerechtigkeit, aber auch im Bereich Ökologie werden Reformen erwartet.

* Detlev von Larcher, MdB, Weyhe, ist Sprecher des Frankfurter Kreises der SPD-Linken und Mitherausgeber der spw.

Wenn der Genosse der Bosse mit dem Boss der Genossen...

Wahlsieg für Rot-Grün:
Voraussetzungen, Gefahren und Chancen

von Andrea Nahles*

Mein Alptraum ist, daß die Sozialdemokratie irgendwann zur besseren CDU, zum Kanzlerwahlverein und zur Legitimationsagentur für soziale Säuereien degenerieren könnte.

Zuerst: Wir haben das erreicht, was wir wollten, den rot-grünen Regierungswechsel als Basis eines erhofften und nötigen Politikwechsels. Grund zur ehrlichen Freude also. Man muß nicht von einem Linksruck in Deutschland sprechen, wie es DIE ZEIT getan hat, dazu sind die „Linksruck“-Parteien vorher alle zu deutlich nach rechts bzw. in die sogenannte „Neue Mitte“ gewandert, aber daß es erstmalig eine deutliche politische Mehrheit diesseits von Union und FDP gibt, das klassische bürgerliche Lager also gemeinsam und komplett im Fegefeuer der Opposition braten muß¹, das ist schon ein qualitativer Fortschritt.

Die SPD, Rot-Grün, der Kanzler haben außerdem eine potentielle, kaum je dagewesene nationale und föderale Machtfülle, da auch der Bundesrat eine breite und wachsende Mehrheit der SPD-geführten A-Länder bietet.

Hier ist nicht genug Raum für eine angemessenen differenzierte Wahlanalyse, dennoch einige Eckpunkte zur betont nüchternen Rekapitulierung der Voraussetzungen des Erfolges²:

- Der SPD-Wahlsieg muß analysiert werden vor dem Hintergrund der sogenannten Globalisierung (Internationalisierung, Transnationalisierung und Krise der Politik) und angesichts der zahlreichen vorläufigen Erfolge der z.T. blairisierten europäischen Sozialdemokratien, die nach der Ära des ungebremsen Thatcherismus, des Monetarismus und Neoliberalismus wieder an die Macht gelangten. Einerseits erfahren die Sozialdemokratien Zuspruch von Arbeitern, Angestell-



ten und Arbeitslosen, also den potentiellen und realen Verlierern der kapitalistischen Modernisierung. Andererseits sind sie – durchaus im kapitalistischen Systeminteresse – offenbar besser in der Lage, Legitimation und Integration für das politische System zu organisieren. Gleichzeitig sorgen sie für infrastrukturelle, technologische, qualifikatorische und administrative Modernisierung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des „Standorts Deutschlands“ als „nationalem Wettbewerbsstaat“ (J. Hirsch). Immerhin soll zur puren Konkurrenz als neues stabilisatorisches Element vermehrte ökonomische Kooperation treten.

- Der Einbruch in die „Neue Mitte“, d.h. übersetzt: Das Gewinnen von anderthalb Millionen CDU-Wählern, verdankt sich der Trias aus Legitimierung, sozialer Integration und Modernisierung des Standorts, dem Überdruß an Kohl und den Hinzes und Rexrodts dieses Landes, sowie einem Kanzlerkandidaten, der die optimale Verkörperung eines neuen „Modells Deutschlands“ zu sein scheint.

- Das durch den Willen zur Macht und zähe Disziplin zusammengehal-

tene Bündnis der Doppelspitze aus dem „Genossen der Bosse“ und dem „Boss der Genossen“: Schröder und Lafontaine halten zusammen, was nicht unbedingt zusammengehört: Die rempelnden Ellenbogen der kapitalistischen Moderne und die Solidarität gegen die davon stammenden Blessuren. Die Breite der programmatischen Unterschiede, die in der SPD zusammengehalten werden müssen, ist weiter angewachsen. Sie reicht von neoliberalen Positionen bis hin zu Ansätzen einer Programmatik des sozialstaatlich regulierten, nachhaltigen Kooperativkapitalismus.

- Das Wahlprogramm schließlich war gerade so gut, sprich links und konkret, um das eigene Stammklientel und NichtwählerInnen zu mobilisieren, aber gleichzeitig so moderat gestrickt, daß es niemanden abschrecken konnte, die SPD für Qualitäten zu wählen, die man bislang bei anderen Parteien vermutete.

Aus der kühlen Sicht auf einige Aspekte des Wahlerfolges ergeben sich direkte Schlußfolgerungen für Gefahren und Chancen unserer künftigen Politik.

* Andrea Nahles, Weiler und Bonn, Vorsitzende der Jusos in der SPD, Mitglied des SPD-Parteivorstandes, neugewählte Abgeordnete des Deutschen Bundestages

Gefahren – ein Negativszenario

1. Mein Alptraum ist, daß die Sozialdemokratie irgendwann zur besseren CDU, zum Kanzlerwahlverein und zur Legitimationsagentur für soziale Sauereien degenerieren könnte.

2. Wenn es nicht bald gelingt, sichtbare Erfolge bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, dem Mega- und Schlüsselproblem überhaupt, zu erzielen, wird eine dreifache Krise die Sozialdemokratie erschüttern: Zunächst würde die These glaubhaft gemacht werden, daß es keine Vollbeschäftigung mehr geben kann und daß die SPD auch nichts dran ändern kann. Eine Position, die dann den letzten Rest Sozialdemokratie aus der Partei jagen müßte. Zweitens würden viele wieder bzw. zusätzlich in der Letzthargie oder der sozialen Agonie bis hin zu Gewalt und Rechtsradikalismus versinken. Drittens schließlich würde die Sozialdemokratie zurecht Adressat der dann zunehmenden und notwendigen sozialen Proteste von Gewerkschaften und Bewegungen.

3. Die Lage von Rot-Grün in einer parlamentarischen Position zwischen einer Linksopposition und dem rechten bürgerlichen Lager erscheint dann gelinde gesagt unkomfortabel.

4. Die programmatischen und tagespolitischen Defizite, die sich in der Krise zeigen, werden in der Krise regelmäßig nicht behoben, sondern verschärft werden.

5. Die SPD-Linke wird in den innerparteilichen Kampf mit dem Vorsitzenden Lafontaine getrieben. Den Satz von Manfred Bissinger in der WOCHE zum Wahlsieg sollte man lesen, er ist un schön, aber hellsichtig: „Auch Oskar Lafontaine leistete seinen Beitrag; er zähmte die Parteilinken, indem er ihnen das Lästermaul verklebte. Der überwältigende Sieg und die ihm folgende Aufbruchstimmung wird sie noch für eine ganze Weile einbinden, auf Dauer aber droht von ihnen die größte Gefahr für die sich jetzt etablierende rot-grüne Reformwerkstatt.“

Richtig daran ist nicht nur der Hinweis auf die prekäre Balance Lafontaines, die nicht überstrapaziert werden darf, gerade auch im Sinne der Macht des Vorsitzenden. Ob Lafontaine die Rolle als Schiedsrichter behalten kann, wenn die Linke nicht angemessen beachtet wird und sich Politik gleichzeitig ins Kanzleramt verlagert, ist offen.

Auch Bissingers Andeutung, wo die eigentlichen politischen Spannungen bei Rot-Grün auftauchen, ist aufschlußreich. Sind die Grünen-Promis erst mal saturiert und die anderen dis-

zipliniert, kommt es auf die SPD-Linke an, Druck zu machen, gesellschaftliche Impulse aufzunehmen und programmatische Initiativen zu starten. Die SPD-Linke versammelt im Parlament weit mehr Abgeordnete als Grüne und PDS zusammen.

Chancen und Aufgaben

Die Benennung von Gefahren hat den Vorzug, daß man sie vermeiden kann und gleichzeitig die positiven Aspekte der Konstellationen erkennen kann.

1. Aus der an sich zentralen Rolle der SPD-Linken muß ein Bewußtsein für sich werden. Die Parteilinke muß sich disziplinieren, stringenter organisieren, programmatisch offensiv werden und von der Kampa lernen, wie man politische Positionen inszeniert, Kampagnen macht.

2. Für die absehbare Zeit nach den 100-Tagen, nach den ersten Erfolgen und kleinen Stolpereien müssen wir vorbereitet sein.³ Man kann ja ausrechnen, daß der Maßnahmenkatalog der Bundesregierung zwar viele Verbesserungen bringt, aber zunächst nicht reichen wird, die Massenarbeitslosigkeit wirklich massiv zurückzuführen, und damit auch nicht die anderen Probleme des Sozialstaates, der Konjunktur und Infrastruktur in den Griff zu kriegen. Dafür brauchen wir durchgecheckte Maßnahmenkataloge und dazugehörige Initiativen und Popularisierungen. Viel Zeit ist nicht mehr.

3. Wenn es jedoch wirklich gelingt, die gesellschaftlichen Kernprobleme

zu bessern – die Kriterien sind durchaus einfach: Den unteren und mittleren Schichten muß es materiell, sozial, kulturell und ökologisch besser gehen – dann bräuchte man sich um die Zukunft von Rot-Grün nach den kommenden 4 Jahren nicht zu grämen.

4. Daß dies möglich ist, muß sofort sichtbar werden. Wir brauchen: Umlagefinanzierung und Ausbildung für alle, 300.000 Jobs für Jugendliche, ein neues Arbeitszeitgesetz zum Abbau der Überstunden und zur Förderung von Arbeitszeitverkürzung, ein besseres Arbeitsförderungsgesetz, eine binnen- und kaufkraftorientierte Fiskal-, Geld- und Wirtschaftspolitik, ein ökologisch-soziales Investitionsprogramm, den erkennbaren Ausstieg aus der Atomenergie und den Einstieg in Ökostenerreform und Solarenergie, schließlich die Herstellung humaner Verhältnisse für alle AusländerInnen und die massive Verbesserung ihrer Ansprüche auf Integration und last not least eine zivile Außen- und Verteidigungspolitik, die sich am Völkerrecht und der klassischen sozialdemokratischen Friedenspolitik orientiert. spw

Sind die Grünen-Promis erst mal saturiert und die anderen diszipliniert, kommt es auf die SPD-Linke an, Druck zu machen, gesellschaftliche Impulse aufzunehmen und programmatische Initiativen zu starten.

¹ Wobei das vielleicht nicht ganz stimmt, wenn man die Grünen als Partei sieht, die zusehends in ihre Grundfarben gelb und blau zerfällt (Klaus Barthel).

² Neben anderen hier unerwähnten Punkten wäre die Rolle der Kampa zu betonen. Vgl. dazu den entsprechenden Beitrag in diesem Heft.

³ Auf die Folgen einer möglicherweise bevorstehenden Rezession möchte ich hier nur verweisen, ohne näheres auszuführen.

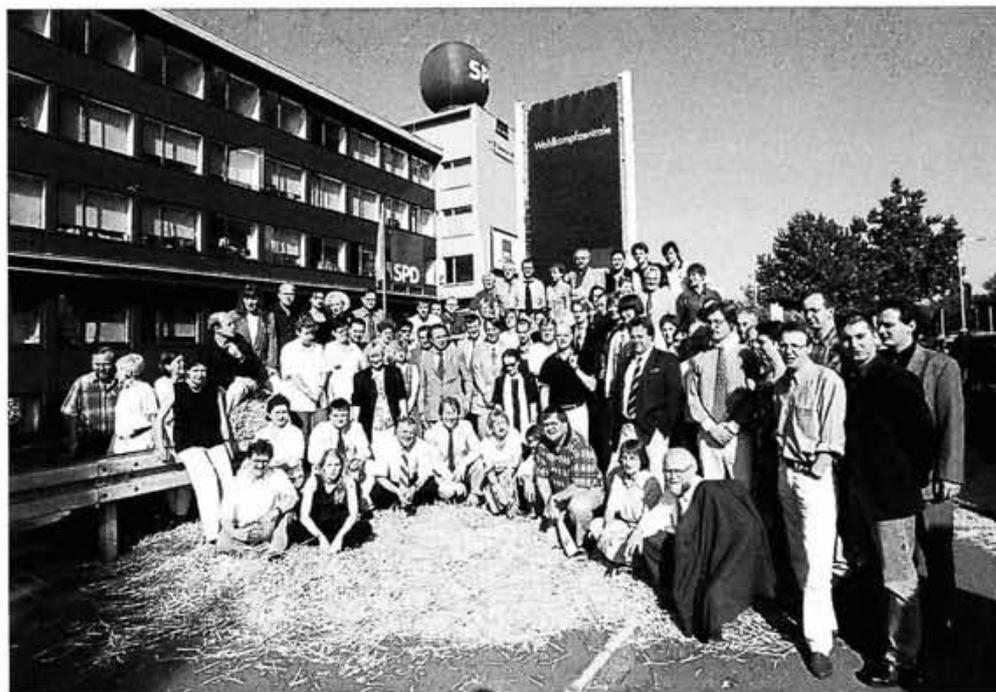


Foto: Christian Kiel (Meerbusch)

Nach der Wahl – in eine neue Ära

von Kerstin Müller*

Die Ära Kohl ist zu Ende. Mehr als das: Kohl hat sein Lager in ein für deutsche Verhältnisse historisches Tief geführt. Man muß sich die Zahlenverhältnisse genauer ansehen, um die ganze Tragweite dieser Wahl zu erkennen: CDU und FDP haben das jeweils zweitschlechteste Ergebnis der Parteigeschichte eingefahren – die FDP war nur 1969, die CDU 1949 noch schwächer.

Bei keiner bisherigen Bundestagswahl erhielten CDU/CSU und FDP zusammen weniger als 50% der abgegebenen gültigen Stimmen – diesmal sind es gerade noch 41,4%. Willy Brandt regierte 1969 mit SPD/FDP gegen eine absolute „rechte“ Wählermehrheit, die nur durch knappes Scheitern der NPD an den 5% nicht zum Tragen kam. Zählt man dagegen heute die 3,5% Rechtsradikalen hinzu, kommt die „Rechte“ einschließlich FDP nur auf 44,9%, SPD, Bündnisgrüne und PDS andererseits auf zusammen 52,7%. Auf die PDS konnte man zwar unter den gegebenen Bedingungen keine Bundesregierung stützen. Um ein Haar hätte darum ihre Stärke eine Große Koalition herbeigeführt. Aber auf der Basis einer eigenständigen rot-grünen Mehrheit kann diese in Deutschland zum allerersten Mal eingetretene Linksorientierung der Bevölkerung für die bevorstehenden gesellschaftlichen Debatten von großer Bedeutung werden.

Erblasten und Aufgaben

Die neue Regierung übernimmt eine schwere Erblast: Die Staatsfinanzen sind zerrüttet. Rekordverschuldung bei gleichzeitiger Rekordarbeitslosigkeit, sehr niedrige Investitionsquote, mühsam und notdürftig geflickte Haushaltslöcher beim Bund, teilweise dramatische Haushaltskrisen bei Ländern und Gemeinden, gewaltige auf

die nächsten Jahre verschobene Lasten, in den nächsten Wochen schon auslaufende Wahlkampf-ABMs in erheblicher Zahl – diesen Schlamassel in den Griff zu bekommen wird ein hartes Stück Arbeit werden und auch eine Weile dauern. Aber am Erfolg bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entscheidet sich das Schicksal der neuen Regierung, und der Weg in noch höhere Verschuldung hilft nicht weiter. Wir müssen die Arbeit zügig umverteilen, z.B. durch Förderung von Teilzeitarbeit und Überstundenabbau. Dazu brauchen wir das Bündnis für Arbeit um Umwelt zwischen Politik und Tarifparteien ebenso wie entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen, z.B. ein vernünftiges Arbeitszeitgesetz. Um die Jugendarbeitslosigkeit und den Ausbildungsplatzmangel sofort zu bekämpfen, müssen wir die erforderlichen Maßnahmen bei aller fiskalischen Enge finanziert bekommen. Und um neue, zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen muß möglichst schnell die ökologische Umsteuerung einsetzen: Ökosteuer schafft Arbeitsplätze, durch niedrigere Lohnnebenkosten und neue Nachfrage nach umweltschonenden Produkten.

Steuerreform, Atomausstieg, neue Energiepolitik, neues Staatsbürgerschaftsrecht und vieles mehr – was wir vor der Wahl versprochen haben, müssen und wollen wir jetzt halten.

Außerparlamentarisches Engagement nötig

Reformbedarf, über Jahrzehnte angestauter Reformbedarf, besteht in praktisch allen politischen Bereichen. Auch die neue Mehrheit im Bundestag hat es aber in der Gesellschaft und auch in Teilen der SPD mit enormen Beharrungskräften zu tun. Die entscheidende Rolle muß und wird darum in den kommenden Jahren die außerparlamentarische, die gesellschaftliche Debatte spielen.

Kohls System funktionierte gegenüber den außerparlamentarischen Bewegungen nach dem Leitsatz: „Die demonstrieren, wir regieren.“ Diese arrogante Verachtung für demokratisches Engagement und für den offenen Austausch von Argumenten war lange Zeit erschreckend erfolgreich und wirkte auf Dauer entpolitisierend auf weite Teile der Bevölkerung. Mit Rot-Grün entsteht eine Chance für eine neue Debattenkultur. Die neue Regierung wird auch aus sich heraus solide und engagiert ihre Arbeit machen, aber der Druck auf einen um-

fassenden Modernisierungsschub, auf soziale Gerechtigkeit und Innovation, muß auch von außen kommen. Die Gruppen und Initiativen, die Organisationen und Verbände sind jetzt gefordert, auch zur klassischen Lobbyarbeit, aber vor allem zum Kampf um die öffentliche Meinung.

Denn CDU/CSU und FDP werden nach einer sehr begrenzten Lähmungsphase eine pickelharte Fundamentallopposition machen. Sie werden systematisch versuchen, durch Skandalisierung und Legendenbildung die Meinung der Mehrheit wieder für ihre Inhalte zu gewinnen. Sozialneid von oben und rechte Tiraden werden nicht aufhören, sondern Kernbestandteil ihrer Öffentlichkeitsarbeit sein. Wie sich diese Gesellschaft in Zukunft entwickelt, ob solidarisch und multikulturell oder neoliberal und nationalistisch, diese Auseinandersetzung ist mit dieser Wahl mitnichten entschieden. Im Gegenteil – sie wird jetzt, ohne den drückenden Mehltau der Kohl-Ära, erst richtig losgehen.

Gestalten statt Opponieren

Es ist bedauerlich, daß wir Bündnisgrüne in diese Zeit an Stimmen und Mandaten geschwächt hineingehen und uns obendrein einer erheblich gestärkten und deswegen draußen im Land nicht eben einfacher zu behandelnden SPD gegenübersehen. Jetzt ist starkes und entschlossenes Eintreten für eine durchgreifenden ökologisch-sozialen Reformpolitik besonders gefordert.

Viele, die uns diesmal erst gar nicht gewählt haben, und alle jene, die statt CDU/FDP komplett auf die Oppositionsbank zu schicken, lieber selbst noch einige weitere Jahre Opposition machen wollten, werden uns in den nächsten Wochen vorwerfen, wir hätten uns in den Koalitionsverhandlungen nicht hinreichend durchgesetzt. Wir kennen das aus Ländern und Kommunen schon, und wir werden damit leben. Aber aktive Mitarbeit am Projekt einer ökologisch-sozialen Regierungspolitik für das Deutschland der Jahrtausendwende wäre uns bedeutend lieber. Es geht jetzt – endlich – nicht mehr ums Opponieren, es geht um energisches Gestalten und parallel dazu um die strategische Debatte über die Zukunft dieses Landes. Wenn die Linke ihre historische Chance, eine attraktive, sozial tragfähige Alternative zum Neoliberalismus zu gestalten, jetzt nicht nutzt, dann hat sie für lange Zeit verpasst.

spw

Die neue Regierung wird auch aus sich heraus solide und engagiert ihre Arbeit machen, aber der Druck auf einen umfassenden Modernisierungsschub, auf soziale Gerechtigkeit und Innovation, muß auch von außen kommen.

* Kerstin Müller, MdB, Sprecherin der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag

Es ist das eingetreten, womit die wenigsten gerechnet hatten: Ein Regierungswechsel hin zu Rot-Grün und gleichzeitig eine Stärkung der PDS. In der Bundesrepublik ist jetzt das eingetreten, was in vielen europäischen Ländern ohnehin im doppeltem Sinne Normalität ist: Die Sozialdemokratie regiert und links von ihr gibt es eine weitere parlamentarische Kraft in Fraktionsstärke.

Daß Rot-Grün regieren wird, das war nicht in erster Linie der Wunsch des neuen Kanzlers, sondern der Zwang, der von dem deutlichen Wahlergebnis ausgegangen ist. Die Erwartungen in die neue Regierung sind groß. Alle Voraussetzungen für einen Politikwechsel sind gegeben.

Wichtige Weichenstellungen stehen noch aus

Allerdings stehen entscheidende Weichenstellungen noch aus. Vieles deutet darauf hin, daß die Regierung Schröder eher den britischen Weg von New Labour einschlagen wird. Wieviel französische Steine diesen Weg auch pflastern werden, wird sich noch zeigen. Viel wird davon abhängen, wie der Druck aus den beiden Parteien selbst sein wird. Wird tatsächlich eine Umverteilung von oben nach unten erfolgen? Werden sich wichtige gewerkschaftliche Positionen durchsetzen können? Vor allem steht die Antwort auf die Frage aus, in welche Richtung das „Bündnis für Arbeit“ gehen wird. Kommt ein neues Arbeitszeitgesetz, wie es die IG Metall vorschlägt? Wird eine Umverteilung der Arbeit – auch durch Arbeitszeitverkürzungen – in Angriff genommen und kommt eine stabile öffentlich geförderte Beschäftigung zustande? Oder bleibt es im wesentlichen bei einem staatlich gestützten Niedriglohnsektor? Wie die Sozialpolitik gestaltet wird – nach einem Kassensturz – ist ebenfalls offen. Es gibt noch viele Unbekannte.

Im Unterschied dazu sind die politischen Positionen in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung vor den Wahlen klarer gewesen. Hier wird es darauf ankommen, wie weit vorliegende Beschlüsse der beiden Koalitionsparteien wirklich umgesetzt werden. Bei der sozial-ökologischen Steuerreform gilt ähnliches. In der Außenpolitik wird vor allem von den Grünen viel abverlangt werden.

Die Parteien nach der Wahl

Die zukünftige Regierung wird zunächst aus den sie tragenden Parteien viel Solidarität erfahren. Gleichzeitig

könnten mit zunehmender Dauer sich die inneren Auseinandersetzungen verschärfen. Es sind erhebliche Veränderungen bei der SPD und den Grünen zu erwarten. Schon die Amerikanisierung des Wahlkampfes deutete bei der Sozialdemokratie darauf hin, daß die Partei in Richtung Kanzlerwahlverein umgebaut werden soll. Der Charakter der Grünen wird sich weiter ändern, der Einfluß der Linken noch deutlicher zurückgehen, der Mittelschichtcharakter der Partei zunehmen. Die Grünen sind von ihrer politischen Kultur und den sie tragenden Milieus die westlichste Partei. Ihr Einfluß im Osten ist weiter zurückgegangen.

Die PDS hat ihre Wahlziele erreicht. Sie hat nicht nur die vier Direktmandate in Berlin verteidigt; sie hat auch die magische Fünf-Prozent-Hürde übersprungen. Dennoch steht sie vor großen Herausforderungen. Ein „weiter so“ darf es trotz dieses Erfolges für sie nicht geben. Eine Reihe von grundlegenden Problemen sind ungelöst. Da ist zunächst die nach wie vor mangelnde West-Verankerung. Die Politik der PDS genießt zwar viel Sympathie. Dennoch fiel der Zuwachs an Wählerstimmen im Westen nur sehr gering aus. Die scharfe Kampagne von SPD und Grünen gegen die PDS verfehlte ihre Wirksamkeit hier nicht. Der größte Zuwachs kam noch einmal aus dem Osten. Durch das Gesamtergebnis konnte das Abgleiten in eine reine Milieu-Partei Ost verhindert werden. Sollte die PDS es aber nicht schaffen, die Zeit für neue Formen der politischen Arbeit im Westen zu nutzen, wird es mittelfristig sehr schwierig.

Herausforderungen für die PDS

Die PDS ist auf dem Wege von der weitgehend ideologisch geprägten Protestpartei (und Milieupartei Ost) zu einer demokratisch-sozialistischen Reformpartei schon wichtige Schritte gegangen. Sie hat an inhaltlichem Profil, vor allem in sozialpolitischen Fragen gewonnen. Dennoch fehlt ihr weitgehend ein alternatives, in seiner Gesamtheit stimmiges und vermittelbares linkes Reformkonzept, das die verschiedenen Politikbereiche zusammenführt. Diese Aufgabe fällt ihr in Zukunft in besonderem Maße zu, wenn die neue Regierung einen neoliberalen Kurs „light“ einschlagen sollte. Die Linke (nicht nur in der PDS, sondern auch in der SPD und den Bündnisgrünen) verfügt über ein solches Konzept noch nicht. Das zu erstreiten ist eine wichtige Aufgabe.

Der Wechsel und eine gestärkte PDS

von Wolfgang Gehrcke*

Dazu braucht die PDS den inhaltlichen Disput mit den anderen linken Kräften. Das Wahlergebnis verleitet aber gerade dazu, sich diesem schwierigen Unterfangen nicht zu stellen. Zugespitzt: Die PDS braucht im Bundestag eigentlich nur immer linke Maximalforderungen zu stellen und zu den Regierungsvorlagen zu sagen, daß diese nicht weit genug gehen... Sich auf eine solche Position zurückzuziehen, ist für die PDS aber auf längere Sicht kontraproduktiv.

Schließlich steht die PDS vor Herausforderungen, den Diskurs mit linken Gewerkschaftern, Kräften der außerparlamentarischen Bewegung und der europäischen Linken zu befördern.

Kurzfristig steht die PDS nicht in erster Linie durch das Bundestagswahlergebnis, sondern durch die Konstellation in Mecklenburg-Vorpommern vor ihrer größten Herausforderung. Eine Regierungsbeteiligung in einem ostdeutschen Bundesland ist in greifbare Nähe gerückt. Das hat weitreichende Konsequenzen für die PDS insgesamt. Sie muß ihre Fähigkeit konkret unter Beweis stellen, den Spagat zwischen Regierungspraxis einerseits und programmatischen Positionen andererseits auszuhalten. Zwar hat hier Sachsen-Anhalt erste Lehren erteilt, aber die ganze Tragweite dieses Problems muß die PDS noch erfassen.

Im Umgang mit der PDS hat vor allem die SPD ein Problem. Es ist ein zu großer Widerspruch, eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit auf Bundesebene prinzipiell für unmöglich und zugleich im Osten für völlig normal zu erklären. Deshalb besteht berechtigte Hoffnung, daß es in den nächsten Jahren doch noch zu „normalen“ Umgang miteinander kommt, der Konkurrenz und Dialog einschließt.

spw

Die PDS hat ihre Wahlziele erreicht. Dennoch steht sie vor großen Herausforderungen. Ein „weiter so“ darf es trotz dieses Erfolges für sie nicht geben. Eine Reihe von grundlegenden Problemen sind ungelöst.

* Wolfgang Gehrcke, MdB, stellvertretender PDS-Vorsitzender

Vom Regierungswechsel zum Politikwechsel

Eckpunkte für einen sozialen und ökologischen Aufbruch

vom Frankfurter Kreis*

Unser Ziel ist eine nachhaltig zukunftsfähige Gesellschaft. Sozialdemokratische Politik wird sich nicht den Zwängen des Kapitalismus pur anpassen. Wir setzen dagegen auf die soziale, ökonomische und ökologische Erneuerung. Deshalb wollen wir einen neuen Gesellschaftsvertrag. Das ist auch unser Beitrag, um die innere Einheit unseres Landes zu verwirklichen.

Unser Wahlprogramm ist die Grundlage und Richtlinie für unsere Arbeit in den nächsten 4 Jahren. Ein *Bündnis für Arbeit* stellt die Weichen für mehr Beschäftigung, Ausbildung für alle, mehr soziale Sicherheit, eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie den ökologischen Strukturwandel.

Konkretes Aktionsprogramm

Auf dieser Basis ist ein konkretes Aktionsprogramm notwendig. Es muß enthalten ein modernes Arbeitszeitgesetz, das die Zahl der Überstunden begrenzt und Arbeitszeitverkürzungen absichert, Zukunftsinvestitionen für Arbeit und Umwelt, eine Steuerreform mit einer deutlichen sozial-ökologischen Ausrichtung sowie die gezielte Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsnot. Wir brauchen eine Wende hin zum qualitativen Wachstum sowie eine sozial-ökologische Steuerreform. Neben dem Bündnis für Arbeit sind folgende Maßnahmen schnell einzuleiten, um den Erwartungen der Wählerinnen und Wähler gerecht zu werden.

Sozialdemokratische Politik wird sich nicht den Zwängen des Kapitalismus pur anpassen. Wir setzen dagegen auf die soziale, ökonomische und ökologische Erneuerung.

- Wir begrüßen es, daß das Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit, das 100.000 neue Arbeitsplätze schaffen soll, unmittelbar umgesetzt werden soll.

- Ebenso dringend ist die Rücknahme der *arbeitnehmerfeindlichen Beschlüsse* der abgewählten Bundesregierung Kohl wie die Streichung des Schlechtwettergeldes, die Kürzung der Lohnfortzahlung oder die Senkung des Rentenniveaus.

Die SPD-geführte Bundesregierung muß mit der Reform der sozialen Sicherung, der tatsächlichen Verwirklichung der Chancengleichheit zwischen Frau und Mann, der Eindämmung der Spekulation und der ökologischen Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft beginnen. Angesichts der weltwirtschaftlichen Krisentendenzen ist auch eine internationale Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik dringend erforderlich.

Die deutsche EU-Präsidentschaft 1999 muß Vorschläge für die Reform der Weltwirtschaft vorlegen und eine europäische Initiative für Beschäftigung, nachhaltiges Wirtschaften und soziale Gerechtigkeit auf den Weg bringen. Die Rechte des europäischen Parlaments müssen ausgebaut werden.

Umsetzung des Wahlprogramms

Außerdem fordern wir zur Umsetzung unseres Wahlprogramms die Einleitung folgender Maßnahmen:

1. Steuerreform

Eine Steuerreform muß das Steuersystem vereinfachen, die Arbeitnehmer entlasten, die Steuerprivilegien für fragwürdige Abschreibungen streichen und durch die Entlastung des Faktors Arbeit und stärkere Belastung des Ressourcen- und Energieverbrauchs das Steuersystem umbauen. Sie muß auch dazu beitragen, die einseitige Einkommens- und Vermögenskonzentration zu verringern. Das Ehegattensplitting ist zugunsten der Familien abzuschaffen. Auf EU-Ebene muß es dringend zu einer Vereinbarung über Mindeststeuersätze und vor allem zu einer effektiven Besteuerung der Zinseinkommen kommen. Die private Vermögensteuer muß wieder eingeführt werden.

2. Zukunftsinvestitionen

Nationale und europäische Investitionsprogramme müssen energisch ausgebaut und koordiniert werden.

Dadurch werden die Infrastruktur verbessert, die ökologischen Märkte erschlossen und mehr Beschäftigung in wichtigen Zukunftssektoren ermöglicht.

3. Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsnot bekämpfen

Ein Schwerpunkt ist die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. In den nächsten 4 Jahren müssen insgesamt 300.000 Jugendliche in den Erwerbsektor gebracht werden. Die Schaffung von Ausbildungsplätzen für alle muß gesetzlich abgesichert werden. Dafür fordern wir eine Umlagefinanzierung.

4. Reform des Sozialstaates

Der soziale und solidarische Charakter der Sicherungssysteme muß wieder hergestellt werden. Die Herausnahme der Fremdleistungen wird die Beitragsstabilität erhöhen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit ihren Beiträgen die soziale Sicherung tragen, haben ein Anrecht darauf, daß eine menschenwürdige Existenz gesichert ist. Die Sozialpolitik muß viel stärker auf Vorsorge, die Förderung von Selbsthilfe und die Humanisierung der Arbeits- und Lebenswelt ausgerichtet werden. Das verlangt, die Privatisierung der sozialen Lebensrisiken zu stoppen und die Prävention in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung zu stärken. In der Rentenversicherung sind die Beitragspflicht für alle Erwerbstätigen, der Einbau einer sozialen Grundsicherung, die partnerschaftliche Teilung der Rentenanwartschaften bei Eheleuten und die Steuerfinanzierung von ungedeckten Leistungen anzustreben.

5. Gesundheitspolitik

Der Weg in die Zwei-Klassen-Medizin muß gestoppt werden, kranke Menschen dürfen nicht durch immer höhere Zuzahlungen bestraft werden. Die Reform des Gesundheitswesens nach den Vorstellungen der WHO wird zu einem Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik. Das Solidarprinzip der gesetzlichen Krankenversicherung muß durch eine Ausweitung des versicherungspflichtigen Personenkreises sowie die Anhebung der Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenze ausgebaut werden.

6. Bekämpfung von Armut

Immer mehr Menschen sind in den letzten Jahren verarmt. Die SPD-ge-

* Der Text ist Ergebnis der Diskussion auf dem Frankfurter Kreis der SPD-Linken am 03.10.1998 und wurde am 05.10.98 von Detlev Albers, Monika Ganseforth, Wolfgang Grotheer, Klaus Hahnzog, Jörg Jordan, Eckart Kuhlwein, Detlev von Larcher, Horst Schmidbauer und Peter Strieder auf dem SPD-Parteirat vorgelegt.

fürte Bundesregierung wird die Spaltung der Gesellschaft stoppen. Um Armut wirkungsvoller bekämpfen zu können, ist auch ein nationaler Armutsbericht notwendig.

7. Bildungsreform

Um unser Land zukunftsfähig zu machen, brauchen wir eine neue Bildungsreform. Dazu gehört die Modernisierung der Bildungsinhalte, eine Verbesserung der Berufsbildung sowie die Verdoppelung der Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft in den nächsten 5 Jahren. Außerdem ist die Reform des BAföG und der rechtlichen Rahmenbedingungen für Hochschulen und Forschungseinrichtungen notwendig.

8. Schnellstmöglicher Ausstieg aus der Atomkraft und Brücke ins Solarzeitalter

In der ersten Legislaturperiode müssen möglichst im Konsens mit Unternehmen, Gewerkschaften, Umwelt und Verbrauchergruppen die ältesten Atomkraftwerke abgeschaltet und alle anderen – auch wegen der fehlenden Entsorgung – in der Laufzeit auf bis zu 10 Jahre befristet werden. Zugleich ist ein Energiespargesetz und eine umfassende Förderung aller regenerativen Energietechniken, insbesondere ein 100.000-Dächer- und Fassaden-Solarprogramm notwendig.

9. Verkehrswende

Wir fordern eine Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans mit der Umschichtung der Mittel zugunsten der öffentlichen Verkehrsmittel und der Verlagerung der Güter auf die Schiene. Außerdem fordern wir generell Flottenverbrauchsregelungen, um die Emissionen und den Energieverbrauch drastisch zu senken.

10. Mitbestimmung und Demokratie

Deutschland braucht mehr Liberalität und Demokratie. Wir schlagen neue Initiativen für Mitbestimmung, mehr Demokratie in Gesellschaft und Wirtschaft und die Einführung von Elementen unmittelbarer Demokratie bis hin zum Volksentscheid vor. Wir brauchen eine Reform des öffentlichen Dienstes. Innere Sicherheit kann es auf Dauer nur bei strikter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze und einem wirksamen Schutz der Bürgerrechte geben. Die Rechte des europäischen Parlaments müssen gestärkt werden.

11. Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

Die Existenzgrundlage der Städte und Gemeinden muß gestärkt und die kommunale Selbstverwaltung ausgebaut werden. Wir brauchen eine klare und faire Zuordnung von Aufgaben und Finanzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

12. Integration

Mehr Rechte zur sozialen Integration von Ausländern sind überfällig. Die doppelte Staatsbürgerschaft ist ein wichtiger Beitrag gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

13. Frieden und Abrüstung in der Einen Welt

Friedenspolitik ist ein Schwerpunkt einer sozialdemokratischen Bundesregierung. Unser Land muß eine aktive Rolle bei der Verhütung bzw. friedlichen Bewältigung von Krisen, der Umsetzung der Agenda 21 und der Durchsetzung der Menschenrechte spielen. Die Bundesregierung hat dazu beizutragen, die UN zu reformieren, die Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern und das zuständige Ministerium aufzuwerten, die OSZE entscheidend zu stärken und die Abrüstung voranzutreiben. Die in Umfang und Ausrüstung auf das Notwendige begrenzte Bundeswehr darf als letztes Mittel nur auf der Basis eines Mandats der OSZE bzw. der UNO für Friedensmissionen eingesetzt werden.

14. Frauenpolitischer Aufbruch

Ein erster Baustein soll ein Aktionsprogramm Frau und Beruf sein. Notwendig sind die gezielte Förderung familienfreundlicher Arbeitszeitmodelle, Steuererleichterungen für Kindererziehung, die Sicherung der Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die Sozialversicherungspflicht der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse.

SPD

**Wer
Politik
machen
will, braucht
Analysen und
Alternativen
über den Tag,
den Monat,
den Zeitgeist
hinaus.**

**Blätter für
deutsche und
internationale
Politik**

Die führende
politisch-wissenschaftliche
Monatszeitschrift in deutscher
Sprache.

Monatlich 128 Seiten Bleiwüste.
Mit Chronik und Dokumenten
zum Zeitgeschehen.

Kostenloses Probeheft bei der

Blätter Verlagsgesellschaft,
Postfach 28 31, 53018 Bonn
Tel. (0228) 650 133, Fax 650 251
oder über die Website

www.blaetter.de

Politikwechsel '98

Alternatives 100-Tage-Programm

von Jessica Wischmeier*

Vor wenigen Tagen haben die Wählerinnen und Wähler die Kohl – Ära beendet und ein deutliches Votum für einen grundlegenden Politikwechsel abgegeben. Wir begrüßen die Aufnahme der Koalitionsverhandlung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Aus diesem Grund möchten wir Euch an dieser Stelle ein Projekt vorstellen, daß einen Beitrag dazu leisten will, daß der Regierungswechsel zu einem wirklichen Politikwechsel wird. Initiiert durch die Jusos und getragen von zahlreichen Menschen aus Wissenschaft, Kultur und Gewerkschaften wurde in den letzten Wochen ein Sofortprogramm entwickelt, daß deutliche Anforderungen an die rot-grüne Regierung formuliert.

Dieses Sofortprogramm setzt sich zusammen aus der Erklärung „Alternatives 100-Tage-Programm – für einen

grundlegenden Politikwechsel“ und fünf zentralen Reformbereichen:

- Zukunft der Arbeit
- Demokratisches Europa
- Zukunftsfähige Bildung
- Einstieg in die Energiewende
- Offene Gesellschaft

Die Erklärung, die von Menschen aus Wissenschaft, Kultur und Gewerkschaften getragen wird, beschreibt den Rahmen des Prozesses. Die UnterzeichnerInnen verstehen sich als Teil des gesellschaftspolitischen Aufbruchs, der gegenwärtig von verschiedenster Seite angestoßen wird und zu dem sie über den Tag hinaus ihren Beitrag leisten wollen. Es geht ihnen darum, zum einen konkret auf die die Koalitionsverhandlungen einzuwirken, ihr Ergebnis sowie die Zeit des Regierungshandelns kritisch zu begleiten und nach 100 Tagen eine erste Zwischenbilanz vorzunehmen. Sie fordern aber auch dazu auf, jenseits von fachlichen und organisatorischen Grenzen eine übergreifende Diskussion über unsere gemeinsame Zukunft zu führen.

Die hier veröffentlichten Textfassungen der Reformbereiche sind ein erster Zwischenschritt des Prozesses. Sie werden im Zusammenwirken der UnterstützerInnen zum gegenwärtigen Zeitpunkt überarbeitet und werden dann Mitte Oktober der Öffentlichkeit in einer ersten abschließenden Fassung präsentiert. Im Anschluß daran wird es weitere Fachgespräche geben, die eine Weiterentwicklung der Reformbereiche im Hinblick auf eine zukunftsfähige Entwicklung sicherstellen sollen. Hierzu sind auch die LeserInnen eingeladen.

Kontakt: Jusos, Ollenhauerstr. 1, 53113 Bonn

spw

* Jessica Wischmeier, Juso-Bundessekretariat, Bonn

„ALTERNATIVES 100-TAGE-PROGRAMM“

Für einen grundlegenden Politikwechsel

Wir brauchen eine Rebellion gegen die analytische Tyrannei des Marktprinzips und gegen die Lähmung unserer Politik, die aus ihr erwächst.

James K. Galbraith, 1998

Die Zukunft Europas hängt in einem hohem Maße vom Gewicht der fortschrittlichen Kräfte in Deutschland ab.

Pierre Bourdieu, 1997

Der erste Schritt ist geschafft ...

Die Wählerinnen und Wähler haben die Kohl – Ära beendet. Der Machtwechsel ist geschafft. Die Mehrheiten für einen Politikwechsel sind vorhanden.

Vor der neuen Bundesregierung liegen gewaltige Herausforderungen. Die Bilanz der Ära Kohl ist verheerend: Rekorde bei Arbeitslosigkeit, Armut und Unternehmenspleiten stehen einer steigenden Reichtumskonzentration bei wenigen Vermögenden, steigenden Aktienkursen und

steigenden Exportgewinnen gegenüber. Die nationalen und internationalen Ungerechtigkeiten wurden in der Vergangenheit mit einer Disziplinierung nach innen und einer Abschottung nach außen beantwortet. Grundrechte wurden demontiert, Solidarität unterhöhlt, das Ellenbogendenken genährt und die Menschen gegeneinander aufgewiegelt. Die Schwächsten der Gesellschaft wurden zu Sündenböcken für diese verfehlte Politik gestempelt.

Diese Zeit ist nun vorbei – die alte Regierung wurde abgewählt, weil die Menschen offensichtlich etwas Neues wollen.

Doch was ist das „Neue“? Wird die neue Regierung auch eine andere Politik machen? Oder wird sie uns die alte Politik im neuen Gewand präsentieren?

Für eine Politik der zwei Etappen

Unsere Antwort lautet: es hängt von uns selber ab. Fortschrittliche Reformen erfordern gesellschaftliche Bewegung. Auch eine Rot-Grüne Bundesregierung wird neoliberale Züge tragen, wenn kein Druck von unten organisiert wird. Nur das Zusammenspiel von politisch bewußter Wissenschaft, der Kreativität und Kompetenz gesellschaftlicher Bewegungen und einer fortschrittlichen Parlamentsmehrheit kann den Weg für einen sozial gerechten, wirtschaftlich effizienten und demokratisch organisierten Modernisierungspfad eröffnen.

Wir setzen auf eine Politik der zwei Etappen. In der ersten Etappe geht es darum, die Lösung der dringendsten Probleme einzuleiten. Die zweite Etappe eröffnet mittelfri-

ALTERNATIVES 100-TAGE-PROGRAMM

stige Perspektiven, durch eine gesellschaftliche Diskussion darüber, wie wir in Zukunft arbeiten und leben wollen.

Erste Etappe: die wichtigsten Probleme anpacken!

Wir erwarten von der rot-grünen Bundesregierung, daß sie in den ersten 100 Tagen Konzepte für die Lösung der dringenden Probleme vorlegt und erste Maßnahmen in die Wege leitet. Hierzu gehören:

- Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen für alle Männer und Frauen, insbesondere für Jugendliche sowie die Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit
- offensives Herangehen an die EU-Präsidentschaft für ein demokratisches Europa
- eine Bildungsreform, die schulische und berufliche Ausbildung nach vorne bringt
- eine zukunftsfähige Energiepolitik, die der Atomenergie ein Ende bereitet und die die Energiewende einleitet
- ein progressives Staatsbürgerschaftsrecht und eine humane Flüchtlingspolitik als ersten Schritt zu einem solidarischen Zusammenleben

Diese fünf Felder müssen in Zusammenarbeit mit Menschen aus politisch bewußter Wissenschaft, gesellschaftlicher Bewegungen und einer fortschrittlichen Parlamentsmehrheit formuliert werden. Wir wollen diesen Prozeß anstoßen.

Aber mit vielen kleinen Einzelreformen ist es nicht getan. Auch wäre es naiv, den Status Quo aus der Zeit vor der Kohl-Regierung wieder herstellen zu wollen. Denn wir wissen: der Kapitalismus der späten 90er Jahre ist nicht mehr der Kapitalismus der ersten Nachkriegsjahrzehnte. Zu vieles hat sich verändert, als daß die Rezepte von gestern ausreichen würden. Die Internationalisierung der Wirtschaft, der Strukturwandel, die veränderten Ansprüche der Menschen an Arbeit und Leben erfordern von der politischen Linken neue Ideen und neue Konzepte.

Zweite Etappe: Kreativität und Bewegung!

Daher wollen wir eine zweite Etappe der Reformen einleiten. Wenn wir nicht mehr nur Abwehrkämpfe führen müssen, wenn erste Grundlagen der Solidarität rekonstruiert und erfahrbar sind, entsteht neuer Raum für Kreativität und Bewegung.

Gegenwärtig erleben wir den Widerspruch zwischen vermehrten fachlichen Kompetenzen und Wissen über zu lösende Probleme auf der einen Seite und einem Mangel an Verständigung und kritischer Diskussion außerhalb der exklusiven politischen Beraterkreise auf der anderen Seite. Diesen Widerspruch müssen wir auflösen.

Wir werden die Politik nicht den grauen Technokraten überlassen, die sich als scheinbar über den gesellschaftlichen Interessen schwebende Polit-Manager präsentieren. Und erst recht räumen wir das Feld nicht für die plumpen Demagogen mit ihren einfachen Scheinlösungen.

Der vergangene Wahlkampf war ein warnendes Beispiel dafür, welche Entwicklung unsere Demokratie zu nehmen droht. Wo Meinungsumfragen an die Stelle der politischen Überzeugung treten und Show-Effekte die politische Auseinandersetzung ersetzen, dort wird die Demokratie auf die Zuschauertribüne gesetzt und der politische Souverän zum Konsumenten degradiert.

Wir verstehen unsere Initiative daher vor allem als Anstoß für gesellschaftliche Bewegung. Wir fordern dazu auf, jenseits von fachlichen und organisatorischen Grenzen eine übergreifende Diskussion über unsere gemeinsame Zukunft zu führen. Gewerkschafter und die Unternehmer, die sich an einer gesellschaftspolitischen Debatte beteiligen

wollen, Arbeitslose und Beschäftigte, Wissenschaftler und Künstler, Jugendliche und Rentner, Männer und Frauen – alle sollen ihre Erfahrungen und Wünsche in einen solchen Prozeß einbringen.

Politik der Erneuerung statt Stückwerk

Der Handlungsbedarf ist riesig. Eine neue Gesellschaft kann nicht am Reißbrett entwickelt und „beschlossen“ werden. Die wirtschaftlichen Veränderungen und die politischen Reformen schaffen ständig neue Realitäten. Diese stellen neue Anforderungen an die Politik. Was wir aber brauchen, sind Leitbilder und Visionen. Nur dann, wenn wir Vorstellungen davon haben, wohin wir wollen, entsteht der Antrieb für Reformen und können die Menschen für das Risiko des Neuen begeistert werden. Die wichtigsten Felder der politischen Erneuerung sind für uns:

- Die Herstellung einer neuen internationalen Solidarität jenseits von Standortwettbewerb und Abschottungspolitik.
- Die demokratische Verständigung darüber, in welchen Bereichen in Zukunft neues Wachstum und neue Beschäftigung entstehen können.
- Die Ökologisierung unserer Produktions- und Lebensweise.
- Die Erneuerung des Sozialstaates zur besseren Absicherung von Erwerbsbiographien und Lebensentwürfen.
- Arbeitsumverteilung und emanzipatorische Reform der Erwerbsarbeit und ihrer Rahmenbedingungen
- Eine Reform des Staates hin zu mehr BürgerInnennähe, gesellschaftlicher Selbstverwaltung und mehr Demokratie.

Uns ist klar: eine Politik der Erneuerung wird nicht allen Interessen gerecht werden können. Es kann nicht unser Ziel sein, die Profitinteressen der Rentiers und Vermögensbesitzer zu vertreten, die eineinhalb Jahrzehnte von Kohl-Politik profitiert haben. Ohne eine Korrektur der gesellschaftlichen Verhältnisse wird der Politikwechsel zur bloßen Phrase. Wir haben den Mut, gegen gut organisierte Interessen das einzufordern, was Verfassungsgebot ist: die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Geld ist genug da.

Helmut Kohl ist abgewählt. Geschafft ist damit nur der erste Schritt – jetzt liegt es an uns, in den benannten Feldern einen wirklichen Politikwechsel einzufordern!! Hierzu wollen wir unseren Beitrag leisten.

UnterzeichnerInnen:

Dr. Lale Akgün (Leiterin des Landesentrums für Zuwanderung NRW), Ingo Appelt (Kabarettist), Reiner Braun (Geschäftsführer NaturwissenschaftlerInnen-Initiative – „Verantwortung für Friedens- und Zukunftsfähigkeit“), Prof. Micha Brumlik (Universität Heidelberg), Prof. Dr. Christoph Butterwegge (Universität Köln), Stephan Dorgerloh (Studienleiter Jugendbildung an der Ev. Akademie Wittenberg), Ulrike Gonzales (Vorstand fzs – freier Zusammenschluß von studentInnenschaften), Reinhard Hahn (IG Metall Jugend), Peter Hartig (LandeschülerInnenvertretung Berlin), Prof. Dr. Rudolf Hickel (Universität Bremen), Prof. Dr. Klaus Peter Kisker (FU Berlin), Ralf Krämer (spw-Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft), Benjamin Mikfeld (JungsozialistInnen), Andrea Nahles (Juso-Bundesvorsitzende), Thomas Pulina (Vorstand fzs – freier Zusammenschluß von studentInnenschaften), Peter Rühmkorf (Schriftsteller), Nadia vom Scheidt (Grün-Alternatives Jugendbündnis), Gisbert Schlemmer (Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff), Horst Schmitthener (geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall), Friedrich Schorlemmer (Publizist), Prof. Dr. Herbert Schui (Hochschule für Wirtschaft und Politik),

Zukunft von Arbeit und Sozialstaat – Qualifizierte Arbeitsplätze für alle Männer und Frauen

Reformbereich 1

Die Bemühungen um ein „Bündnis für Arbeit und Ausbildung“ werden nach der Bundestagswahl eine zentrale Rolle spielen. Die Bedingungen für ein solches Bündnis sind aber anders als bei der Konzentrierten Aktion Ende der 60er Jahre. Nach unserer Auffassung hat der Staat in einem „Bündnis für Arbeit und Ausbildung“ nicht nur eine Moderatorenrolle, er muß einen eigenständigen Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Regulierung von Arbeitsverhältnissen leisten.

Wir erwarten von der neugewählten Bundesregierung die umgehende Einführung einer gesetzlichen Umlagefinanzierung, um die Ausbildungssituation bereits im kommenden Ausbildungsjahr zu verbessern sowie eine grundlegende Berufsbildungsreform. Dies muß unabhängig von einem Bündnis für Arbeit umgehend in Angriff genommen werden.

Einstieg in die sozial-ökologische Steuerreform

Wir brauchen eine sozial-ökologische Steuerreform, die die zunehmende Belastung kleiner und mittlerer Einkommen bei gleichzeitiger Entlastung hoher Einkommen und Vermögen rückgängig macht. Neben der Anhebung des steuerlichen Existenzminimums geht es deshalb vor allem um eine Entlastung unterer und mittlerer Einkommen. Darüber müssen im Rahmen einer Steuerreform die private Vermögensteuer wieder eingeführt und die Erbschaftsteuer wieder angehoben werden.

Erforderlich ist daneben eine ökologische Komponente in der Steuerreform. Hierzu gehört eine stärkere Besteuerung von Primärenergie. Die Mehreinnahmen aus einer solchen Besteuerung sollen für ökologische Zukunftsinvestitionen und den sozialen Ausgleich aufgewendet werden.

Ausweitung öffentlicher Zukunftsinvestitionen

Wir halten zur Erhöhung der Investitionsquote und zur Erschließung neuer Wachstumsbereiche die Ausweitung und Bündelung öffentlicher Investitionen für dringend geboten. Dabei darf es sich jedoch nicht um rein konsumtive Ausgaben handeln, sondern es muß um einen aktiven industriepolitischen Beitrag zur Stärkung und zum Umbau bisheriger Branchenstrukturen (z.B. im Bereich erneuerbarer Energien, im Verkehrssektor, im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, im Wohnungsbau und in der Stadtsanierung) gehen. Wir erteilen deshalb allen Bestrebungen, die Staatsquote zu senken, eine klare Absage.

Programm für 300.000 arbeitslose Jugendliche

Der private und der öffentliche Arbeitsmarkt werden ohne intelligente Lösungen auch in Zukunft nicht in der Lage sein, ausreichend Arbeitsplätze zu schaffen. Wir setzen uns deshalb für die Stärkung des „Dritten Sektors“ ein, in dem zu normalen tariflichen Bedingungen gemeinwohlorientierte Arbeiten verrichtet werden. Dadurch könnten zusätzliche, bisher nicht angebotene öffentliche Dienstleistungen in den Bereichen Kinder- und Altenpflege, im Gesundheitswesen wie in Freizeit- und Jugendeinrichtungen entstehen.

Erste und vorrangigste Aufgabe im Rahmen dieses öffentlichen Beschäftigungssektors ist ein Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Ähnlich wie in Frankreich müssen 300.000 zusätzliche Arbeitsplätze für arbeitslose Jugendliche geschaffen werden. Ein solches Programm bietet eine Chance für jeden zweiten arbeitslosen Jugendlichen. Die Beschäftigungsverhältnisse sollen nach unserer Auffassung in Bereichen mit hohem gesellschaftlichem Bedarf geschaffen werden, etwa bei der Betreuung älterer Menschen, in der Jugendarbeit und im Umweltschutz. Dabei muß sichergestellt werden, daß es sich um zusätzliche Stellen handelt. Dieses Programm muß zudem Qualifizierungsmöglichkeiten (Möglichkeiten, einen Schulabschluß oder eine Berufsausbildung zu erlangen) für die Jugendlichen beinhalten.

Arbeitsumverteilung und emanzipatorische Reform der Erwerbsarbeit und ihrer Rahmenbedingungen

Arbeitszeitverkürzung ist ein unverzichtbarer Bestandteil aktiver Beschäftigungspolitik. Um einen möglichst großen Beschäftigungseffekt zu erzielen und eine Kompensation durch Arbeitsverdichtung weitgehend auszuschließen, sollten Arbeitszeitverkürzungen in möglichst großen Schritten erfolgen. Dabei müssen zwischen den Tarifparteien und mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen flankierte, intelligente Lösungen gefunden werden, die einen Lohnausgleich sicherstellen und gleichzeitig die Schaffung von Arbeitsplätzen garantieren. Arbeitszeitverkürzung ist darüber hinaus in unterschiedlichsten Formen notwendig (z.B. Begrenzung von Überstunden, Einführung von Familien- und Erziehungszeiten, Förderung von Aus- und Weiterbildungszeiten sowie flexible Arbeitsgrenzen zumindest für die besonders belastete Arbeit, wie etwa bei SchichtarbeiterInnen)

Sicherung der Grundlagen des Sozialstaats

Die gesetzlichen Sozialversicherungen leisten einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Stabilität in der Bundesrepublik. Ihre Funktionsfähigkeit muß dauerhaft gesichert werden. Deswegen erwarten wir die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen zur Verbreiterung der Beitragsbasis der gesetzlichen Rentenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung. Gleichfalls erwarten wir die sofortige Einführung der Sozialversicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse.

Die Leistungskürzungen der Krankenversicherung (insbesondere Zahnersatzleistungen für Jüngere sowie die Zahlungen bei Medikamenten) und die Rentenkürzungen zum 1.1.1999 müssen rückgängig gemacht werden. Wir erwarten innerhalb der ersten 100 Tage die Vorlage eines Konzeptes zur Rentenreform, das u.a. den veränderten Erwerbsbiographien Rechnung trägt. Diese Diskussion ist mit Vorschlägen zur Einführung einer bedarfsorientierten

Grundsicherung zu verbinden. Vorhandene Ansprüche aus Sozialversicherungen sollen aufstockt und so ein Existenzminimum sichergestellt werden.

ArbeitnehmerInnenrechte wieder herstellen

Die konservative Bundesregierung hat gezielt die Rechte von ArbeitnehmerInnen eingeschränkt und damit die Kräfteverhältnisse zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten weiter

verschoben. Der Gesetzgeber ist nun gefordert, wichtige Schutzrechte für ArbeitnehmerInnen wieder herzustellen. Dazu gehören u.a. die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die volle Wiederherstellung des Kündigungsschutzes und des Schlechtwettergeldes. Zentrale Forderungen in diesem Zusammenhang ist für uns die Wiedereinführung des ehemaligen § 116 AFG und mittelfristig der Ausbau der Beteiligungsrechte von ArbeitnehmerInnen.

Zwar trägt der Nationalstaat weiter die Hauptverantwortung für viele Politikbereiche, allerdings bedarf es immer mehr einer internationalen Flankierung und Absicherung. Die Weiterentwicklung der Europäischen Union stellt ein erstes wichtiges Gegenmodell zur Logik des immer schärferen Standortwettbewerbs dar. Zum 1.1.1999 übernimmt die deutsche Bundesregierung die Rats-Präsidentschaft in der Europäischen Union. Aus unserer Sicht sollten folgende Eckpunkte einer beschäftigungsfördernden Politik während der deutschen Rats-Präsidentschaft eingeleitet oder beschlossen werden:

Währungsunion umgestalten

Die zum 1. Januar beginnende Europäische Währungsunion wird in ihrer jetzigen Ausgestaltung negative Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation in der Gemeinschaft haben. Um die prinzipiell vorhandenen positiven Potentiale der Währungsunion nutzen zu können, muß die derzeitige einseitige Stabilitätsorientierung um eine Beschäftigungsorientierung ergänzt werden. Dabei geht es um zwei Ziele:

- Die Währungsunion muß genutzt werden, um eine stärkere Regulierung der internationalen Finanzmärkte herbeizuführen und damit auch die Position der europäischen Unternehmen in der weltwirtschaftlichen Konkurrenz zu festigen. Die EU muß daher unter deutscher Präsidentschaft eine Initiative für eine internationale Regulierung der Finanzmärkte beginnen. Sollten internationale Abkommen nicht möglich sein, müssen auch einseitige Maßnahmen eingeleitet werden, etwa die Besteuerung spekulativer Kapitalbewegungen (Tobin-Steuer) oder auch die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen in Europa.
- Die überzogene Stabilitätsorientierung der Währungsunion nach innen – wie sie etwa im sogenannten Stabilitätspakt verabredet wurde – muß außer Kraft gesetzt werden. Die Europäische Zentralbank darf nicht nur einseitig auf das Stabilitätsziel verpflichtet sein, sondern ebenso auf das Vollbeschäftigungsziel. Es muß eine Niedrigzinspolitik eingeleitet werden.

Europäische Beschäftigungspolitik

Parallel dazu sind beschäftigungspolitische Maßnahmen zu ergreifen.

- Um zu verhindern, daß die notwendige fiskalpolitische Disziplin weiterhin durch staatliche Ausgabenkürzungen erfüllt wird, müssen Maßnahmen gegen das Steuerdumping ergriffen werden. Dies erfordert insbesondere Fortschritte bei der Harmonisierung der Unternehmenssteuern. Notwendig ist eine einheitliche Quellensteuer auf Zins-einkünfte in Höhe von mindestens 30 % (oder Maßnahmen mit vergleichbarer Wirkung). Zeitlich begrenzt ist auch eine erhöhte Staatsverschuldung akzeptabel.

Für ein demokratisches Europa

Reformbereich 2

- Alle Mitgliedstaaten müssen sich spätestens auf dem EU-Gipfel in Köln auf das Ziel der Beschäftigungsförderung verpflichten. Dazu ist eine verbindlich quantifizierte Vorgabe (Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2003) festzusetzen. Die Mitgliedstaaten müssen darlegen, mit welchen Maßnahmen und mit welchen Teilzielen sie das Beschäftigungsziel erreichen wollen. Diese beschäftigungspolitischen Aktionsprogramme müssen die Bereiche öffentliche Beschäftigungsförderung, aktive Arbeitsmarktpolitik und Investitionen in besonders beschäftigungswirksame Bereiche einschließen und Gegenstand europäischer Beratungen werden. Bei Zielverfehlung sind Sanktionsmechanismen gegen die betreffenden Mitgliedstaaten einzuführen.
- Die beschäftigungspolitischen Möglichkeiten der EU im Rahmen der Strukturpolitik müssen ausgeschöpft werden. Die anstehende Reform der Strukturfonds muß in diesem Sinne genutzt werden. Die Bundesregierung muß eine entsprechende Reformkonzepte vorlegen.

Mehr Demokratie in der Europäischen Union

Das Demokratiedefizit der Europäischen Union muß ausgeglichen werden. Folgende Maßnahmen sind dringlich:

- Einrichtung einer Wirtschaftsregierung als Gegengewicht zur Europäischen Zentralbank durch Stärkung des Rates der Finanz- und Wirtschaftsminister. Ein Initiativrecht der EU-Kommission und Mitentscheidungsmöglichkeiten des EPs sind dabei unabdingbar. Erste Schritte in diesen Richtung müssen bereits auf dem Gipfel von Wien von der Bundesregierung in Kooperation mit der französischen und anderen sozialdemokratischen Regierungen angestoßen werden.
- Der Bundestages muß in der europäischen Politik gestärkt werden. Analog zu den Regelungen in Dänemark muß der Bundestag Anhörungsrechte und Weisungsbefugnisse erhalten, bevor die Bundesregierung im Ministerrat Entscheidungen trifft. In dieses Verfahren müssen die Aushandlung weiterer Änderungen des EU-Vertrages und mögliche Erweiterung der EU eingeschlossen sein.

Für eine Bildungsreform, die schulische und berufliche Ausbildung nach vorne bringt

Reformbereich 3

Die Bedeutung von Bildung und „Humankapital“ für den Standort ist gegenwärtig in aller Munde. Unsere Anforderung an ein modernes und zukunftsfähiges Bildungssystem beinhaltet die Vorstellung, daß Bildung nicht ausschließlich ökonomische Interessen zu bedienen hat. Bildung dient zum einen der Emanzipation und Selbstentfaltung des einzelnen. Hierzu gehört, daß alle die Möglichkeit erhalten, die Herausforderungen und Chancen, die sich durch die Medialisierung und Technisierung unserer Gesellschaft ergeben, zu nutzen. Neue Kommunikations- und Beteiligungsmöglichkeiten in einer immer komplexeren Gesellschaft dürfen nicht nur von denen erkannt und genutzt werden, die das Privileg haben, sich Bildung über private Zugänge zu erschließen. Zum anderen ist die Qualifikation der Menschen ein entscheidender Faktor zur Steigerung der gesellschaftlichen und ökonomischen Innovationsfähigkeit und zur Verbesserung der individuellen Chancen, Berufs- und Lebensentwürfe zu realisieren.

Voraussetzung hierfür ist für uns der uneingeschränkte Zugang zu allen Bildungsgängen.

Freien Hochschulzugang gewährleisten

Wir erwarten den Ausbau und die flexiblere Gestaltung des Hochschulzugangs für Berufstätige. Zusätzlich müssen beim Hochschulzugang ohne Abitur neben qualifizierter Berufstätigkeit Familienphasen oder Qualifikationen, die durch unbezahlte und ehrenamtliche Arbeit im privaten Sektor erworben wurden, als qualifizierend gelten. Kon-

zepte hierzu können in den ersten 100 Tagen vorgelegt werden. Zum anderen erwarten wir die Bereitstellung von ausreichend Studien- und Ausbildungsplätzen, sowie die angemessene finanzielle Absicherung aller sich in der Ausbildung befindlichen Jugendlichen. Dies muß durch eine BAföG-Reform sichergestellt werden, die wieder mehr Jugendlichen ein Studium mit Hilfe einer bedarfsdeckenden und solidarisch finanzierten Ausbildungsförderung ermöglicht.

Berufsbildungsreform und gesetzliche Umlagefinanzierung

Trotz aller vollmundigen Ausbildungsversprechen der Spitzenfunktionäre der Wirtschaft, aller bisherigen Maßnahmen der Kohl-Regierung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und alle quantitativen Förderprogramme der Länder (Gemeinschaftsinitiativen Ost) und des Bundes und Konsensmodellen West geht die Ausbildungsbereitschaft der privaten und öffentlichen Arbeitgeber seit 1992 kontinuierlich zurück. Wir erwarten deshalb in den ersten 100 Tagen einen Gesetzesentwurf zur Einführung der gesetzlichen Umlagefinanzierung, wenn es 1998 wieder nicht gelingt, ausreichend Ausbildungsplätze für Jugendliche zu schaffen. Damit ist es jedoch nicht getan. Wir brauchen neben der quantitativen Absicherung der Ausbildung eine qualitative Verbesserung. Aus diesem Grund erwarten wir einen zügigen Einstieg in eine Berufsbildungsreform, die den Anforderungen an eine moderne Berufsausbildung Rechnung trägt.

Bildungsfinanzierung

Die Hochschulmiserie ist nicht ausschließlich ein finanzielles Problem. Dennoch ist die aktuelle Studiensituation an vielen Hochschulen inakzeptabel. Der Ausbau der Hochschulen hat mit dem – angesichts des steigenden Bedarfs an AkademikerInnen wünschenswerten – Anstieg der Studierendenzahlen in keiner Weise Schritt gehalten. Wir erwarten daher die Verdoppelung der Ausgaben für Bildung und Forschung im Haushalt. Dabei dürfen sich die Ausgaben nicht auf nur auf Forschung beschränken, sondern es geht ganz konkret um eine Ausweitung des Hochschulbaus sowie des Personals an den Hochschulen, die nicht zugunsten „verwertbarer Forschung“ vernachlässigt werden dürfen.

Hochschulrahmengesetz

Wir fordern, umgehend einen Prozeß einzuleiten, in dessen Verlauf gemeinsam mit StudierendenvertreterInnen ein Hochschulrahmengesetz verabschiedet wird, daß sich deutlich von der ökonomisch-technokratischen Variante Kohlscher Prägung unterscheidet. Eine alternative Reformdiskussion orientiert sich am Leitgedanken von Wissenschaft in demokratischer, sozialer, ökologischer, feministischer und globaler Verantwortung, in dem alle zentralen Elemente einer fortschrittlichen Hochschulpolitik verankert sind. Wir erwarten deshalb in einem neuen HRG u.a.

- die Festschreibung des Verbots von Studiengebühren
- die verbindliche Festschreibung der Verfaßten Studierendenschaft für das ganze Bundesgebiet
- Ausweitung der Rechte der Verfaßten Studierendenschaft
- die Förderung von Frauen an den Hochschulen, z.B. durch die Erhöhung des Anteils von Frauen an den Lehrstühlen.



Noch immer wird in der Bundesrepublik mit einem Energieversorgungsmodell hantiert, das sich aus den Zeiten der fordistischen Industriestrukturen ableitet. Längst aber verlangen ökonomische wie auch ökologische Entwicklungen eine völlig neue energetische Basis. Eine dezentrale über verschiedene Energieträger (z.B. Strom, Wärme) integrierte Energieversorgung kann nicht nur den veränderten Produktions- und Verbrauchsstrukturen in der Bundesrepublik viel besser gerecht werden, sondern stellt auch eine weit effizientere, kostengünstige und ökologisch verträgliche Form der Energieerzeugung dar.

Atomkraft ist nicht nur ein Energieträger der Vergangenheit und eine ökologische Bedrohung für die Menschheit, sondern auch eine permanente Bedrohung für Frieden und Demokratie. Die zwangsläufige enge Verzahnung sogenannter friedlicher und militärischer Nutzung der Atomenergie gilt nicht nur für die atomaren Schwellenländer, sondern auch für die hochindustrialisierten Staaten. Die Castor-Transporte haben außerdem offengelegt, daß die Nutzung der Atomkraft schon heute eine massive Einschränkung der demokratischen Grundrechte in diesem Land darstellt.

Ausstieg aus der Kernenergie

Innerhalb der ersten 100 Tage nach Regierungsbildung muß deshalb ein Gesetz zum Ausstieg aus der Kernenergie verabschiedet werden. Folgende Punkte müssen festgeschrieben werden:

- Der Ausstieg aus der Kernenergie ist ein energiepolitisches Ziel der Bundesrepublik.
- Alle AKWs sind regelmäßig technischen Überprüfungen zu unterziehen, in denen die Betreiber nachweisen müssen, daß das betreffende AKW den aktuellen technologischen Genehmigungsstandards entspricht.
- Jene vermutlich sechs Kraftwerke, die heute bereits nicht mehr genehmigungsfähig nachrüstbar sind, müssen noch innerhalb der ersten hundert Tage der neuen Bundesregierung vom Netz gehen.
- Die Sicherheitsstandards sind in regelmäßigen Abständen zu verschärfen mit dem Ziel, daß im Falle eines Super-GAU dauerhaft keine radioaktive Strahlung freigesetzt werden kann. Nach einer Frist von 1.000 Tagen soll auch das letzte AKW vom Netz gehen.
- Die Sonderregelung zur Steuerfreiheit von Sonderrückstellungen der AKW-Betreiber wird abgeschafft. Die gebildeten Sonderrückstellungen müssen binnen drei Jahren aufgelöst und versteuert werden. Die hierdurch eingenommenen Beträge werden für die Energiewende in Deutschland eingesetzt.
- Die begrenzte Haftungspflicht der AKW-Betreiber für den Fall eines GAUs oder Super-GAUs ist abzuschaffen. Die Betreiber sind künftig verpflichtet, ihre AKWs ausreichend zu versichern und diese zusätzlichen Kosten auf den Atomstrompreis umzulegen.
- Die FuE-Gelder für die Atomenergie sind noch im Haushaltssatz für 1999 umzuwidmen für FuE und EuE-Projekte im Bereich regenerativer Energieträger.
- Die Castor-Transporte sind bis zum endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie und der Entwicklung eines vertretbaren Entsorgungskonzeptes zu stoppen.

Einstieg in eine moderne Energieversorgung

Der Atomausstieg ist aber nur der halbe Weg in eine moderne Energieversorgung. Wir erwarten daher weitere

Für eine zukunftsorientierte Energiepolitik – der Atomenergie ein Ende bereiten

Reformbereich 4

Schritte hin zur Etablierung einer neuen energetischen Basis unserer Industriegesellschaft.

- **Stromeinspeisungsgesetz:** Für das bestehende StrEG ist eine Bestandsgarantie abzugeben. Ein Lastenausgleich zwischen den kommunalen und regionalen Versorgern durch Heranziehung der Verbundunternehmen ist erforderlich. Eine soziale Regelung zur kostengerechten Vergütung des erzeugten Solarstroms ist im StrEG zu verankern.
- **Energiewirtschaftsgesetz:** Eine weitere Reform des EnWG ist von der Bundesregierung auf den Weg zu bringen. Die Liberalisierung des Marktes muß unter regulierenden Rahmenbedingungen stattfinden, andernfalls wird es den drei großen Verbundunternehmen gelingen, die Marktöffnung zur horizontalen und vertikalen Monopolisierung zu nutzen. Den kommunalen Energieversorgern ist eine gesetzliche Bestandsgarantie zu geben. Den Energieversorgungsunternehmen ist in einem 20 Jahre währenden Stufenplan eine Mindestquote umweltfreundlicher Energieträger (regenerativer Energien, Gas-Heizkraftwerke) abzuverlangen, der den Ausstieg aus den traditionellen fossilen Energieträgern zum Ziel hat.
- **Solarenergieinitiative:** Die Bundesregierung ist gefordert, eine Initiative zu starten, deren Ziel der schrittweise Umbau unserer Energieversorgung ist. Hierzu müssen die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Unabdingbar ist für uns dabei die umgehende Auflage eines 100.000 Dächer-Programms.



Für ein fortschrittliches Staatsbürgerschaftsrecht und eine humane Flüchtlingspolitik

Reformbereich 5

Einwanderungsland Deutschland

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Diskriminierungen wegen unterschiedlicher Herkunft, Hautfarbe oder Religion sind durch Regelungen gegen Diskriminierungen, wie sie von der Europäischen Union befürwortet werden und wie sie sich in anderen europäischen Ländern bewährt haben, zu überwinden. Auf dieser Grundlage fordern wir eine vereinfachte und zeitgemäße Änderung des Aufenthaltsrechts zugunsten eines Einwanderungsrechts. Langfristig müssen auch den AusländerInnen, für die eine zusätzliche Staatsangehörigkeit nicht in Frage kommt, die vollen BürgerInnenrechte unabhängig von Aufenthaltsstatus und Staatszugehörigkeit zustehen.

Die neue Bundesregierung muß umgehend das Staatsbürgerschaftsrecht ändern. Die jetzigen Regelungen, besonders die alleinige Ausrichtung des Staatsbürgerschaftsrechts an der Abstammung, wie es das immer noch gültige Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz aus dem Jahre 1913 vorschreibt, ist nicht länger akzeptabel. Vielmehr sollte die deutsche Staatsbürgerschaft automatisch mit der Geburt in der Bundesrepublik erteilt werden (*ius soli*).

Für die Menschen mit ausländischem Paß, die die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen wollen, muß die Einbürgerung erleichtert werden, vor allem in bezug auf die Aufenthaltsdauer und den bürokratischen Aufwand, sowie durch die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft.

Flüchtlinge schützen

Für die Wiederherstellung des ursprünglichen Grundrechts auf Asyl wird es in absehbarer Zeit keine verfassungsändernde Mehrheit geben. Wir werden dies dennoch von einer rot-grünen Regierung immer wieder einfordern. Gerade aus diesem Grund müssen die verbliebenen Möglichkeiten genutzt werden, um Flüchtlinge zu schützen. Das deutsche Asyl- und Ausländerrecht genügt den menschenrechtlichen Standards des internationalen Flüchtlingsrechts nicht mehr. Diese Sorge wird von internationalen Gremien wie z.B. dem UNHCR geteilt. Von der neuen Bundesregierung erwarten wir die volle Respektierung des internationalen Flüchtlingsrechts, wie es u.a. in der Genfer Flüchtlingskonvention zum Ausdruck kommt. Deshalb muß eine neue Bundesregierung umgehend die folgenden Mindestanforderungen zum Schutz von Flüchtlingen sicherstellen:

- Die Abschiebung in einen Drittstaat ist entsprechend Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention auszusetzen, wenn die Gefahr der Kettenabschiebung nicht ausgeschlossen ist.

- Abschiebungsschutz nach der Europäischen Menschenrechtskonvention muß auch dann gewährt werden, wenn keine staatlichen Gewalt existiert.
- Um den Schutz von Ehe und Familie stärker Rechnung zu tragen, sind die Nachzugsmöglichkeiten für Familienangehörige zu verbessern, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für nachgezogene Ehegatten ist sicherzustellen: auch im Inland bestehende Härte-Gesichtspunkte sind bei der angestrebten Ausweitung der Härtefall-Regelung nach § 19 AuslG umzusetzen.
- Eine Verfolgung aus geschlechtsspezifischen Gründen muß entsprechend der Beschlüsse des Exekutivkomitees des UNHCR, denen die Bundesregierung zugestimmt hat, im Asylverfahren berücksichtigt werden.
- Abschiebungen müssen bei Gefahr für Leib und Leben unterbunden werden.
- Das sogenannte Flughafenverfahren ist ersatzlos zu streichen.
- Ein rechtsstaatlich einwandfreies Asylverfahren sowie ein effektiver Rechtsschutz müssen wieder hergestellt werden.
- Der besonderen Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge ist Rechnung zu tragen, indem dem Asylverfahren ein »Clearingverfahren« vorgeschaltet wird.
- Flüchtlingen, die mindestens 5 Jahre in Deutschland leben, ist durch eine Altfall-Regelung eine Aufenthaltsbefugnis zu erteilen.
- Durch die Einfügung einer Härtefallklausel in § 55 Abs. 4 AuslG müssen Spielräume für humanitäre Entscheidungen in Einzelfällen geschaffen werden. In einem solchen gesetzlichen Rahmen können Härtefallkommissionen gebildet werden.
- Die Abschiebungshaft und deren unmenschliche Bedingungen sind abzuschaffen.
- Das Asylbewerberleistungsgesetz ist ersatzlos abzuschaffen. Die sozialrechtliche Sonderbehandlung von Flüchtlingen ist zu beenden.
- In Deutschland aufgewachsene und dauerhaft hier lebende Ausländer sind bei Straffälligkeit genau wie Deutsche vor Gericht zu stellen und ggf. zu verurteilen. Eine zusätzliche Ausweisung ist eine Doppelbestrafung. Sie kommt einer Verbannung gleich und wird abgelehnt. Wir erwarten, daß entsprechend der Rechtsprechung des EuGH für Menschenrechte der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Ausländerrecht wieder zur Geltung kommt. Ausweisungsmöglichkeiten (Jugendhilfeleistungen, Sozialhilfebezug, Straffälligkeit) gegenüber hier lebenden Ausländerinnen und Ausländern sind stärker einzuschränken.

Darüber hinaus soll unmittelbar nach der Regierungsbildung die Initiative zur Schaffung eines verbindlichen europäischen Rechts ergriffen werden, das die bislang anerkannten Standards des internationalen Flüchtlingsrechts, die Empfehlung des Europarates aus dem Jahre 1091 und die Auslegung dieser Standards durch den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) berücksichtigt.

Bekämpfung des Rechtsextremismus

Rechtsextreme Gewalt und das Erstarken der rechtsextremen Parteien muß mit allen rechtsstaatlichen und demokratischen Mitteln bekämpft werden. Vor allem muß der politischen Auseinandersetzung mit faschistischem Gedankengut Priorität eingeräumt werden. Ignoranz, Gleichmacherei und populistische Anpassung an rechte Parolen werden wir mit unserer Arbeit entgegenzutreten.

„Innovation und Gerechtigkeit“
 F. Müntefering (Kampa/SPD)
 „Wir werden nicht alles anders machen, aber vieles besser.“
 G. Schröder (Kandidat)
 „Wir sind bereit“
 D. Karpinsky (Agentur)
 „Ich werde nichts besser machen, aber vieles anders“
 J. Stollmann (Stollmann)

Die Auswahl der drei ersten Wahlkampfprüfungen liefert eine recht genaue Selbstbeschreibung des Wahlkampfes und des Erfolgskonzeptes der SPD: Innovation und Gerechtigkeit versammelt Modernisierungsgewinner und -verlierer in einem Boot. Und weil das nicht immer zusammenpaßt, müssen die Personen glaubhaft die Spannweite zwischen „Neuer Mitte“ und traditionellen Lohnabhängigen bzw. „Lohnunabhängigen“ repräsentieren. Jede und jeder bediente seine Zielgruppe: Lafontaine mobilisierte die Partei, Stollmann kasperte für die „Neue Mitte“ und Schröder warb für sich – je nach Publikum in West und Ost – mit Modernegusto oder Sozialtouch. Organisiert wurde das alles von der Kampa. Sie lieferte die Analysen der wenig homogenen und zusammenhängenden Zielgruppen, sie organisierte ihre präzise mediale Ansprache, sie formulierte den ideologischen Kitt und das symbolische Schmieröl, das alles zusammenzuhalten: Der diffuse Spruch „Wir sind bereit“ war kleinster gemeinsamer Nenner der nur lose verkoppelten SPD-Klientel und Signal des „Willens zur Macht“, Valium der ideologischen Widersprüche und Vademecum des Erfolges.

Die Kampa ist tot, es lebe die Kampa!

Die Kampa wird nun abgerissen – genauer das früher dem Bundesnachrichtendienst gehörende Gebäude der bereits zum Mythos werdenden Wahlkampfzentrale. Für Denkmalpfleger und Historiker bedauerlich, denn mit Etablierung der Kampa ist eine Zäsur in der Geschichte der SPD und der Wahlkämpfe verbunden. Vielleicht sollte wenigstens der berühmte „war room“ aus der Kampa originalgetreu im Museum für Deutsche Geschichte ausgestellt werden.

Weil das die Erwartungen übertreffende Wahlergebnis bekannt ist, wird die kurze Kampa-Geschichte zur reinen Erfolgsstory – durchaus nicht zu Unrecht. Nun werden jede Inszenierung, jedes Plakat, jeder Winkel

zug und jeder Zufall zu Einzelheiten und Etappen eines anscheinend genial ausgeklügelten Schlachtenplanes von klugen Parteistrategen, kompetenten Organisatoren und kreativen Werbefachleuten.

Man mache zwei Gedankenexperimente, um einer nüchternen Bewertung näher zu kommen. Was wäre gewesen, wenn das Ergebnis nur wenig anders ausgefallen wäre, und zum Beispiel eine Große Koalition verordnet worden wäre? Dieselben, die heute die Kampa vorbehaltlos feiern, hätten auf ein Scheitern des „depolitierten“ Wahlkampfkonzepts hingewiesen. Was wäre aber, andere kontrafaktische Frage, der Wahlkampf ohne die Kampa gewesen? Billiger zunächst. Und sonst? Hacken ablaufen und ZAS verteilen, mehr Infostände, weniger Anzeigen und andere Kinospots. Über die SPD-Kinospots haben die Leute auch früher gelacht, allerdings aus Häme. Nun bekamen die Cineasten immerhin einen witzigen Clip auf Startrek-Niveau und die Fernsehzuschauer einen Schröder wie aus der Jever-Bier-Reklame.

Es gibt großen Theorienstreit und fehlende empirische Beweise, ob Wahlwerbung wirklich entscheidend ist. In unserem Fall läßt man das am besten offen und geht einfach davon aus, daß die Kampa das entscheidende Prozent zusätzlich herbeigeworben hat. Sie hat besser und professioneller als alle anderen die Mediendominanz begriffen und genutzt, sogar gestaltet. Sie hat auf jeden Fall einen Teil der schwindsüchtigen personellen Kompetenz in und z.T. außerhalb des Parteiapparates zusammengeführt und zur Höchstleistung getrieben. Wer hätte das gedacht? An allem ändert sich auch nichts, wenn man erinnert, daß der Wahlkampf nicht eine Woche länger dauern durfte. Denn nach der Bayernwahl konnte nicht mehr viel nachgelegt werden und die Partei war demobilisiert. Auch die Erinnerung an die Ehrenkampfmitglieder Kohl, Schäuble, Hintze und Nolte, die stets jede mögliche CDU-Offensive gegenseitig im Keime erstickten, ändert nichts.

Die Kosten der Kampa

Der Preis des Sieges ist ein politischer und ein ökonomischer.

Politisch radikalisiert die Kampa das Ende der Ortsvereins-, Parteitags- und Programmpartei SPD hergebrachten Stils. Gremien dienen heuer nicht der Diskussion, sondern der Aklamation, Parteitage schaffen Uni-

Kampa forever

von Frank Wilhelmy*

versal-Legitimation und Programme sind Punchingbälle für Kandidaten und Wärmflaschen für Delegierte. Die Regie hat anscheinend alles im Griff. Selbst der Protest und die Abweichung vom Drehbuch sind (ein-)geplant. Sicher wird das nicht so bleiben, aber eines ist klar: Die Renaissance der Politik, der Debatte, der Demokratie, der Utopien und Offensiven muß durch das disziplinierende Fegefeuer der Medieninszenierung hindurch. Ohne kommunikative Kompetenz und Kampagnenfähigkeit keine Resonanz. Das zu begreifen wird überlebenswichtig für die Linke in der SPD.

Finanziell war die Kampa ein Desaster. Die SPD ist pleite. Wenn wir hier schreiben würden, wieviele Millionen allein der Wagnerianisch inszenierte Leipziger Bombastparteitag gekostet hat, den geneigten LeserInnen würde es die Tränen in die Augen treiben. Müntefering nennt 50 bis 60 Millionen DM Wahlkampfgesamtkosten, der Spiegel 77 Millionen. Wer bietet mehr? Die wahren Summen werden wir nie erfahren, sie sind jedoch gewiß höher. Und nun muß gespart werden. Beim Personal, bei den Arbeitsgemeinschaften, der politischen Arbeit. So werden Geldkosten zu bitteren politischen Zusatzkosten. Und auch Machnig, der „Vollstrecker“ (Der Spiegel), kann nicht trösten, wenn er zum 100. Mal darauf hinweist, daß die Partei ohne den Sieg am Ende gewesen wäre.

Jetzt bekommt die Baracke einen neuen Geschäftsführer. Wie zu hören ist, nicht mehr vom Parteitag gewählt. Und der Europawahlkampf bekommt eine kleine Europa-Kampa verpaßt.

Na prima. Wag the dog!¹

spw

¹ Der Schwanz wackelt mit dem Hund – Titel des zynischen US-Spielfilms, der beschreibt, wie ein Medienkrieg inszeniert wird.

* Dr. Frank Wilhelmy, Bonn, Mitglied der spw-Redaktion, Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Macht – Demokratie – Protest

Einleitung zum Schwerpunkt

von Frank Wilhelmy, Claudia Walther, Reinhold Rünker*

Als wir die Schwerpunktplanung begannen, wollte die Redaktion aus Termingründen bewußt Abstand halten von der Erörterung der Bundestagswahlergebnisse und eher theoriegeleitet die politischen Grundbegriffe *Macht – Demokratie – Protest* diskutieren lassen – auch um Kriterien und Horizonte zu entwickeln, in deren Licht konkreter aktueller politischer Output zu bewerten ist. Im weiteren Verlauf der Diskussion erschien es jedoch zunehmend interessant, diese Begriffe doch zum Resultat ihrer demokratischen Praxis in der bürgerlichen Gesellschaft in ein Verhältnis zu setzen. Nun haben wir also beides im Heft: aktuelle Wahlanalysen einerseits und eher theoretische Aufsätze über Politikgrundlagen andererseits, wenn auch in unterschiedlichen Rubriken.

Politische Macht

Der Zusammenhang der Begriffe Macht, Demokratie und Protest ist kein zufälliger, wie ihn eine einfache Aufzählung herstellt. Die enge inhaltliche Verknüpfung wird deutlich, wenn man sich den Bedeutungsgehalt analytisch vergegenwärtigt:

1. Traditionelle Machttheorien begreifen *politische Macht* als Verfügungsmacht über *Machtinstrumente*, als strategische Beeinflussung eines fremden Willens. Max Weber hat die entsprechende klassische Formulierung geprägt:

„Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“ Nun spricht aber viel dafür, dies als „Gewalt“ oder zumindest „Zwang“

zu betrachten. Mao hat in diesem Sinne von der Macht, die aus den Gewehrläufen komme, gesprochen.¹ Ein solcher Machtbegriff wäre aber abgesehen davon, daß er schlicht die Instrumente bzw. instrumentelles Handeln mit den Zielen und Ursachen von vergesellschafteten Handlungsprozessen verwechselt, mißlich, weil dann die gegebenen Macht- (sprich: Gewalt-) Verhältnisse unveränderbar wären.

Analytisch und politisch fruchtbarer ist ein kommunikativer und auf Vergesellschaftungsprozesse abhebender Machtbegriff, wie ihn etwa Hannah Arendt vertritt: Arendt (1971: 45) definiert Macht als menschliche Fähigkeit, „nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln. Über Macht verfügt niemals ein Einzelner, sie ist im Besitz einer Gruppe und bleibt nur solange existent, als die Gruppe zusammenhält.“

Protest ist schließlich die Form politischen Handelns der Ohnmächtigen, die gleichzeitig darauf abzielt, die herrschende Macht zu bekämpfen und eigene Macht zu gewinnen.

Bei Arendt konstituiert sich die Legitimität der Macht im selben Augenblick, in dem sich eine Gruppe zusammenschließt und verständigt – die Begriffe Legitimität und Macht sind eng verschwistert: „Macht entsteht, wann immer Menschen sich zusammentun und gemeinsam handeln, ihre Legitimität beruht nicht auf den Zielen und Zwecken, die eine Gruppe sich jeweils setzt; sie stammt aus dem Machtursprung, der mit der Gründung der Gruppe zusammenfällt.“ (Arendt 1971: 53)

Man kann Max Webers berühmte Befehlsdefinition von Herrschaft (definiert als Chance, „für spezifische (oder: für alle) Befehle bei einer angebbaren Gruppe von Menschen Gehorsam zu finden“) mit Hannah Arendt aufschließen: „Wo Befehle nicht mehr gehorcht wird, sind Gewaltmittel zwecklos.“ Der Gehorsam hänge „von nichts anderem als der ‚Meinung‘ ab und natürlich der Zahl derer, die diese Meinung so oder anders teilen. Jetzt stellt sich auf einmal heraus, daß alles von der Macht abhängt, die hinter der Gewalt steht.“ (Ebd.: 50) Bei Arendt ist der Gedanke einer reinen Gewaltherrschaft ausgeschlossen. Auch totale Herrschaft, die auf KZ und Terror zurückgreift, „bedarf einer Machtbasis, die in diesem Fall von der Geheimpolizei und einem Netz von Spitzeln gestellt wird.“ (Ebd.: 51) Macht ist also normativ nicht qualifiziert. Jede beliebige Gruppe kann somit Macht erzeugen, sofern sie sich auf eine gemeinsame „Meinung“ einigt.

Arendts Überlegungen nimmt Jürgen Habermas zum Anlaß, seinen Begriff der politischen Macht zu differenzieren in kommunikative Macht (die Bildung eines gemeinsamen Willens) und in administrative Macht, die ein Implementierungssystem konstituiert, das über einen (Macht-) Code, nämlich „Befugnisse zu kollektiv bindenden Entscheidungen“ (Habermas 1992: 187), gesteuert wird. Die Entstehung von Macht basiert auf der (ursprünglichen) öffentlichen Einigung von Menschen auf gemeinsame Überzeugungen in zwangloser² Kommunikation. Die Verwendung bzw. *Ausübung* von und die *Konkurrenz* um institutionalisierte Macht unterscheidet Habermas als *strategisches* Handeln vom *kommunikativen* Handeln der Machterzeugung. Insofern ist sein Machtbegriff realistischer als der von Arendt, die nur die Dichotomie Macht/Gewalt kennt.³

Wichtig ist vor allem die Erkenntnis, daß die strategische Anwendung von Macht und die Konkurrenz um *legitime* administrative Macht und der Einsatz von technischen Mitteln der Gewalt die *Legitimität* durch kommunikative Macht nicht ersetzen, sondern nur vertreten kann. Zur Reproduktion ist kommunikative Macht auf die Institution der Öffentlichkeit angewiesen, die die Bedingung der Möglichkeit für eine Anerkennung diskursiv einlösbarer und grundsätzlich kritisierbarer Geltungsansprüche bildet (vgl. Habermas 1987: 246, 248).

Neben den Binnenöffentlichkeiten von Räuberbanden, Bürgerkriegsgruppen, Unternehmen, Vereinen, Parteien etc. existieren als zivilisatorischer Fortschritt eine massenmediale Öffentlichkeit und die Institutionen der parlamentarischen Demokratie.

Demokratie und Protest

2. *Demokratie* ist ihrerseits erstens das Ergebnis von Machtkämpfen und der Herausbildung medienvermittelter (und selbst vermachter) Öffentlichkeit, zweitens ein Kampffeld zur Austragung von Machtkämpfen mit mehr oder minder zivilisierten Regeln, drittens der Rahmen zur Reproduktion von Legitimität als Ressource von Macht, viertens ein Verfahren zur Herstellung eines Legitimitätsoutputs (Legitimität

* Frank Wilhelmy, Claudia Walther und Reinhold Rünker sind Mitglieder der spw-Redaktion

durch Verfahren) und fünftens schließlich das normative Ziel der emanzipativen politischen Kämpfe.

3. *Protest* ist schließlich die Form politischen Handelns der Ohnmächtigen, die gleichzeitig darauf abzielt, die herrschende Macht zu bekämpfen und eigene Macht zu gewinnen. Unter Nutzung und/oder kalkulierter Verletzung formaldemokratischer und gesetzlicher Regeln appelliert Protest an die normative Zielstellung von Demokratie (Etwa: Unrecht und Unterdrückung soll nicht sein, etc.), nutzt die Verfahren medialer Öffentlichkeit und versucht die Ressourcen von Macht (also die Verständigung auf eine gemeinsame Handlungsorientierung) zu erneuern bzw. zu verbreitern.

Schlagen wir nun die Brücke zu den aktuellen Bundestagswahlen. Macht, Demokratie und nicht zuletzt Protest sind immer auch geprägt von ihren gesellschaftlichen Kontexten. Sie sind – wie oben schon angedeutet – nicht voraussetzungslos, sondern mit den vorhandenen Klassenbeziehungen, ihren ökonomischen und außerökonomischen Ausbeutungsverhältnissen verwoben.

Das Ergebnis von „Demokratie“ ist insoweit ein Kompromiß aus dem Antagonismus von Macht (Beherrschung) und Protest (der Unterdrückten), der jedoch nicht zwangsläufig ein ausgeglichenes Verhältnis, sondern den Stand der Klassenauseinandersetzung in seiner parlamentarischen Ausdrucksform darstellt: In ihm manifestiert sich die hegemoniale Stellung zumeist von Partialinteressen: „die Partikularinteressen existieren nicht a priori vor jedem Kompromiß, sondern sind immer schon dessen Resultat, und umgekehrt bildet sich das Allgemeininteresse immer als ein spezifischer Kompromiß eben dieser Partikularinteressen“ (so Alex Demirovic mit Verweis auf Poulantzas, Demirovic 1997, S. 39/40). Parlamentarische Auseinandersetzungen in der bürgerlichen Demokratie – und die Wahlen zu einem solchen Parlament – sind daher auch nicht nur Akklamationsveranstaltung zur Mobilisierung von Massenloyalität, sondern eben auch das Aktionsfeld zur Herstellung immer neuer sozialer Kompromißformen und -formeln. Wahlkämpfe sind mithin ein strategisch wichtiger Ort zur Herausbildung hegemonialer Symbole und Deutungsmuster eben auch für opponierende, für Protesthaltungen.

Machtverlust der Linken

Auch phänomenale Wahlsiege sollten nicht vergessen lassen, daß am Grunde der Moldau die Steine wandern (Brecht), sprich die Grundlagen des Erwerbs und der Reproduktion linker emanzipativer Macht erodieren. Machtverlust ergibt sich dabei auf vier Ebenen:

1. Durch den Verlust bzw. die Erschütterung tradiert emanzipativer Weltbilder – nicht nur, aber vor allem im Zuge von 1989
2. Durch die Unterwerfung der Politik unter die politisch geschaffenen Sachzwänge der Globalisierungsökonomie (Der Neoliberalismus kann als politisches Projekt zur dauerhaften Entmachtung der Politik begriffen werden – vgl. Bourdieu), und die Souveränitätsverlagerung an demokratisch nicht rückgekoppelte transnationale Instanzen (Europäisierung, Machtverlust des Nationalstaates)
3. Durch die Vermachtung und den Verlust von Öffentlichkeit, Debatte und Diskurs in der politischen Kultur – nicht zuletzt in den Parteien – und ihren Ersatz durch Inszenierung des Scheins
4. Durch die Schwierigkeit, Kommunikation und Solidarität transnational zu organisieren, d.h. jenseits der Sprachgrenzen eine transnationale civil society bzw. handlungs- und solidaritätsfähige, sprich *mächtige* community herzustellen.

Die Themen der Schwerpunktdebatte sind damit gesetzt:

Pierre Bourdieu behandelt in dem mit ihm geführten Interview das Verhältnis von *durch die Medien verliehener Macht* und *symbolischem Kapital* am Beispiel der Intellektuellen und ihrer Rolle. Eine interessante Parallele zur Politik... Zum besseren Verständnis sei darauf hingewiesen, daß sich derzeit in Frankreich eine Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen, sich links verstehenden Intellektuellen vollzieht: den Bourdieu nahestehenden, die die Streiks vor zwei Jahren unterstützten, und denen, die sich von den Streiks distanzieren.

Erhard Eppler schlägt in seinem Plädoyer für die Wiederherstellung der Politik einen Bogen von der Kritik an der selbstverschuldeten Verweigerung von Politik über die Bewertung der künftigen Rolle der Nationalstaaten zu einer Aufforderung, mehr demokratische Elemente in die deutsche Demokratie einzuführen: Volksbegehren und Volksentscheid.

Claudia Walther und *Andreas Wehr* beleuchten in ihren Beiträgen z.T. kontrovers, z.T. sich ergänzend die Diskussion um die (vermeintliche?) Alternative Europa versus Nationalstaat. Während Wehr insbesondere die Illusionen und Ideologien einer europäischen Staatsbildung kritisiert, versucht Walther gleichwohl die Möglichkeiten einer „Mehrebenenpolitik“ unter verstärkter Zusammenarbeit auf Europa-Ebene auszuloten. Diese Debatte wird weitergeführt werden müssen.

Detlef Hensche resümiert die Protestformen und -aktivitäten der Gewerkschaften noch für die Zeit der alten Regierung. Daß Protest eine politische Perspektive braucht und hat, gilt sicher auch für die Gewerkschaftspolitik in der neuen rot-grünen „Berliner“ Bundesrepublik.

Christoph Meyer analysiert am Beispiel der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, daß „Protest“ keine linke Politikform sein muß. Brandgefährliche Nazi-Ideologie verbindet sich mit wirksamen politischen Aktionsformen. Strategien dagegen sind erforderlich. Protest gegen den Protest reicht nicht aus.

Karsten Rudolph schließlich bestimmt den „neuen Ort“ der sozialdemokratischen Linken unter den veränderten Rahmenbedingungen. Er verbindet aktuelle Entwicklungen mit „neo-realistischen“ demokratie- und politiktheoretischen Überlegungen. Eine neue Generation sozialdemokratischer Linker müsse imstande sein, „die Verhältnisse zu definieren und den Politikwechsel in die eigenen Hände zu nehmen.“

Auch hier wird dazu aufgerufen, die Auseinandersetzung „um Politik als Machtfrage“ stärker in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zu rücken.

Offen blieb bei all den Artikeln die Frage, inwie weit es perspektivisch tatsächlich gelingen könnte, Protest über den Kreis der zumeist eher Wohlsituierten (wenn auch zunehmend in prekären Verhältnissen lebend) hinaus zu organisieren und im oben genannten Sinne zumindest „kommunikationsmächtig“ werden zu lassen. Was wäre das für ein gesellschaftlicher Aufruhr, wenn auch nur ein Zehntel der von Dauerarbeitslosigkeit und Armut betroffenen Menschen in ein „politisches“ Protestverhältnis treten würde. Und was für eine Herausforderung wäre diese Situation für eine sozialdemokratisch geführte Regierung in diesem Land?

spw

Auch phänomenale Wahlsiege sollten nicht vergessen lassen, daß die Grundlagen des Erwerbs und der Reproduktion linker emanzipativer Macht erodieren.

Literatur:

Arendt, Hannah 1971: Macht und Gewalt, München
 Arendt, Hannah 1981: Vita activa oder Vom tätigen Leben, Neuaufll. München
 Demirovic, Alex 1997: Demokratie und Herrschaft – Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster 1997
 Habermas, Jürgen 1987: Hannah Arendts Begriff der Macht, in: Ders.: Philosophisch-politische Profile, 1987, 228-248
 Habermas, Jürgen 1992: Faktizität und Geltung, Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt/M.
 Loewenstein, Bedrich 1990: Problemfelder der Moderne: Elemente politischer Kultur, Darmstadt
 Meyers, Reinhard 1993: Grundbegriffe, Strukturen und theoretische Perspektiven der internationalen Beziehungen, in: Grundwissen Politik, 229-333
 Weber, Max 1972: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 5. Aufl., Tübingen

- 1 In der deutschen staatspolitischen Sprachpraxis wird meist der Unterschied von Macht und Gewalt verwischt. „Staatsgewalt als potestas ist (...) bestenfalls die Möglichkeit von Gewalt (violencia) – als äußerstes Mittel innerhalb rechtsverbindlicher Regeln. Es ist kein bloßes Spiel mit Worten zu betonen, daß Macht stets auf Ermächtigung beruht und Einvernehmen voraussetzt; Amtsgewalt bedeutet die Möglichkeit, unter Umständen Zwang auszuüben; hingegen ist Gewalt im Sinne von violencia das Ende jeder Art von sozialer Beziehung.“ (Loewenstein 1990: 6, vgl. Meyers 1993: 280-282)
- 2 Der zwanglose Charakter der Kommunikation ist dabei keine Realannahme, sondern in die Funktionsbedingungen von Verständigung notwendig eingelassene Vorbedingung, die wie auch immer illusionär jeder Sprecher/In unterstellen muß, um überhaupt kommunizieren zu können.
- 3 An dieser Stelle wäre das Hegemoniekonzept Gramscis und die Theorieebatte um die civil society anzuschließen. Dies muß hier aus Platzgründen unterbleiben.

Über Mehrheiten, Medien und Macht

Gespräch mit Pierre Bourdieu*

Für eine Linke der Linken

spw: Soeben haben die deutschen Wähler ein klares Votum für einen Regierungswechsel abgegeben und den sich schon in anderen europäischen Ländern abzeichnenden Trend hin zu einer sozialdemokratischen Mehrheit fortgesetzt. Sie selbst haben sich bereits mehrfach skeptisch hinsichtlich der neuen Sozialdemokratie "à la Blair" geäußert und sich auch mit Ihren Stellungnahmen für „eine Linke

Es ist nicht zuletzt Aufgabe der kritischen Intellektuellen, die regierenden Linksparteien Europas kritisch zu beobachten und immer aufs Neue an ihre oft vollmundigen Wahlversprechen und politischen Programme zu erinnern.

der Linken“ bei der französischen *Parti Socialiste* unbeliebt gemacht. Wie sehen Sie die neue politische Landschaft Deutschlands und die neue europäische Troika „Blair-Jospin-Schröder“?

Bourdieu: Skepsis ist meines Ermessens auch zukünftig angesagt, und es ist nicht zuletzt Aufgabe der kritischen Intellektuellen, die regierenden

Linksparteien Europas kritisch zu beobachten und immer aufs Neue an ihre oft vollmundigen Wahlversprechen und politischen Programme zu erinnern, denn sonst droht die Gefahr des Etikettenschwindels, bei dem eine im Kern konservative Politik in progressiver Verpackung daherkommt.

spw: Eine solch kritische Haltung seitens Ihrer Person dürfte dabei um so schwerer wiegen, als Ihre öffentliche Stellungnahmen ein beachtliches Echo hervorrufen. Sie selbst wurden kürzlich auf der Titelseite der Zeitschrift „L'Évènement du jeudi“ als der „einflußreichste französische Intellektuelle“ präsentiert, andere Printmedien bezeichnen Sie als den „wichtigsten Soziologen der Gegenwart“.

Bourdieu: Was soll das heißen: „einflußreichster Intellektueller Frankreichs“? Mit einer solchen Feststellung begibt man sich auf die Ebene der Macht und ihrer Verteilung. Aber um welche Form von Macht handelt es sich dabei? Akademische Macht, so wie ich sie in meinem Buch 'Homo Academicus' analysiert habe? In diesem Falle ist es leicht verifizierbar, daß die Zugehörigkeit zum *College de France*, wo zu der Zeit, in der diese Studie entstand, Leute wie Dumézil, Lévi-Strauss, Braudel oder Foucault lehrten, so gut wie keine universitäre Macht im eigentlichen Sinne vermittelt, d.h. kaum Einfluß in den für die Reproduktion der Wissenschaftlergemeinschaft im allgemeinen und der Professorenschaft im besonderen maßgeblichen Instanzen verschafft. Die „geweihten Häretiker“, wie ich sie nannte, sind trotz ihres Prestiges mehr oder weniger vollständig von dieser Art Macht ausgeschlossen, was im übrigen sehr schade für die Qualität der wissenschaftlichen Arbeit und die jungen Forscher, die sich ihr widmen wollen, ist.

Das Spiel der Medien mit der Macht

Wenn man aber von der Macht hinsichtlich der Vermittlungsinstanzen und insbesondere gegenüber den Medien spricht, kann die Zugehörigkeit zum *College de France* bzw. das Prestige, das damit einhergeht, durchaus einige Autorität in den Augen von Journalisten oder Verlegern verschaffen. Ich denke, daß mein Freund Michel Foucault eine solche „Macht“ besaß, aber eine solche auf Prestige beruhende Macht ist recht wenig, wenn man sie mit jener vergleicht, die einige medienwirksame und -gerechte Intellektuelle angehäuft haben. Deren Macht beruht auf der engen Verflechtung von Presse und Verlagswesen, man denke z.B. an den Verlag Grasset, der durch die von ihm verlegten und vermittelten Bücher und die gleichzeitig auf verschiedenen direkten und indirekten Wegen kontrollierten Zeitungen und Zeitschriften (L'Évènement du Jeudi, Le Point, Le Magazine Littéraire etc.) den Medien-Intellektuellen zum Triumph verhelfen kann. Dies zeigt sich übrigens sehr klar in der Hetz- und Diffamierungskampagne, die diese Medien im Zusammenspiel mit diesen Intellektuellen momentan betreiben, ein Spiel, das die von mir in „Über das Fernsehen“ vorgelegten Analysen wie in Gestalt eines Lehrstückes voll und ganz zu bestätigen scheint.

Die Inhaber dieser durch die Medien verliehenen Macht können, ebenso wie die Inhaber von rein universitärer Macht, fast vollständig des Prestiges entbehren, das sie ansprechen, wenn die Rede vom „wichtigsten Soziologen der Gegenwart“ ist. Die beiden Kapital-Formen; von denen ich sprach, d.h. das universitäre und das Medien-Kapital, haben

* Pierre Bourdieu ist Soziologe in Paris. Verantwortlich für das Interview sind Frank Wilhelm und Claudia Walther; es entstand mit Unterstützung von Franz Schultheis, Professor für Soziologie an der Universität Neufchâtel, Schweiz.

als gemeinsames zentrales Merkmal, daß es sich um *nationale* Größen handelt, d.h. sie sind an einen nationalen Kontext (in diesem Falle an Frankreich) bzw. an den jeweiligen Sprachraum gebunden. Deshalb sah ich mich im Rahmen meiner Arbeiten zum 'Homo Academicus' gezwungen, das Prestige bzw. das symbolische Kapital der Wissenschaftler auch über deren Übersetzungen und deren Nennungen im Citation-Index und weitere Indikatoren der internationalen Anerkennung zu evaluieren. Auf dieser Ebene setzten sich dann meine geweihten Häretiker' sehr deutlich von den Inhabern rein universitärer bzw. Medien-Macht ab.

Über die Rolle der Intellektuellen

spw: Als Intellektueller, Forscher und politisch Engagierter kämpfen Sie für die Rechte der sogenannten „sans papiers“, der illegalen Einwanderer, aber auch der Langzeitarbeitslosen und letztlich aller Kategorien sozial Ausgegrenzter. Gleichzeitig erscheinen Sie immer aufs Neue als ein Widersacher jedweder Form von Konformismus. Sind Sie vielleicht, wie manche Ihrer Bewunderer zu glauben scheinen, der letzte Sproß der Meisterdenker, ein neuer Jean-Paul Sartre?

Bourdieu: Ich habe weder die Anmaßung noch den Wunsch, die Figur des totalen Intellektuellen, wie sie Sartre verwirklichte, zu verkörpern. Dennoch muß angemerkt werden, daß meine Sonderstellung im intellektuellen Feld Frankreichs (und erst recht im internationalen Kontext, wo sich diese Sozialfigur von einigen Ausnahmen wie jener Chomskys einmal abgesehen, aus historisch nachvollziehbaren Gründen nie durchsetzen konnte) darauf beruht, daß ich die historische Funktion des Intellektuellen, wie sie sich in Frankreich mit Emile Zola und der Dreyfus-Affäre herausgebildet und bis hin zu Sartre und den Kämpfen der Intellektuellen gegen die Folter in Algerien fortgesetzt hat, verteidige. Hierbei geht es mir um die Idee, daß der Intellektuelle punktuell und situationsspezifisch im politischen Feld das Wort ergreift, ohne sich in einen Politiker zu verwandeln, und sich hierbei auf das Kapital an Anerkennung und Kompetenz stützt, das er im literarischen und/oder philosophischen Feld (wie Zola, Gide oder Sartre) oder aber im wissenschaftlichen Feld (wie heutzutage Chomsky) erworben hat, und hierbei auch die seinem eigenen Feld originären Werte vertritt.

Diese Definition des Intellektuellen hat nichts Altmodisches an sich und neben all den guten Gründen, mich zu hassen, die die medialen, d.h. die durch und für die Medien existierenden Intellektuellen, offensichtlich haben, ist sicherlich der Umstand, daß ich sie immer wieder hieran erinnere, einer der wichtigsten.

Sartre hat nun einmal sein symbolisches Kapital nicht dadurch gewonnen, daß er Petitionen unterzeichnete, Demonstrationen anführte oder *Libération* auf der Straße verkaufte, sondern durch seine Romane, Theaterstücke und philosophischen Werke. Es liegt gar nicht an irgendeinem aristokratischen Konservatismus, wenn ich es für nötig halte, die alte Definition des Intellektuellen zu verteidigen. Die spezifische Kompetenz und das symbolische Kapital, die in einem autonomen Feld erworben werden, sind die Voraussetzung für die *Autonomie* des Intellektuellen gegenüber den gesellschaftlichen Mächten, insbesondere der politischen. Auf ihr beruht ihre Fähigkeit, dem Konformismus und all den gängigen Formen der Abhängigkeit und der Servilität zu widerstehen, wie sie sich in den Rollen des bestellten Kommentators des politischen Geschehens, in jener des Experten, der jedwede Politik zu rechtfertigen imstande und bereit ist, oder der (typisch französischen) Rol-

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



le des frivolen Possenreißers manifestiert, der unter dem Mantel der Leichtigkeit, Eleganz und tabubrechenden Freiheit letztlich die gegebene Ordnung der Welt unbehelligt läßt, wenn nicht gar ratifiziert.

Intellektuelle und neoliberale Weltsicht

spw: Sie werfen den heutigen Intellektuellen vor, wieder einmal ihre Aufgabe versäumt zu haben und den Sirenen-gesang der neo-liberalen Ideologie für bare Münze genommen zu haben.

Bourdieu: Ich denke tatsächlich, daß viele Intellektuelle sich nach und nach der neo-liberalen Weltsicht unterworfen bzw. sich diese zu eigen gemacht haben - und dies um so radikaler, je tiefer sie vorher in kommunistischen Mythenologien verstrickt waren. Zu den Faktoren, die diese kollektive Konversion eines guten Teils der französischen Intellektuellen bestimmten (wobei im übrigen die Lage in den anderen Ländern Europas gar nicht so verschieden hiervon sein dürfte), gehört nicht zuletzt auch der gezielte und geplante Einfluß einer ganzen Reihe von Individuen und Institutionen, die sich der Funktion des von großen nordamerikanischen Stiftungen finanzierten und organisierten think tanks widmeten (s. hierzu im einzelnen die kleine Studie von Keith Dixon „Les évangélistes du marché“, Raisons d’agir, Paris 1998).

spw: Ihrem kritischen Soziologen-Blick entgeht nichts: Erziehungssysteme, Massenmedien, Distinktionsmechanismen, Elend, Eliten; Geschlechterbeziehungen etc.. Liegt die Eigenart des Intellektuellen Ihrer Meinung nach darin, keinerlei dunkle Zonen zu akzeptieren und überall nach Aufklärung zu streben und zu suchen?

Bourdieu: Ja, ich glaube an die *Aufklärung* (dt. im Original), aber ich denke, daß diese nur dann wirklich Licht in unsere Lebenszusammenhänge bringt, wenn sie auch sich selbst immer kritisch durchleuchtet. Ich meine hiermit, daß die *raisonnierende Vernunft* ihre kritische Klarsicht auch gegen sich selbst wenden und begreifen muß, daß mancher Rationalismus Gefahr laufen kann, selbst zum Obskurantismus beizutragen.

spw: Pierre Bourdieu, vielen Dank für das Gespräch.

spw

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)

Die Wiederherstellung der Politik

von Erhard Eppler*



I. Keine Politik ist auch Politik, nur falsche

In Deutschland wächst das Unbehagen, aber auch der Wunsch nach Politik. Die politische Basis muckt auf. Kreistage weigern sich, den Kreishaushalt zu beschließen, weil sie den Gemeinden die Höhe der Kreisumlage nicht mehr zumuten können. Arbeitslose lernen von ihren französischen Leidensgenossen, sich zu wehren. Studenten zeigen ihren Zorn über die Verhältnisse an den Hochschulen. Vor die Wahl gestellt, entweder zu resignieren oder zu rebellieren, wählen immer mehr Menschen das Aufbegehren.

Es stellt sich heraus, daß keine Politik eben auch Politik ist, nur falsche. Die Verweigerung von Politik wird als politisches Versagen empfunden. Es gibt offenbar gar keinen Ausstieg aus der Politik, der nicht politisch verantwortet werden müßte. Wenn eine Regierung nicht mehr in der Lage ist, den Begüterten einen angemessenen Anteil an

Es stellt sich heraus, daß keine Politik eben auch Politik ist, nur falsche. Die Verweigerung von Politik wird als politisches Versagen empfunden. Es gibt offenbar gar keinen Ausstieg aus der Politik, der nicht politisch verantwortet werden müßte.

der Finanzierung öffentlicher Aufgaben abzuverlangen, ist das nicht das Ende der Politik, sondern skandalöse Politik. Wenn eine Bundesregierung, um Aktivitäten gegen die Arbeitslosigkeit zu demonstrieren, lediglich den Gemeinden vorschreiben will, was sie dagegen tun sollen – denselben Gemeinden, die sie vorher finanziell ausgehungert hat –,

dann ist das nicht nur der Verzicht auf Politik – das ist es auch –, sondern miserable Politik. Wenn der Bund, und, von ihm gestoßen, die Länder ihre Gemeinden zwingen, die Gebühren für den Kindergarten anzuheben, dann ist das Politik, schlechte Politik, weil es zum einen die föderative Ordnung in Mißkredit bringt, zum andern die Lasten dort abläßt, wo sie am wenigsten hingehören: bei den Familien mit Kindern, die es ohnehin schwer haben. Neoliberale Nicht-Politik ist auch Politik. Sogar der Versuch, Politik sukzessive durch den Markt zu ersetzen, ist Politik. Und wo Politik ist, gibt es Alternativen.

Das alles belegt auch nicht die angebliche Steuerungsunfähigkeit des Staates, welche die Soziologie konstatiert. Hier wird sehr wohl gesteuert, nur falsch. Wo die Wissen-

schaft an der Steuerungsunfähigkeit der Politik zweifelt, wählt sie die Beispiele meist aus der regionalen oder sektoralen Strukturpolitik. Wo politische Anreize für Industriean siedlung, etwa in ländlichen Gebieten, sorgen sollen, sind die Erfolge in der Tat oft bescheiden. Aber steuert die Politik nicht auf ganz andere Weise, sogar da, wo sie es gar nicht will?

II. Macht und Ohnmacht der Politik

Über den Primat der Politik mag streiten, wer die Zeit dazu hat. Aber die Verantwortung der Politik ist im Prinzip unbegrenzt. Sie reicht viel weiter als ihre Macht. Natürlich kann die Politik z.B. nur in seltenen Fällen Arbeitsplätze selbst schaffen oder garantieren. Und doch kann sie sich nicht von der Verantwortung dafür freisprechen – sich auch nicht durch die Wissenschaft freisprechen lassen –, daß Millionen arbeitsfähiger und arbeitswilliger Frauen und Männer sich in der vergeblichen Suche nach einem Arbeitsplatz aufreiben oder in Resignation und Verzweiflung verkümmern.

Auch Macht ist, von innen gesehen, nicht das, was die Schulweisheit sich träumen läßt. Ob sich jemand mächtig oder ohnmächtig fühlt, hängt immer auch von der Aufgabe ab, vor der er steht. Ist sie größer als die Mittel, sie zu bewältigen – und das ist sie fast immer –, dann beschleicht den Handelnden das Gefühl der Ohnmacht, ob er Arzt, Architekt, Minister oder Kanzler ist. Ich habe mich selten so ohnmächtig gefühlt wie als Bundesminister. Verglichen mit meiner Aufgabe waren die Mittel lächerlich. Nur der Eitle sonnt sich im Gefühl der Macht. Es stimmt ja, daß die Politik, zumal im Zeitalter der elektronischen Medien, zur Eitelkeit erzieht. Aber man muß sich nicht erziehen lassen. Ich habe nicht wenige bedeutende und ganz uneitle Politiker gekannt, von Gustav Heinemann bis Herbert Wehner. Sie haben selten ihre Macht genossen, aber häufig an ihrer Ohnmacht gelitten, nicht nur, als sie zusehen mußten, wie Hitler Europa ruinierte.

III. Standortkonkurrenzen in Europa

Es stimmt: Überall wird, wenn auch mit unterschiedlicher Penetranz, die Standortdebatte geführt. Sie ist nicht ungefährlich. Wer die politische Diskussion auf die Frage verkürzt, ob der Standort Deutschland konkurrenzfähig bleibe oder werde, darf sich nicht wundern, wenn das Denken der Menschen sich verengt auf einen verängstigten Wirtschaftsnationalismus. Aber eben dieser unerwünschte Konkurrenznationalismus stärkt die Nationalstaaten und verschafft ihren Regierungen auch Spielraum für eigenständiges Handeln. Manche Regierungen nutzen ihn. Dagegen ist nichts einzuwenden.

Wer schon mittelfristig nicht den Nationalstaat, sondern die Europäische Union für den Raum hält, in dem sich

* Erhard Eppler, Dr. phil., Jg. 1926, Mitglied des Bundestages 1961-1976, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1968-74, Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD 1973-1992. Der Beitrag ist eine überarbeitete Fassung des Schlußkapitels des neuen Buches von Eppler: „Die Wiederkehr der Politik“, Frankfurt/Main und Leipzig 1998

die Wiederherstellung der Politik vollziehen muß, beobachtet den Standortnationalismus mit Sorge. Wenn Daimler in Lothringen produzieren läßt, ist dies gut für Europa. Eine wichtige Grenzregion wächst zusammen. Die nationale Erregung, die diese Investition begleitet hat, war für Europa weniger gut. Offenbar müssen einige Politiker in Deutschland noch lernen, daß man nicht an sechs Werktagen den Standort Deutschland beschwören und am Sonntag von Europa schwärmen kann. Nationalen Egoismus wird es in Europa immer geben, so wie in Deutschland bis heute der Egoismus der Bundesländer als selbstverständlich gilt. Aber er läßt sich auch übertreiben. Starren alle nur auf den nationalen Standort, beurteilen alle den Euro nur danach, ob er diesen Standort stärken oder schwächen könnte, dürfte die europäische Einigung rasch an einen toten Punkt kommen.

Nationale Standortkonkurrenz in Maßen sprengt Europa nicht, zumal die Nationalstaaten selbst inzwischen in viele kleine und winzige Standorte aufgesplittert sind. Da konkurriert der Standort Baden-Württemberg gegen den Standort Nordrhein-Westfalen, der Standort Sachsen gegen den Standort Hessen, und mancher Landesminister hält sich einiges darauf zugute, daß er einem anderen Bundesland eine wichtige Investition abgejagt hat. Auch unsere Städte sind inzwischen zu Standorten avanciert: Köln konkurriert mit Dortmund, Chemnitz mit Leipzig, Sindelfingen mit Mannheim. Das muß nicht schädlich sein, solange der Wettbewerb nicht in einen Wettlauf der Vergünstigungen auf Kosten der Gemeinden ausartet.

IV. Wiederaufleben nationalstaatlicher Politik

Auch wenn uns etwas anderes lieber wäre: Vorläufig bleibt gar nichts anderes übrig, als die Politik in den Nationalstaaten wieder aufleben zu lassen. Nur dort, noch nicht in Europa, können der Citoyen und die Citoyenne bestimmen, wer regiert und wie regiert werden soll. Es gibt noch keine europäische Regierung, die durch Wahlen bestätigt oder abgelöst werden könnte. Solange dies so ist, werden die meisten politischen Impulse aus den Nationalstaaten, manchmal auch aus deren Regionen und Kommunen kommen müssen.

Im übrigen träumen wohl nur Deutsche den Traum von einem Europa, das die Nationen auslöschen könnte. Nur in Deutschland kann ein Politiker beteuern, er sei Europäer, fühle sich daher nicht als Deutscher. Dabei wird es den Einheitseuropäer noch weniger geben können als den Einheitsdeutschen. Die Regel in Deutschland ist der Westfale, die Mecklenburgerin, die Sächsin, die sich als Deutsche verstehen. Sie fühlen sich inzwischen auch als Bürgerinnen und Bürger des werdenden Europa, also als sächsische Deutsche und deutsche Europäer. Ungarische Europäer werden mit spanischen und deutschen Europäern arbeiten, Handel treiben, Fußball spielen und Feste feiern. Die Deutschen werden dabei ihre Nationalität nicht los. Ein französischer oder schwedischer Europäer will nicht mit abstrakten Nur-Europäern zu tun haben, sondern mit polnischen oder deutschen Europäern. Nationen lösen sich nicht auf, sie gliedern sich ein in ein größeres Ganzes.

Hegel, der den Begriff des „Aufhebens“ in drei Bedeutungen gleichzeitig benutzte: „aufheben“ im Sinne von „aufbewahren“, im Sinne von „hinaufheben“ und schließlich im Sinne von „ungültig machen“, hätte wohl gesagt, was Menschen einmal als so etwas wie ihr Vaterland angesehen haben, lasse sich nicht auslöschen, sondern nur aufheben. Das Königreich Sachsen wurde seinerzeit in Deutschland aufgehoben, also aufbewahrt, so gut, daß es

heute wieder einen Freistaat Sachsen gibt. Es wurde aufgehoben über die Querelen souveräner Kleinstaaten. Dadurch wurde es auch im dritten Sinne aufgehoben, es hörte auf zu existieren als souveräner Staat. Genauso wird es Deutschland oder Frankreich ergehen. Sie werden in der europäischen Gemeinschaft aufbewahrt.

Der Nationalstaat verliert an Kompetenzen, an Bedeutung. Manches wandert nach Brüssel oder Straßburg ab, anderes läßt sich in den Bundesländern besser erledigen. Trotzdem wird es diese immer weniger souveränen Nationalstaaten noch lange geben. Auch meine Enkel werden ihr Leben als schwäbische Deutsche und deutsche Europäer verbringen, und sie werden lothringischen Franzosen und venezianischen Italienern begegnen, die sich als französische und italienische Europäer verstehen. Ob wir inzwischen die Nationalstaaten zu „Transnationalstaaten“ avancieren lassen, wie Ulrich Beck empfiehlt, ist eine Frage der Benennung.

V. Das Europäische Modell

Auf einem Kongreß des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen im November 1997 sprach auch einer von denen, die eines Tages in den Geschichtsbüchern als Baumeister Europas genannt werden dürften: Jacques Delors, lange Jahre Präsident der europäischen Kommission. Es fiel ihm nicht schwer, dem Niveau einer wissenschaftlichen Tagung gerecht zu werden, aber er hatte auch eine politische Botschaft für die Deutschen. In Deutschland, sagte Delors, entscheide sich, ob das europäische Modell eine Chance habe gegen das angelsächsische. Damit wählte er eine Formulierung, mit der Viviane Forrester, sehr viel weniger staatsmännisch, ein Jahr zuvor ihre Landsleute aufgeschreckt hatte. Sie hatte zwar nicht genau gesagt, wie das europäische Modell aussehen soll, aber sie hatte die Franzosen und die Europäer aufgefordert, zwischen dem europäischen und dem angelsächsischen Modell zu wählen.

Delors stellt sich dieses Europa als eigenständigen Teil der westlichen Welt vor, als ein Gebilde, das wirtschaftlich und politisch, wenn auch nicht militärisch, den Vereinigten Staaten ebenbürtig ist und seine Interessen zu wahren weiß. Delors ist nie durch anti-amerikanische Neigungen aufgefallen, aber auch er weiß, daß es noch nie einem Staat gutgetan hat, wenn er sich als unbestrittene Hegemonialmacht fühlte. Es ist nicht gut für den Rest der Welt, wenn ein Land es sich leisten kann, seine Beiträge für die Vereinten Nationen solange nicht zu zahlen, wie die Völkergemeinschaft es noch wagt, sich – wenn auch selten – dem Willen der Hegemonialmacht zu widersetzen. Es muß den Rest der Welt beunruhigen, wenn die Hegemonialmacht, wie im Irak-Konflikt, sich plötzlich wieder von ihren „nationalen Interessen“ leiten lassen will, weil der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht gefügig ist. Dagegen hilft nach aller Erfahrung kein Predigen, sondern nur andere Weltmächte, die sich gelegentlich ein trockenes Nein leisten können.

Natürlich meint Delors mit dem europäischen Modell auch eine Alternative zum Neoliberalismus, der auch lange nach Ronald Reagan den amerikanischen Kongreß noch immer dominiert. Delors plädiert gegen die Abdankung der Politik. Europa ist für ihn da, wo die Politik dem Markt zwar nicht ins Handwerk pfuscht, ihm aber einen Rahmen

Über den Primat der Politik mag streiten, wer die Zeit dazu hat. Aber die Verantwortung der Politik ist im Prinzip unbegrenzt. Sie reicht viel weiter als ihre Macht.

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



setzt, wahrscheinlich sogar zwei, einen sozialen und einen ökologischen, damit der Markt zwar Markt bleiben, aber auch Ergebnisse zeitigen kann, die den menschlichen Bedürfnissen gerecht werden.

VI. Partnerschaft der Lebenden, der Toten und der Ungeborenen

Das europäische Modell – und in diesem Punkt dürfte Jacques Delors so konservativ sein wie Anthony Giddens – muß auf der Partnerschaft der Lebenden, der Toten und der Ungeborenen beruhen, an die Edmund Burke erinnert hat. Partnerschaft mit den Toten bedeutet, daß europäische Politik nie geschichtslos sein darf. Es darf die Lektion der beiden Weltkriege – und damit auch deren Opfer – nicht vergessen, die Erfahrungen mit Faschismus und Kommunismus nie verdrängen.

Europa stehen nicht alle Wege offen, sondern nur solche, die sich noch nicht als Holzwege oder Abwege erwiesen haben. Partnerschaft mit den Toten heißt aber auch, daß, wenn Europa seinen Weg sucht, auch Macciavelli, Montesquieu, Locke, Tocqueville, Smith, Hegel, Marx, Gramsci oder Weber mitreden dürfen. Europa wird nicht auf einer Tabula rasa gebaut.

Vorläufig bleibt gar nichts anderes übrig, als die Politik in den Nationalstaaten wieder aufleben zu lassen. Nur dort, noch nicht in Europa, können der Citoyen und die Citoyenne bestimmen, wer regiert und wie regiert werden soll.

Partnerschaft mit den Ungeborenen – und den bereits Geborenen, aber noch Hilflosen – bedeutet, daß ein „sustainable Europe“, ein zukunftsfähiges Europa unser politisches Leitbild sein muß. Dabei kann die Zivilgesellschaft einen wichtigen Part übernehmen, auch der Markt, wenn wir ihm den richtigen Rahmen zimmern.

Aber ohne Gesetze wird es nicht abgehen, etwa Gesetze, welche Energie teurer und Arbeit billiger machen. Der Diskurs über ein zukunftsfähiges Europa kann schon jetzt beginnen, also ehe alle Institutionen arbeitsfähig sind, die wir dafür brauchen. Er könnte einem Europa guttun, in dem allzu viele Desorientierte mit mehr Furcht als Hoffnung allein auf den Euro starren.

Wo die Durchhaltbarkeit der Entwicklung zum Thema wird – hier gehe ich über Delors hinaus –, verschiebt sich auch der Akzent bei der Wachstumsdiskussion. Was muß, wenn wir nicht auf Kosten unserer Enkel leben wollen, ra-

scher wachsen als bisher, was langsamer, was muß sogar schrumpfen? Wie läßt sich der Ressourcenverbrauch mindern, das Angebot an Dienstleistungen steigern? Wie läßt sich die Ressourcenproduktivität erhöhen, vielleicht rascher als die Arbeitsproduktivität? Wie können Städte und Dörfer freundlicher, vor allem kinderfreundlicher werden, ohne daß sie ihr Umland auffressen? Wie können Güterverkehr und Personenverkehr auf der Schiene zunehmen, auf der Straße abnehmen? Wo kann Wachstum die meisten Arbeitsplätze schaffen? Wie soll unsere Energieversorgung in dreißig Jahren aussehen?

Wo über solche Fragen gestritten wird, politisiert sich die Gesellschaft von selbst, und zwar von unten nach oben, wie dies einer Demokratie gut ansteht, von der Zivilgesellschaft in die Institutionen. wo nur darüber spekuliert wird, ob die Wachstumsrate wohl 2 % oder vielleicht doch 2,5 % betragen werde, verflüchtigt sich Politik von selbst, macht sich überflüssig. Politik nährt sich aus der Frage nach dem guten, menschenwürdigen Leben.

VII. Kapitalverwertung versus menschliche Bedürfnisse

Wenn ein erfahrener Staatsmann wie Jacques Delors von einem europäischen Modell spricht, wenn er das europäische Modell als Alternative sieht zum angelsächsischen, besonders dem amerikanischen, dann meint er, daß die Europäer den Kapitalismus weder abschaffen noch einfach gewähren lassen dürfen, daß sie ihm ebenbürtige Kräfte gegenüberstellen müssen, Gewerkschaften, Umweltverbände, Menschenrechtsgruppen, Interessenvertretungen der Arbeitslosen, alle von Fall zu Fall unterstützt von Kirchen oder Schriftstellern. Daraus ergibt sich eine Demokratie, die aus dieser Spannung lebt, Volksparteien, die in den Konflikten zwischen Kapitalverwertung und menschlichen Bedürfnissen unterschiedlich Stellung beziehen, daraus ihre Kräfte schöpfen und ihre Legitimation beziehen. Was dabei am Schluß herauskommt, interessiert nicht allzu sehr, da es diesen Schluß nicht gibt. Wichtig ist, daß Europa nicht einpolig denkbar ist, daß es nicht nach einer reinen Lehre im Interesse des global operierenden Kapitals leben kann und will auch wenn die „Zivilisierung“ des Kapitalismus, nach der Marion Dönhoff ruft, nie abgeschlossen sein kann – dazu ist der Tiger des Kapitalismus zu vital und zu zäh – und auch nie endgültig erledigt sein darf, weil auch der Tod des Kapitalismus die Spannung in sich zusammensacken lassen müßte, von der das europäische Modell lebt und leben soll.

Zu den menschlichen Bedürfnissen, die gegen die Zwänge der Kapitalverwertung durchzusetzen sind, gehört zuerst das Bedürfnis, sich durch Arbeit zu bilden und in die Gesellschaft zu integrieren, durch nützliche Arbeit zum selbstbewußten Citoyen, zur selbstbewußten Citoyenne zu werden. Wo immer noch so viel Arbeit unerledigt bleibt wie in Europa, dürfen wir uns nicht in den Zynismus derer flüchten, die der „Arbeitsgesellschaft“ den Abschied geben wollen, nur weil das global operierende Kapital immer weniger Arbeit braucht. Im europäischen Modell werden die Verantwortlichen nicht, wie Sektierer auf den jüngsten Tag, darauf warten können, bis das Wirtschaftswachstum die Arbeitslosen von der Straße fegt. Arbeit muß, wie in Frankreich, zum selbständigen Thema werden. Das bedeutet, daß politisch darüber zu diskutieren ist, wo und wie ein Bedarf an Arbeit in eine kaufkräftige Nachfrage zu verwandeln ist, wie die Arbeit, die offenkundig gebraucht wird, finanzierbar werden soll. Dafür gibt es schon viele diskussionswürdige Modelle, etwa das von Fritz Scharpf, wonach

die öffentlichen Hände, statt Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, bei Niedriglöhnen für einfache Dienstleistungen die Sozialbeiträge übernehmen sollen, damit diese Dienstleistungen zu einem Preis angeboten werden können, der die Nachfragenden nicht überfordert.

VIII. Vereinigung Europas und Außenpolitik

Das vereinigte Europa ist eine politische Idee. Schumann, Adenauer und de Gasperi waren Politiker, keine Ökonomen. Es mag sein, daß sie ihr Europa zu sehr als Bollwerk gegen die kommunistische Gefahr aufbauen wollten, daß ihre politischen Vorstellungen zu eng waren für Europa, daß ihr Konzept vom christlichen Abendland zu viele Europäer ausschloß. Trotzdem hatten sie recht, wenn sie darauf pochten, daß dieses Europa kulturell und geistig zusammengehöre und daß es deshalb auch politisch zusammenfinden müsse. Die Europäische Union ist mehr als eine Interessengemeinschaft von nationalen und regionalen Wirtschaftsstandorten.

Dieses Europa wird in Sonntagsreden bereits gerühmt. Die politische Praxis bestimmt es nicht, nicht einmal die Praxis der Außenpolitik. Es gab einmal gute Gründe dafür, daß die Bundesrepublik Deutschland bei Konflikten zwischen Frankreich und den USA sich im Zweifel auf die amerikanische Seite schlug. Es war nicht ratsam, die entscheidende Schutzmacht für Westdeutschland und vor allem für Westberlin vor den Kopf zu stoßen. Heute sind die USA an der Fortführung der NATO mehr interessiert als die Europäer. Wer eine gemeinsame Außenpolitik in Europa anstrebt, muß deutlich machen, daß ihm das europäische Hemd näher ist als der amerikanische Rock. Wer die Franzosen jedesmal im Stich läßt, wenn sie die Deutschen am nötigsten brauchen, hat andere Prioritäten als eine europäische Außenpolitik. Wer Europa will, muß sicher mehr im Auge haben als die Partnerschaft mit Frankreich. Aber wenn Franzosen und Deutsche sich zerstreiten, gibt es kein Europa.

Besonders skurril erscheint im Lichte der europäischen Priorität die stümperhafte Bewerbung der Bundesrepublik um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Wer auch nur die Anfangsgründe des diplomatischen Schachspiels kennt, weiß, daß da kein Lorbeer winkt. Deutschland wird nicht in den Sicherheitsrat kommen, wenn nicht auch Japan, Brasilien, Indien und möglicherweise Nigeria gleichzeitig dort Platz nehmen. Dann aber stellt sich die Frage des Vetorechts. Zehn Staaten mit Vetorecht müßten das Gremium handlungsunfähig machen. Aber die USA und Rußland denken nicht daran, auf ihr Vetorecht zu verzichten.

Europäische Außenpolitik verlangt die Einsicht, daß Europa im Sicherheitsrat längst überrepräsentiert ist, daß das Prestige Deutschlands durch ein Insistieren auf dem Sitz im Sicherheitsrat nicht gewinnt, sondern leidet und daß es darauf ankäme, Briten und Franzosen dort im Lauf der Zeit stärker für die Vertretung eines gemeinsamen europäischen Willens zu gewinnen.

IX. Global Governance

Es widerspricht nicht einer dezidiert europäischen Politik, wenn ein Land wie Deutschland schon heute auf das dringt, was inzwischen „global governance“ heißt.

Global governance ist nicht global government. Ob eine Weltregierung möglich wäre, lohnt sich nicht zu diskutieren, wenn man sie nicht für wünschenswert hält. Und es spricht wenig dafür, daß eine globale Exekutive die Menschen in Papua-Neu-Guinea ebenso regieren könnte wie

die in Argentinien oder in Deutschland. Noch weniger spricht dafür, daß solche Regierung segensreich sein könnte. Trotzdem ist ein internationales, globales Gewaltmonopol nötig, eine Instanz, der die Autorität zuwächst, verbindlich zu sagen, wo legitime Gewalt angewendet werden darf und soll.

Global governance meint zuerst einmal, daß die Vereinten Nationen verstärkt und neue Aufgaben übernehmen sollen, auch da, wo das neoliberale Dogma allein auf den Markt vertraut. Das galt lange als wirklichkeitsfremd, etwa der Vorschlag von George Soros, sicherzustellen, daß jedem Land eine bestimmte Kredithöhe zugebilligt wird. Alles, was darüber hinausgeht, würde dann als gefährlich abgestempelt und verteuert werden. Oder die inzwischen berühmte Tobin-Steuer, benannt nach dem Nobelpreissträger James Tobin, der auf alle Devisentransaktionen eine, wenn auch geringe, Steuer erheben will, um einen beträchtlichen Teil der Devisenspekulation unrentabel zu machen. Kleinere Zinsdifferenzen würden dann keine Transfers mehr rechtfertigen und die Notenbanken der Einzelstaaten könnten das Zinsniveau ihrer Länder wieder besser steuern. Zur global governance würden auch gemeinsame Umweltstandards und soziale Mindestanforderungen gehören.

Jedenfalls gehört zur Wiederherstellung der Politik auch die Rahmensetzung für die globalen Märkte. Eines Tages wird sie gelingen. Es mag sein, daß die Schockwellen, die von Korea, Thailand oder Indonesien aus New York und Frankfurt erzittern ließen, die Regierungen noch nicht zum Handeln veranlassen können. Wenn sich bei der nächsten Teilkatastrophe zeigen sollte, daß auch die Weltbank und Währungsfonds überfordert sind, kommt die nächste Runde der Diskussion. Dann ist die Politik am Zuge. Und wenn sie es dann noch nicht schafft, dann nach der übernächsten. Wichtig ist, ob die Deutschen dann gemeinsam mit Franzosen oder Skandinavien drängen oder ob sie sich zu den Bremsern gesellen.

Bremsen müssen die Europäer, sofern sie das Modell Europa ernst meinen, bei dem, was die Beamten der OECD in jahrelanger Arbeit unter Ausschluß der Öffentlichkeit ausgeheckt haben: einen Entwurf für ein weltweites Abkommen zum Schutz von Investitionen. Obwohl es vor allem westliche Investitionen im Süden schützen soll, wurden die Entwicklungsländer nicht gefragt. Nach Meinung des Amerikaners Lori M. Wallach, publiziert in *Le Monde Diplomatique*, unterscheidet sich dieses Abkommen von anderen dadurch, daß es für internationale Investoren nur Rechte, für die Regierungen nur Pflichten vorsieht, wobei sich die Regierungen unwiderruflich für zwanzig Jahre festlegen sollen. Vielleicht wird sich an diesem Beispiel zeigen, daß die Politik nicht mehr beriet ist, sich als Magd der Ökonomie zu betätigen.

X. Politische Eingriffe für ein „Zukunftsfähiges Deutschland“

Ernst von Weizsäcker und sein Wuppertal-Institut haben mit ihrer Studie über ein „zukunftsfähiges Deutschland“, politisch handhabbar gemacht, was Wissenschaft und Forschung über ökologische Kreisläufe und Gesetzmäßigkeiten in Bibliotheken von Literatur dargelegt haben. „Zukunftsfähiges Deutschland“ ist insofern ein politisches Buch, als es wertet: Solidarität mit den Ungeborenen hat Priorität vor

Zu den menschlichen Bedürfnissen, die gegen die Zwänge der Kapitalverwertung durchzusetzen sind, gehört zuerst das Bedürfnis, sich durch Arbeit zu bilden und in die Gesellschaft zu integrieren.

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



„shareholder value“. Der ökologische Umbau der Wirtschaft wird auch empfohlen, weil er per saldo Arbeitsplätze schafft und Chancen für den Export eröffnet. Mehr kann die Wissenschaft der Politik nicht vorarbeiten.

Zu den Erkenntnissen der Studie gehört, daß eine ökologische Steuerreform unerläßlich ist. Sie hat ihre geschichtliche Logik. In mehr als zwei Jahrhunderten haben die Europäer sich Mühe gegeben, mit Energie aus Kohle, Öl oder Kernspaltung menschliche Arbeitskraft zu ersetzen. Das ist ihnen so perfekt gelungen, daß inzwischen der

Energieverbrauch das Klima gefährdet und menschliche Arbeitskraft überflüssig wird. Jetzt kommt es darauf an, mit Ressourcen, zumal mit Energie, sparsamer umzugehen, sie besser, raffinierter zu nutzen und gleichzeitig menschlicher Arbeit wieder eine Chance zu geben. Dazu muß vor allem Energie verteuert und Arbeit verbilligt werden. Es ist nicht

mehr zu verantworten, da die menschliche Arbeit als Grundlage der meisten Abgaben herhalten muß: für die Lohnsteuer, für sämtliche Sozialabgaben. das wäre sogar dann falsch, wenn die Alterspyramide noch so aussähe wie

Wer die Lebendigkeit einer Demokratie an der Intensität gesellschaftlicher Diskurse mißt, muß denen, die sich daran beteiligen sollen, die Chance geben, etwas zu bewirken. Deshalb brauchen wir das Plebiszit, Volksbegehren und Volksentscheid.

1913, als viele Junge für wenige Alte zu sorgen hatten. Es wird widersinnig, wo man postuliert, Leistung müsse sich lohnen und gleichzeitig immer größere Teile des Lohnes einbehalten muß, um die Renten der Alten und ein modernes Gesundheitswesen zu finanzieren. Alles spricht dafür, die Kalkulationsgrundlagen der Betriebe zu ändern, für den Unternehmer die Energie teurer, die Arbeit billiger zu machen. Auch an diesem Punkt geschieht in Deutschland nicht nur nichts, sondern das Gegenteil des Richtigen. Der Strom wird billiger, die Lohnnebenkosten steigen. Nachdem das Verfassungsgericht den Kohlepfennig aus formalen Gründen für verfassungswidrig erklärt hat, ließ es der Bundesfinanzminister – auf Druck des kleinen Koalitionspartners – sogar zu, daß die Verbilligung des Stroms über zusätzliche Staatsverschuldung finanziert wurde. Präziser läßt sich das Gegenteil des Notwendigen, Richtigen nicht einmal ausdenken, geschweige denn durchsetzen.

Wo einmal die Staatsschulden in die Billionen gehen, also in die Tausende von Milliarden, ist unsere Vorstellungskraft überfordert. Wir begreifen nicht mehr die absoluten Zahlen, wohl aber Relationen. Immerhin ist die Summe der privaten Vermögen in Deutschland noch um einiges staatlicher als die öffentlichen Schulden. Das beruhigt. Noch nie in unserer Geschichte, vielleicht auch noch nie in der Geschichte eines anderen Landes, wurde so viel an so wenige vererbt wie in Deutschland – vor allem Westdeutschland – am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. In denselben Schichten, in denen vor hundert Jahren sechs oder acht Kinder ein bescheidenes Erbe unter sich aufteilten, fällt jetzt einem einzigen Erben ein Vermögen zu, das ihn der Notwendigkeit zu arbeiten für immer enthebt. Oft gibt es keine direkten Nachkommen.

Beides ist nicht gut: die Schulden, deren Verzinsung die Politik handlungsunfähig macht, und die Vermögen, wenn sie dazu führen, von der Arbeit der Vorfahren zu leben. Hier wird die Politik einen Ausgleich schaffen müssen. Wahrscheinlich bedarf es nicht einmal einer Vermögensabgabe wie nach dem Zweiten Weltkrieg; es reicht schon eine Erbschaftsteuer, die oberhalb großzügiger Freibeträge schärfer zugreift. Sollten manche Familien dann den Ausweg in gemeinnützige Stiftungen wählen, so käme dies dem Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft zugute.

XI. Vom Diskurs zu Volksbegehren und Volksentscheid

Es stimmt nicht, daß es in Deutschland keine politischen Diskurse mehr gebe. Vielleicht erreichen sie immer nur Teile der Gesellschaft. Es fehlt weniger an Diskursen als an der Kopplung zwischen Diskurs und Entscheidung. Manchmal fängt der Diskurs erst richtig an, wenn die Entscheidung gefallen ist; ein andermal versickert der Diskurs, weil die Entscheidung ausbleibt. Und mancher Diskurs kommt gar nicht erst in Gang, weil niemand mehr zu hoffen wagt, daß er in eine Entscheidung mündet. Wer die Lebendigkeit einer Demokratie an der Intensität gesellschaftlicher Diskurse mißt, muß denen, die sich daran beteiligen sollen, die Chance geben, etwas zu bewirken. Deshalb brauchen wir das Plebiszit, Volksbegehren und Volksentscheid, nicht nur in Kommunen und Ländern, wo es bereits erfolgreich Diskurse abschließt, sondern auch im Bund.

In einer Zeit, in der Menschen sich vom politischen Engagement fernhalten oder zurückziehen, weil sie nicht mehr glauben, etwas bewirken, etwas verändern zu können, kann das Plebiszit zur Demokratie ermutigen und einer Wiederherstellung der Politik dienen. Wo das Vertrauen in die Parteien schwindet, müssen Wege der Willensbil-

dung geöffnet werden, die von den Parteien zwar genutzt, aber nicht monopolisiert werden können. Das muß den Parteien nicht schaden. Beim Volksentscheid zur Abschaffung des bayerischen Senats dürfte manche engagierte parteilose Bürgerin bemerkt haben, daß es in den Parteien auch Menschen gibt, gelegentlich sogar sympathische.

Unsere politischen Parteien haben daher nur zweierlei zu fürchten: den Ruin der Demokratie und ihr eigenes Versagen, ihr Unvermögen, Instrumente einer verlässlichen Willensbildung zu sein. Das Plebiszit haben sie nicht zu fürchten. Es kann sogar, wo sie die Aufgaben der Opposition wahrnehmen, ein wichtiges Instrument werden. Natürlich: Wo der Souverän das Recht hat, notfalls über alle Institutionen hinweg, gegen Parlament und Regierung, das Wort zu nehmen und zu entscheiden, können Parteien sich blamieren. Aber dann handelt es sich um die demokratischste Blamage, die einer Partei widerfahren kann. Die Partei wird daran erinnert, daß sie ein Instrument der Demokratie ist, ein notwendiges, vielleicht traditionsreiches, vielleicht ehrwürdiges, aber eben ein Mittel, kein Zweck. Die Demokratie ist nachher stärker, die Citoyens sind selbstbewußter als vorher. Darauf kommt es an. Auch für die Parteien.

XII. Politik kehrt wieder

Politik läßt sich nicht ausrotten, nicht wegdefinieren, nicht für immer diskreditieren. Ob man, wie Aristoteles, den

Menschen für ein politisches Wesen hält oder, wie Hannah Arendt, Politik erst zwischen Menschen entstehen läßt, die Menschen sind unheilbar politisch, sogar wenn sie das Ge-

heimel von sich behaupten. Sie haben alle eine Vorstellung davon, wie sie leben wollen und wie nicht. Sobald sie an den Punkt kommen, wo sie diese Vorstellung nicht mehr allein – oder in der Familie – realisieren können wo sie sich dazu mit Nachbarn oder Berufskollegen zusammentun müssen, beginnt die Politik, auch wenn sie mit Politik nichts zu tun haben

wollen. Dann wird gewertet, diskutiert, gestritten, ein Konsens gesucht, vielleicht auch abgestimmt und entschieden.

Solange die Grundrechte in Kraft sind, kann sich Politik von unten her erneuern. Sie läßt sich nicht auf Dauer entmutigen, wo sie in der einen Form an Ende scheint, kommt sie in einer anderen wieder. Wo sie ermutigt wird, nützt sie ihre Chance. Wo sie nötiger ist denn je, läßt sie sich nicht unterdrücken. Wo sie für ein menschenwürdiges Überleben unentbehrlich wird, verbündet sie sich mit dem Überlebenswillen der Menschen. Und dann kehrt sie wieder.

spw

Beides ist nicht gut: die Schulden, deren Verzinsung die Politik handlungsunfähig macht, und die Vermögen, wenn sie dazu führen, von der Arbeit der Vorfahren zu leben. Hier wird die Politik einen Ausgleich schaffen müssen.

Der Euro – Jobkiller oder Beschäftigungsförderung?

Europäische Beschäftigungspolitik in der Währungsunion

Tagung der Zeitschrift SPW, des ProMS-Nord und der Jusos Lübeck

am Samstag, den 21. November 98, von 10.00 bis 18.00 Uhr

in der Musikhochschule, Große Petersgrube 17-29, 23552 Lübeck

10.00 Uhr: Europäische Währungsunion unter neoliberalen Vorzeichen – Beschäftigungsfolgen und Korrekturnotwendigkeiten

Jörg Huffschmid (Universität Bremen)

11.30 Uhr: Grundbedingungen fortschrittlicher Integrationspolitik – Demokratie und konsequente Beschäftigungspolitik

Joachim Schuster (ISPW)

14.00 Uhr: Arbeitsgruppen

a) Koordinierung der Wirtschaftspolitik

Thorben Albrecht (Juso-Bundessekretär)

b) Der Euro und die Regulierung der Weltwirtschaft

Klaus Müller (Bündnis 90/Die Grünen)

c) Zur Rolle der Struktur- und Arbeitsmarktpolitik

Jürgen Kandulla (IG Metall Lübeck)

16.00 Uhr: Europäische Beschäftigungspolitik – Aufgaben der deutschen EU-Präsidenschaft

Christa Randzio-Plath (SPD, MdEP)

Frieder Otto Wolf (Bündnis 90/Die Grünen MdEP)

Jorgen Elikofer (Dänische Metallgewerkschaft)

Weitere Informationen und Anmeldung bei: Joachim Schuster Tel./Fax: 0421-74923

Politikwechsel!

Der neue Ort der sozialdemokratischen Linken nach dem 27. September

von Karsten Rudolph*

Die „78er“ – Zaunkönige der Bonner Republik

Nach dem 27. September bleibt nichts wie es war. Dies gilt auch für die sozialdemokratische Linke, von der niemand mehr genau weiß, wer sie eigentlich ist und was sie wirklich will. Sie, das sind vor allem die Juso-, Gewerkschafts- und AsF-Aktivistinnen der siebziger Jahre. Sie, die Achtundsiebziger, sind zwar seit Jahren im politischen Geschäft, doch stets die Zaunkönige der Politik geblieben. Sie kamen nach der großen Revolte, führten die Revolution im Munde und dann, als sie glaubten endlich dran zu sein, entglitten ihnen die Reformen.

Sie sprechen vom Übergang ins 21. Jahrhundert und haben kaum die historische Wende von 1989/90 verarbeitet. Sie bestehen auf einem Politikwechsel und nehmen sich selbst von ihm aus. Sie geben sich gern oppositionell und regieren seit Jahren mit. Sie beschwören die Politikverdrossenheit, so als ob es sie nicht gebe. Sie reden über die Zukunft und leben selbst in der Vergangenheit. Sie zehren von ihren Erfolgen in der späten Bonner Republik und verweigern einen neuen intellektuellen Entwurf für die Berliner Republik. Sie verweigern ihn, weil ihnen hierfür der politische Mut und der Wille abgeht. Denn davor haben sie am meisten Angst: daß ihnen die Erfolge der langwierigen Kämpfe auf ungezählten Parteitagungen unterderhand zerrinnen.

Sie leben in und für die achtziger Jahre. So lassen sie die Vitalität der JungsozialistInnen ins Leere laufen, indem sie ihnen aus Gründen der Selbstbeweihräucherung ihre Traditionslinie aufdrängen, aber nicht deren eigenständige

Entwicklung fördern. So bearbeiten sie in professioneller Politprosa und routinierter Dramaturgie jedes Thema, bis nichts mehr von ihm übrig bleibt. Sie wollen obenauf bleiben, indem sie die gewohnte Definitionsmacht behaupten,

aber nicht indem sie die Verhältnisse neu definieren. So interpretieren sie die veränderte Wirklichkeit nur, aber sie verändern sie nicht wirklich. So hängen sie an alten Träumen, aber treten nicht mit neuen Visionen hervor. Und so kann es geschehen, daß die sozialdemokratische Rechte im Zuge einer Renaissance der Goldenen Siebziger, wieder als zeitgemäß erscheint.

Daraus folgt: Die inzwischen nachgerückte Generation muß mit politischem Mut und intellektueller Verve aus der Deckung der Parteifunktionen, Fraktionsstellen und per-

sönlichen Büros, der entpolitisierten Universitäten, im Kreis debattierenden Zirkeln, randständigen Kultureinrichtungen und selbstgenügsamen Gewerkschaftsapparate heraustreten und – um eine prägnante Formulierung Heinz Budes zu benutzen – „die Definition der Lage in die Hand nehmen“. Nur wenn die Dreißig- bis Vierzigjährigen Wege aus den Institutionen finden, werden sie sich finden. Gewinnen sie ein klares Bewußtsein von einer eigenen politisch-historischen Rolle, werden sie die Mediokratie der Achtundsiebziger innerhalb kurzer Zeit umstürzen. Sie werden die achtziger Jahre beenden, indem sie die Axt an einem illusionären Demokratieverständnis, einem unklaren Politik- und Staatsverständnis und einer anachronistischen Parteioorganisation anlegen. Ihre Leidenschaft, Neues zu können, ihr waches Urteilsvermögen, ihr vorurteilsloser, wacher Blick auf die Tatsachen und ihre Bescheidenheit unterscheiden sie von den Achtundsiebzignern. Anstatt sich auf alles einzulassen, konzentrieren sie sich auf die fundamentalen Aufgaben und zentralen Funktionen von Staat, Recht und Demokratie. Anstatt überall präsent zu sein, setzen sie wieder Prioritäten. Davon hängt die Stärke und Zukunft der sozialdemokratischen Linken vor allem ab, nicht von der Beteiligung an innerparteilichen Glasperlenspielen in changierenden Konstellationen mit immer denselben Personen. Dazu einige erläuternde Thesen:

1. Die neue sozialdemokratische Linke braucht eine neo-realistische Demokratietheorie.

Die alte Linke hat einen emphatischen Demokratiebegriff populär gemacht und folgt einem identitären Konzept von Demokratie als Selbstregierung, Lebensform und allseitigem Verhaltensprinzip, das für eine moderne Gesellschaft illusorisch ist. Modern ist eine Gesellschaft, wenn sie komplex ist. Komplexität läßt sich kennzeichnen als Vorhandensein eines großen Umfangs sich verändernder und miteinander in Beziehung stehender Variablen. Instabilität und Zirkularität sind deshalb die Folgen von Komplexität.

Individuen, die sich in einer komplexen Gesellschaft bewegen, die durch eine wachsende Abhängigkeit zwischen verschiedenen Subsystemen zusammengehalten wird, machen unterschiedliche und differenzierte Erfahrungen, erfahren ein Mehr an Mobilität als Chance und Belastung, als individuelle Freiheit und Entpersönlichung, als Befreiung und neue Abhängigkeit von kollektiven Regulierungsformen.

Es ist ein Irrglaube der alten Linken anzunehmen, daß sich eine komplexe Gesellschaft in jedem ihrer Segmente demokratisch vereinfachen und schon dann individuell bewältigen läßt, wenn jeder Mensch permanent Demokratie „lebt“. Ein solches identitäres Konzept von Demokratie zum alleinigen Maßstab für das Gelingen der demokratischen Idee zu nehmen, führt in eine ausweglose Situation, die in der Demotivation politischen Handelns und der Delegitimierung der nach Mehrheitsregeln gefällter Entscheidungen endet.

Die Begleiterscheinungen des identitären Konzepts von Demokratie sind folglich politischer Zynismus oder moralischer Rigorismus. Als normatives Konzept für eine aktive Linke taugt es auch aus einem anderen Grund nicht. Die eigentliche Gefahr für den Bestand der Demokratie geht nicht von einem temporären Rückgang der Wahlbeteiligung aus, sondern von einer sukzessiven Verformung demokratischer Verfassungs- und Verfahrensprinzipien und einem Leerlaufen erreichter Formen der Mitbestimmung, sodann einem Aktionismus, der die Handlungsfähigkeit der Demokratie demonstriert, etwa indem er gegen Verhal-

Die Begleiterscheinungen des identitären Konzepts von Demokratie sind politischer Zynismus oder moralischer Rigorismus.

Dr. Karsten Rudolph, stellv. SPD-Bezirksvorsitzender Westliches Westfalen, lebt in Wetter und arbeitet als Hochschulassistent am Institut zur Erforschung der Europäischen Arbeiterbewegung der Ruhr-Universität Bochum

tensweisen strafrechtliche Kanonen aufführt, die die Interessen anderer nicht unmittelbar verletzen. Die Reinigung der Innenstädte von Bettlern und Graffiti-„Künstlern“ stellt ein Eingeständnis der Unfähigkeit dar, auf eine komplexer werdende Umwelt angemessen zu reagieren. Es ist hinzu- zufügen, daß sich eine andere Art von Unfähigkeit darin zeigt, die Verwahrlosung öffentlicher Räume einfach hin- zunehmen.

Ein neo-realistischer Demokratiebegriff muß zuerst die Institutionen der Parteiendemokratie und der wirtschaftlichen Mitbestimmung erneuern und bestrebt sein, ihnen die Würde und Souveränität zurückzugeben, die sie verloren haben, indem sie sich den mächtigen gesellschaftlichen Einzelinteressen unterwerfen und von den Lebenser- fahrungen der Bürger ablösen.

Hinter diesen Problemen stehen indes zwei grundle- gende Defizite der Politik: Sie ist erstens immer weniger bereit zuzugeben, daß politische Entscheidungen in der Regel parteiisch sind und einer argumentativen Begrün- dung bedürfen. Dieser Sachverhalt ist verwischt worden, so daß Reden und Handeln immer weiter auseinanderfal- len. Die Politik löst sich gleichsam auf. Zweitens ist die herr- schende Politik nicht mehr imstande, das Verhältnis von demokratischen Institutionen zur zunehmenden Komplexi- tät der nachindustriellen Gesellschaft zu klären. Das ist der Grund für die ebenso inflationäre wie unbestimmte Rede- weise über die Bürger- und Zivilgesellschaft, über public- privat-partnership und Weltbürgerparteien, usw.

Die sozialdemokratische Linke sollte deshalb den Mut haben auszusprechen, was den Kern der modernen Demo- kratie in einer komplexen Gesellschaft ausmacht (und hier- in kann sie Norberto Bobbio folgen): die Parteiendemokra- tie und der Schutz der Freiheitsrechte.

2. Die neue sozialdemokratische Linke braucht einen neo-realistischen Begriff der Politik.

Nach dem 27. September darf sie sich nicht in die beque- me Rolle des guten Gewissens und Gedächtnisses der Par- tei manövrieren (lassen), die auf sterile Weise die Lücke zwischen Regierungspolitik und Grundsatzprogramm skandalisiert.

Der italienische Politikwissenschaftler Danilo Zolo hat plausibel argumentiert, daß in modernen, komplexen Ge- sellschaften die Funktion des politischen Systems darin liegt, „die Verteilung sozialer Risiken selektiv zu regulieren und daher die Angst durch die agonistische Zuweisung von Sicherheitswerten zu mindern“. Die Betonung der Funktion und Aufgabe von Politik durch eine selektive Ord- nung sozialer Risiken Angst zu mindern – wobei die Linke Risiken nicht einseitig zulasten der unteren und mittleren Einkommensgruppen, der berufstätigen Frauen oder Rent- nerinnen, der ins Berufsleben eintretenden Jugendlichen aufbürden will – erscheint gerade in Zeiten des rasanten gesellschaftlichen Umbruchs vonnöten. Die Linke, die ein unterentwickeltes Bewußtsein darüber hat, daß Politik ein Ordnungs- und Stabilitätsfaktor in einer komplexen Gesell- schaft ist, muß sich dies klarmachen, wenn sie über Mas- senarbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse, leere öf- fentliche Haushalte, wankende soziale Systeme, Globalisie- rung und den Politikwechsel, das 21. Jahrhundert, die Zu- kunft der Arbeit usw. redet.

Nun rührt ein solches Politikverständnis, wie es Zolo in der Tradition der realistischen Demokratietheorie vorträgt, offensichtlich auch von den spezifischen italienischen Er- fahrungen der achtziger und neunziger Jahre her. Es weist insofern eine gewisse Verengung auf, als es eine nicht min-

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



der wesentliche, komplementäre Funktion des politischen Systems unterschlägt: durch die neue Verteilung sozialer Chancen zu eröffnen und Hoffnungen zu verbreiten.

Auf dem modernen Agon, dem Feld medienvermittel- ter Parteiendemokratie, wird der Kampf um Macht, um staatliche Positionen und Res- sourcen mit der Minderung von Angst und der Mobilisie- rung von Hoffnung geführt. Die Arena der Politik ist somit – so Zolo – nicht eine Wett- kampfbahn rationalen Wettbe- werbs, wie die politischen Öko- nomisten glauben machen wollen. Der homo oeconomicus ist schon im Wirtschaftsle- ben eine Fiktion; ihn in die Politik einzuführen ist entweder naiv oder eine Ideologie, in jedem Fall ein falscher Realis- mus. Die Arena der Politik ist aber auch nicht die Sphäre der Gerechtigkeit, des Allgemeinwohls oder die Heimstatt der idealistischen Selbstverwirklichung im zivilbürgerlichen Ehrenamt. Sie ist – und dabei kann sich Zolo unter an- derem auf Marx und Weber beziehen – die Stätte der Klug- heit.

3. Die neue sozialdemokratische Linke muß zu einer ‚neo-etatistischen‘ Politik finden.

Die alte Linke hat zunächst endlose Staatsdebatten ge- führt. In der Praxis hat sie in einer Art Doppelstrategie, die nichts anderes war als ein Nullsummenspiel, sowohl ein für eine komplexe Gesellschaft naives etatistisches Politikver- ständnis gefördert als auch jedes staatliches Verhalten un- ter den Verdacht der unrechtmäßigen Herrschaft gestellt. Im Grunde genommen hat sie bis heute – von wenigen Ausnahmen abgesehen – kein überzeugendes Verhältnis zum staatlichen Handeln gefunden. Dies liegt daran, daß sie Parteipolitik oder außerinstitutionelle Politik („Subpoli- tik“) als höchsten Aggregatzustand politischen Handelns begreift, nicht jedoch die Ausübung staatlicher Macht. Damit ist sie einerseits mitverantwortlich dafür, daß die „antizivilisatorische Attacke“ der Neoliberalen auf den Staat (Robert Misik) nicht abgewehrt werden konnte und andererseits ist sie mitverantwortlich für den Glaubwürdig- keitsverlust demokratischer Politik im Zuge der beklagten „Politikverflechtung“ und „Machtinflation“.

Die extreme Politikverflechtung in Deutschland hat – so urteilt Stefan Breuer treffend – „eine Gravitation in Rich-

Die sozialdemokratische Linke sollte den Mut haben auszusprechen, was den Kern der modernen Demokratie in einer komplexen Gesellschaft aus- macht: die Parteiendemokratie und der Schutz der Freiheitsrechte.

zung der ‚führerlosen Demokratie‘ (Max Weber) begünstigt, bei der Politik, Verwaltung und Interessenverbände stark verfilzt sind und ein kleiner Kreis von Mehrfachfunktionären mit multiplen Mitgliedschaften Politik auf die Verteilung von Steuergeldern und Ämtern reduziert, was diese wiederum mit einem kontinuierlichen Verfall ihres Ansehens, d.h. ihrer Führungseigenschaften bezahlt“.

Man wird diese Tendenzen einer modernen Gesellschaft nicht vollständig zurückdrehen können, doch reicht es ebenfalls nicht aus zu lamentieren oder in abstrakte Staatsdebatten zurückzufallen. Beides bedeutet politische

Resignation. Jetzt muß regiert werden. Gefragt ist nicht der nächste Käuferboykott oder runde Tisch sondern – wie Rudolf Walthers völlig zurecht verlangt – die Rückbesinnung auf Staat, Recht und Demokratie und deren Funktionen. Dies heißt, sich nicht länger zu verstecken und die durchaus vorhandenen staatlichen Hand-

lungsspielräume auszunutzen. Konkret heißt dies ferner, hoheitliche Aufgaben neu zu definieren, staatliche Funktionen zurückzunehmen, die verbliebenen oder neu geschaffenen effektiv zu erfüllen, das öffentliche Haushaltsrecht zu modernisieren, die Justizreform endlich in Angriff zu nehmen, den Verwaltungsaufbau abzufachen und das öffentliche Dienstrecht zu erneuern. Die Regierungstätigkeit muß wieder auf die strategischen Ziele der Politik orientiert werden, Regierungsfunktionen sind zu konzentrieren, die übrigen staatlichen Funktionen zu dezentralisieren. Verantwortlichkeiten, Zuständigkeiten und Finanzierungsmodi müssen neu aufeinander abgestimmt werden. Dies hat als Konsequenz, daß Regierungen verkleinert, die Ressorts nach schlüssigen politisch-strategischen Vorgaben neu zugeschnitten werden müssen. Der Präsident der

nordrhein-westfälischen Landeszentralbank, Jochimsen, hat völlig recht: Die Gemeinschaftsaufgaben können beendet werden (mit Ausnahme eines Gemeinschaftswerkes Aufbau Ost). Die Finanzbeziehungen zwischen den Gebietskörperschaften sind neu zu ordnen und endlich zu stabilisieren. Und es bleibt ein Gebot

der Vernunft, die kleineren Bundesländer in größeren staatlichen Einheiten zusammenzufassen.

Im Kern geht es somit um nicht weniger als darum, die Regierungsfähigkeit und das Vertrauen in Regierungshandeln wiederherzustellen, staatliches Handeln transparent und demokratische Kontrollmechanismen wirksam zu machen. Denn: „Der impotente Staat bewirkt massive Ungültigkeit der Wähler gegenüber der Republik.“ (Pierre Bourdieu)

4. Die neue sozialdemokratische Linke muß die Partei reorganisieren.

Die Erfahrung der Parteireformbestrebungen der letzten Jahren belegt, daß die SPD wie jede Großorganisation grundsätzlich dazu neigt, den alten Organisationsformen neue anzugliedern. Bei gesunkener Mitglieder- und Aktivanzahl leistet sie sich eine hochdifferenzierte Organisation. Dies reflektiert zwar die Anforderungen einer komple-

xen Gesellschaft, die allgemeine Ausweitung von Staatsfunktionen und zivilgesellschaftlichen Engagements sowie die allgemeine Machtdiffusion. Auf diese ganz verschiedenartigen Anforderungen kann die Partei jedoch immer weniger aktiv reagieren, da die begrenzten Ressourcen bedenkenlos überdehnt worden sind. Bestenfalls arbeitet sie von außen herangetragene Probleme gemeinsam mit Experten diskursiv ab. Es kommt deshalb darauf an, nicht nur mit neuen Organisationsformen zu experimentieren, sondern auch wirklich zu einer Reform der Organisation zu gelangen. Dabei kann es nur um die Stärkung der satzungsgemäßen Organe und Gliederungen, das Zurückschneiden von ausgedünnten und kraftlosen Strukturen und die Stärkung thematisch orientierter Arbeitsformen (Kommissionen, Projekte, Foren) sowie den Aufbau eines flexiblen, vorteilichen Kommunikationsnetzes (linksrepublikanischen Klubs, regionalen Kulturforen, Wissensnetzwerke etc.) gehen.

5. Die sozialdemokratische Linke muß die konservative Revolution der Neoliberalen niederschlagen, indem sie die moderne Idee der Gleichheit neu begründet.

Es ist gehört zu den Eigentümlichkeiten der neuesten deutschen Geschichte, daß politische Wenden und Wechsel in einer ihnen an sich feindlichen politisch-kulturellen Umgebung vollziehen. 1982/83 wurde zwar von Helmut Kohl die politisch-moralische Wende angekündigt, doch nicht vollzogen. Im Gegenteil: Die Linke gewann auf den meisten Politikfeldern („Nach“rüstung, Ost- und Entspannungspolitik, Bewahrung des Sozialstaates, Schutz demokratischer Rechte, Ausstieg aus der Atomenergie, Gleichstellung der Frauen) die Meinungsumfragen und prägte stark die politische Kultur. 1998/99 ist die Konstellation ähnlich, nur umgekehrt.

Den Neoliberalen ist die Regierungsmacht entglitten als die neo-liberale Ideologie im Zenit ihrer hegemonialen Laufbahn stand. Aber sie ist noch keineswegs beendet. Ungleichheit gilt mehr als jemals zuvor in der nach-nationalsozialistischen Zeit als positives Prinzip. Der Neoliberalismus bestreitet den zivilisatorischen Fortschritt, den die Linke mit ihrem Engagement gegen die Ungleichheit der Klassen, der Rassen und des Geschlechts ermöglicht hat. Die neo-liberale Hegemonie ist deshalb so effektiv (darauf hat Pierre Bourdieu wiederholt eindringlich hingewiesen), weil sie sich im Gewand der konservativen Revolution kleidet. Das Restaurative stolziert im Schein des Revolutionären daher. Die konservative Revolution neuen Typs redet in der Sprache der Vernunft, der (ökonomischen) Rationalität und (ökonomischen) Wissenschaft, um eine soziale Restauration zu rechtfertigen, die auf uralte Vorstellungen des Unternehmertums abstellt und dabei fortschrittliches Denken und Handeln als archaisch erscheinen lassen will.

Der Hegemoniewechsel nach dem Regierungswechsel gelingt nur, wenn die Linke die inhaltliche Priorität ihrer Politik darin setzt, die Idee der Gleichheit neu zu begründen. Dies kann und muß in vielfältiger Weise geschehen. Vor allem geht es darum, den Prozeß der Globalisierung zu entzaubern, z.B. indem auf die historischen Voraussetzungen der Globalisierungsideologie und Standortkonkurrenz verwiesen wird: die Freihandelsideologie und den Manchesterkapitalismus des 19. Jahrhunderts. Auch sie kleideten sich im Gewand des ewigen Fortschritts, Friedens, der Wissenschaft und Freiheit und verwahrten sich dagegen, als Imperialismus und Ausbeutung denunziert zu werden. Sodann ließe sich am Beispiel Hollands oder Dänemarks pla-

Auf dem Feld medienvermittelter Parteiendemokratie wird der Kampf um Macht, um staatliche Positionen und Ressourcen mit der Minderung von Angst und der Mobilisierung von Hoffnung geführt.

Die Regierungstätigkeit muß wieder auf die strategischen Ziele der Politik orientiert werden, Regierungsfunktionen sind zu konzentrieren, die übrigen staatlichen Funktionen zu dezentralisieren.

stisch zeigen, daß globalisierte Ökonomien auf den modernen Sozialstaat angewiesen sind, wenn sie dauerhaft erfolgreich sein wollen.

Schließlich geht es um ein altes Dogma. Der neo-liberalen Ideologie gelang es, die Mär zu beleben, daß Umverteilung nach oben für private Investitionen und anschließend Arbeitsplätze sorgt. Es ist dem früheren Bundesfinanzminister Hans Matthöfer zu verdanken, daß er jüngst noch einmal deutlich gemacht hat, daß die bedenkenlose staatliche Begünstigung von Investitionen sich keineswegs betriebswirtschaftlich rechtfertigen läßt, wenn keine ausreichende Binnennachfrage vorhanden ist, weil die Verbrauchereinkommen der unteren und mittleren Einkommensgruppen nicht mit dem Produktivitätsfortschritt mithalten, d.h. die Lohnquote sinkt und die öffentliche Investitionstätigkeit erlahmt.

Es ließe sich auch mit John Rawls normativ argumentieren, daß soziale Ungleichheit nur dann vertretbar erscheint, wenn eine faire Chancengleichheit gegeben ist und wenn sich plausibel machen läßt, daß eine andere Verteilung dem sozial Schlechtestgestellten nicht mehr Vorteile bringt. Auch aus einer anthropologischen Sicht spricht viel dafür, daß es sich beim Streben nach Gleichheit um

eine Grundkonstante menschlichen Handelns handelt, die auf der subkutanen Erkenntnis beruht, daß jede Gesellschaft nicht auf skrupelloser privater Aneignung von Gütern sondern auf gemeinschaftlichem Teilen beruht.

6. Die sozialdemokratische Linke läßt sich nur im Generationswechsel erneuern.

Schaut man sich um und fragt danach, wer die liberal-sozialistischen Traditionen neu zu beleben vermag, wer den stationären Charakter einer Politik aufbrechen kann, die in den achtziger Jahren steckengeblieben ist, ohne in einen autoritär-technokratischen und ökonomistischen Politikstil zurückzufallen, der kommt auf die jüngere

„Der impotente Staat bewirkt massive Gleichgültigkeit der Wähler gegenüber der Republik.“ (Pierre Bourdieu)

sozialdemokratische Generation, die allmählich aus den langen Schatten der in den überkommenen politischen Fronten aufgestellten Apparate und Institutionen heraustritt. Allein diese neue, sozialdemokratische Linke ist – wenn sie sich nicht verzettelt oder ablenken läßt – imstande, die Verhältnisse zu definieren und den Politikwechsel beherzt in die eigenen Hände zu nehmen. spw

Am 3. Tag nach dem Wahlsieg sieht man Schröder und Jospin händeschüttelnd in Paris. „Im Namen der Rose“ (Frankfurter Rundschau) wollen sie Europa regieren, zusammen mit den zahlreichen anderen regierungsbeteiligten sozialdemokratischen Parteien. Das rot-grün regierte Deutschland übernimmt am 1. Dezember 1998 die EU-Präsidentschaft. Die Linke hat in dieser Situation zwei Möglichkeiten: entweder können wir „Halt – zurück zum Nationalstaat“ rufen oder wir lassen uns auf das Wagnis der Einmischung ein.

Mit 5 Thesen möchte ich begründen, daß eine Orientierung auf einen nationalstaatlichen Handlungsrahmen nicht ausreicht, sondern dieser um eine europäische Ausrichtung linker Politik im Sinne einer Mehr-Ebenen-Handlungsweise zu ergänzen ist.

1. Nationalstaatlich beschränkte Protestformen verlieren an Wirkung.

Im „transnationalen High-Tech-Kapitalismus“ so Wolfgang Fritz Haug, vermögen die transnationalen Konzerne „lokale Verwertungshindernisse (etwa Streiks der Lohnarbeiterschaft oder wirtschafts, sozial- und umweltpolitische Regulationsmaßnahmen der nationalen Regierungen) bis zu einem bestimmten Grad flexibel zu umgehen, indem sie Aufträge innerhalb eines in viele Standorte global auseinandergelegten materiellen Dispositivs verschieben.“¹ Proteste in einem Land werden nicht umsonst von neoliberaler Seite aus als Standort-schädlich diskutiert. Es liegt auf der Hand, daß die zukünftige Strategie für Protestformen nur darin liegen kann, sich europaweit zu koordinieren, wie dies erstmals bei den Renault-Betrieben in Frankreich und Belgien der Fall gewesen ist. Daß dennoch national bzw. regional gehandelt werden muß, ist ebenso richtig und entspricht einer „Mehrebenenpolitik“.

In seiner Berliner Rede vor Schröder, die sehr viel Aufmerksamkeit fand, analysiert Habermas die Zusammenhänge zwischen Nationalstaat und Wohlfahrtsstaat. Unter anderem: „Weil die Idee, daß eine Gesellschaft demokratisch auf sich einwirken kann, bisher nur im nationalen

Europa – im Namen der Rose?

Die Wiederherstellung der Politik im Rahmen der EU

Von Claudia Walther*

Rahmen glaubwürdig implementiert worden ist, ruft die postnationale Konstellation jenen gebremsten Alarmismus aufgeklärter Ratlosigkeit hervor, den wir in unseren politischen Arenen beobachten. (...) Eine Alternative zur aufgesetzten Fröhlichkeit einer neoliberalen Politik, die sich selbst ‚abwickelt‘, könnte jedoch darin bestehen, für den Prozeß geeignete Formen auch *jenseits* des Nationalstaats zu finden.“² Erster Adressat linker Politik bleiben die Bundesregierung und die bundesdeutschen Europaabgeordneten, die wiederum in die Gestaltung europäischer Politik eingebunden sind. Bereits durch Abstimmung mit den Linken, den sozialistischen Kräften, mit Bewegungen anderer europäischer Länder bei der Erarbeitung gemeinsamer Strategien sowie durch grenzüberschreitende tarifpolitische Aktionen wären politische Schritte in Richtung auf ein soziales und demokratisches Europa denkbar.

2. Gewerkschaften und Betriebsräte spielen für die europaweite Formierung der Linken eine Schlüsselrolle.

Ihre eigene Schlüsselrolle bei der Durchsetzung sozialstaatlicher Sicherung in Europa wird allmählich innerhalb der

* Claudia Walther ist Mitglied der spw-Redaktion, Politologin und arbeitet als Geschäftsführerin des Euregionalen Freizeit- und Informationswerks für Jugendarbeit in Aachen.

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



Gewerkschaften erkannt. Seit einiger Zeit wird dort die Debatte um die Frage einer nationalstaatlich oder europa-orientierten Politik geführt und kann unter anderem im spw-

Es liegt auf der Hand, daß die zukünftige Strategie für Protestformen nur darin liegen kann, sich europaweit zu koordinieren. Dennoch muß ebenso national bzw. regional gehandelt werden.

Heft „Europa und die Linke“ verfolgt werden.³ Die IG Metall hat sich kürzlich zu einer Art Mehr-Ebenen-Strategie durchgerungen: Während sie weiterhin ihre Tarifpolitik im nationalen Rahmen betreiben will, soll eine europäische Koordinierung und eine gemeinsame Einigung über Lohnforderungen zwischen den Arbeitnehmer-

organisationen in Europa erfolgen – unter Berücksichtigung der nationalen Bedingungen (Produktivitätszuwachs, Preissteigerungsrate).⁴ Walter Riester hat nicht unrecht, wenn er in diesem Zusammenhang der kommenden Tarifrunde für die deutsche Metallindustrie eine „europäische Leitfunktion“ zuschreibt: die Deutschen seien Vorreiter für bessere oder schlechtere Lebensbedingungen der Arbeitnehmer in Europa.⁵

Wolfgang Streeck allerdings warnt, daß „die Europäische Union keine erweiterbare Neuauflage des europäischen Sozialstaats der Nachkriegsphase ist und werden wird.“⁶ Vielmehr laufe die Entwicklung auf die „Ablösung des europäischen Sozialstaats“ durch einen „Wettbewerbsstaat“ hinaus.⁷ Aber auch Streeck konstatiert, daß europäische Politik zu „internationaler Mehrebenenpolitik“ wird und auf nationaler und supranationaler Ebene zugleich stattfindet.⁸ Dementsprechend kommt er zu dem Schluß, daß „Gewerkschaften, die im Kontext europäischer Integration ohne europäischen Staat handlungsfähig bleiben wollen“, lernen müssen, „ihre Ziele in einem Mehrebenensystem nationaler und internationaler Politik zu verfolgen.“⁹ Skeptisch ist er gegenüber den Möglichkeiten Europäischer Betriebsräte, da diese auf multinationale Unternehmen beschränkt sind und nur über begrenzte Informations-, aber kaum Kommunikations- und absolut keine Mitbestimmungsrechte verfügen. Er setzt daher auf die Stärkung der europäischen Dachverbände. Gleichzeitig betont er die Notwendigkeit, die soziale Handlungsfähigkeit des Nationalstaats zu verteidigen, was ohne internationale Zusammenarbeit jedoch unmöglich sei.¹⁰

Bei dieser Mehrebenenstrategie gewerkschaftlicher Politik, die sich auf nationale Ebene, auf europäische wie auf internationale Kooperation bezieht, gibt es m.E. einen wei-

teren zu berücksichtigenden Aspekt: geht es um internationale gewerkschaftliche Kooperation, so kann diese nur bei einer umso stärkeren europäischen Absprache erfolgreich sein, da die Gewerkschaften innerhalb Europas im internationalen Vergleich die stärksten und untereinander ähnlichsten sind. Folgt man Streecks Logik, würde das wiederum in erster Linie die Stärkung der europäischen Gewerkschafts-Dachverbände bedeuten. Was Kooperationen von Betriebsräten innerhalb multinationaler Konzerne betrifft, so haben die Renault-Beschäftigten von Frankreich und Belgien ja bereits 1995 mit ihren Protesten gezeigt, wie die Sache laufen muß.

3. Europäisches Bewußtsein ist nicht illusionärer als die Solidarität der Regionen einer Nation.

Gibt es ein europäisches Bewußtsein? Gibt es eine europäische Identität? Oder bezieht sich Identitätstiftung doch weitgehend auf nationalstaatliche Grenzen? Meiner Meinung nach handelt es sich hierbei um einen Prozeß, der nicht schicksalhaft vorgegeben ist – also auch beeinflussbar ist. Ob der Norden für den Süden Europas finanzielle Ausgleichszahlen leisten muß, oder der Norden Italiens für den Süden Italiens – beides ist wenig akzeptiert in der Bevölkerung, beim Geld hört die Freundschaft bekanntlich auf.

Dazu nochmal Habermas: „Die hochartifizialen Entstehungsbedingungen des nationalen Bewußtseins sprechen gegen die defaitistische Annahme, daß sich eine staatsbürgerliche Solidarität unter Fremden nur in den Grenzen einer Nation herstellen kann. Wenn sich die im 19. Jahrhundert entstandene kollektive Identität einem historisch folgenreichen Abstraktionsschub vom lokalen und dynastischen zum nationalen und demokratischen Bewußtsein verdankt, warum sollte sich ein solcher Lernprozeß nicht fortsetzen lassen?“¹¹

Habermas verweist in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung von Parteien, auf grenzüberschreitende Interessen, auf eine europaweite politische Öffentlichkeit, die ihrerseits eine europäische Bürgergesellschaft mit Interessenverbänden, nicht-staatlichen Organisationen, Bürgerbewegungen voraussetzt, auf transnationale Massenmedien usw. Das Beispiel der belgischen Dutroux-Affaire zeigt, daß hier nicht nur eine europaweite Öffentlichkeit durch die protestierende Eltern- und Bürgerbewegung in Belgien geschaffen wurde, sondern eine Bürgerinitiative auch durch ihr transnationales Agieren den Erfolg verbuchen konnte, einen Kinder-Schänder-Ring in den Niederlanden hochgehen zu lassen.

Als jemand, die in einer Grenzregion (D/NL/B) lebt und dort grenzüberschreitend arbeitet, habe ich den Eindruck, daß sich auch grenzüberschreitende Identitäten allmählich entwickeln. Auch gibt es durchaus einen gemeinsamen europäischen historischen Erfahrungshorizont mit regional verschiedener Akzentsetzung. Schließlich bestehen zumindest in den jüngeren Generationen – durch Sprachkenntnisse, Reismöglichkeiten, Jugendbegegnungen und gemeinsamen Musik- und Fernseh-Background – verbindende Lebens- und Alltagserfahrungen in Europa. Bei den jüngeren Generationen gibt es eher eine gemeinsame Identität mit Jugendlichen anderer europäischer Länder als etwa mit anderen Generationen. Das hat natürlich längst nichts mit einer Positionierung gegenüber der EU oder deren sozialpolitischen Implikationen zu tun. Meiner Meinung nach sind wir jedoch der Bildung einer europäischen Identität und einer europäischen Öffentlichkeit wesentlich näher als alle bisherigen Generationen.

4. Ohne die bewußte Anstrengung einer europäischen Demokratisierung und Schaffung einer europäischen Zivilgesellschaft fährt die EU sozialpolitisch ins Packeis.

Das vielbeschworene Demokratiedefizit in der EU, bedingt durch die auf den Ministerrat konzentrierten Entscheidungsstrukturen, ist nicht nur in demokratietheoretischer Hinsicht problematisch. Entscheidungsblockaden bzw. Nichtentscheidungslogik verhindern vor allem das Durchsetzen von sozialen Standards. Hierauf weist beispielsweise Hans-Jürgen Urban hin: "Nichthandeln und Entscheidungsblockaden sind jedoch aufgrund von divergierenden interessenpolitischen Ausgangssituationen der einzelnen nationalstaatlichen Akteure (z.B. aufgrund unterschiedlicher ökonomischer und Wettbewerbspositionen, die unterschiedliche Interessen konstituieren) und den EU-spezifischen Entscheidungsmodalitäten (hoher Konsensbedarf bis hin zum Einstimmigkeitsprinzip) logisch wie empirisch die Normalfälle in den hochkomplexen und politikverflochtenen Arenen der europäischen Union."¹² Neben der Verteidigung sozialer Sicherungssysteme auf nationaler Ebene kann auch hier der Weg nur der sein, die Entscheidungsstrukturen der EU zu demokratisieren und zivilgesellschaftliche Institutionen europaweit einzurichten. Neben Gewerkschaften sind hier Interessenverbände, Vernetzung von Bewegungen, u.a. gemeint.

5. In einer mehrheitlich neu-sozialdemokratisch regierten EU hat die sozialdemokratisch/sozialistische Linke eine enorme Verantwortung.

Mit der rot-grünen Bundesregierung in Deutschland gibt es nun in ganz West-Europa fast nur noch sozialdemokratisch geführte Regierungen (bis auf Irland und Spanien). Auch wenn nicht nur Blairs „New-Labour“-Kurs skeptisch stimmt, so steigen damit doch die Chancen europäischer Richtungsabsprachen unter den sozialdemokratischen Schwesterparteien. Aber es geht nicht nur darum, auf die künftige Gestaltung Europas Einfluß zu nehmen. Sondern auch darum, daß die EU international Gewicht hat und – je nach Richtung – international verantwortlich oder unverantwortlich handeln kann. Es geht hierbei durchaus um ein

ökonomisches wie kulturelles Gegengewicht zu den USA und darum, welche globalen Bündniskonstellationen im Rahmen der vorherrschenden Triade eine sozialdemokratisch dominierte EU wahrnimmt. Beispiel Israel/Palästina: der dortige Friedens- bzw. Unfriedensprozeß hängt bisher sehr von den jeweiligen außenpolitischen Stärken oder Schwächen der amerikanischen Regierung ab. Oder überspitzt gesagt: das jeweilige sexuelle Leben und Affairendasein des US-Präsidenten bestimmt schicksalhaft oder entscheidet über Leben und Tod in Afghanistan. Keine andere Macht der Welt kann derzeit ein Gegengewicht dazu bilden. Aus dieser Verantwortung können wir Linke unter Hinweis auf die zahlreichen sozialen und demokratischen Defizite der EU uns nicht wegstellen. Das galt schon vor dem 27. September – unter den veränderten Kräfteverhältnissen jedoch um so mehr. spw

Es geht auch darum, daß die EU international Gewicht hat und – je nach Richtung – international verantwortlich oder unverantwortlich handeln kann. Es geht hierbei durchaus um ein ökonomisches wie kulturelles Gegengewicht zu den USA.

¹ Wolfgang Fritz Haug: Von Gramsci lernen für einen neuen Internationalismus, in: Das Argument, Heft 225, 3/1998, S. 348
² Jürgen Habermas: Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/98, S. 805
³ Vgl. in dem Aufsatz „Europas Gewerkschaften vor dem EURO-Zeitalter“ die Auseinandersetzung von Fritz Rath, Mitglied im Wirtschafts- und Sozialsausschuß der EU, mit der Position von Wolfgang Streeck, in: spw 4/97, S. 33ff.
⁴ vgl. Frankfurter Rundschau vom 11.9.98: IG Metall schreibt neuer Tarifrunde „europäische Leitfunktion“ zu.
⁵ ebenda
⁶ Wolfgang Streeck: Gewerkschaften zwischen Nationalstaat und Europäischer Union., in: WSI Mitteilungen 1/1998, S. 3
⁷ ebenda
⁸ ebenda, S. 6
⁹ ebenda, S. 7
¹⁰ ebenda, S. 8ff.
¹¹ Jürgen Habermas, a.a.O., S. 816.
¹² Hans Jürgen Urban: Stolpersteine und Wegweiser auf der Straße zur Europäischen Sozialunion, in: Internationale Politik und Gesellschaft 2/98, S. 139

1. Zur Auflösung der Gegensätzlichkeit

Es bedarf nicht allzuvieler Mühe, um nachzuweisen, daß das vermeintliche Gegensatzpaar Europa und Nationalstaat in Wirklichkeit gar keines ist. Gemeint ist hier allerdings nicht die naheliegende – zugegeben aber dennoch ein wenig spitzfindige – Auflösung der Gegensätzlichkeit durch den einfachen logischen Hinweis, daß ja selbst bei Erreichung eines integrierten Europas das Ergebnis doch nichts anderes wäre als die Entstehung eines neuen Staates. So stünde am Ende ein neues Gebilde, das zwar mehr als ein Dutzend Nationen in sich beherbergen müßte, aber eben doch als Staat funktionierte. Die von manchen mit der Unterstützung der europäischen Integration verbundene Hoffnung auf Überwindung der Staatlichkeit in Europa würde daher nicht nur nicht eintreten, sondern es würde im Gegenteil eine neue ökonomische, politische und womöglich auch militärisch bewehrte Weltmacht entstehen, die mit der gegenwärtig einzig bestehenden Weltmacht, den USA, in ein Ringen um Hegemonie eintreten würde.

Europa versus Nationalstaat?

von Andreas Wehr*

2. Mit der EU ist kein Staat zu machen

Doch diese, wie gesagt etwas spitzfindige Argumentation, soll hier nicht bemüht werden, zumal es keine ernstzunehmenden Hinweise dafür gibt, daß der zu beobachtende europäische Integrationsprozeß in absehbarer Zeit zu einer neuen, übernationalen, eben europäischen Staatlichkeit

* Andreas Wehr, Mitglied des Landesvorstands der Berliner SPD und Vorsitzender des Fachausschusses Europäische und Internationale Politik, Mitherausgeber der spw.

Foto: Christian Kiel (Meerbuëch)



führen wird. Die aus meiner Sicht wichtigsten Gründe dafür können hier aus Platzgründen nur kurz skizziert werden:

- Es gibt in Europa keine übermächtige zentrale Hegemonialmacht, die den anderen Mitgliedstaaten ihren Willen aufzwingen könnte. Solche Mächte hat es in der europäischen Geschichte zwar immer wieder gegeben, man denke etwa an die habsburgische Monarchie, an das Frankreich zu Zeiten der napoleonischen Eroberungen oder an den zweimal erfolglosen deutschen Griff nach einer europäischen Weltmacht, doch heute haben wir es mit einer stabilen Machtbalance der größeren europäischen Mächte zu tun, die zudem noch dominiert wird von der globalen Vormachtstellung der USA.
- Ein europäischer Hegemon existiert auch nicht in Form übernationaler politischer oder kultureller Bewegungen, die stark genug wären, einen Staatsbildungsprozeß sozusagen „von unten“ herbeizuführen. Es fehlt dazu schon an grundlegenden Voraussetzungen, so etwa einer anerkannten und von einem ausreichend großen Teil der Bevölkerung verstandenen oder gar gesprochenen Sprache. So sind denn auch die seit Maastricht im EG-Vertrag verankerten politischen Parteien auf europäischer Ebene lediglich Kooperationsgremien für die nationalen Vorstände und nicht Organisationen mit grenzüberschreitenden individuellen Mitgliedschaften. Wer kennt auch schon die Europäische Volkspartei oder die Sozialdemokratische Partei Europas?
- Als Manko erweist sich auch das Fehlen einer kollektiven Erinnerung der europäischen Völker an ein einstmaliges Europa, denn einen solchen Staat hat es – abgesehen von kurzen Perioden mehr oder minder gewaltmäßiger Zusammenfassungen durch eine Vormacht – nicht gegeben.

Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß durch die Wirtschafts- und Währungsunion der auf der nationalen Ebene nicht mehr haltbare Sozialstaat auf der europäischen Ebene neu etabliert wird.

Das im europäischen Kontext als Geschichtshintergrund immer wieder beschworene fränkische Reich Karls des Großen beseitigt nicht dieses Dilemma. Ganz abgesehen von der Fragwürdigkeit eines solchen Vorbilds aus einer gut tausend Jahre zurückliegenden Epoche war das fränkische Reich bekanntlich selbst Ausgangspunkt für die nationalstaatliche Entwicklung.

- Gegen die These eines sich vor unseren Augen vollziehenden gesamteuropäischen Staatsbildungsprozesses spricht auch die Tatsache, daß in der zum Kernbereich eines jeden Staates gehörenden Außen- und Sicherheitspolitik in der nun schon über dreißig Jahre währenden Geschichte der Europäischen Integration so gut wie nichts zusammengeführt wurde. Mit der NATO existiert vielmehr ein fast alle Staaten der Europäischen Union überwältigendes transatlantisches militärisches Bündnis, das nach dem Willen der Eliten in diesen Ländern selbst nach dem Ende des Kalten Krieges erhalten und sogar weiter ausgebaut werden soll. Gerade in diesen Monaten erleben wir die Erweiterung des Bündnisses nach Mitteleuropa und seinen Einsatz im ehemaligen Jugoslawien.

• Ganz ähnlich wie in der Außen- und Sicherheitspolitik verhält es sich auch in der Sozialpolitik. Trotz des nun auch von Großbritannien unterzeichneten Sozialabkommens gibt es in diesem Bereich kaum nennenswerte Integrationschritte. Von ernstzunehmenden Beobachtern wird sogar die Etablierung eines europäischen Wohlfahrtsstaats als unmöglich angesehen. „Angesichts der abnehmenden Kontrolle über die Wirtschaftspolitik bildet die Sozialpolitik zusammen mit der Außen- und Verteidigungspolitik eine der wenigen fast intakten Bastionen nationaler Souveränität, und schon aus diesem Grund werden die nationalen Regierungen alles tun, um sie zu erhalten. Tatsächlich läßt sich ein frappierender Unterschied zwischen Größe und Ausmaß nationaler Sozialpolitik und der bescheidenen Rolle (traditioneller) Sozialprogramme im Prozeß der europäischen Integration feststellen.“¹

3. Die EU als Co-Player

Wenn nun mit der Europäischen Union kein Staat zu machen ist, wenigstens nicht auf absehbare Zeit, sie aber zugleich auch schon sehr viel mehr ist als eine bloße internationale Organisation unter vielen, was ist sie dann? Man könnte sich bequem auf die Aussage von Jacques Delors zurückziehen, der Europa einmal als „nicht identifiziertes Objekt“ bezeichnet hat. Erklärt wird damit aber nichts. Sehr viel fruchtbarer sind da schon die Ansätze, die die Regulationstheorie bietet. Eine ihrer Vertreterinnen hat die Integration denn auch treffend als „Herausbildung einer zusätzlichen Ebene der staatlichen Regulierung unter Wahrnehmung komplementärer Aufgaben“ bezeichnet. Im Ergebnis führe dies zu „gänzlich neuen Formen der staatlichen Regulierung auf EU-Niveau, was langfristig nicht nur die Auskristallisierung eines neuen Systems von Staatlichkeit auf der europäischen Ebene beinhaltet, sondern zugleich auch eine Transformation des Staatshandelns auf den ‚unteren‘ Ebenen, also innerhalb der Mitgliedstaaten.“² Das Verhältnis von Europa und Nationalstaat ist demnach nicht als schlichtes, sich gegenseitig ausschließendes „entweder oder“ zu verstehen. Es muß vielmehr als ein „Nebeneinander“ begriffen werden, in der die „EU ein Co-Player neben den nationalen Staaten (ist), und ihre Regulierungsstrategien können sich allenfalls langfristig als die funktionaleren oder kontingenteren durchsetzen bzw. eine relativ dominante Position einnehmen.“³

3. Die EU als Co-Player

Etwas weiteres tritt hinzu: Die konkreten Formen der Integration stellen gleichzeitig Reaktionen auf Veränderungen dar, denen sich die Mitgliedstaaten ausgesetzt sehen. In den letzten Jahren waren dies die sich beschleunigende Globalisierung der Wirtschaftskreisläufe als auch die Krise der Keynes' schen Globalsteuerung auf nationalstaatlicher Ebene. Nimmt man nun die Antwort hinzu, die sich in den Hauptländern der Union auf diese Herausforderungen in

mehr oder weniger reiner Form in den Jahren 1979 bis 1983 durchgesetzt hat, nämlich die neoliberale Rückwen- de zu Politikmustern, die in der Epoche vor der Etablierung des Sozialstaats galten, so ist auch das Feld beschrieben, in dem sich die konkrete Europäische Integration spätestens nach der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte 1985, in der das Ziel der Schaffung des Binnenmarktes festgeschrieben wurde, und mit dem Vertrag von Maastricht von 1992 über die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) bewegt.

An der Entstehung der WWU läßt sich gut demonstrieren, wie sich dieses Mehrebenen-System (EU, Nationalstaat, Regionen) herausbildet. Mit der Etablierung eines einheitlichen europäischen Währungsraums wird der Standort Europa nach außen währungspolitisch geschützt und damit insbesondere gegenüber den USA gestärkt. Neue, überstaatliche Regulierung wird als Erfordernis erfolgreicher Konkurrenz um die Weltmärkte etabliert. Zugleich verlieren aber die Nationalstaaten mit der Übertragung der Geldpolitik auf die europäische Ebene ein zentrales staatliches Instrument zum Schutz der nationalen Wirtschaften und damit verbunden auch zur Regulierung ihrer internen sozialen Konflikte, denn – anders als die Währungspolitik – bleibt die in ihrer Wirkungsmöglichkeit weiter eingeschränkte Sozialstaatspolitik eine nationale Aufgabe.⁴ Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß die Wirtschafts- und Währungsunion eine Antwort auf die Globalisierung in dem Sinne darstellt, daß der auf der nationalen Ebene nicht mehr haltbare Sozialstaat quasi aufgehoben wird, indem er auf der europäischen Ebene neu etabliert wird.⁵ Der konkrete Prozeß der Integration, wie er mit der Herstellung der Wirtschafts- und Währungsunion gegenwärtig beschränkt wird, stellt vielmehr den spezifischen europäischen Weg der Globalisierung dar. Die Schwächung der sozialstaatlichen Regulierungsfunktionen der Mitgliedstaaten gehört dabei zum Kalkül.⁶

4. Ersatzheimat und Unschuldslamm

Wenn nun das vermeintliche Gegensatzpaar Europa und Nationalstaat auf der analytischen Ebene gar keines ist, so spielt es auf dem ideologischen Feld gleichwohl eine bedeutende Rolle. Und dies in gleich dreifacher Hinsicht:

- Europa wird von den Regierungen der Mitgliedstaaten genutzt, um auf anderem Wege nicht mehr erreichbare innergesellschaftliche Legitimität für ihre Entscheidungen zu erringen. Dieser Vorgang soll hier erneut am Beispiel der Durchsetzung der Wirtschafts- und Währungsunion dargestellt werden. Die für die Teilnahme an der Euro-Zone notwendige Einhaltung des Konvergenzkriteriums „Begrenzung des Budgetsaldos auf 3% des Bruttoinlandsprodukts“ und die damit verbundene Hinnahme der unsozialen Sparmaßnahmen wäre wohl in keinem Teilnehmerstaat lediglich mit dem Verweis auf nationale Stabilitätsziele durchsetzbar gewesen. Erst die Einbettung dieses Ziels in die europäischen politischen Entscheidungsprozesse ließ eine gewisse Legitimität entstehen, da nun die jeweilige nationale Regierung nicht mehr als Alleinverantwortliche für die Durchsetzung dieser Ziele haftbar gemacht werden konnte. Die Verantwortlichen in den Mitgliedstaaten konnten vielmehr auf kaum beeinflussbare und für Außenstehende weitgehend undurchschaubare politische Prozesse „in Brüssel“ verweisen, die ihnen die Entscheidungsfindung weitgehend aus der Hand genommen hatten. Indem die europäische Politik als weitgehend anonymes und kollektives Handeln dargestellt wird, verwischen sich auch die Bezüge zu den sich hinter den jeweiligen Entscheidungen

verbergenden manifesten Interessen einzelner mächtiger Mitgliedstaaten.

- Europa dient in den Öffentlichkeiten der Mitgliedstaaten als Fluchtpunkt, für all die politischen Ziele und projektierten Gesellschaftsentwürfe, die auf nationaler Ebene als nicht länger realisierbar angesehen werden. Der im Zuge der Globalisierung erzeugte Druck auf die nationalen sozialen Sicherungssysteme führt zu der verständlichen Suche nach Möglichkeiten, sie – möglichst unabhängig von den nicht mehr als hinreichend handlungsfähig angesehenen Nationalstaaten – zu rekonstruieren. Für die europäischen Gesellschaften kommt dabei mit Europa die am nächsten liegende Regulierungsebene in den Blick. Hier soll das wieder hergestellt werden, was auf nationalstaatlicher Ebene nicht länger erhalten werden kann. Insbesondere sozialdemokratische Politikentwürfe gehen von dieser Vorstellung aus. So heißt es z.B. im europapolitischen Beschluß des Bundestags der SPD: „Die soziale Marktwirtschaft bedarf heute eines neuen und größeren Ordnungsrahmens, der sich an den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs orientiert. Soziale und gesellschaftliche Stabilität wird daher künftig in zunehmendem Maße über die europäische Ebene zu erreichen sein.“⁷ Unreflektiert bleibt in diesem Zusammenhang das – bereits oben angesprochene – hoffnungslose Zurückbleiben der sozialstaatlichen Integration gegenüber der seit Mitte der achtziger Jahre Schritt für Schritt vor sich gehenden wirtschaftspolitischen Deregulierungen der nationalen Wirtschaften, die insbesondere mit Hilfe von Entscheidungen auf europäischer Ebene durchgesetzt wurden. Während im Sozialabkommen bislang nur wenige für alle Mitgliedsländer verbindliche Mindeststandards geregelt werden konnten, ist die 1985 begonnene Schaffung des Binnenmarkts als eines Raums, „der durch die Beseitigung der Hindernisse für den freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten gekennzeichnet ist“⁸ inzwischen so gut wie vollendet. Unberücksichtigt bleibt bei der Formulierung dieser Hoffnungen auf Europa aber auch, daß die Durchsetzung und der Erhalt des sozialstaatlichen Prinzips in den europäischen Gesellschaften auf das engste mit der Etablierung der Volkssouveränität und damit mit der demokratischen Teilhabe der unterprivilegierten Massen verknüpft war und ist. An solch demokratischen Artikulationsebenen fehlt es aber im gegenwärtigen Europa fast gänzlich. Es existiert weder ein mit hinreichenden Machtmitteln ausgestattetes Europäisches Parlament noch gibt es funktionierende europäische Gewerkschaftszusammenschlüsse.

- Europa dient als legitimer Ersatz für die erschütterte nationale Identität, insbesondere in Deutschland. Die bisherige Geschichte der europäischen Integration war geprägt von ihrer zutiefst zivilgesellschaftlichen Ausrichtung. Bis heute fehlt es sowohl an einer militärischen Integration Europas als auch an einer stringent auf die Behauptung europäischer Interessen bedachten Außenpolitik der EU.⁹ Die Entwicklung der Europäischen Union wird durchaus zu Recht als Beispiel für die erfolgreiche Überwindung nationalistischer Egoismen, und hier insbesondere der Erbfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich, gewertet. Diesem glücklichen Umstand ist es aber auch geschuldet, daß Europa in den Rang der Unschuld gehoben wird. Mit

Europa wird von den Regierungen der Mitgliedstaaten genutzt, um auf anderem Wege nicht mehr erreichbare innergesellschaftliche Legitimität für ihre Entscheidungen zu erringen.

einer großen Selbstverständlichkeit wird so von der notwendigen „europäischen Selbstbehauptung“ in der Welt gesprochen. Hinter dieser Idealisierung verschwindet nahezu vollkommen das, was als häßliches Gesicht Europas gilt.

Wichtiger noch aber wiegt, daß jede Kritik an der realen Gestalt der Integrationsschritte schnell in den Ruch des gefährlichen Zurückfallens auf engstirnige nationalstaatliche Positionen kommt.

Ungenannt bleibt das kolonialistische und imperialistische Unheil, das sehr wohl im europäischen und keineswegs nur im jeweiligen nationalen Namen in den Ländern des Südens angerichtet wurde. Unerwähnt bleibt auch das gesamt-europäische Interesse an der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen ungerechten Weltwirtschaftsordnung.¹⁰ Lediglich in der Kritik an der „Festung Europa“ scheint diese zweite Seite der Medaille gelegentlich auf.

Wichtiger noch aber wiegt, daß durch diese Identifikation Europas als ein quasi postnationales Gebilde jede Kritik an der realen Gestalt der Integrationsschritte schnell in den Ruch des gefährlichen Zurückfallens auf engstirnige nationalstaatliche Positionen kommt. Auch hier sei an die Debatte um die Einführung des Euro erinnert. Auf dem Höhepunkt dieser Auseinandersetzung wurde allen Ernstes die Behauptung aufgestellt, daß es dabei um nicht mehr oder weniger als eine „Entscheidung um Krieg oder Frieden“ ginge.¹¹

spw

- ¹ G. Majone, Redistributive und sozialregulative Politik, in: Jachtenfuchs/Kohler-Koch, Europäische Integration, 1996, S. 234
- ² I. Trömmel: Die Europäische Integration: Ökonomische Regulierung und Politikgestaltung zwischen Staat und Markt, in: Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften, Europäische Integration und politische Regulierung – Aspekte, Dimensionen, Perspektiven, S. 49 a.a.O., S. 50
- ³ Der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf hat diese Aufteilung wie folgt kritisiert: „Die Verantwortung für die Finanz-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik verbleibt bei den Mitgliedstaaten. Die Bürger werden sie deshalb auch unter dem Regime der EWU für die Ent-

wicklungen in diesen Bereichen in Anspruch nehmen und politisch verantwortlich halten. Durch die EWU werden die Teilnehmerstaaten in der Wahrnehmung dieser Verantwortung jedoch entscheidend beschränkt. Diese Beschränkungen werden die Bürger als Beinträchtigung des Politischen zugunsten eines ökonomischen Konzepts, der EWU, wahrnehmen.“ K. Biedenkopf: Zur Entscheidung über die Einführung des EURO, Dresden 19.3.1998. Man muß nicht unbedingt die politischen Schlußfolgerungen Biedenkopfs teilen, um ihm bei dieser Zustandsbeschreibung zu folgen.

- ⁵ Vgl. etwa den Beschluß des SPD Bundesparteitags in Hannover vom 2.-4.12.1997 zur Europapolitik, in dem es unter der programmatischen Überschrift „Unsere Perspektive: Europa – ein einiger Kontinent des Friedens, des Wohlstands und der sozialen Sicherheit“ u.a. heißt: „Die humanen und demokratisch verfaßten Gesellschaften in Europa, die sich am Leitbild des sozialen Rechtsstaats orientieren, können nur bewahrt werden, wenn sie zu europäischer Einheit finden und damit aus eigener Kraft zu einem machtvollen Akteur des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Weltgeschehens werden“; Seite 58 des Beschlußprotokolls.
- ⁶ Stephan Leibfried kommt in einer Untersuchung der Sozialstaatsentwicklung auf europäischer Ebene denn auch zu dem ernüchternden Urteil, „an der Stelle des dann Zerstörten (gemeint sind die gesamtgesellschaftlichen Strukturen, A.W.) ist bislang kein neuer, ausdrücklich verfolgter europäischer ‚Sozialpakt‘ sichtbar, der wesentliche nationale sozialpolitische Akteure in einen gesamt-europäischen, ‚Gesellschaftsvertrag‘ einbinden könnte“. S. Leibfried: Wohlfahrtsstaatliche Perspektiven der Europäischen Union, in: Jachtenfuchs, Kohler-Koch: Europäische Integration, 1996, S.474.
- ⁷ Protokoll des Bundesparteitags der SPD in Hannover vom 2.-4.12.1997, S.61
- ⁸ Art. 3(1)c EG-Vertrag
- ⁹ Die Geschichte der europäischen Integration der Neuzeit hätte allerdings mit Sicherheit einen anderen Verlauf genommen, wenn nicht die Römischen Verträge von 1957, sondern die in der französischen Nationalversammlung schließlich 1954 gescheiterte Europäische Verteidigungsunion am Anfang gestanden hätte.
- ¹⁰ Daß bereits die Konstituierung des Kontinents als sich selbst bewußt werdende politische Entität im frühen Mittelalter nur unter aggressiver Abgrenzung gegenüber als feindlich erkannten Kulturen vor allem im Süden und Osten Europas vor sich ging, ist oft beschrieben worden. Vgl. dazu die neuere Arbeit des britischen Historikers Robert Bartlett „Die Geburt Europas aus dem Geist der Gewalt.“
- ¹¹ Diese Formulierung wurde von ansonsten so gegensätzlichen politischen Persönlichkeiten wie Jürgen Trittin und Helmut Kohl verwendet.

Der soziale Protest in Deutschland und die Rolle der Gewerkschaften

von Detlef Hensche*

I. Die – wie die Apologeten dieser Politik es nennen: – „entfesselte Marktwirtschaft“ in Gestalt von Deregulierung, Abbau sozialer Leistungen und arbeitsrechtlichen Schutzes bei gleichzeitiger Förderung privaten Reichtums hat tiefe Spuren hinterlassen.

Um für die Bundesrepublik einige Stichworte zu nennen:

- In den Betrieben sind wir Zeugen einer beschleunigten Rationalisierung auf Kosten von Arbeitsplätzen und Beschäftigung. Personalabbau gilt als Erfolg; die Börse honoriert ihn prompt.
- Die Verschärfung der Konkurrenzbeziehungen fördert Unterbietungswettbewerb, der soziales Dumping ausdrücklich einschließt. Kaum ein Betriebsrat, der nicht zur vorgeblichen oder tatsächlichen Sicherung des Standorts Eingriffe in übertarifliche und tarifliche Leistungen abwehren muß. Die Fälle des Tarifbruchs häufen sich und werfen die bange Frage auf, wie lange der Tarifvertrag als überbetrieblich verbindliche Norm noch gilt.
- Die Gewerkschaften sind in die Defensive gedrängt. Selbst „sozialverträglicher“ Abbau gilt schon als Erfolg.
- Dasselbe Spiel wechselseitiger Unterbietung vollzieht sich im internationalen Wettbewerb. Ein konservativer britischer Abgeordneter brachte dieses Politikmuster unlängst mit der Bemerkung auf den Punkt: Es gelte, Großbritannien zum „Hongkong Europas“ zu machen!
- Die Spaltung der Gesellschaft schreitet fort.

Entgegen aller politischen Rhetorik wachsen Arbeitslosigkeit und in ihrem Gefolge Armut. Kein Wunder angesichts der Strangulierung nachfragewirksamer Massen-

* Detlef Hensche ist Vorsitzender IG Medien. Bei dem Text handelt sich um ein Referat auf dem 3. Forum des Hessischen DGB „Protest ohne Alternativen?“ am 07.07.1997. Es ist bereits veröffentlicht worden in dem von Pierre Bourdieu u.a. herausgegebenen Buch „Perspektiven des Protestes“, VSA-Verlag Hamburg 1997

kaufkraft und der Umverteilung von unten nach oben. Die Vermögen und Einkommen der „Oberen Zehntausend“ wachsen.

Bei alledem fällt auf:

- Betriebswirtschaftliche Maximen dominieren; Kostensenkung geht über alles, auch in öffentlichen Einrichtungen, soweit sie nicht ohnehin schon privatisiert sind.
- Volkswirtschaftliche Ziele scheinen vergessen.
- Politik verkommt zur Standortpflege.
- Als „Reform“ gilt nicht mehr die Beseitigung wirtschaftlicher, sozialer, gesellschaftlicher und ökologischer Mißstände und Risiken, sondern deren Hinnahme bei gleichzeitiger Abwälzung der Kosten auf die Opfer.

Bei Fortsetzung dieses Kurses werden sich die Probleme verschärfen. In der Europäischen Union wird der Gehorsam gegenüber den Maastricht-Kriterien den Prozeß des sozialen Dumpings noch forcieren, ohne daß die Verwirklichung der Währungsunion die vielfach verheißenen Arbeitsplätze schafft. Die Folgen sind unabsehbar, für die soziale wie für die demokratische Verfassung des Gemeinwesens.

II. Erscheinungsformen des sozialen Protestes

Natürlich kann und will ich es bei diesem Szenario nicht bewenden lassen. Erstens ist die Zukunft gestaltbar; sie enthält auch andere Optionen als neoliberale Deregulierung. Zweitens ist auch die vorstehend beschriebene Gegenwart keine korrekte Spiegelung der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Es gibt auch die andere Seite, den betrieblichen und gewerkschaftlichen Protest sowie erfolgreiche Streiks.

Betrachten wir die Beispiele im einzelnen, können wir unterscheiden:

- Da treten Belegschaften in den Ausstand, entwickeln phantasievolle und öffentlichkeitswirksame Formen des Protestes, um Betriebe und Arbeitsplätze zu erhalten. Die Beispiele reichen von den Bergleuten des Kalibergwerks in Bischofferode über die Belegschaft des Bremer Vulkan bis zu den Stahlarbeitern von Hoesch und Thyssen.
- Auf einer anderen Ebene standen und stehen Auseinandersetzungen, die eine ganze Branche betreffen. So streikten die Beschäftigten der Bundespost für den Erhalt des öffentlich-rechtlichen und am Gemeinwohl orientierten Unternehmens. Die Bauarbeiter protestierten gegen die gesetzliche Beseitigung des Schlechtwettergeldes und für die Durchsetzung allgemeinverbindlicher Mindestlöhne am Bau. Die Steinkohle-Bergleute kämpften gegen die absprachewidrige Kürzung der staatlichen Kohleförderung und für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.
- Schließlich fanden politische Demonstrationen gegen die Politik des Sozialabbaus und gegen einzelne Kürzungsvorhaben statt; im Sommer 1996 hatte der DGB zu Kundgebungen aufgerufen; wenige Monate später folgten betriebliche Streiks zur Verteidigung der 100%igen Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, ausgehend von den Arbeitsniederlegungen der Mercedes-Beschäftigten Anfang Oktober 1996.

Mißt man diese Aktionen an ihrem Erfolg, fällt die Bewertung unterschiedlich aus. Der Protest der Kalibergarbeiter in Bischofferode blieb ohne Erfolg, der ihrer Kollegen im Steinkohlebergbau zwang den Bundeskanzler zum Einlenken. Doch muß man sich vor einer mechanistischen Blickverengung hüten: Auch wenn der unmittelbare Erfolg ausbleibt, muß die Aktion nicht nutzlos gewesen sein. Die große DGB-Demonstration am 15. Juni letzten Jahres hat die Regierungskoalition nicht in die Knie gezwungen und sie von ihren Gesetzesplänen abgebracht – wie denn auch?

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



Doch sie hat der gewerkschaftlichen Position Anerkennung verschafft und Hunderttausenden Mut gemacht; sie hat damit die Grundlagen gelegt für die betriebliche und tarifvertragliche Verteidigung der Lohnfortzahlung wenige Monate später.

Die Form des Protestes ist unterschiedlich. Betriebliche Streiks, Betriebsbesetzungen, ja, Hungerstreiks stehen herkömmlichen und „ordentlichen“ – eben sehr deutschen –

Formen der Gegenwehr gegenüber. Das Maß der gewerkschaftlichen Beteiligung ist ebenfalls different.

In letzter Zeit macht sich die Bereitschaft zur Regelwidrigkeit und politischen Zielsetzung bemerkbar, zuletzt beim Bergarbeiter-Protest in Bonn und der Besetzung der Reichstags-Baustelle in Berlin.

III. Defizite

Doch so wichtig die Proteste waren und sind – man muß sich vor einer Überbewertung hüten. Es waren und sind jeweils vereinzelte Aktionen. Sie blieben isoliert, bezogen auf die Betriebe oder die Branche. Nur selten sprang der Funke über und bewirkte spontane Solidarisierung aus anderen Sektoren. Eine Koordinierung im DGB hat nicht stattgefunden, auch da nicht, wo sie möglich gewesen wäre.

Die Aktionen waren und sind Abwehrkämpfe. Es ging um die Verteidigung des Bestehenden. Um Mißverständnissen vorzubeugen: In Zeiten des Sozialabbaus und der Arbeitsplatzvernichtung ist Verteidigung schon ein Erfolg. Doch die Nur-Verteidigungsposition erschwert es, den Protest zu verbreitern, ihn in eine weiterführende Kampagne einzubetten und zu politisieren.

IV. Herausforderungen und Perspektiven

Die gerade skizzierten Kritikpunkte kennzeichnen zugleich die Herausforderungen, vor denen die Gewerkschaften stehen. Ich will versuchen, sie in den folgenden Thesen zusammenzufassen:

1. Die Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften steht und fällt mit ihrer Verankerung in den Betrieben. Diese Binsenweisheit an den Anfang zu stellen, ist in Zeiten der verschärften Konkurrenz und der Auflösung überbetrieblicher Bindungen, vor allem des Tarifvertrages, nötiger denn je. Wenn Arbeitgeber den Konflikt in die Betriebe verlagern,

Wo immer möglich, gilt es, den sozialen und gewerkschaftlichen Protest zu bündeln, insbesondere unter dem Dach des DGB zu koordinieren. Sozialer Protest braucht eine politische Perspektive.

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



werden die Gewerkschaften unter anderem dorthin folgen müssen, statt etwa der Illusion aufzusitzen, durch Deregulierung den Tarifvertrag erhalten zu können. Durch Freigabe des Inhalts rettet man den Tarifvertrag nicht, sondern löst ihn auf – auch wenn man dies nicht will.

2. Wo immer möglich, gilt es, den sozialen und gewerkschaftlichen Protest zu bündeln, insbesondere unter dem Dach des DGB zu koordinieren.

Nicht immer geht dies; man denke etwa an spontanes Aufbegehren gegen betrieblichen Arbeitsplatzabbau. Doch es gibt immer wieder Situationen, in denen die Zusammenführung möglich ist.

Erinnert sei an die tarifvertragliche Verteidigung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, die sich übrigens auch mit der Aufrechterhaltung des Kündigungsschutzes hätte verbinden lassen. Doch statt die Auseinandersetzungen, ausgehend von Arbeitsniederlegungen der Mercedes-Beschäftigten, gemeinsam aufzunehmen, haben sich die Gewerkschaften jeweils einzeln auf den Weg gemacht und auch den tarifvertraglichen Mechanismus von Leistung und Gegenleistung herunterdekliniert – mit dem bekannten zerklüfteten Ergebnis.

Die Koordinierung gewerkschaftlichen Protestes ist nicht nur eine Aufgabe für den DGB-Bundesvorstand; mindestens ebenso wichtig ist die Solidarisierung vor Ort, sind „Bündnisse von unten“, beispielsweise im DGB-Kreis, was in einzelnen Fällen ja durchaus gelungen ist.

Die Koordinierung gewerkschaftlichen Protestes ist nicht nur eine Aufgabe für den DGB-Bundesvorstand; mindestens ebenso wichtig ist die Solidarisierung vor Ort, sind „Bündnisse von unten“, beispielsweise im DGB-Kreis, was in einzelnen Fällen ja durchaus gelungen ist.

Sozialer Protest und politische Perspektive

3. Sozialer Protest braucht eine politische Perspektive. Kennzeichen und Achillesferse des Protestes war bisher die Fixierung auf den Status quo. Kennzeichnend ist die aktuelle Leitschnur betrieblichen und tarifvertraglichen Handelns: die Beschäftigungsgarantie. So wichtig sie ist – sie beschränkt sich auf die derzeit Erwerbstätigen.

Als – fast zeitgleich – Berg- und Stahlarbeiter im März dieses Jahres für ihre Arbeitsplätze kämpften, war das Ziel erreicht, sobald die Zusage vorlag, keine betriebsbedingten

Kündigungen vorzunehmen. Doch stillgelegt wird. Auch wenn denen, die heute noch Arbeit haben, keine Entlassungen drohen: Was geschieht mit ihren Kindern? Was ist mit denen, deren wirtschaftliche Existenz vom Fortbestand der Zechen- und der Stahlbetriebe abhängt? Was ist mit all denen, die morgen Arbeit suchen?

Muß es zum Beispiel nicht nachdenklich stimmen, wenn die Bereitschaft zu verlängerten Arbeitszeiten ins Kraut schießt, wenn denn nur das Einkommen stimmt? Sind wir in den letzten zwei Jahren im Einsatz für die Reduzierung von Überstunden nicht auch an Hürden in den eigenen Reihen gescheitert?

Ist es verwunderlich, wenn in Zeiten existentieller Unsicherheit hinsichtlich des eigenen Arbeitsplatzes, hinsichtlich der Rente und hinsichtlich der Berufschancen der Kinder, wenn angesichts all dieser Zukunftssorgen viele bereit sind, mitzunehmen was sich bietet? Denn man weiß ja nicht, was morgen kommt.

Eben! Genau deshalb gilt es, für das Morgen politische Alternativen zu entwickeln, für die zu kämpfen sich lohnt. Geschieht dies nicht, lassen die Gewerkschaften letztlich Mitglieder und Belegschaften in ihren betrieblichen Auseinandersetzungen allein und liefern sie weiterhin der Logik einzelwirtschaftlicher Rentabilität aus. Unsere Aufgabe ist es daher, eine Perspektive jenseits von Ausgrenzung und Spaltung und jenseits des alles dominierenden Konkurrenzprinzips zu entwickeln, die konkrete Utopie einer solidarischen Gesellschaft also, wenn wir aus den Gräben der Verteidigung heraustreten wollen.

Und umgekehrt: Bündnisse für „Arbeit und Standort“, die sich die Logik der wechselseitigen Unterbietung zu eigen machen, bestätigen das neoliberale Weltbild und verstärken es noch.

Hinzu kommt: Die Gewerkschaften stehen immer wieder in der Versuchung, in ihrer täglichen Arbeit eine gewerkschaftliche „Politik der Mitte“ zu betreiben, also eine Politik für die, die in der Mitte stehen, für die, die Arbeit haben. Die Folge ist eine wachsende Distanz von Arbeitslosen und Jugendlichen gegenüber den Gewerkschaften. Auch deshalb sind Zukunftsentwürfe einer solidarischen Gesellschaft überlebenswichtig.

Die Alternative: ökonomische und soziale Gestaltung

4. Die Alternative kann nur in einer ökonomischen und sozialen Gestaltung am Maßstab von Solidarität, demokratischen und sozialen Rechten, einschließlich des Rechts auf Arbeit, liegen.

Ich will dies an drei Beispielen erläutern:

- Es gäbe ja wahrlich genug zu tun, um Millionen Menschen wieder Arbeit zu geben. Die Beispiele reichen von der öffentlichen Infrastruktur, dem Angebot an Bildung und Kultur, dem Ausbau öffentlichen Nahverkehrs, der Entwicklung und Verbreitung umweltschonender Energie, dem Angebot öffentlich geförderter Arbeit, auch in neuen Organisationsformen. Um solche Arbeiten zu finanzieren, bedarf es u.a. einer stärkeren Inanspruchnahme der Vermögenden und der Bezieher hoher Einkünfte – statt die unproduktive Nutzung von privatem Reichtum zu fördern.

Mit anderen Worten, Umverteilung von Reichtum und Einkommen ist notwendig. Um aus dem gemeinsamen Wort der beiden großen christlichen Kirchen zu zitieren: Wer über Armut spricht, muß auch den Reichtum zum Thema machen.

Eine solche Politik setzt allerdings voraus, daß der systematischen Reduzierung des Sozialstaates und der öffentli-

Wer Reformen, also die Überwindung gesellschaftlicher Fehlentwicklungen will, braucht ein finanziell handlungsfähiges öffentliches Gemeinwesen. Das ist das genaue Gegenteil der gegenwärtigen Auszehrung und Privatisierungsfeldzüge.

chen Hand ein Ende gesetzt wird. Wer Reformen, also die Überwindung gesellschaftlicher Fehlentwicklungen will, braucht ein finanziell handlungsfähiges öffentliches Gemeinwesen. Das ist das genaue Gegenteil der gegenwärtigen Auszehrung und Privatisierungszüge.

- Ein anderes Element ist die Umverteilung der Arbeit. So unbequem es sein mag, wir müssen Abschied nehmen von Wachstumsillusionen. Wenn von ökonomischen Veränderungen die Rede ist, so liegen hier die entscheidenden Faktoren, weniger dagegen in dem Modebegriff der „Globalisierung“, der mehr die Funktion hat, Öffentlichkeit und Belegenschaften gefügig zu machen, als reale Veränderungen zu beschreiben.

Die komfortablen Zeiten sind vorbei, da wir uns darauf konzentrieren konnten, um die Verteilung des Zuwachses zu streiten. Daher ist es unabhängig vom Ausbau des öffentlichen Sektors unerlässlich, die Arbeit umzuverteilen. Die Schere zwischen Wachstumsrückgang und Produktivitätsfortschritt bewirkt ohnehin eine dauerhafte Verkürzung der gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeit, und zwar in ihrer inhumanen Variante zunehmender Arbeitslosigkeit.

Angesichts dieser Lage grenzt es an staatlich organisierten Wahnsinn, wenn bei bestehender und wachsender Massenarbeitslosigkeit denen, die Arbeit haben, längere Arbeitszeiten verordnet werden, seien es wöchentliche Arbeitszeiten im Betrieb, sei es die Heraufsetzung des Rentenalters! Auch wünsche ich mir, daß wir wieder mehr von Verkürzung der Arbeitszeit und weniger von Flexibilisierung sprechen; mit Verlaub, flexible Arbeitszeiten schaffen keine Arbeitsplätze, sondern vernichten sie.

Arbeitszeitverkürzung ist das Gebot der Stunde

Arbeitszeitverkürzung ist daher das Gebot der Stunde. Sie steht unter der doppelten Perspektive, die Arbeit gerechter zu verteilen und allen mehr Zeit zum Leben zu verschaffen, auch unter Berücksichtigung individueller Lebenslagen und eigener Bedürfnisse. Zeitwohlstand heißt ja wohl auch, den Menschen zum Herrn seines Lebens zu machen.

Das Maß der Arbeitszeitverkürzung muß, wenn sie einen Beitrag zur Überwindung der Arbeitslosigkeit leisten soll, deutlich über die bisherigen Schritte hinausgehen. Die Tarifverträge werden dafür Grundlagen schaffen müssen. Doch Tarifpolitik allein reicht nicht aus. Die unterschiedlichen Formen der Arbeitszeitverkürzung bedürfen eines Zusammenspiels von tarifvertraglichen Rechten, sozialrechtlichen wie steuerrechtlichen Reformen.

Schon dies macht deutlich, daß Widerstand allein der Gewerkschaften nicht ausreicht. Erfolg werden wir nur erreichen im Bündnis mit politischen Parteien, gesellschaftlichen Bewegungen und Wissenschaftlern, eingebettet in die politische Vision einer solidarischen Gesellschaft, also des Gegenmodells marktradikaler Zerstörung.

- Ein drittes Element einer Alternative zur herrschenden Politik sind arbeitsrechtlicher Schutz und Mitbestimmung. Das beginnt bei Kündigungsschutz und Rechten zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen, schließt die Tarifautonomie ein und endet bei der Mitbestimmung, um die es in letzter Zeit recht still geworden ist. Wer dies im Namen von Flexibilisierung und Deregulierung als rückwärtsgewandtes Besitzstandsdenken denunziert, will nicht nur den jahrzehntelangen Kampf um sozialen Fortschritt und Demokratie im Arbeitsleben vergessen machen. Der verkennt vor allem den freiheitsverbürgenden Charakter von sozialen Rechten: Es gehört zum aufrechten Gang und ist ein Stück Freiheit, nicht Angst haben zu müssen vor Willkür, vor sozialen Risiken und vor Entlassung. Wer arbeits- und sozial-

rechtlichen Schutz als „Zwangsregime des Wohlfahrtsstaates“ kennzeichnet, worin sich jüngst liberale Yuppies gefallen, will selbst ein Regime von Angst und Demütigung errichten.

Den gewerkschaftlichen Interessenbegriff erweitern!

5. Die Bemerkungen über öffentliche Arbeit und Arbeitsumverteilung verweisen auf die Notwendigkeit, den gewerkschaftlichen Interessenbegriff zu erweitern. Gewerkschaftliche Politik kann sich nicht allein auf Betriebe und Arbeitsleben beschränken.

Ebenso wie von starken Betriebsräten und guten Tarifverträgen wird die soziale Lebenslage der Menschen von Wohnung und Verkehr, von Schulen, Kindergärten und Kultur, von Umwelt und Bewohnbarkeit der Städte geprägt. Es gilt, den ganzen Reichtum zu entfalten, dessen moderne Gesellschaften fähig sind – statt die Industriegesellschaften in standortbesessener Austeritätspolitik kaputtzusparen.

Um auf Feldern der öffentlichen Infrastruktur nicht nur artikulationsfähig zu sein, sondern auch soziale Bewegungen zu unterstützen und anzustoßen, also um durchsetzungsmächtig zu sein, müssen sich die Gewerkschaften in die Lage versetzen, die Interessen ihrer Mitglieder zu verallgemeinern.

Abermals zeigt sich, wie unverzichtbar ein starker und bewegungsfähiger Bund ist, der unabhängig von Branchenegoismen die Souveränität hat, mit sozialen Bewegungen zu kooperieren, neue Formen des sozialen Experiments zu entwickeln, auch Bürgerrechte zu verteidigen, und – wenn nötig – phantasievolle Formen des Ungehorsams zu entwickeln.

Vor einer anderen Verengung des Interessenbegriffs ist zu warnen: der Blickverengung auf das klassische Mitglied der Industriegewerkschaft. Nach wie vor dominieren die Erwartungen und Prägungen der männlichen Industriearbeiter. Bedürfnisse von Angestellten, vor allem aber von Frauen, haben immer noch geringere Artikulations- und Durchsetzungschancen.

Wie etwa soll ein Projekt der Arbeitsumverteilung aus den Gräben verkniffener Mängelverwaltung heraustreten,

Bündnisse für „Arbeit und Standort“, die sich die Logik der wechselseitigen Unterbietung zu eigen machen, bestätigen das neoliberale Weltbild und verstärken es noch.



Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



solange wir nicht die emanzipatorischen Chancen von Zeitwohlstand begreifen und in den Vordergrund rücken? Der Durchsetzung von Zeit für uns selbst, von Zeit-Räumen für autonome Lebensgestaltung, für Beziehungen und Familie, für Emotionen und Zuwendung, für Phantasie, Spiel und Reflexion, auch Zeit zum Träumen, in gleicher Weise für Männer wie für Frauen? Das allerdings heißt zugleich die auch in den Gewerkschaften tabuisierte Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern zu überwinden.

Internationalisierung gewerkschaftlicher Gegenwehr

6. Die Gegenwehr muß international sein. Beginnen wir mit dem Europa der Europäischen Union. Schon heute ist es tagtägliche Erfahrung von Betriebsräten und Gewerkschaften, daß sie gegen Belegschaften und Beschäftigte im Ausland ausgespielt werden. Auch wenn, nein, richtiger gerade weil es überwiegend Bluff und Erpressung unter Vorspiegelung von Unwahrheiten ist, müssen Belegschaften und Gewerkschaften enger zusammenrücken.

Die Gewerkschaften müssen den Unternehmen nicht nur in die Betriebe, sondern auch in den politischen Raum folgen. National wie international; sie müssen sich politisieren und globalisieren.

Unter den Bedingungen der Europäischen Währungsunion ist dies existentiell geboten, da spätestens von diesem Zeitpunkt an die Verantwortung für den Ausgleich unterschiedlicher Produktivitäts- und Standortbedingungen ausschließlich der gewerkschaftlichen Tarifpolitik wie der staatlichen Sozialpolitik aufgeladen wird.

Daher kann eine gemeinsame Währung nur akzeptiert werden in einer demokratisch verfaßten Gemeinschaft mit autonomen Rechten des Europäischen Parlaments und im Kontext mit einer europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik. Die verheerende Eindimensionalität der monetären Kriterien von Maastricht muß abgelöst werden durch die Gleichrangigkeit von sozialen Rechten und Zielen, wie der Herabsetzung der Arbeitslosenquote.

Unabhängig davon sind die Gewerkschaften gefordert, ihre Politik zu europäisieren. Sie müssen sich auf gemeinsame Schwerpunkte verständigen. Das schließt ausdrücklich das Projekt kürzerer Arbeitszeiten ein. Auch die Perspektive von europäischen Tarifverträgen darf kein Tabu sein.

Insgesamt gilt es, der Versuchung zu widerstehen, den eigenen Standort auf Kosten anderer zu retten. Dumping erzeugt Gegendumping; Exportoffensiven erzeugen Abwehrmaßnahmen, gestern Abwertung, morgen Sozialab-

bau; ganz zu schweigen von der Einsicht, daß eine Wirtschaftspolitik, die Disparitäten in Kauf nimmt und die eigenen Probleme den Nachbarn aufzuhalten versucht, notwendig auch der eigenen Entwicklung Grenzen setzt.

Damit ist die weitere Aufgabe des politischen Internationalismus angesprochen. Entgegen allen Fortschrittsverheißungen fördert die entfesselte Marktwirtschaft nicht etwa die gleichgewichtige Entwicklung aller Regionen; umgekehrt erzeugt sie national wie im Weltmaßstab Spaltungen, Ausgrenzungen und Disparitäten.

So stehen wir vor der Erscheinung, daß nach wie vor ein großer Teil des hierzulande aufgehäuften Reichtums, auch des relativen sozialen Wohlstands, auf der fortgesetzten Ausbeutung der Menschen in unterentwickelten Regionen beruht. Zugleich verstärken die weltweiten Disparitäten und die Verarmung ganzer Regionen die stagnativen Tendenzen in den industriellen Metropolen. Wieviel sinnvoller wäre es, den Reichtum weltweit so zu verteilen, daß überall Chancen für gleichgewichtige wirtschaftliche Entwicklung gegeben wären?

Spätestens hier stellt sich die Frage, wie Fortschritt und Wohlstand zu definieren sind, und zwar aus Gründen der demokratischen wie einer ökologisch vertretbaren Entwicklung. Aufgabe eines alternativen Konzepts der solidarischen Gesellschaft ist es mithin auch, der marktwirtschaftlichen Entfesselung innewohnenden Tendenz entgegenzutreten, die eigenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Grundlagen zu zerstören.

Politisches Mandat der Gewerkschaften

7. Wie in einem Brennglas bündeln sich die zuvor genannten Schlußfolgerungen letztlich im politischen Mandat der Gewerkschaften, das entsprechend den veränderten Bedingungen neu definiert und neu praktiziert werden muß.

Die Gewerkschaften müssen den Unternehmern nicht nur in die Betriebe, sondern auch in den politischen Raum folgen. National wie international; sie müssen sich politisieren und globalisieren. Gesetzliche Regelungen und EU-Richtlinien gewinnen in dem Maße an Bedeutung, wie die Bindungswirkung der Tarifverträge erodiert und die Tarifautonomie aufgrund politischer Entscheidungen ins Leere läuft.

Damit ist ein Tabu der deutschen Gewerkschaften angesprochen. Mit der Prosperitätsphase in den 50er Jahren begann eine außerordentlich erfolgreiche Epoche der Tarifpolitik. Sie war zugleich die Antwort darauf, daß die wirtschaftlichen Neuordnungspläne in Zeiten stabiler CDU-Mehrheiten keine Erfolgchance hatten. So lautete die Erkenntnis, mit der Otto Brenner 1956 für die Proklamation eines Aktionsprogramms und die Konzentration auf tarifvertragliche Nahziele begründet hat.

Die Erfolge dieser Neuorientierung haben den Vorrang des Tarifvertrages vor dem Gesetzgeber entstehen lassen. Gesetzliche Mindestarbeitsbedingungen spielen seitdem eine untergeordnete Rolle. Diese Rollenverteilung zwischen Tarifvertrag und Gesetz gilt es kritisch zu hinterfragen, und zwar in dem Maße, in dem Tarifverträge ihre Bindungswirkung verlieren. Dazu bedarf es einer adäquaten Durchsetzungsstrategie, die konsequenterweise auch politische Aktionen, einschließlich des politischen Streiks, nicht ausschließen darf.

Wenn ich Pierre Bourdieu abschließend zitieren darf, und zwar aus einem Interview mit der „Basler Zeitung“: „Wenn wir die deutschen Gewerkschaften mit der französischen Arbeiterbewegung verbinden könnten – das wäre gut. Darum wünsche ich mir eine Europäisierung der Gewerkschaften.“ Wohlan, beherzigen wir diesen Appell. Es geht um unser Europa.

spw

Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt ist erstmals eine rechtsextreme Partei in ein ostdeutsches Landesparlament eingezogen – und das gleich mit zweistelligem Prozentanteil. Viele prophezeien den Dilettanten von der DVU ein parlamentarisches Fiasko und sehen ein baldiges Ende ihrer Anziehungskraft voraus. Das Ergebnis der Bundestagswahl scheint dies zu bestätigen, aber rechtsextreme, ausländerfeindliche und antidemokratische Denk- und Verhaltensweisen immer größerer Teile der Bevölkerung sind damit nicht vom Tisch.

Schon gar nicht in Sachsen, wo eine wohl organisierte Partei wie die NPD immer mehr Zulauf hat, wo sie, wie der Verfassungsschutz beobachtet, zum Sammelbecken für Rechtsextremisten wird. Im Laufe des Jahres 1997 stieg ihre Mitgliederzahl von 300 auf 900 an. Momentan hat die sächsische NPD über 1.200 Mitglieder (zum Vergleich: SPD ca. 5.000, Bündnisgrüne ca. 900, NPD bundesweit knapp 5.000); 70% der Neuzugänge sind unter 30 Jahre alt. Da handelt es sich nicht um kurzlebige Protestverhalte, da geht es um langfristige Orientierung, um Rechtsextremismus als Lebenseinstellung.

Die NPD gewinnt besonders unter Jugendlichen und jungen Männern stark hinzu; sie hat sich längst von der Alt-Nazi-Partei zur „nationalen Bewegung“ gewandelt, die ausländerfeindliche Sprüche mit antikapitalistischen Einstellungen verbindet. Der Aufruf zum „Kampftag der Arbeit“ am 1. Mai geißelt die „liberal-kapitalistischen Systemparteien der BRD“ als „unwillig und gänzlich unfähig, die soziale Not in Deutschland zu beheben“. Mittlerweile gibt die NPD an, über Kreisverbände in 19 von 27 Kreisen Sachsens zu verfügen.

Die Ideologie der JN

Stark, insbesondere in Großstädten wie Leipzig und Dresden, ist in Sachsen auch die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN). Sie hat Ende 1997 ihre Bundesgeschäftsstelle von Bochum nach Dresden verlegt. Dabei paßt sie sich an ihre ostdeutsche Klientel an: Das ist kein Rechtsextremismus mit Affinität zum Bürgerlich-Konservativen mehr, hier geht es um jugendliche Bedürfnisse und Bewußtseinslagen. Die Parolen enthalten Anklänge an sozialistische, gar autonome Positionen. So bezeichnen sich die JN auf ihrer Seite im Internet als „weltanschaulich-geschlossene Jugendbewegung neuen Typs mit revolutionärer Ausrichtung und strenger innerorganisatorischer Disziplin“, die als „revolutionäre Bewegung für junge Nationalisten zwischen 14 und 35 Jahren autonome konzeptionelle Vorstellungen“ entwickle.

Weiter im Vokabular der Linken: Es gehe um eine „Alternative zum herrschenden System“, Ziel sei es, „so viele Widerstandszellen wie möglich“ zu bilden. Wichtig sei es, daß die Arbeit von „einem konstanten, politisch-bewußten Kader“ getragen werde. Die JN möchten eine „fest geschlossene, homogene Jugendbewegung“ sein, „in der Spießbürgertum und Standesdünkel nichts zu suchen haben“. Die Europäische Union wird abgelehnt, weil sie „nichts weiter als ein Zusammenschluß von Großkonzernen“ sei. Mit antikapitalistischen Grundtönen und einem Vokabular, das teils aus der links-autonomen Szene stammen könnte, teils an leninistische Politikmuster erinnert, spielen die JN auf der gleichen Klaviatur wie die Nationalbolschewisten der 20er Jahre, der „Kampfzeit“ von NSDAP und SA, hier insbesondere der „Strasser-Flügel“. Möglicherweise ist dies ein erfolgversprechendes Rezept; auf jeden Fall ist es politisch gefährlich.

Bei aller antikapitalistischer Rhetorik: Es handelt sich bei NPD und JN um neonationalsozialistische, rechtsextremistische Organisationen. Die JN verstehen sich als „die nationalsozialistische Jugendbewegung Deutschlands“. Sie streben nach

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



„Kameradschaft“, streben danach, „das Leitbild des politischen Soldaten“ zu verkörpern, der hundertprozentigen politischen Aktivismus an den Tag legt. Ihr Kampfziel ist: „ein auf der Solidargemeinschaft der deutschen Stämme begründetes neues Reich“. Ihr Menschenbild geht von der „Verschiedenartigkeit der Menschen“ aus: „Die Gleichmacherei der Internationalisten ist die Wurzel des heutigen totalitären Polit-Chaos und Grundlage für die Manipulation und Entmündigung der Menschen.“

Von praktischer Bedeutung ist das NPD-Konzept der „national befreiten Zonen“, die „Etablierung einer Gegenmacht“ in Freiräumen, „in denen wir faktisch die Macht ausüben“ (zit. nach Sächsische Zeitung vom 29.6.1998). Im Klartext heißt das: Gewalttätige Auseinandersetzungen und Überfälle führen dazu, daß, beispielsweise im nordsächsischen Wurzen, Asylbewerberunterkünfte geräumt werden und linke Jugendliche in Großstädte wie Leipzig und Dresden umziehen. „Nach 18 Uhr gehörte der Wurzener Marktplatz den rechten Jugendlichen“. Offene Jugendtreffs und andere Jugendeinrichtungen werden „übernommen“, indem das vorherige Stammpublikum entweder weggeekelt oder zur Anpassung bewogen wird. In einigen Fällen blieb als Gegenwehr nur die Schließung der Clubs.

Argumentationen gegen Rechts

Für in der Analyse politischer Texte Geübte ist es nicht schwer, den rechtsextremen, menschenverachtenden Charakter der Ideologie von JN und NPD auszumachen. Aber bei vielen politischen Einzelforderungen wird dies schwierig: Was ist beispielsweise dagegen zu sagen, daß es Idealziel eines jeden Nationalisten sei, daß „jedes Volk in seinem eigenen, unabhängigen, freien und selbstbestimmten Staat lebt“? Oder daß der Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie gelöst werden soll durch eine Wirtschaft, „die das Produktionsvolumen dem tatsächlichen Bedarf anpaßt, gebrauchte Rohstoffe wiederverwertet, Energie einspart, ein alternatives Energiekonzept verwirklicht und somit die natürlichen Ressourcen sichert“?

Für in der Analyse politischer Texte Geübte ist es nicht schwer, den rechtsextremen, menschenverachtenden Charakter der Ideologie von JN und NPD auszumachen. Aber bei vielen politischen Einzelforderungen wird dies schwierig.

* Dr. Christoph Meyer, Historiker, Dresden

In der Auseinandersetzung mit dieser Art Politik ist am Grundsätzlichen anzusetzen, nämlich:

- am *Menschenbild*: Ein demokratisches Menschenbild geht von der Gleichwertigkeit aller Menschen aus, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Nationalität. Niemand kann etwas dafür, wo und von wem er oder sie geboren worden ist. Wenn ich andere ausgrenze, laufe ich immer Gefahr, bei nächster sich bietender Gelegenheit selbst von anderen ausgegrenzt zu werden.
- am *Politikverständnis*: Das Politikverständnis der Rechtsextremen ist militaristisch und undemokratisch. „Politische Soldaten“ denken und handeln in Kategorien von Befehl und Gehorsam. Dies würde zu einer Kommandogesellschaft führen, wie wir sie in Deutschland schon zweimal hatten. Die erste derartige Kommandogesellschaft führte zu Weltkrieg und Massenvernichtungslagern, die zweite zu wirtschaftlichem und moralischem Bankrott.
- am *Verständnis von Freiheit*: Für eine gedeihliche Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft braucht es Raum für Kreativität und freie Entscheidungen, Demokratisierung und Mitbestimmung auf allen Ebenen, eine offene Diskussion und nicht den Kasernenmief und -muff der Rechtsextremen. Freiheit kann nicht nur die Freiheit einer „Volksgemeinschaft“ sein, Freiheit ist immer auch die Freiheit jedes und jeder Einzelnen, auch des Andersdenkenden.

Rechtsextremismus als breite Bewegung?

Der Rechtsextremismus ist in manchen Orten Sachsens mindestens auf gutem Wege, fester Bestandteil der politischen Jugendkultur zu werden, mithin einen Großteil der (nicht nur) jungen Menschen zu integrieren und zu formieren, der sich von den staatlichen und zivilen Strukturen abgewandt hat bzw. – durch soziale Perspektivlosigkeit und fehlenden Dialog – ausgegrenzt worden ist. Die Dominanz des Rechtsextremistischen zeigt sich dabei nicht nur im engeren politisch organisierten Bereich, sondern sie

wirkt weit in das Alltagsleben hinein: „Das skinheadtypische Aussehen – kurzgeschorene Haare, Bomberjacke und Springerstiefel – ist unter Jugendlichen immer mehr auch zu einer allgemeinen Modeerscheinung geworden.“ (Verfassungsschutzbericht Sachsen 1997) Da ist die Frage, inwiefern auch rechtsextremistische

Verhaltensweisen immer stärker zur Modeerscheinung werden. Die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten in Sachsen jedenfalls verdoppelte sich von 581 in 1996 auf 1175 in 1997 (Zahlen der GdP).

Das ist nur die Spitze des Eisberges. 9/10 eines solchen befinden sich wie immer „unter Wasser“. Die „Dresdner Neuesten Nachrichten“ veröffentlichten im Juli 1998 eine Umfrage unter ostdeutschen Bürgern. Demzufolge halten 32% Rechtsaußen-Parteien für ein notwendiges Gegengewicht zu linken Parteien; 57% geben ihnen „in manchem recht“ und meinen, daß sie „sagen, was andere Parteien sich nicht trauen“. 81% fordern, daß der Parteienstreit beendet und in Bonn „eine starke Regierung“ gebildet werden soll; 29% befürworten ein generelles Arbeitsverbot für Ausländer in Deutschland, und 57% wollen „im deutschen Volk insgesamt wieder Tugenden wie Fleiß, Ordnung und Gehorsam stärker zur Geltung bringen“. Will sagen: Der organisierte Rechtsextremismus findet in den Auffassungen der Bevölkerung einen fruchtbaren Nährboden.

Strategien gegen Rechts erforderlich

An solchen Haltungen wird sich kurzfristig, beispielsweise in der Hektik von Wahlkampfauseinandersetzungen, kaum etwas ändern lassen. Hier ist eine langfristig angelegte Gegenstrategie erforderlich. Politisches und staatliches Handeln gegenüber dem Rechtsextremismus auf der Landesebene in Sachsen muß auf drei – ineinandergreifenden – Ebenen ansetzen:

- *Verfassungsschutz, Polizei und Justiz*: Beobachtung, Verfolgung von Straftaten, staatliche Repressivmaßnahmen gegen den Rechtsextremismus
- *Parteien, Landtag und Staatsregierung*: Politische Begleitung von Repressivmaßnahmen, Bekämpfung der sozialen Ursachen des Rechtsextremismus
- *Gesellschaftliche Gruppen, Verbände, Öffentlichkeit*: Unterstützung bzw. Initiierung von politischen Maßnahmen; ideologische Auseinandersetzung; politische Bildung.

Sächsische SPD und Gewerkschaften, Medien sowie einige Träger der politischen Bildung sind in den letzten Monaten aufmerksamer geworden, was den rechten Rand betrifft. Die Zeitungen berichten verstärkt über die Hintergründe des Rechtsextremismus; in der SPD-Landtagsfraktion wurde ein jugendpolitischer Arbeitskreis ins Leben gerufen; der DGB fordert das Verbot der NPD. Ebenfalls hat der DGB den sächsischen CDU-Ministerpräsidenten Biedenkopf zur Unterstützung eines „Bündnisses für Demokratie und Zivilcourage“ aufgefordert – bislang ohne Erfolg. Im Juli demonstrierten ein paar hundert Neonazis auf einer NPD-Kundgebung in Chemnitz. Gleichzeitig nahmen über 6.000 Menschen an einer friedlichen Gegendemonstration teil. DGB-Bildungswerk, Friedrich-Ebert-Stiftung und Herbert-Wehner-Bildungswerk haben eine Initiative ergriffen, die endlich auch die Landeszentrale für politische Bildung auf dem Feld der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus stärker als bisher aktivieren soll. Denn an Schulen und Berufsschulen sowie in der Erwachsenenbildung ist viel zu tun.

Im nächsten Jahr sind drei Wahlen in Sachsen: Kommunalwahlen und Europawahl im Juni, die Landtagswahl im September. Möglicherweise gibt es dann, das erste Mal seit den frühen siebziger Jahren, die NPD in einem deutschen Landesparlament. Der Landesvorsitzende der Sächsischen Union1, Hähle, hat nach der Sachsen-Anhalt-Wahl verkündet: „Ich bin stolz, ein Deutscher und ein Sachse zu sein.“ Die Bundestagswahl ergab für die Rechtsextremen in Sachsen 5,7% (DVU 2,6, REP 1,9, NPD 1,2), zusammen mehr als in jedem anderen Land. Und dabei sind die Stimmen für die sich bürgerlich-antieuropäisch gebenden Protestlisten wie Pro DM (2,7%) und BFB (0,5%) nicht mitgezählt. Die CDU hat in Sachsen 15,3% verloren; die SPD hat davon bisher erst mit einem Stimmenzuwachs von 4,8% profitiert. Es kommt stark darauf an, daß es in den ersten Monaten der rot-grünen Regierungsarbeit sichtbare Erfolge für den Osten gibt. Dann könnten die zersplitterten Rechtsextremen bei der Europa- und Landtagswahl chancenlos bleiben und bei der Kommunalwahl im Juni allenfalls in einigen ostsächsischen Landkreisen in die Parlamente einziehen.

Was aber, wenn es den Rechtsextremen gelingt, ihre Kräfte für 1999 zu bündeln? Dem Freistaat Sachsen stehen vielleicht turbulente Zeiten bevor. Für die Sozialdemokratie ist die NPD nicht nur ein neuer politischer Konkurrent neben CDU und PDS. Vielmehr bedeutet das Erstarken des Rechtsextremismus, daß die Auseinandersetzung um Grundsatzfragen der Politik eine noch größere Bedeutung erhält als bisher schon – und daß eine neue Dimension hinzukommt: die des Kampfes gegen zutiefst menschenfeindliche Handlungsweisen und Gesinnungen.

spw

Der Rechtsextremismus ist in manchen Orten Sachsens mindestens auf gutem Wege, fester Bestandteil der politischen Jugendkultur zu werden, mithin einen Großteil der (nicht nur) jungen Menschen zu integrieren und zu formieren.



Ökonomische und gesellschaftliche Innovation ist in hoch entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften ohne umfassende staatliche Unterstützung bzw. Regulierung nicht denkbar. Auch wenn in der ideologischen Rhetorik des Neoliberalismus die Zentralität staatlichen Handelns immer wieder geleugnet wird, widerspricht die tägliche Realität dieser Propaganda. Folgerichtig wird in den jüngst veröffentlichten Berichten der Zukunftskommissionen der Freistaaten Sachsen und Bayern, bzw. der Friedrich-Ebert-Stiftung, wie auch in dem schon etwas älteren Bericht der Zukunftskommission Wirtschaft 2000 der baden-württembergischen Landesregierung den Anforderungen an staatliches Handeln ein wesentlicher Stellenwert eingeräumt.

Die Rolle des Staates in den Zukunftsstudien

Die Zukunftskommission Bayern/Sachsen entwirft ein neoliberales Konzept, welches sich am Leitbild einer „unternehmerischen Wissensgesellschaft“ orientieren soll. Auch wenn in diesem Konzept immer wieder die Rücknahme des Staates und Deregulierung in sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Belangen gefordert werden, so werden der öffentlichen Hand gleichzeitig wesentliche Aufgaben zugewiesen u.a.

- im Bereich der Ausgestaltung des Bildungssystems,
- bei der Förderung von Unternehmertum,
- bei der Bildung von disponiblen Geldkapital durch die Umstellung des Systems der sozialen Sicherung auf Kapitaldeckungsverfahren sowie
- bei der Förderung eines Niedriglohnssektors zur sozialen und ideologi-

schon Abfederung sozialer Spaltungsprozesse.

Diese Konzeption deckt sich übrigens in weiten Teilen mit Vorstellungen der baden-württembergischen Zukunftskommission, die allerdings noch zusätzlich eine erheblich offensivere Rolle des Staates bei der Förderung von Hochtechnologien – durch angebotsorientierte Technologieförderung wie auch durch eine entsprechende staatliche Nachfrage – eingefordert hat. Zugleich hatte sich die Kommission dazu durchgerungen, „die Rolle des Staates als diejenige des Organisators und Moderators eines Zukunftsdialogs und Initiators von Fragen und Aufgabenstellungen zu definieren.“ (Zukunftskommission Wirtschaft 2000, S. 13)

Mit dieser Rollenzuschreibung wird im Prinzip eine Verbindung zum Staatsverständnis der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung geschlagen. Hier wird explizit der innovative aber nicht steuernde Staat gefordert. „Das Konzept eines Staates, der die Technikentwicklung ‚steuert‘, hat aus Sicht der Kommission genauso wenig Berechtigung wie das Minimalstaatsmodell. Der Staat ist weiterhin einer der Akteure, der im Rahmen seiner Netzwerkbeziehungen durchaus noch über sehr wirksame Instrumente verfügt.“ (Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 182f.) Im Rahmen dieses Ansatzes werden dem Staat umfangreiche Funktionen sowohl bei der direkteren Innovationsförderung als auch bei der Ausgestaltung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen insbesondere auch der sozialen Sicherung zugewiesen. Dies wird verbunden mit konkreten Anforderungen an die Reform der öffentlichen Verwaltung.

Innovation nur bei Rückzug des Staates?

von Joachim Schuster*

Innovation und „nationaler Wettbewerbsstaat“

Sicherlich setzen die verschiedenen Zukunftskommissionen unterschiedliche Akzente und sind unter sozialen oder ökologischen Gesichtspunkten mehr oder minder deutlich unterscheidbar. Ausgehend von der Erkenntnis, daß Politik- und Staatskonzepte der fordistischen Periode des Kapitalismus nicht mehr greifen, stellen sie aber gemeinsam den Versuch dar, neue politisch-strategische Antworten auf die Herausforderungen der Umbruchperiode zu geben. In Bezug auf die Staatsaufgaben und -funktionen versuchen sie im Kern Varianten eines „nationalen Wettbewerbsstaates“ (vgl. Hirsch 1995) zu skizzieren. Der vorhergehende fordistische Staatstyp, von Hirsch auch als nationaler Interventionsstaat gekennzeichnet, war in Bezug auf Innovationsprozesse auf direkte Intervention etwa zugunsten einzelner Großtechnologien ausgerichtet, wobei die Mobilisierung staatlicher und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage eine wesentliche Rolle spielte. Insgesamt übernahm der Staat – freilich in enger Tuchfühlung mit den führenden Unternehmensgruppen – wesentliche Steuerungsaufgaben.

Der nationale Wettbewerbsstaat dagegen „ist wesentlich dadurch gekennzeichnet, daß die Mobilisierung aller produktiven Kräfte in der internationalen Standortkonkurrenz zur entscheidenden politischen Maxime wird, dem die Politik einer materiell abgestützten sozialen und politischen

Innovation wird im nationalen Wettbewerbsstaat zu einem förderungswürdigen Prozeß, dessen Inhalt, Richtung und Ausgestaltung jedoch den privaten Kapitalen vorbehalten bleiben soll.

* Dr. Joachim Schuster, Politikwissenschaftler, Institut für angewandte Sozial- und Politikwissenschaft (ispw) in Bremen, Mitglied der spw-Redaktion

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



„Es ist unbedingt erforderlich, die neoliberale wie auch die links-alternative Staatsfeindlichkeit zurückzuweisen ... weil wir ohne den Staat die gesellschaftliche Arbeitsteilung nicht regulieren und die Aufgaben der Innovation nicht lösen können.“ (53 Thesen, 1989)

gesellschaftlichen Integration mehr und mehr zum Opfer fällt.“ (Hirsch 1995, S. 38) Insgesamt ist dieser Typ in seiner neoliberalen Ausprägung durch eine Entdemokratisierung, partielle Entnationalisierung und vor allem durch eine erheblich Reduzierung sozialstaatlicher Interventionen gekennzeichnet. Damit werden Ressourcen mobilisiert und Freiräume geschaffen, die die führenden Kapitale im zunehmend internationalen Konkurrenzkampf brauchen. Die Art und Weise, wie die Kapitalverwertung gefördert wird, hat sich damit erheblich gewandelt. Innovation wird in einer solchen Staatskonzeption zu einem förderungswürdigen Prozeß, dessen Inhalt, Richtung und Ausgestaltung jedoch den privaten Kapitalen vorbehalten bleiben soll.

Die veränderte Funktionsbeschreibung des Staates als nationaler Wettbewerbsstaat ist nicht nur Ausdruck einer Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses und des Vordringens des Neoliberalismus. Die Abkehr vom fordistisch geprägten Akkumulationstyp intensiv erweiterter Reproduktion mit dem vorherrschenden tayloristischen Rationalisierungsmuster hatte zwangsläufig erhebliche Modifikationen in der Regulationsweise zur Folge. Der sich langsam verallgemeinernde neue Akkumulationstyp flexibler Massenproduktion in Verbindung mit systemischer Rationalisierung erfordert eine veränderte staatliche Regulation. Unter dem Vordringen neoliberaler Ideologie konnte dies von konservativen Kräften in den letzten Jahren vor allem auch zu einer Reduzierung staat-

licher Regulation insbesondere im sozialen und arbeitsrechtlichen Bereich und zur Förderung des weltmarktorientierten Sektors der Wirtschaft genutzt werden. Dabei konnte sich die konservative Zurückdrängung des Staates ideologisch auf – z. T. überzogene – Bürokratiekritik von Teilen der Linken stützen.

Der Staat in einer linken Konzeption

Schon in den 53 Thesen Ende der 80er Jahre haben wir argumentiert: „Es ist unbedingt erforderlich, die neoliberale wie auch die links-alternative Staatsfeindlichkeit zurückzuweisen. Nicht weil wir die Augen vor den repressiven Instrumenten des Staates, vor der Amtsgewalt der Bürokratien und ihrer Indienstrahmung durch Kapitalinteressen verschließen würden. Sondern weil wir ohne den Staat die gesellschaftliche Arbeitsteilung nicht regulieren und die Aufgaben der Innovation nicht lösen können.“ (53 Thesen, S. 41)

Die Aufgaben der Innovation lösen heißt im Kontext der oben skizzierten Umbruchsituation, die Produktivkraftentwicklung voranzutreiben, also technologische Innovationsprozesse und die Qualifikationen der Beschäftigten zu fördern, wobei allerdings Richtung und Inhalt von Innovation in einem demokratischen Prozeß zu bestimmen sind und damit auch von dem Primat der Kapitalverwertung gelöst werden müssen. Innovation muß an die Lösung drängender Zukunftsaufgaben gekoppelt werden. In einem linken Projekt geht es um eine Re-

politisierung der Produktivkraftentwicklung. Dabei kommt es darauf an, dem Fortschritt eine Richtung zu geben, in der die Entwicklung der Produktivkräfte einen Beitrag zur materiellen wie auch ideellen Emanzipation der Menschen leistet und gleichzeitig dem Kriterium ökologischer Nachhaltigkeit Genüge getan wird. Dem Staat als zentraler gesellschaftlich legitimierter und über Partialinteressen stehender Institution kommt in diesem Kontext eine herausgehobene Verantwortung zu, sowohl für die Bestimmung der Innovationsrichtung als auch für die Durchsetzung wünschenswerter Innovationspfade.

Für eine linke Konzeption wäre es fatal, den Staat als über den Interessen stehenden Vermittler und Moderator zu betrachten, wie dies etwa bei der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung durchscheint. Mit Innovation verbinden sich höchst unterschiedliche Interessen, die sich gerade auch im staatlichen Handeln widerspiegeln. Eine Beschränkung auf die Rolle eines vermeintlich unparteiischen Moderators bedeutet im Kern die Parteinahme für die politisch durchsetzungsfähigen Interessen. Angesichts der Kräfteverschiebungen in den letzten Jahren verfestigt dies die absolute Dominanz weltmarktorientierter Kapitale.

Staatliche Innovationspolitik muß die gesamte Bandbreite staatlicher Instrumente umfassen – angefangen bei staatlichen Planvorgaben, über angebotsorientierte Steuerungselemente und gezielte staatliche Nachfrage bis hin zum Ordnungsrecht. Wie sonst sollten etwa so komplexe Innovationsaufgaben wie die Durchsetzung einer auf regenerativen Energieformen beruhenden Energieversorgung oder der dringend notwendige Umbau des Verkehrssektors in die Wege geleitet werden? Bei Innovationen geht es eben nur zum Teil um technologische Erfindungen, sondern immer auch um die Durchsetzung anderer Entwicklungslogiken und Verhaltensweisen zur Lösung gesellschaftlich drängender Probleme. Entscheidend ist dabei, die staatlichen Investitionen auf festgelegte Innovationsziele zu bündeln sowie die privatwirtschaftlichen Investitionen in die gleiche Richtung zu lenken.

Demokratisierung und Effektivierung staatlicher Steuerung

Bei der Implementierung und Durchführung staatlicher Interventionen können berechnete Aspekte der

Staats- und Bürokratiekritik produktiv aufgegriffen werden. So kann zum einen die Lenkung von Innovationsprozessen nicht am ‚grünen Tisch‘ entworfen werden, sondern bedarf einer Einbeziehung aller gesellschaftlicher Gruppen. Staatliche Lenkung ist damit erheblich komplizierter geworden, weil die komplexen Interaktionsbeziehungen der verschiedenen Akteure nur im Rahmen eines gewissen gesellschaftlichen Konsenses effektiv beeinflusst werden können. Dabei ist entscheidend, daß die Innovationsrichtung selbst Gegenstand der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wird. Nicht vermeintliche Weltmarktzwänge, volkswirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und betriebswirtschaftliche Rentabilität, sondern soziale Verträglichkeit und ökologische Nachhaltigkeit müssen zu den wesentlichen Bewertungskriterien für Innovation werden.

Zum anderen wird sich die Form staatlicher Eingriffe erheblich verändern müssen. Staatliches Handeln ist zur Zeit wenig problemorientiert, sondern eher an formalen Regelungen und hierarchischen Kompetenz- und Ressortverteilungen ausgerich-

tet. Hier gilt es, neue effektive, dezentralisierte, aber gleichzeitig demokratisch kontrollierte Steuerungsmöglichkeiten zu entwickeln bzw. zu nutzen, wobei die Einrichtung von Investitionsfonds unter Nutzung der erheblichen Mengen privatwirtschaftlichen Kapitals von wesentlicher Bedeutung ist (vgl. dazu Kremer 1998). In diesem Kontext läßt sich viel von neuen Managementkonzepten in großen Konzernen lernen, die effektive Steuerung und Controlling mit weitreichenden Spielräumen für die untergeordneten Einheiten verbinden. Die Effektivierung der Steuerungsmöglichkeiten des Staates kann durchaus einhergehen mit der Rücknahme des Staates – auch durch Privatisierung einzelner Staatsaufgaben – bei der Durchführung politischer Entscheidungen.

Innovation ist in entwickelten kapitalistischen Staaten auch beim Übergang in ein neues ‚nachfordistisches‘ Entwicklungsstadium ohne staatliches Handeln undenkbar. Entscheidend ist jedoch, inwieweit staatliche Interventionen lediglich einer neoliberalen Standortlogik – verbunden mit einer mehr oder minder

starken sozialen Abfederung gesellschaftlicher Spaltungstendenzen – gehorchen, oder ob die Innovationsrichtung zugleich ein Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzung und staatlicher Beeinflussung wird. Und hierfür ist es entscheidend, inwieweit eine weitere Demokratisierung staatlichen Handelns, aber auch des Wirtschaftslebens durchgesetzt werden kann.

spw

Literatur:

Hirsch, Joachim (1995): Der ‚nationale Wettbewerbsstaat‘, in: spw 5/95, S. 37 – 41
 Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland – Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Band 3, Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn
 Kremer, Uwe (1998): Moderner Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie, in: spw 2/98, S. 20 – 26
 Projekt Moderner Sozialismus (1989): 53 Thesen, spw-Verlag, Dortmund
 Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung (1998): Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit – Drei Ziele – ein Weg, Bonn
 Zukunftskommission Wirtschaft 2000 (1993): Aufbruch aus der Krise, Bericht erstellt im Auftrag der Landesregierung Baden-Württemberg, Stuttgart

„Ob das Modell Chancen hat? Kein Zweifel. Ja. Denn es gibt einen – noch latenten – Allparteienkonsens. Alle politischen Gruppierungen versuchen die Quadratur des Kreises: Sozialkosten zu sparen, aber gleichzeitig soziale Leistungen zu verbessern. Genau dies könnte mit Bürgerarbeit gelingen. Das bürgerliche Lager gehört zu den schärfsten Kritikern der Leistungsangebote des Wohlfahrtsstaates, die unbezahlbar geworden sind. Aber viele entsinnen sich der Tradition einer aktiven Bürgerschaft, die im zivilgesellschaftlichen Konservatismus enthalten ist. Den Grünen dürfte Bürgerarbeit so wieso eine Herzensangelegenheit werden. Und die Liberalen haben immer noch einen Flügel, der örtliche Bürgerinitiativen großschreiben möchte. Selbst die Sozialdemokraten in Europa, die aus vielen Gründen am nachhaltigsten das existierende Sozialsystem verteidigen, beginnen die Innovationskraft dieser Idee zu entdecken. Eine große Koalition dafür läßt sich also sehr wohl schmieden.“ (Beck 1997: 8)

1. Einleitung

Ein Wandel der gesellschaftlichen Leitbilder vollzieht sich immer dann, wenn die öffentliche Wahrnehmung und Interpretation von tiefgreifenden Strukturproblemen und Herausforderungen über den bislang eingeschlagenen, jedoch festgefahrenen Entwicklungspfad hinausdrängt. Dies scheint derzeit der Fall. Denn ungeachtet aller verbalen Bekundungen zeigt sich die Politik in vielerlei Hinsicht ratlos und handlungsunfähig. Ihr fehlen nicht nur umsetzungsfähige Konzepte zur Bewältigung der Beschäftigungskrise und der Finanzkrise der sozialen Sicherungssysteme. Ihr mangelt es auch an Visionen bzw. Projekten, um den Fortgang der europäischen Integration (Währungsunion, Erweiterung, institutionelle Reform, Strukturfonds etc.) auf eine neue tragfähige gesellschaftliche Grundlage zu stellen. Von daher ist es wenig verwunderlich, wenn sich in den Feuilletons der Massenmedien die Aufrufe mehreren, daß sich etwas ändern und ein

Innovation, Eigeninitiative und Selbstverantwortung

Zum Bericht der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission

von Hans-Jürgen Bieling*

„Ruck“ durch unser Land gehen müsse. Zunächst wurde der Veränderungsdiskurs von Journalisten und führenden Politikern in der Form eines „neuen Populismus der Mitte“ angestimmt. In jüngerer Zeit bemühen sich

* Hans-Jürgen Bieling, wiss. Mitarbeiter am Institut für Politikwiss. an der Philipps-Universität Marburg

nun auch die politischen Beraterstäbe und Expertenzirkel darum, neue Leitbilder auszuarbeiten und wissenschaftlich zu unterfüttern. Einen besonders einschneidenden und umstrittenen Bericht hat dabei die „Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen“ (1996; 1997a; 1997b) vorgelegt. Waren die ersten beiden Bände zur Entwicklung bzw. zu den Ursachen von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit bereits auf Kritik gestoßen, so hat der dritte, im vergangenen Winter veröffentlichte Teilbericht zu den „Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage“ eine intensive Debatte und zum Teil heftige Gegenreaktionen provoziert; schließlich soll zur „Weckung unternehmerischer Kräfte“ das alte Leitbild der „arbeitnehmerzentrierten Industriegesellschaft“ durch eines der „unternehmerischen Wissenschaftsgesellschaft“ abgelöst werden.

Zur „Weckung unternehmerischer Kräfte“ soll das alte Leitbild der „arbeitnehmerzentrierten Industriegesellschaft“ durch eines der „unternehmerischen Wissenschaftsgesellschaft“ abgelöst werden.

Auf welchem Weg der so umschriebene Paradigmenwechsel erfolgen soll, hat die Kommission anhand dreier Strategie-Elemente verdeutlicht: Erstens plädiert sie dafür, mit einer „offensiven Strategie“ des gesell-

schaftlichen Strukturwandels – Förderung von mehr Eigeninitiative, neue Qualifikationsprofile, Elitenförderung etc. – die Innovationen, das wirtschaftliche Wachstum und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Zweitens will sie mit einer „defensiven Anpassungsstrategie“, vor allem mit einer weiteren Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte größere Einkommensdifferenziale ermöglichen, nicht zuletzt, um auch den Bereich von einfachen und niedrig entlohnten Dienstleistungstätigkeiten auszubauen. Und drittens sollen beide Maßnahmenbündel durch die Erschließung von nicht-marktgängiger, gemeinwohlorientierter Bürgerarbeit flankiert werden.

Gesellschaftliche Umbrüche und neue Leitbilder

Das Aufsehen der Kommission ist nun nicht ausschließlich auf die Radikalität der unterbreiteten Vorschläge zurückzuführen, sondern zum Teil auch der Tatsache geschuldet, daß an ihnen mit Meinhard Miegel und Ulrich Beck, der vor allem für das Kapitel Bürgerarbeit und Bürgergeld verantwortlich zeichnet, recht prominente Wissenschaftler mitgewirkt haben. So ist es denn auch wenig überraschend, wenn sich in der Zwischenzeit eine Reihe von Autoren zu Wort gemeldet und die in den Berichten überbrachte Botschaft kritisch hinterfragt haben (vgl. u.a. Offe/Fuchs 1998; Wagner 1998; Krupp 1998; Klammer/Bäcker 1998; Autorenteam 1998). Die vorgebrachten Einwände bezweifeln mit theoretischen und empirischen Argumenten dabei erstens die neoliberale Annahme, daß eine größere Lohnspreizung und der Aufbau eines Niedriglohnssektors zu mehr Beschäftigung führen würden. Zweitens richten sie sich gegen die sozialen Konsequenzen – verschärfte soziale Ungleichheiten, Alltagskriminalität, Verfall der demokratischen Kultur etc. –, die eine derart angelegte Politik erzeugen würde. Drittens verweisen sie darauf, daß die Vorschläge oft unklar, inkonsistent und widersprüchlich sind; dies zeigt sich nicht zuletzt, wenn nach den beschäftigungs- und sozialpolitischen Effekten der flankierenden Bürgerarbeit gefragt wird. Und schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß die Kommission gewissermaßen „im Niemandsland zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft angesiedelt ist“ (Offe/Fuchs 1998: 295), sich über die politische Umsetzbarkeit der

Strategien mithin keinerlei Gedanken macht.

Obwohl die Kritikpunkte redlich vorgetragen und durchweg überzeugend sind, blieb die Diskussion insgesamt doch etwas eingeeengt. Denn bislang wurde in den Kommentaren nur sporadisch angedeutet, daß es dem Bericht wesentlich auch um einen Wandel der politischen Kultur, um eine „veränderte Sicht- und Verhaltensweise der Bevölkerung“ geht. Sobald diese Perspektive jedoch in den Mittelpunkt rückt, erscheinen die Ergebnisse in einem deutlich anderen Licht. Nun kann nämlich nicht mehr allein danach gefragt werden, ob die Argumentation wissenschaftlich haltbar und seriös ist. Wichtiger wird dann die Frage, ob angesichts tiefgreifender gesellschaftlicher Umbruchprozesse, der von der Kommission propagierte kulturelle Wandel nicht sehr viel realitätsnäher ist als gemeinhin angenommen. Denn offensichtlich verändert sich mit der neoliberalen Reorganisation des Finanz- und Versicherungssektors sowie der Informations- und Unterhaltungsindustrie der gesamte Dienstleistungsbereich mitsamt der Beschäftigungsstruktur. Die Vermutung liegt dabei gar nicht so fern, daß der Vorschlag der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission, zentrale Elemente des „amerikanischen Gesellschaftsmodells“ zu adaptieren, durch die sozioökonomischen Umbruchprozesse gestützt wird.

2. Die „Amerikanisierung“ der Gesellschaft auf bayerisch und sächsisch

Die These, daß der Gang der Geschichte dem „amerikanischen Gesellschaftsmodell“ zuarbeitet, hatte bereits vor einiger Zeit Michel Albert (1992) aufgestellt. Danach sei der „rheinische Kapitalismus“, was das Leistungsvermögen und die Wettbewerbsfähigkeit anbetrifft, zwar deutlich überlegen. Letztlich könne er sich jedoch nicht behaupten, da den aufstrebenden Modernisierungseliten der „amerikanische“ bzw. „angelsächsische“ Kapitalismus weitaus attraktiver erscheint. In gewisser Weise erfolgt denn auch gegenwärtig eine zweite Welle der „Amerikanisierung“. Die erste Welle hatte ganz im Zeichen der Vormacht des US-basierten transnationalen Kapitals nach dem Zweiten Weltkrieg gestanden, als sich im Rahmen der „Pax Americana“ die fordistischen Gesellschaftsstrukturen auch in Westeuropa verallgemein-

Z

**Zeitschrift
Marxistische
Erneuerung**

**9. Jahrgang, Nr. 35,
September 1998, 256 Seiten**

Jugend ohne Perspektive?

Schimmel / Gutsche / Dittmeyer – Schule und Restauration / Schmucker – Jugendliche und Gewerkschaften / Schlegel – Junge Frauen in den neuen Bundesländern / Bullmann / Kiel – Politische Sozialisation von Studierenden / Einig – Kritik „akzeptierender Jugendarbeit“ / Orlopp – MigrantInnenjugendliche / Böke – Zur Linksruck-Strömung

Und: Helms – Johann Jacoby / Pätzold – „Schwarzbuch des Kommunismus“ / Reusch – Bilanzen der Kohl-Ära / Dietzel / Gehrcke / Klein / Woop – SPD 1998 / Koo – Südkorea / Hiedl – Chile / Kebir – Algerien/Heuer / Schirmer – Menschenrechte und Großmachtpolitik / Conert – Ein real-utopischer Entwurf / Collmer – Kapitalismus und Schizophrenie (I) / Nyamnjoh / Schmidt-Soltau – 150 Jahre „Manifest“

Berichte – Zuschriften – Rezensionen
Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 54,-; Auslandsabo 60,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers.) Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb**, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069 / 7392934

ten. Die neue Welle steht nun primär im Zeichen der Globalisierung und der Ausbreitung neoliberaler Politikmuster, vor allem aber der Herausbildung einer Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft nach amerikanischem Vorbild. Vielleicht ist es etwas vorschnell und übertrieben, die allgegenwärtige Präsenz von Bill Gates „Microsoft“ und die Durchdringung der Fernsehprogramme von Werbung, Soap-Operas und Talk-Shows als Ausdruck einer neuen US-zentrierten transnationalen Hegemonie zu interpretieren. Doch auch die grundlegenden ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Restrukturierungsprozesse weisen in diese Richtung (vgl. Gill 1993; Zieburg 1997).

Noch fehlt es in Westeuropa an einem dem US-Modell adäquaten produktiven Unterbau, d.h. einem deregulierten Finanz- und Informations- bzw. Infotainmentsektor, der sich nach einer Unzahl von Fusionen in der Hand weniger transnationaler Konzerne befindet (vgl. Barber 1996). Doch dessen ungeachtet haben in den letzten Jahren politische Programmschriften und Initiativen eine derartige, informationstechnologisch basierte Modernisierung wiederholt eingeklagt. Nachdem bereits das Weißbuch der EU-Kommission (1993) zu „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ die US-amerikanische Informationsgesellschaft zum Leitbild erkoren hatte, wird in der jüngeren Zeit kaum eine beschäftigungspolitische Debatte geführt, die nicht das Beispiel des US-amerikanischen „Beschäftigungswunders“ thematisiert. Die meisten Vorschläge haben bislang ausdrücklich danach gefragt, wie die negativen sozialen Konsequenzen eines derartigen Entwicklungspfades – das Phänomen der „working poor“, die scharfen gesellschaftlichen Spaltungseffekte und die soziale Segregation – zu vermeiden sind; anders hingegen die bayerisch-sächsische Zukunftskommission: Von ihr wird die Lohnspreizung und Niedriglohnstrategie sowie die Senkung des Sozialhilfeniveaus uneingeschränkt befürwortet; zumindest solange, wie die gesellschaftliche Stabilität durch die verschärften sozialen Ungleichheiten nicht gefährdet wird.

2.1. Problemdiagnose: Beschäftigungsrückstand

Die affirmative Bezugnahme auf das „amerikanische Gesellschaftsmodell“ durchzieht die Kommissionsberichte wie ein roter Faden. Die Grundannah-

me ist dabei, daß innerhalb der produktiven Kernbereiche der Faktor Arbeit durch den vermehrten Einsatz von Kapital und Wissen zunehmend verdrängt wird. Folglich bleibt nur die Möglichkeit, die Beschäftigungspotentiale des Dienstleistungssektors effektiver auszuschöpfen. Dies sei, vor allem was die einfachen Dienstleistungen anbetrifft, in Deutschland bislang jedoch vollkommen unzureichend erfolgt. Während Japan und die USA über die Kommerzialisierung dieses Sektors nachhaltige Beschäftigungserfolge erzielt haben, sei die Perspektive der „kleinen Dienste“ in Deutschland strukturell blockiert.

Neben regulativen Hindernissen kritisiert der Kommissions-Bericht insbesondere die vorherrschenden kulturellen Vorstellungen von Erwerbsarbeit. Sie bemängelt unter anderem die Mentalität der „Selbstversorgung“, wodurch die Bereitschaft, die in den privaten Haushalten, d.h. in Eigenarbeit oder auch in Schwarzarbeit erbrachten Dienste, marktgängig zu machen, stark unterentwickelt sei. Zum einen sei die Schwelle, einfache, personenbezogene Dienste – z.B. Putzen, Kindererziehung, Gaststätten etc. – nachzufragen, noch immer viel zu hoch. Zum anderen sei, so die Kommission, zugleich aber auch das Angebot unzureichend und zu teuer. Aus Sicht der Kommission zeugt dies von offensichtlich überzogenen Erwartungen. Die Zielsetzung einer gut bezahlten, angenehmen und attraktiven Arbeit, die möglichst noch zur individuellen Entfaltung und Selbstverwirklichung beiträgt, wird daher als eine zunehmend unrealistische Perspektive abqualifiziert, und die Erwartung, von der individuellen Arbeit, auch wenn sie wenig produktiv ist, auskömmlich Leben zu wollen, als Form eines übersteigerten und unzeitgemäßen Anspruchsdenkens gebrandmarkt.

2.2. Problemfelder: kartellartig organisierte Arbeitnehmerinteressen, überbeuerte Sozialsysteme und Versorgungsmentalität

Für die mangelnde Fähigkeit und Bereitschaft, sich den veränderten Bedingungen und Erfordernissen der „unternehmerischen Wissensgesellschaft“ anzupassen, macht die Zukunftskommission vor allem das tradierte wohlfahrtsstaatliche Regulierungssystem verantwortlich. Wie gehabt, kritisiert sie in althergebrachter neoliberal-neokonservativer Manier die Verkrustungen und institutionel-

len Rigiditäten, die die Entfaltung des Marktes, die Herausbildung von Leistungseliten und damit Eigeninitiative, Kreativität und Innovation blockierten. Wenn man einmal davon ablässt, daß diese Logik der Innovationsförderung empirisch zumindest sehr fragwürdig ist, so machen die Ausführungen hierzu die eigentliche Zielsetzung der Kommission klar. Ihr geht es demzufolge erstens darum, die kartellartig organisierten Arbeitnehmerinteressen aufzubrechen. Über eine weitere Schwächung der Gewerkschaften verspricht man sich offensichtlich ähnlich wie in den USA, die Löhne direkter an die Produktivität- und Marktentwicklung zu koppeln. Faktisch impliziert dies eine deutliche Absage an alle Bestrebungen einer solidarischen Lohnpolitik.

Die zweite Barriere für eine größeren Arbeits- und Lohnflexibilität sieht die Kommission in der Funktionsweise der sozialen Sicherungssysteme. Danach scheint es immer weniger angemessen, unter den Bedingungen einer zunehmend kapital- und wissensintensiven und abnehmend arbeitsintensiven Volkswirtschaft die umfassenden sozialen Leistungsberechtigungen, einschließlich ihres Finanzierungsmodus beibehalten zu wollen. Denn schließlich führe dies dazu, den Faktor Arbeit immer stärker zu belasten. Stattdessen plädiert die Kommission für die individuelle Gestaltbarkeit der sozialen Sicherung, was nichts anderes bedeutet, als daß wiederum nach dem Vorbild der USA die allgemeine soziale Sicherung auf einige Basisleistungen beschränkt wird, um darauf aufsattelnd es dem Einzelnen dann freizustellen, sich über Formen der kapitalgedeckten Vorsorge, d.h. private Versicherungen zusätzlich abzusichern.

Zwar dürfte sich die Kommission darüber im Klaren sein, daß das Modell des „minimalen“ bzw. „residualen“ Staates, der sich auf die notwendigsten sozialen Aufgaben beschränkt, praktisch in weiter Ferne liegt. Dessen ungeachtet sieht sie jedoch einige Ansatzpunkte, um die Reorganisation der Sozialsysteme in diese Richtung voranzutreiben. Anknüpfend an die populistisch inszenierte Mißbrauchdebatte besteht ihr Hauptanliegen offensichtlich darin, sich für die Absenkung sozialer Leistungen und somit für sog. „Anreize“ zur Entfaltung des von ihr propagierten Niedriglohnsektors stark zu machen. Neben der Konsolidierung der öffentlichen Sozialhaushalte und ei-

Während Japan und die USA über die Kommerzialisierung einfacher Dienstleistungen nachhaltige Beschäftigungserfolge erzielt haben, sei die Perspektive der „kleinen Dienste“ in Deutschland strukturell blockiert.

Die Kommission plädiert für die individuelle Gestaltbarkeit der sozialen Sicherung, was nichts anderes bedeutet, als daß wiederum nach dem Vorbild der USA die allgemeine soziale Sicherung auf einige Basisleistungen beschränkt wird.

nen Druck zur weiteren Lohnspreizung verspricht sie sich hiervon nicht zuletzt „positive“ kulturelle Effekte, insbesondere das Aufbrechen der angeblich vorherrschenden Versorgungsmentalität und die Entwicklung von Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft.

2.3. Problemlösungsphilosophie: „Welfare to Work“ und Eigeninitiative

Im Kern fügt sich die Betrachtung der Problemfelder in einen Prozeß ein, der von Jessop (1993) allgemein als Übergang vom „Keynesian welfare state“ zum „Schumpeterian workfare state“ charakterisiert wird. Die Verknüpfung von „Innovation und Arbeitszwang“ kann allerdings auf recht unterschiedlichen Wegen angestrebt werden. Die Kommission befürwortet weniger eine etatistische oder korporatistische Variante, wie sie den historisch tradierten Strukturen in Deutschland wohl eher entsprechen würde, sondern plädiert vielmehr für einen einschneidenden neoliberalen Kursschwenk. Zu welchen Ergebnissen dies tendenziell führt, wird wiederum an der amerikanischen, besser allerdings noch an der britischen Entwicklung erkennbar. Denn hier wurde, ausgehend von einem relativ hohen sozialen Sicherungsniveau, der Wohlfahrtsstaat bereits unter Thatcher und Major mehr und mehr auf seine Basisaufgaben zurückgeführt. Tony Blair setzt diesen Trend in gewisser Weise fort. Er unterlegt seiner Politik jedoch eine „Welfare to Work“-Philosophie, die unausgesprochen zum übergreifenden Leitbild in Westeuropa geworden ist. Nachdrücklich, da hart neoliberal, spiegelt sie sich auch in dem Bericht der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission.

Die „Welfare to Work“ Philosophie, d.h. die Finanzierung von Beschäftigung statt von Arbeitslosigkeit, muß nicht unbedingt öffentlichen Infrastruktur- und Qualifikationsprogrammen zugute kommen, sie kann sich auch primär marktgetrieben dem neoliberalen Projekt der gesellschaftlichen Spaltung verschreiben. Der Kommissionsbericht favorisiert offensichtlich die zuletzt genannte Variante. Hierfür sprechen nicht nur die Argumente für die Einschränkung sozialer Leistungen, sondern auch die Forderung, die Kriterien des staatlichen Handelns insgesamt zu verändern. Denn auch wenn die Kommission die Formen der öffentlichen schulischen,

beruflichen und universitären Ausbildung nicht unmittelbar privatisieren will, so befürwortet sie doch nachdrücklich eine generelle Neuausrichtung, d.h. engere unternehmerische Anbindung, gegebenenfalls auch Kommerzialisierung derartiger Dienstleistungen. Neben der dadurch erhofften Stimulierung des Wettbewerbs gilt auch hier ihr Augenmerk insbesondere den kulturellen Effekten der marktorientierten Modernisierung: d.h. der Förderung von Selbstverantwortung, Eigeninitiative, Risikobereitschaft, kurzum, einer neuen unternehmerischen Kultur.

3. Bürgerarbeit und Bürgergeld im flexiblen Kapitalismus

Während die bisher aufgeführten Strategie-Elemente unzweideutig neoliberalen Ursprungs sind, entstammen die flankierenden Vorschläge zu „Bürgerarbeit und Bürgergeld“ eher dem Arsenal kommunitaristischer Ideen. Auch diese sind wesentlich US-amerikanischen Ursprungs (zum Überblick vgl. Zahlmann 1992; Reese-Schäfer 1994; Honneth 1995). Die von Beck vorgebrachten Überlegungen orientieren sich stark an dem von Giddens (1995) ausgearbeiteten Konzept einer „generativen Politik“, mit der die sozialintegrativen Potentiale jenes zwischen Staat und Markt angesiedelten „dritten Sektors“ gestärkt werden sollen. Der so geförderte Übergang vom „Wohlfahrtsstaat“ zur „Wohlfahrtsgesellschaft“ zielt insbesondere darauf ab, gegenüber den bevormundenden und reglementativen staatlichen Vorgaben die zivilgesellschaftlichen bzw. gemeinschaftlichen Bindungen zu stützen. Das hierdurch stimulierte Engagement für gemeinschaftliche Belange soll nicht zuletzt den Effekt haben, daß über eine neue Synthese von persönlicher Autonomie und kollektiver Verantwortlichkeit die Individuen aus ihrer passiven Klienten-Rolle von Sozialleistungsempfängern herausgerissen werden.

Den zentralen Ansatzpunkt zur Revitalisierung einer so gedachten gemeinschaftsbasierten Solidarität bildet für Beck ein neues, erweitertes Verständnis von gesellschaftlicher Arbeit und Tätigkeit. Die Vorschläge zu Bürgerarbeit und Bürgergeld sind vornehmlich dieser Grundüberlegung geschuldet. Von der Ausweitung freiwilliger, gemeinschaftsbezogener Arbeitsformen im Sinne eines ehrenamtlichen Engagements, das nicht so sehr „entlohnt“, als vielmehr „belohnt“ wird, verspricht er sich offen-

bar eine Entlastung des Arbeitsmarktes, geringere Sozialkosten bei gleichzeitig besseren Leistungen, vor allem aber die Belebung der „Seele der Demokratie“ (vgl. Beck 1997). In den Kritiken ist dieser Gedanke einer zivilgesellschaftlichen Stimulierung demokratischer Strukturen durchweg positiv diskutiert worden. Die beiden anderen Effekte scheinen hingegen eher fragwürdig. Denn zum einen ist kaum zu erwarten, daß die Ausweitung von Bürgerarbeit den Arbeitsmarkt entlastet, da das ehrenamtliche Engagement fast ausschließlich von Erwerbstätigen getragen wird. Zum anderen dürfte im Rahmen der derzeit verfolgten neoliberalen Restrukturierungsprozesse – d.h. der anhaltenden Markt deregulierung und finanzpolitischen Austerität – über die Ausweitung der gemeinschaftlichen Sozialfürsorge der Abbau von Sozialstaats vielleicht partiell kompensiert, die sozialen Leistungen wohl kaum aber verbessert werden.

„Kommunitaristischer Neoliberalismus“

Zunächst mag es scheinen, daß zwischen der Strategie einer harten neoliberalen Modernisierungspolitik (d.h. Lohnspreizung, Elitenförderung, Niedriglohnsektor und Sozialabbau) und dem sozialintegrativ motivierten, kommunitaristischen Konzept der Bürgerarbeit eine ganze Reihe von Spannungen und Widersprüche existieren. Auf der konzeptionellen Ebene sollen die Unvereinbarkeiten nun überhaupt nicht bestritten werden. Richtet man das Augenmerk jedoch auf die gesellschaftliche Praxis, so präsentiert sich das Verhältnis von neoliberalen Politikstrategien und dem praktischen Kommunitarismus in mancherlei Hinsicht als komplementär. Denn hier verengt sich die kommunitaristische Kritik des kapitalistischen Marktes zumeist auf die moralische Kritik der ihm unterlegten kulturellen Orientierungen, d.h. die Kritik eines exzessiven Individualismus. So betrachtet, fungieren die kommunitaristischen Überlegungen zum einen als Korrektiv zur entfesselten Marktlogik, zum anderen verbünden sich beide tendenziell gegen alle Formen der administrativ koordinierten Versorgung und somit auch gegen den Wohlfahrtsstaat.

Die hier nur kurz umrissene Konzeption des „kommunitaristischen Neoliberalismus“ wird in der politischen Praxis selbstverständlich unterschiedlich akzentuiert. Je nach gesell-

Ihr Augenmerk gilt insbesondere den kulturellen Effekten der marktorientierten Modernisierung: d.h. der Förderung von Selbstverantwortung, Eigeninitiative, Risikobereitschaft, kurzum, einer neuen unternehmerischen Kultur.

Richtet man das Augenmerk auf die gesellschaftliche Praxis, so präsentiert sich das Verhältnis von neoliberalen Politikstrategien und dem praktischen Kommunitarismus in mancherlei Hinsicht als komplementär.

schaftlichem Kontext, werden die strategischen Kernelemente der neoliberalen Restrukturierung, d.h. die Politik der Marktöffnung und der Primat monetärer Stabilität, durch die kommunitaristischen Werte der Selbstorganisation, Selbstverantwortung und Eigeninitiative spezifisch ergänzt und abgestützt. Auch hier ist auffällig, daß der Aufstieg des Kommunitarismus vor dem Hintergrund tiefer sozialer Verwerfungen – ausgeprägten sozialen Ungleichheiten, Sozialisations- und Orientierungsproblemen, einer steigenden Alltagskriminalität etc. – zunächst in den USA begann. Als Denkströmung richtete er sich insbesondere gegen die neoliberale Basisphilosophie der politischen Rechten. In diesem Sinne sind denn auch zentrale Elemente des kommunitaristischen Diskurses (vgl. Etzioni 1994; 1997) in die Programmatik von Clintons „New Democrats“ eingegangen. Gleiches gilt kurze Zeit später für die Neuorientierung von „New Labour“ in Großbritannien. Das Plädoyer für revitalisierte Familienbindungen und Gemeinschaftsnetzwerke verbindet sich dabei letztlich allerdings mit einem „New Settlement for welfare“,

über das der Wohlfahrtsstaat den veränderten globalen Wettbewerbsbedingungen eingepaßt wird (vgl. Smith 1997).

Auf den ersten Blick beschreibt der „kommunitaristische Neoliberalismus“ eine spezifische konzeptionelle Verdichtung der jüngeren, von Sassoon (1996) als „new revisionism“ bezeichneten Refomulierung sozialdemokratischer Politikansätze. Doch tatsächlich ist das kommunitaristische Denken hierauf keineswegs beschränkt. In unterschiedlichen Ausformungen schlägt es sich in nahezu allen Bereichen des politischen Spektrums nieder. Ungeachtet der scharf vorgetragenen neoliberalen Basisphilosophie, ist es auch in den Bericht der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission eingeflossen. Dies verdeutlicht vor allem zweierlei: Erstens scheinen kommunitaristisch inspirierte Gestaltungsoptionen in dem Maße, wie sie gesellschafts- und machtheoretisch sowie verteilungspolitisch unterbestimmt bleiben, politisch leicht vereinnahmbar zu sein. Und zweitens kommt ihnen, entgegen der ursprünglich in den USA zugrunde liegenden sozialintegrativen

Intention, angesichts eines relativ ausgebauten Wohlfahrtsstaats in Westeuropa mehr und mehr eine andere Funktion zu, nämlich dessen neoliberale Reorganisation politisch-ideologisch einzurahmen und abzufedern.

4. Auf dem Weg zu einer neuen politischen Kultur?

Trotz der flankierenden Vorschläge zu Bürgerarbeit und Bürgergeld propagiert der Bericht der Zukunftskommission insgesamt recht unverblümt eine Politik der „Amerikanisierung“ und forcierten gesellschaftlichen Spaltung. Der Verweis, daß es sich bei den größeren sozialen Ungleichheiten nur um vorübergehende Notwendigkeiten handeln soll, ist angesichts der zentralen Strategieelemente (Lohnspreizung, Niedriglohnsektor) wenig überzeugend; zumal nicht dargelegt wird, wie dieser Trend längerfristig umgekehrt werden sollte. Es ist daher keineswegs übertrieben anzunehmen, daß das der „unternehmerischen Wissensgesellschaft“ eingeschriebene Kulturmodell auf eine „Refeudalisierung“ der Gesellschaft bzw. auf eine politische Kultur der Segregation (Dubiel 1994) hinausläuft.

Das der „unternehmerischen Wissensgesellschaft“ eingeschriebene Kulturmodell läuft auf eine „Refeudalisierung“ der Gesellschaft bzw. auf eine politische Kultur der Segregation hinaus.

| | | | |
|---|--|--|---|
| <p>Johannes Klotz (Hg.) Vorbild Wehrmacht?</p> <p>Wehrmachtsverbrechen, Rechtstextextremismus und Bundeswehr</p>  <p>Papyrossa</p> | <p>Johannes Klotz (Hg.) Vorbild Wehrmacht?</p> <p>Wehrmachtsverbrechen, Rechtstextextremismus und Bundeswehr Broschur, 178 Seiten; DM 24,80; SFR 23,-; ÖS 184,- ISBN 3-89438-162-0</p> <p>Wehrmachtsverbrechen in Griechenland, Italien, Weißrußland; Kontinuitäten zur Bundeswehr; Bundeswehr und Rechtstextextremismus.</p> | <p>Wolfgang Hecker Politik im Internet</p> <p><i>Eine Suchhilfe</i></p>  <p>Papyrossa</p> | <p>W. Hecker/R. Rilling Politik im Internet</p> <p>Eine Suchhilfe mit über 1000 Internet-Adressen Broschur, 129 Seiten mit Diskette DM 14,80; SFR 14,-; ÖS 110,- ISBN 3-89438-157-4</p> <p>Das Buch und die Diskette präsentieren politikrelevante und länder- bzw. themenspezifische Adressenverzeichnisse.</p> |
| <p>Paul Tiefenbach DIE GRÜNEN</p> <p>Verstaatlichung einer Partei Broschur, 224 Seiten DM 28,-; SFR 26,-; ÖS 207,- ISBN 3-89438-160-4</p> <p>Tiefenbach beschreibt, wie systemoppositionelle Parteien im Parlament ihren Charakter verändern. Für grundlegende Reformen bedarf es neuer, unkonventioneller Instrumente.</p> | <p>Paul Tiefenbach DIE GRÜNEN</p> <p>oder die Verstaatlichung einer Partei</p>  <p>Papyrossa</p> | <p>Florence Hervé (Hg.) Geschichte der deutschen Frauenbewegung</p> <p>Broschur, 288 Seiten, DM 29,80; SFR 27,50; ÖS 221,- ISBN 3-89438-084-5</p> <p>150 Jahre deutsche Frauengeschichte und Frauenbewegung im Überblick. Ein Standardwerk. Jetzt in der 6., verbesserten Auflage.</p> | <p>Florence Hervé (Hg.) GESCHICHTE DER DEUTSCHEN FRAUENBEWEGUNG</p>  <p>PAPYROSSA</p> |

Gesamtverzeichnis anfordern bei:

Papyrossa Verlag - Petersbergstr. 4 - 50939 Köln - Tel.: 0221/44 85 45 - Fax: 0221/44 43 05 - www.koeln-online.de/papyrossa

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



Zwar arbeiten die neoliberale Restrukturierung und „Amerikanisierung“ derartigen Vorstellungen strukturell zu, dennoch handelt es sich hierbei keineswegs um einen eindimensionalen Prozeß. Der kulturelle Wandel ist nach wie vor umkämpft. Doch solange die tradierte politische Kultur des wohlfahrtsstaatlichen Ausgleichs auch fortwirkt, gegenüber dem tiefgreifende Problem, daß sich die materiellen und institutionellen Grundlagen des wohlfahrtsstaatlichen Regulationsmodells angesichts der zugespitzten Finanzkrise der öffentlichen (Sozial-)Haushalte immer weniger aufrecht erhalten lassen, wird sie sich dauerhaft kaum behaupten können. Bereits in den siebziger und achtziger Jahren stand dieses Strukturproblem im Mittelpunkt der neoliberalen Attacken. Unter dem Druck der ökonomischen „Globalisierung“ haben die Angriffsbemühungen nochmals an Gewicht gewonnen. Die disziplinierende Kraft der deregulierten Marktbeziehungen hat dabei – vermittelt über die wachsende Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung, geschwächte Gewerkschaften etc. – mittlerweile eine Wucht entwickelt, die es schlicht als unrealistisch erscheinen läßt, die Institutionen des

sozialen Ausgleichs in der gewohnten Manier, „einfach“ nur zu verteidigen. Was nötig ist, sind deshalb nicht nur konzeptionelle Entwürfe für eine solidarische Reorganisation des Erwerbssystems und der wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme, sondern überdies auch ein neues „kulturelles Paradigma“, über das sozialintegrative Potentiale angesprochen und gesellschaftspolitisch mobilisiert werden können. Und diesbezüglich kann man sicher einiges den kommunitaristischen Diskursen entnehmen.

spw

Literatur

Albert, Michel (1992): Kapitalismus contra Kapitalismus (Frankfurt a.M.).
 Autorenteam (1998): Der Abschied von der sozialen Marktwirtschaft. Dokumentation; in: Frankfurter Rundschau vom 8.7., S. 18.
 Barber, Benjamin (1996): Coca Cola und Heiliger Krieg. Wie Kapitalismus und Fundamentalismus Demokratie und Freiheit abschaffen (Bern; München; Wien).
 Beck, Ulrich (1997): Die Seele der Demokratie. Wie wir Bürgerarbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren können; in: Die Zeit vom 28. Nov., Nr. 49, S. 7-8.
 Etzioni, Amitai (1995): Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus (Stuttgart).
 Etzioni, Amitai (1997): Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in

der heutigen Demokratie (Frankfurt a.M.).
 Dubiel, Helmut (1994): Ungewißheit und Politik (Frankfurt a.M.).
 Giddens, Anthony (1995): Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics (Cambridge).
 Gill, Stephen (1993): Neo-Liberalism and the shift towards a US-centered transnational hegemony; in: Overbeek, Henk (Ed.), Restructuring Hegemony in the Global Political Economy. The Rise of Transnational Liberalism in the 1980s (London), S. 246-282.
 Honneth, Axel (Hrsg.) (1995): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften (Frankfurt a.M.; New York).
 Jessop, Bob (1993): Towards a Schumpeterian workfare state? Preliminary remarks on post-Fordist political economy; in: Studies in Political Economy, Vol. 40, No. 1, S. 7-39.
 Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1996): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil I.: Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern (Bonn).
 Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997a): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil II.: Ursachen steigender Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern (Bonn).
 Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997b): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil III.: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage (Bonn).
 Klammer, Ute/Bäcker, Gerhard (1998): Niedriglöhne und Bürgerarbeit als Strategieempfehlungen der Bayerisch-Sächsischen Zukunftskommission; in: WSI-Mitteilungen, Heft 6, S. 359-370.
 Krupp, Hans-Jürgen (1994): Resignatives Denken, radikal gewendet; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3, S. 306-311.
 Offe, Claus/Fuchs, Susanne (1998): Wie schöpferisch ist die Zerstörung?; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3, S. 295-300.
 Reese-Schäfer, Walter (1994): Was ist Kommunitarismus? (Frankfurt a.M.; New York).
 Sassoon, Donald (1996): One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century (London).
 Smith, Joan (1997): The Ideology of „Family and Community“: New Labour Abandons the Welfare State. In: Panitch, Leo (Ed.), Ruthless Criticism Of All That Exists, Socialist Register (London).
 Wagner, Gert (1998): Soziale Abenteuer als Pseudoalternative; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3, S. 300-306.
 Zahlmann, Christa (Hrsg.) (1992): Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung (Nördlingen).
 Zieburg, Gilbert (1997): „Amerikanisierung“ Europas? Der (un)aufhaltsame Aufstieg des Euroliberalismus; in: Antalovsky, Eugen/Melchior, Josef/Puntscher Riekmann, Sonja (Hrsg.), Integration durch Demokratie. Neue Impulse für die Europäische Union (Marburg), S. 335-353.

Seit nunmehr fast 20 Jahren ist die Ökologische Steuerreform (ÖSR) in der Diskussion. Die erste Veröffentlichung zu diesem Thema, die von einem Autorenteam um den Schweizer Nationalökonom Hans-Christoph Binswanger verfaßte Publikation „Wege aus der Wohlstandsfalle – Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung“ (1979), machte bereits in ihrem Titel deutlich, daß eine ÖSR nicht nur zu weniger Umweltzerstörung, sondern auch zu mehr Beschäftigung führen soll. Doch bei der Frage, ob die ÖSR ein „Jobkiller“ oder ein „Jobküller“ ist, scheiden sich die Geister. Kaum eine Frage erhitzt die Gemüter so wie diese. Befürworter einer Ökologischen Steuerreform rechnen bei der von ihnen propagierten aufkommensneutralen Umschichtung des Steuersystems – der Umweltverbrauch soll teurer, der Faktor Arbeit dafür billiger werden – mit einer „doppelten Dividende“: Durch die höhere Ressourcenbesteuerung gehe der Umweltverbrauch zurück, die Absenkung der Lohnnebenkosten belebe den Arbeitsmarkt. Ökosteuer-Kritiker warnen hingegen vor einer „doppelten negativen Dividende“. Ein verteuerter Umweltverbrauch befördere die Abwanderung von energieintensiven Branchen ins Ausland, wo diese unter weniger stringenten Umweltstandards ihre Betriebe führten. Folge wäre eine Zunahme der globalen Umweltbelastung und der Verlust von Arbeitsplätzen im Inland.

Das DIW-Gutachten

Schwung in die bundesdeutsche Diskussion brachte 1994 ein Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag der Umweltschutzorganisation Greenpeace, das als erstes fundiert die makroökonomischen Auswirkung einer Ökologischen Steuerreform untersuchte. Kernpunkt der Studie ist eine zehn Jahre lang stetig steigende Energiesteuer. Auf alle Energieträger soll danach ein jährlicher Steueraufschlag von real sieben Prozent je Einheit Energiegehalt erhoben werden. Erneuerbare Energiequellen bleiben von der Steuer ausgenommen. Um weder Unternehmen noch private Haushalte stärker zu belasten, sieht das Konzept eine gesetzlich festzuschreibende aufkommensneutrale Kompensation vor. Danach werden Unternehmen durch die Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung entlastet, während private

Haushalte eine analog zum Kindergeld auszahlende Pro-Kopf-Erstattung („Öko-Bonus“) erhalten. Entsprechend des Aufkommens sollen die Einnahmen zu 71 Prozent an Unternehmen und zu 29 Prozent an private Haushalte zurückfließen. Nach den Simulationsmodellen der Berliner Forscher bringt die Ökosteuer nach zehn Jahren zwischen 300.000 und 800.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Nachteile müssen danach etwa die energieintensive Eisen- und Stahlindustrie, Teile der chemischen Industrie und der Branche Steine, Erden und Baustoffe sowie die Wasserwirtschaft hinnehmen. Profiteure sind der Maschinenbau, die Baubranche und zahlreiche Dienstleistungen.

Das DIW-Gutachten belebte den Diskussionsprozeß nachhaltig, vor allem weil das bis dahin „weiche“ Thema Ökologische Steuerreform – lange Zeit vornehmlich im Kontext umweltschützender Fragestellungen diskutiert – sich durch die positiven Arbeitsplatzprognosen zu einen „harten“ Instrument, das zur teilweisen Bewältigung der beschäftigungspolitischen Problemlagen beitragen könne, gewandelt hat. Alle Bundestagsparteien waren in der Folge bemüht, ihre Aufgeschlossenheit für eine Ökologische Steuerreform zu bekunden. Selbst Bundeswirtschaftsminister Rexrodt legte im Sommer 1995 ein eigenes Konzept vor, das eine nationale Energiebesteuerung vorsah.

Der BDI und das FiFo-Gutachten

Weiter erklärter Ökosteuer-Gegner war hingegen der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Die Organisation beauftragte das Finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut an der Universität Köln (FiFo) mit einem Gutachten, das die Euphorie der Befürworter dämpfen und Argumente gegen die Ökologische Steuerreform wissenschaftlich fundieren sollte. Als der BDI im Oktober 1994 der Öffentlichkeit eine aufwendige Hochglanzbroschüre vorstellte, verdammt er die Ökosteuer in Bausch und Bogen. Die Ökologische Steuerreform wurde als „kostspieliger Einstieg in die Planwirtschaft“ sowie „finanzpolitisch unsolide und steuerpolitisch verfehlt“ bezeichnet. Nachfragen ergaben, daß sich der BDI bei seiner Generalkritik keineswegs auf das von ihm in Auftrag gegebene FiFo-Gutachten stützte, hatte dieses doch in seiner differenzierten Darstellung von „praktikablen Reformvorschlägen“ gesprochen: „Das Steuersystem hat viele De-

Beschäftigungswirkungen einer ökologischen Steuerreform

Von Danyel Reiche und Carsten Krebs*

fizite; Ökosteuern können dabei helfen, sie zu verringern“. Vielmehr ließ der Verband seine PR-Abteilung zur Feder greifen und die Studie in seinen Schubladen verstauben. Das Bekanntwerden des Verschweigens der FiFo-Studie brachte den BDI in die Defensive.

Das RWI-Gutachten für die NRW-Landesregierung

Dann aber sollte es den Kritikern doch gelungen sein, eine Gegenstudie zum DIW-Konzept zu präsentieren. Im Juni 1996 stellte der Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), Paul Klemmer, sein im Auftrag der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen erstelltes Gutachten zu den Arbeitsplatzeffekten einer Ökologischen Steuerreform vor. Klemmer sagte während der Pressekonferenz, bei einer Ökosteuer nach den Annahmen des DIW drohte bundesweit der Verlust von 413.000 Arbeitsplätzen. Auftraggeber Wolfgang Clement (damals noch NRW-Wirtschaftsminister) urteilte daraufhin, das RWI habe „eindrucksvoll“ gezeigt, „daß eine undifferenzierte Einführung von Ökosteuern schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft nicht nur des Landes Nordrhein-Westfalen, sondern für den gesamten Standort Deutschland“ haben könnten. Nach der öffentlichkeitswirksamen Vorstellung der Studie liegt die Langfassung mehr als zwei Jahre später immer noch nicht vor. Zufall? Auf der Pressekonferenz wurde der Verlust von Arbeitsplätze in den Vordergrund ge-

Die Mehrzahl der Gutachten geht von einer Belebung des Arbeitsmarktes aus. Sie prognostizieren innerhalb einer Dekade zwischen 60.000 und 1,5 Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze in Deutschland.

* Danyel Reiche und Carsten Krebs sind Lehrbeauftragte am Institut für Politische Wissenschaft an der Universität Hannover und Mitautoren des von den Umweltverbänden BUND, NABU und DNR herausgegebenen Taschenbuchs „Die Ökologische Steuerreform – was sie ist, wie sie funktioniert, was sie uns bringt“ (Birkhäuser Verlag, Basel/Berlin/Boston, DM 19,80)

stellt. Beim genaueren Hinsehen ergibt sich jedoch ein anderes Bild: Bei den 400000 verlorenen Arbeitsplätzen handelt es sich um Jobverluste, die in den Grundstoff- und Produktionsgütersektoren sowie in der Energieversorgung – also in energieintensiven Branchen – erwartet werden. Die positiven Arbeitsplatzeffekte in anderen Bereichen wurden jedoch nicht gegengerechnet.

Die RWI-Autoren erwähnen an anderer Stelle im Gutachten, daß «gleichzeitig, insbesondere durch den Übergang auf eine dezentralere Energieversorgung, den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und die Investitionen zur rationellen Nutzung von Energie, zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden». Die Autoren des RWI-Gutachtens bleiben zwar skeptisch und warnen, daß «der Saldo von neugeschaffenen und verlorengegangenen Arbeitsplätzen nicht zwangsläufig positiv» sein wird. Von einem Arbeitsplatzverlust von 400000 Jobs durch eine ÖSR kann aber insgesamt überhaupt nicht die Rede sein – zumal die inzwischen üblichen Sonderregelungen für energieintensiven Branchen (keine Besteuerung oder je nach Energieintensität gestaffelte Steuersätze) keinerlei Beachtung fanden. Diese Zahl wurde aus dem Zusammenhang gerissen und in den Medien fehlinterpretiert. Das RWI und die nordrhein-westfälische Landesregierung haben es (sicher nicht ganz unabsichtlich) versäumt, dies klarzustellen.

Ökologische Steuerreform ist kein Königsweg zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Vielmehr entbindet eine Ökologische Steuerreform die Politik keineswegs von ihrer Aufgabe, eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben.

Neuere Studien und Vorschläge

Eine Auswertung der vorliegenden Studien zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer Ökologischen Steuerreform ergibt folgendes Bild: Die Mehrzahl der Gutachten geht von einer Belebung des Arbeitsmarktes aus. Sie prognostizieren innerhalb einer Dekade zwischen 60.000 und 1,5 Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze in Deutschland. Einige Studien stellen keinerlei Auswirkungen für die Job-Bilanz fest. Eine Minderheit der Berechnungen erwartet einen Anstieg der Arbeitslosigkeit, wobei diese Studien oftmals vorwiegend die energieintensiven Branchen der Wirtschaft betrachten. Die widersprüchlichen Ergebnisse beruhen auf einem unterschiedlichen Verständnis etwa was die Fähigkeit der Volkswirtschaft angeht, den Strukturwandel zu bewältigen, über das Beschäftigungspotential des Dienstleistungssektors und vor allem die Frage, wie stark und schnell Unternehmen auf eine Energiebesteuerung mit Energieeinsparungen oder mit Standortverlagerungen reagieren.

Zu neueren Studien, die die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer Ökologischen Steuerreform zum Thema haben, im einzelnen: Das ifo-Institut hat in einer Studie 1996 eine Energiesteuer zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen in den Sozialversicherungen vorgeschlagen. Danach würde die Beschäftigung von 1997 bis zur Jahrtausendwende um 405.000 Personen stei-

gen. Das DIW hat 1997 im Auftrag von sechs SPD-regierten Bundesländern seine 94er Berechnungen modifiziert und Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen aufgenommen. Da das Aufkommen und damit die Möglichkeit zur Senkung der Lohnnebenkosten sich verringert, rechnen die Berliner Forscher jetzt nur noch mit einem Arbeitsplätze-Plus von netto 330.000 bis 390.000. Bernd Meyer hat ebenfalls 1997 mit seinem Modell „PANTA RHEI“ 1,5 Millionen zusätzliche Jobs prophezeit, wenn das Aufkommen ausschließlich zur Senkung des Arbeitgeberanteils an den Lohnnebenkosten eingesetzt wird.

Die EU-Kommission hat schließlich nach mehreren gescheiterten Anläufen für eine Energiesteuerrichtlinie Ende vergangenen Jahres vorgeschlagen, die bestehende Mineralölsteuer auf alle Energieträger auszudehnen und langsam steigende Mindeststeuersätze in allen EU-Ländern einzuführen. Für die Bundesrepublik hätte der Richtlinienentwurf höhere Steuern auf Diesel und schweres Heizöl zur Folge, auch müßten erstmals Strom und Kohle besteuert werden. Energieintensive Branchen sollen ausgenommen, das Aufkommen soll ebenfalls einseitig zur Senkung der Lohnnebenkosten der Arbeitgeber eingesetzt werden. Mittel- und langfristig ergeben sich laut Kommission positive Effekte auf die Beschäftigung. Je nach Szenario wird der Effekt auf 155.000 bis 457.000 zusätzliche Arbeitsplätze in der EU geschätzt (davon 78.000 in Deutschland). Die Kommission selbst geht allerdings davon aus, daß auch dieser Versuch eines EU-weit einheitlichen Vorgehens an den unterschiedlichen Interessenlagen und am Einstimmigkeitsprinzip im Ministerrat scheitert und empfiehlt inzwischen ganz unverblümt, national vorzugehen (wie das insbesondere Dänemark, Schweden und die Niederlande längst getan haben).

Aktuelle DIW-FiFo-Studie

Zwei Wochen für der Bundestagswahl kam neuer Schwung in die Debatte: Das DIW und das eher wirtschaftsnahe FiFo plädierten in einer noch unveröffentlichten Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes für ein „weitreichendes Steuer- und Abgabensenkungsprogramm“ für Arbeitnehmer und Unternehmer in Höhe von 145 Milliarden Mark. Ge-

Ossietsyky
Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Die Zeitschrift für Verweigerer OSSIETZKY verweigert sich dem großen nationalen Konsens, der polizeilichen Lösung sozialer Probleme, der Rüstungsindustrie, dem Rassismus und der Esoterik OSSIETZKY – die Zeitschrift, die der neuen Berliner Republik nützt

»OSSIETZKY – die einzige Zeitung, die ich von der ersten bis zur letzten Seite lese.«
Dr. Heinrich Hannover (Bremer)

alle zwei Wochen **NEU** DM 4,50

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift OSSIETZKY als
 Jahresabo / Geschenkaboo DM 100,- (Ausland DM 139,-)
 Halbjahresabo / Geschenkaboo für 6 Monate zu DM 55,- (Ausl. DM 70,-)
 Förderabo DM 200,-

Zahlungsweise
 per Überweisung nach Rechnungserhalt für den Bestellzeitraum
 per Bankeinzug, zu dem ich Sie auf Widerruf ermächtige:
 jährlich 1/2jährlich

Kto-Nr: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht, acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Rechnungsadresse _____

Vorname, Name _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Wohnort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestelladresse: Interdruck Berger GmbH
 Vordere Schöneworth 21· 30167 Hannover · Fax 0511 / 70 44 83

genfinanziert werden soll dies durch eine schrittweise, über zehn Jahre andauernde Verteuerung von Energie, Mineralöl (14 Pfennig jährlich), Abfall und Abwasser. Der Clou: Die Forscher schlagen mit ihrem Verwendungsvorschlag drei Fliegen mit einer Klatsche. Zum einen sollen (altbekannt) die versicherungsfremden Leistungen der Sozialversicherungen über die neuen Steuern finanziert werden, neu sind die Vorschläge, die Gewerbesteuer und die betriebliche Vermögenssteuer ganz abzuschaffen und den ermäßigten Mehrwertsteuersatz, der derzeit für den ÖPNV und Lebensmittel gilt, von sieben auf fünf Prozent zu senken. Hinter der stark industriefreundlichen Verwendung steckt, die Haupteinwände zu entkräften und die Gegner ruhig zu stellen, die behaupten eine Ökologische Steuerreform sei wirtschaftsfeindlich und sozialunverträglich. Finanzmittel für den ökologischen Umbau im Energie- und Verkehrsbereich sind nicht vorgesehen.

Der Energieverbrauch würde nach dem DIW/FiFo-Konzept nach zehn Jahren um 16,5 Prozent niedriger sein als ohne Ökosteuer. Auf konkrete Zahlen über die Beschäftigungswirkungen verzichten beide Institute. Sie stellen jedoch fest: „Die ökologische Umstrukturierung wird keineswegs mit einem Verlust von Arbeitsplätzen einhergehen; vielmehr ist sie unter bestimmten Bedingungen sogar mit merklichen Beschäftigungszuwächsen verbunden. Entscheidend für derartige positive Wirkungen ist die Kostenentlastung der Unternehmer, vor allem im Bereich der Lohnkosten“. Um einzuschränken: „Dies bedeutet allerdings nicht, daß von der ökologischen Steuerreform ein ausreichender Beitrag zur Lösung der anhaltenden Beschäftigungskrise erwartet werden kann.“

Politische Einbettung entscheidend

Zusammenfassend muß gesagt werden: Niemand kann die exakten Arbeitsplatzeffekte einer Ökologischen Steuerreform vorhersehen – auch wenn manche Ökonomen zuweilen den Eindruck erwecken, sie könnten dies mit dem Taschenrechner vorhersagen. Fakt aber ist, daß eine Verteuerung des Umweltverbrauchs und eine Verbilligung des Faktors Arbeit Entwicklungen befördert, die den Arbeitsmarkt beleben können. Positive Signale sind zum einen durch die Absenkung der Lohnnebenkosten mög-

lich, zum anderen für den Export durch die von höheren Ressourcenpreisen beförderte Entwicklung effizienterer Technik. Am beschäftigungsintensivsten dürfte der Strukturwandel in der Energiewirtschaft ausfallen. Bisher ist die Branche überdurchschnittlich kapitalintensiv – Gewinne werden hauptsächlich mit Maschinen erwirtschaftet. Höhere Energiepreise befördern hingegen einen Ausbau regenerativer Energien, rationelle Energienutzung durch Kraft-Wärme-Kopplung und Energiesparmaßnahmen. Eine solche dezentrale, arbeitsintensivere Energiewirtschaft dürfte auf jeden Fall den Arbeitsmarkt beleben. Auch der ökologische Landbau – in Biobetrieben werden rund ein Drittel mehr Arbeitskräfte als in der konventionellen Landwirtschaft benötigt, auf chemische Hilfsmittel wird verzichtet – wird konkurrenzfähiger, wenn Energie teurer und Arbeit billiger wird. Und schließlich könnte eine zweite „Eisenbahnevolution“ und ein Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs neue Arbeitsplätze schaffen.

Für die politische Linke kommt es darauf an, den möglichen Prozeß der Umsetzung Ökologischer Steuerreform nach einem Regierungswechsel im Herbst kritisch zu begleiten. Wenn wie etwa in Belgien (und in den Vorschlägen von Bernd Meyer, der EU-Kommission und auch des Fördervereins Ökologische Steuerreform) nur Arbeitnehmer die Energiesteuer zahlen und das Aufkommen für eine Senkung von Unternehmensteuern eingesetzt wird, ist die Ökosteuer als Instrument der Umverteilung mißbraucht worden. Wichtig ist die Entlastung beider Seiten bei den Sozialversicherungsbeiträgen (was Netto-Lohn und Kaufkraft erhöht und tatsächlich neue Jobs schaffen kann).

Trotz der zu erwartenden positiven Tendenzen ist die Ökologische Steuerreform zwar ein wichtiger Beitrag, ganz sicher aber kein Königsweg zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Vielmehr entbindet eine Ökologische Steuerreform die Politik keineswegs von ihrer Aufgabe, eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben. Die Arbeitszeiten müssen kürzer werden, Überstunden sind abzubauen, öffentlich geförderte Beschäftigung im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich ist zu schaffen. Vor allem aber dürfen wir uns nicht der Entwicklung verschließen, daß uns die herkömmliche Erwerbsarbeit ausgeht. Trotz Wachstum stagniert oder sinkt das Arbeits-



Michael Heinrich/Dirk Messner (Hrsg.)

Globalisierung und Perspektiven linker Politik

Festschrift für Elmar Altvater zum 60. Geburtstag

1998 - 351 S. - DM 48,00
 ÖS 350 - SFR 44,50
 ISBN 3-89691-443-X

Mit Beiträgen u.a. von André Brie, Willi Brügggen, Michael Jäger, Uwe Kremer, Roland Roth und Frieder Otto Wolf.

Christoph Görg/Roland Roth (Hrsg.)

Kein Staat zu machen

Zur Kritik der Sozialwissenschaften

1998 - 504 S. - DM 58,00
 ÖS 423 - SFR 52,50
 ISBN 3-89691-444-8

Mit Beiträgen u.a. von Alex Demirovic, Josef Esser, John Holloway, Bob Jessop, Wolf Dieter Narr, Leo Panich, Jürgen Ritsert und Heinz Steinert.

Helga Cremer-Schäfer/Heinz Steinert

Straflust und Repression

Zur Kritik der populistischen Kriminologie

(einsprüche Band 8)

1998 - 286 S. - 39,80
 ÖS 291 - SFR 37,00
 ISBN 3-89691-431-6

Norbert Pütter

Der OK-Komplex

Organisierte Kriminalität und ihre Folgen für die Polizei in Deutschland

1998 - 450 S. - DM 62,00
 ÖS 453 - SFR 56,50
 ISBN 3-89691-439-1

WESTFÄLISCHES
 DAMPFBOOT



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
 Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
 e-mail: dampfboot@login1.com
 www.login1.com/dampfboot

volumen, weil die Produktivität immer weiter ansteigt – das Industriesystem benötigt immer weniger Menschen, um in Schwung zu bleiben. Deshalb ist die von Jeremy Rifkin popularisierte Debatte über „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“ – gemeint ist vor allem eine Diskussi-

on, was wir als Arbeit definieren – zu intensivieren. Ohne neue Berufsfelder und die Professionalisierung gemeinnütziger Tätigkeiten werden wir der Massenarbeitslosigkeit wie der Hase dem Igel hinterherlaufen. Wer die Ökologische Steuerreform, die ökologisch geboten und volkswirt-

schaftlich sinnvoll ist, überhöht, erschwert die Zukunftsaufgabe von Politik, Vollbeschäftigung neu zu definieren. Ohne eine existenzsichernde Absicherung und eine identitätsstiftende Tätigkeit werden aber die Menschen nicht zuletzt für Ökologiepolitik weniger zugänglich sein. spw

Sozialistischer Aufbruch mit Kleinbürgern?

von Diether Dehm*

„Einen mächtigen Gegner kann man ... nur dann besiegen, wenn man ... jeden Interessengegensatz zwischen ... den verschiedenen ... Schichten der Bourgeoisie der einzelnen Länder ... ausnutzt, um einen Verbündeten zu gewinnen, hinter dem Massen stehen, mag das auch ein ... schwankender ... sein. Wer das nicht begriffen hat, hat nicht einen Deut vom Marxismus begriffen.“ (Lenin)

Hat die Linke jemals unter dem Aspekt der Definition von „Proletariat“ und des variablen Kapitalfaktors „Arbeit“ bedacht, daß viele kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ein Eigenkapital (EK) von nur 15% oder noch darunter haben? Sind diese Familienbetriebe, die oftmals auf Feierabend, Wochenende und Urlaub verzichten, um noch alle verwalterischen und Ausputz-Tätigkeiten zu erledigen, tatsächlich auf die Seite des Kapitals oder auch nur ernsthaft auf eine Nahtstelle zwischen Kapital und Proletariat zu definieren? Diese kleinen und viele mittlere Betriebe gehören objektiv mehr zum Proletariat als zum Kapital, also auf unsere Barrikadenseite!

Was ist falsch am konzeptionell-strategischen Gehalt des heute schock-

lierend klingenden Begriffs „Volksfront“? Ist es der pawlowsche Reflex der Linken, bei Treibjagd der Begriffe im Kotau taktisch wegzutauchen? Weil SED und CDU behauptet haben, es sei ein Parteienbündnis, vergessen wir, daß „Volksfront“ eine soziale Klassenbasis meint. Weil viele historische Exemplare von Volksfront „brüderliche Hilfe“ mit „stalinistischem Knüppel“ oder Parteienbündnisse mit links-sektiererischen Irritationen und Schikanen gewesen waren, gilt „Volksfront“ als „gescheitert“? Wenn wir die einst mit „Volksfront“ gemeinten Gedanken aufgeben, können wir Sozialismus auch gleich verabschieden.

Selbst in der real existierenden Diktatur des Proletariats war dessen Klassenbasis doch zu schwach, zu überleben. Abgesehen davon, daß der formalisierte Teil von Demokratie, die Konsenssuche von oben nach unten, immer auch auf eine Verbreiterung der sozialen Basis des jeweils dominierenden Teils der herrschenden Klasse abzielt. So war Faschismus bürgerliche Herrschaftsform des aggressivsten Finanzkapitalflügels. Im Stalinismus realisierte sich die Diktatur des Proletariats von ihrem kleineren, aber am meisten mit der nachgeholten Akkumulation wachsenden Teil, nämlich dem schwerindustriellen Proletariat, oft auf Kosten anderer proletarischer Schichten, aber vor allen Dingen auf Kosten von Kleinbürgertum und Bauern. Im real existierenden Stalinismus und Poststalinismus hatte ein mittlerer privater Markt keine Chance.

Daß heute eine gemeinsame Mobilisierungsstrategie von Arbeitslosen, Arbeitern und Kleinbürgern die Linke vor größte kulturelle Aufgaben stellt, dürfte auf der Hand liegen. Wer seinen Gramsci über Togliatti bis Berliner gelernt hat, weiß, daß dies schon allgemein ein Problem ist. Ein besonderes wird es in Deutschland, wo die kleinbürgerliche Aversion gegen das Kleinbürgertum selbst klügste Köpfe, wie Brechts, in heillose Selbstverleugnung verwickelt hat.

Zunächst: Ein Bündnis für Binnenkaufkraft und Umwelt.

In roten Stimmbezirken der Weimarer Republik ließen kleine Ladenbesitzer „anschieben“, wenn die Kumpels im Streik waren. Sie wußten, daß es da auch um ihre Existenz ging, nämlich um die „nahe Kaufkraft“. In Rheinhäusern, beim legendären Kampf der Hüttenwerker, waren zahlreiche Friseur, Bäcker, Gemüsehändler, Werkstattbesitzer, Buchhändler, Kioskbesitzer usw. mit dabei. Nicht nur die kleinbürgerlichen Künstler!

Es ist völlig logisch: Wer die tragische Domino-Kette ständig steigender Rekorde von Insolvenzen und Konkursen im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Deutschland (gegenwärtig ca. 1998 ca. 31.000 Konkurse!) unterbrechen möchte, muß Geld in die Hand nehmen und hier entlasten und v.a. die Kaufkraft stärken. Wer an der einen Seite, den KMU, entlastet, muß an einer anderen Seite belasten, weil es jene wundersame Geldvermehrung nicht gibt, die Vorwahlkämpfe vermuten machen.

Wer mit Tobin-Tax oder auch nur feineren Besteuerungsinstrumenten dem Banken-, Konzern- und Großaktionärsreichtum, den explodierenden Gewinnen der Devisenhändler und Spekulanten beikommen möchte – selbstverständlich am effizientesten mit supranational harmonisierten und kooperativ abgestimmten Vorgehen – der sollte die Mehreinnahmen nicht unbedingt für die Stopfung von Strukturlöchern eines altmodischen Staatsapparats verwenden, sondern in die Schnittstellen zwischen wirtschaftsintervenierendem Staat und mittelständischen Unternehmungen investieren, weil dort neue Marktideen, und die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen sind. Ein Staat, der abwechslungsreicher mit kleinen und mittleren Unternehmen kooperiert, statt mit Großkonzernen und Banken, setzt aber gleichsam eine demokratisch-revolutionäre Entwicklung voraus!

Es wäre z.B. ein sinnvolles Kampfziel, die im Rahmen der EU-Richtlinien mögliche Halbierung des Mehrwertsteuersatzes für ökologische und beschäftigungsintensive Handwerksleistungen zu erstreiten.

* Diether Dehm, Songautor, Mitherausgeber der spw. Bis zu seinem Parteiaustritt stellv. Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD. Der Text beruht auf einem Vortrag bei der Volksuni Berlin am 31. Mai 1998.

Eine weniger spektakuläre Möglichkeit wären Startgesellschaften von Existenzgründern mit öffentlichen Bürgschaften, die zunächst noch die öffentliche Hand kein Geld kosten. Das Risikokapital der öffentlichen Hand wäre gegen Bürgschaften gegenüber Dritten durch 51% der Gesellschaftsbeteiligung abgesichert. Sind die Bürgschaften weitgehend abgetragen, zieht sich die öffentliche Hand auf einen nicht mehr strategischen, aber mitverdienenden Status zurück bzw. erhält Gewinnanteiloptionen.

98% der europäischen Betriebe sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Die zwei Millionen deutschen KMU schaffen ca. 60% der Arbeitsplätze, ca. 70% der Ausbildungsplätze, über 50% der Wertschöpfung und sind auch ökologisch bislang am schnellsten zugänglich gewesen (was etwa die Anfangsentwicklung von Öko-Produkten, Windrädern und der regionalen Kreislaufwirtschaft anbetrifft). Außerdem: Der kleine Laden in der Innenstadt bietet mehr Betreuungs- und Lebensqualität als der Großmarkt auf der grünen Wiese. Öffentliche Fördergelder hingegen fließen den KMU weit unter einem Drittel zu. Wer, außer der Linken, kann das ändern?!

Mit 1995 22.000 Insolvenzen, 1996 28.000, 1997 schon über 30.000 ist eine Dramatik absehbar, die nicht nur den Humus unserer Volkswirtschaft, den Mittelstand, sondern vor allen Dingen Ausbildungs- und Arbeitsplätze weiter ruinieren wird. Die Linke muß in jenem wachsenden Teil des Proletariats mit steuerrechtlicher Selbständigkeit eine subjektive Akzeptanz erarbeiten.

Für eine antimonopolistische Deregulation

Der SPD-Linke Hermann Scheer hat zurecht betont, daß der Mittelstand unter einer erheblichen Überregulation leidet. Aber hauptsächlich sind es die Kreditbedingungen der Banken, die Zulieferdiktate der Herren Piech (die ja nicht nur über Entlassungen, sondern über die Abwertung ihrer abhängigen Kleinbetriebe ihre Aktienkurse pushen), als auch die altmodische Besteuerung, die den Mittelstand überregulieren.

Die generelle Überregulationstendenz entsteht aber oftmals im naiven Glauben, die Gleichbehandlung aller Unternehmen könne am grauen staatlichen Tisch geplant werden. Meistens werden aber die globalen

antimilitarismus information

9/98

- ⊙ Was kostet ein Zivi? ⊙
- Atomexporte nach Indien und Pakistan
- ⊙ USA rüsten gegen ABC-Terroristen ⊙ Neue Atomverhandlungen ⊙ Krieg im Kongo
- ⊙ Zuspitzung in Afghanistan uvm.

monatliche Informationen und Analysen zu
Militär, Friedensforschung und -bewegung

ami

Abo: 9 Normal-/ 3 Themenhefte DM 50.-;
 Ausland: DM 60.-; Themenheft DM 5.-
 (+Porto). *Probeheft gratis*
Bezug: Verein für friedenspolitische
 Publizistik e.V. Elßholzstr. 11, 10781
 Berlin e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de
<http://userpage.fu-berlin.de/~arend/ami.html> Telefon/Fax: ++30-215 10 35

und nationalen Umgehungswege für Großkonzerne und Banken mitgeliefert, während der Mittelstand, weil er im Lande bleibt, die Zeche zahlt. Durch einen Umbau des Steuerrechts (nicht durch eine Senkung des Höchststeuersatzes, sondern durch Umorientierung der Abschreibungsmodalitäten, da Abschreibungen immer noch politische Einflußmöglichkeiten sind, während pauschale Reduzierung des Höchststeuersatzes Politik und Demokratie aus dem Steuerrecht verabschiedet) könnten Anreize für eine stärker beschäftigungswirksame Verwendung von Gewinnen gesetzt werden.

Es wäre z.B. ein sinnvolles Kampfziel, die im Rahmen der EU-Richtlinien mögliche Halbierung des Mehrwertsteuersatzes für ökologische und beschäftigungsintensive Handwerksleistungen zu erstreiten.

Natürlich geht ein sozialökologischer Umbau nur mit der Umstellung des Steuerrechts. Dieses setzt einen Umbau der realexistierenden Finanzämter voraus. Die Linke hat sich aber verächtlich wenig mit dem Fiskus auseinandergesetzt. Sollten wir nicht darüber nachdenken, wie das gesamte Finanzereibungssystem umgebaut wird, wenn wir z.B. 4.000 zusätzliche Finanzbeamte fordern? Warum befreien wir nicht kleine Betriebe, aber zumindestens Existenzgründer von der Mitgliedspflicht bei den Kammern und beauftragen stattdessen das Finanzamt, entsprechend hier auch beratend tätig zu sein? (Warum können nicht große öffentliche Kampagnen gemeinsam mit dem Unterhaltungsfernsehen für gerechtes Steuerzahlen auch mit individuell vorbildlichen Fällen – so, wie für Präservative oder ARD-Gebühren geworben wird – umgesetzt werden?) Das Finanzamt ist die Nahtstelle zwischen Zivilisation und Markt. Seine Ausstattung, PR

und Modernisierung wäre des Schweißes der Edlen wert.

Das Konkursrecht (die Schneiderpleite hat das gezeigt) läßt die Handwerksbetriebe immer noch in der Warteschlange ganz hinten stehen. Während BMW so gut wie keine Steuern zahlt, Siemens mit seinen Steuerleistungen unter den empfangenen staatlichen Subventionen bleibt, Daimler-Benz aus der Portokasse „öffentlich abgibt“, während in anderen europäischen Staaten längst an Steuerinstrumenten geschärft wird, die Großbanken in kürzesten Zeiträumen (viertel- oder halbjährlich) zu prüfen, haben die deutschen Fiskaleinnahmen immer noch einen „statistischen Mittelstandsbauch“.

Den sozialen Gegensatz von Monopolen und KMU politischer vertiefen!

Mittels staatlich lizenzierter Fehlerbanden wie Luxemburg, Monaco, Kaiman-Inseln, Schweiz & Co. entziehen Konzerne und Banken den Volkswirtschaften, der Kaufkraft und damit den KMU die Mittel zu Zukunftsinvestitionen, die für eine mittelständisch orientierte Kreislaufwirtschaft, die Energie und Stoff spart, die Müll vermeidet und Arbeit und Ausbildung erhält und ausbaut, so notwendig wären.

Es kommt darauf an, die KMU nicht den Neoliberalen zu überlassen, sondern den Interessengegensatz zwischen KMU und Monopolkapital in den Mittelpunkt zu stellen. Sicherlich könnte in einigen gentechnologischen Bereichen auch entrümpelt werden. Daß die Entwicklung des Humaninsulins bürokratisch behindert, bis es schließlich in Deutschland nicht mehr hergestellt wurde, läßt sich durchaus mit rot-grüner Nörgelbürokratie beschimpfen. Im Vergleich zur Überregulation durch die Politik der Großbanken und Konzerne ist das Lei-

Es kommt darauf an, die KMU nicht den Neoliberalen zu überlassen, sondern den Interessengegensatz zwischen KMU und Monopolkapital in den Mittelpunkt zu stellen.

den des Mittelstands an Rot-Grün aber eher marginal.

Wer den Widersinn, daß hierzulande ein Joghurtbecher, bevor er weggeschlabbert wird, 8.000 km Stofftransport realisiert, muß auf regionale Kreislaufwirtschaft mit überregional geplanten Eckdaten und Ressourcenberechnungen setzen. Dies weist dem Mittelstand völlig neue Aufgaben zu. Wie ist das recyclebare demontagefreundliche Auto dezentral zu denken, ohne Emanzipation der Zulieferer und Autowerkstätten gegen ihre großen Mutterkonzerne? Wie kann auf Mehrwegbehälter umgestellt werden, wenn nicht regionale Spülsysteme mit hochmoderner Lasersteuerung dezentral und regional flächendeckend anschaffbar werden? Hermann Scheers Anmerkung, daß die Umstellung auf Sonnenenergie ein gigantisches antimonopolistisches Umbauprogramm bedeutet, sei hier nur noch einmal mit Querverweis auf

die entsprechende Fachliteratur von „Eurosolar“ wiederholt.

Wie kann der Umbau unserer Wirtschaft aber gedacht werden, wenn er nicht von Konsumenten und Produzenten mitgedacht wird, wenn er nicht zu einer neuen höherwertig qualifizierten Mitbestimmung in Betrieb und Alltag führt? Alle Produzenten und Konsumenten müssen gesellschaftlich orientiert werden auf die Suche nach Stoff- und Energiespar-Modulen ihres persönlichen Umfelds. Dies alles ist nur regionalisiert und mit kleinen und mittleren Unternehmen kooperativ vorstellbar. Auf der Suche nach dem Stoffsparen mehr Demokratie und Mitbestimmung wagen! Die Ökonomie der Konzerne und Großbanken aber ist die undemokratische Ökonomie der langen Transportwege und der widersinnigen Jagd nach den billigsten Produktionsstätten, also ewig langen logistischen Ketten und synchron weiten Verarbeitungs- und Transport-Einwegen.

Sozialismus braucht die KMU

Denken ist kein leises Sprechen. Gesprochene Begriffe formen den Gedanken erst zuende. So wie die Linke vor Begriffen also nicht ungestraft zurückweicht, sollten wir auf bestimmte gefährliche Unschärfen verzichten. Bei 1.-Mai-Festreden das pauschale Polemisieren gegen „die Unternehmer“, „die Selbständigen“ ist ebenso blödsinnig, wie den törichteren Komparativ von den „Besserverdienenden“ zu verwenden, statt „Spitzenverdiener“ und „Milliardäre“ anzugreifen. Wo nämlich zwei zusammenstehen, da ist immer ein „Besserverdiener“.

Sozialismus braucht Markt. Nur so ist er auf breiter Klassenbasis demokratisch und dauerhaft existenzfähig. Und Markt braucht Sozialismus, weil die KMU von der politischen Dominanz der Monopole abgewürgt werden. Das ist Grundlage, um die „Volksfront“-Strategie und damit das Projekt „Sozialismus“ zu renovieren. spw

Sozialökonomische Krisenprozesse und Alternativen der sozialistischen Linken

Ein Diskussionsbeitrag zu Artikeln in spw

von Ralf Krämer*

Gedanken zu den Beiträgen von Ulf-Birger Franz in spw 99, Thomas Westphal in spw 102 und Uwe Kremer in spw 100.

Prosperität und Krise in der Entwicklung der BRD

In spw 99, 1/98, S. 36-39, äußert sich Ulf-Birger Franz über „Die Krise, der Neoliberalismus und die Suche nach einer neuen Prosperitätskonstellation. Anforderungen an die

sozialistische Linke in der SPD“. Er betont den strukturellen Charakter der Krisenerscheinungen seit Mitte der 70er Jahre, die die Phase der Nachkriegsprosperität unwiderbringlich beendet hätten, ohne daß es bisher gelungen sei, eine neue Prosperitätskonstellation herbeizuführen. Weder der Neoliberalismus sei dazu in der Lage noch die Linke, die sich bisher im wesentlichen auf die Verteidigung von Errungenschaften der Nachkriegsprosperität beschränkt habe. Stattdessen müsse sich die sozialistische Linke darauf orientieren, in Bezug auf die zukünftige Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, ein modernes Staatsverständnis und eine neue Technologie- und Strukturpolitik die konzeptionellen Grundlagen für eine neue Wachstumsperiode zu erarbeiten.

Die in diesem Beitrag vorgestellte Ursachenanalyse der ökonomischen Entwicklung der BRD ist m.E. unzureichend und die Einschätzung der gegenwärtigen Lage problematisch. Die Nachkriegsprosperität im wesentlichen auf aktive Lohnpolitik und Ausbau des Wohlfahrtsstaates einerseits, „innere Landnahme“ als Verdrängung traditioneller kleinbetrieblicher Wirtschaft durch kapitalistische Ökonomie andererseits zurückzuführen, greift erheblich zu kurz. Nur eine wesentlich umfassendere Analyse der Entwicklung der Produktions- und

Nachfragebedingungen einschließlich der Weltmarktbedingungen kann Vereinseitigungen und Fehleinschätzungen vermeiden. Im Zentrum des strukturellen Bruchs in der ökonomischen Entwicklung der BRD steht dabei m.E., daß seit Mitte der 70er Jahre nicht mehr die Begrenztheit des Produktions- und insb. des Arbeitskräftepotentials, sondern die Begrenztheit der zahlungsfähigen effektiven Nachfrage im Verhältnis zum wachsenden akkumulierten und nach Verwertung strebenden Kapital die Schranke der realökonomischen Entwicklung markiert.

Das bedeutet nun aber nicht, daß es sinnvoll wäre, diese ständige mehr oder weniger offen zutage tretende Überakkumulation als permanente Krise zu betrachten. Erstens vollzieht sich weiter bzw. erst unter diesen Bedingungen mit voller Wucht der konjunkturelle Krisenzyklus, der aber auch Phasen zyklischer Belebung und Hochkonjunktur einschließt. Zweitens ist es dem Kapital seit 1975 und verstärkt seit 1982 gelungen, die im Verlauf der Nachkriegsprosperität gesunkene gesellschaftliche Durchschnittsprofitrate durch neue, flexibilisierte Produktionskonzepte und v.a. durch eine fortschreitende Umverteilung zu Lasten der Lohnneinkommen zu stabilisieren und wieder zu steigern. Das auf dem Binnenmarkt nicht hinreichend rentabel verwertbare über-

* Ralf Krämer, Dortmund, Sozialwissenschaftler, spw-Redaktion

schüssige Kapital suchte Anlagemöglichkeiten auf den zunehmend internationalisierten Finanzmärkten. Durch diese Prozesse wurde gleichzeitig die Nachfragebeschränkung und schwache Entwicklung der Binnenwirtschaft fortgeschrieben, während die Exportwirtschaft allem Standortgejammer zum Trotz boomte – von sektoralen und zyklischen Problemen abgesehen – und ihre starke Weltmarktposition festigen konnte.

Krisenhaft ist diese Situation aufgrund der anhaltenden und wachsenden Massenarbeitslosigkeit für die ArbeiterInnenklasse, und in unterschiedlichem Maße auch für solche Wirtschaftsbereiche und insb. kleinen und mittleren Unternehmen, die unter der schwachen Binnenkaufkraft und starker Importkonkurrenz leiden, aber nicht für die dominierenden Teile des deutschen (Groß-)Kapitals. Arbeitslosigkeit und permanente Unter- auslastung von Produktionspotentialen sind der Normalfall kapitalistischer Entwicklung. Phasen beschleunigter Kapitalakkumulation an den Potentialgrenzen wie in der Nachkriegszeit sind die Ausnahme und bringen aus sich heraus Widersprüche hervor, die über kurz oder lang zum mehr oder weniger heftig krisenhaften Ende dieser Prosperität führen. Das ließ und läßt sich nicht nur in Deutschland beobachten. Es macht keinen Sinn, den anschließenden Normalfall krisenhafter kapitalistischer Entwicklung zur permanenten Krise zu erklären.

Anforderungen an die sozialistische Linke

Erst recht ist es nicht sinnvoll, die Lösung der sozial-ökonomischen Probleme und vornehmlich der Arbeitslosigkeit von einer neuen Wachstumsphase zu erwarten und die Aufgabe der sozialistischen Linken darin zu sehen, zu versuchen, sozusagen der Geburtshelfer einer solchen neuen Prosperitätsphase zu werden und darauf ihre potentielle zukünftige Hegemonie zu gründen. Das ist weder ökonomisch realistisch, noch wären die sozialen Probleme damit gelöst, noch wäre ein solcher Wachstumsschub ökologisch vertretbar, und er hinge auch kaum davon ab, ob die Linke nun besonders ausgefeilte Konzepte dafür entwickelt hätte.

Zudem erscheint es mir auch als falsch, die gegenwärtige Schwäche der Linken auf konzeptionelle oder politische Fehler zurückzuführen. Es gibt wesentlich wirkungsmächtigere materielle Determinanten der gesell-

schaftlichen Kräfteverhältnisse, nämlich sozialökonomische und historisch entwickelte sozialkulturelle, politische und „ideologische“ (das gesellschaftliche Bewußtsein und das Feld der intellektuellen Auseinandersetzung betreffende) Konstellationen, die nur in langdauernden Auseinandersetzungen auf all diesen Feldern zu verändern sind, zu denen eine Vielfalt linker Kräfte ihren je spezifischen Beitrag leisten.

Dazu gehört natürlich auch ein zeitgemäßes inhaltliches Angebot. Ein besonderer Beitrag des in erster Linie auf dem intellektuellen Terrain tätigen spw-Zusammenhangs liegt in der Tat darin, sich um die konzeptionelle Weiterentwicklung und Diskussion und insbesondere um die Einordnung der unterschiedlichen Reformvorstellungen in ein tragfähiges ökonomisches Gesamtkonzept zu bemühen. Dabei sind eigene Vorschläge wichtig, noch wichtiger aber ist ein breiter Diskurs, in dem die Anforderungen aus verschiedenen Sektoren der potentiellen gesellschaftlichen und politischen Basis eines sozialökologischen Umbauprojekts ausgetauscht und weiterentwickelt werden. Denn viele Elemente einer Umbaukonzeption liegen ja durchaus bereits vor. Mir scheint es besonders darauf anzukommen, daß die Verbindung und Kohärenz dieser Elemente vorangetrieben und die verschiedenen Kräfte zusammengeführt und gebündelt werden.

Was nun die inhaltliche Seite betrifft, sind die von Ulf-Birger Franz genannten Punkte sicher wichtig. Aber die Kernfrage ist, ob es gelingt, wieder verstärkten gesellschaftlichen Zugriff und Steuerungsfähigkeit in Bezug auf die Finanzströme und die Verteilungs- und Nachfrageverhältnisse zu erlangen. Das geht nicht ohne verstärkte staatliche Regulierung und Umverteilung zu Lasten hoher Gewinne und Einkommen, insb. aus Kapitalvermögen. Staatliche Regulierung und der Einsatz öffentlicher Finanzmittel sind und bleiben die wirksamsten Instrumente politischer Gestaltung unter kapitalistischen Bedingungen. Der Ausbau wirtschaftsdemokratischer Gestaltungsmöglichkeiten ist dazu komplementär zu sehen und bedarf ja selbst eines staatlich gesetzten Rahmens. Die wichtigste Bedingung dafür sind nicht neue Konzepte, sondern die Mobilisierung gesellschaftlichen Drucks für eine solche Politik, um sie gegen den Widerstand des Kapitals durchsetzen zu können.

Die Auflösung des „fordistischen Diamanten“ als zentrale Krisenursache ...

Auch Thomas Westphal analysiert in seinem Aufsatz „Programmiertes Wachstum und moderner Kapitalismus“ in spw 102, 4/98, S. 25-31, den Strukturwandel der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren und Jahrzehnten. Als Kernproblem sieht er dabei die Auflösung des deutschen „fordistischen Diamanten“ (eine Begriffsbildung des Ökonomen Porter) und des spezifischen Zusammenhangs dieser exportorientierten Leitsektoren (Automobil, Chemie, Maschinenbau, Elektrotechnik) mit ihrem binnen- und regionalwirtschaftlichen Umfeld, das sich wechselseitig stabilisierte und förderte und die in den traditionellen Wirtschaftssektoren freigesetzte Beschäftigung aufsaugte. Es entwickelte sich eine zunehmende Spaltung zwischen 1. „global players“, 2. lokal gebundenen Zulieferern und mittelständischen exportorientierten Unternehmen, und 3. der für den regionalen Markt produzierenden Wirtschaft, deren Leistungsfähigkeit zunehmend von den weltmarktorientierten Industriesektoren abgeschöpft wird. Diese von einer „neo-merkantilistischen“ Politik vorangetriebene Unterordnung und Schwächung der binnenwirtschaftlichen Sektoren führe dazu, daß bei wachsender Produktivität und Gewinnen die Arbeitslosigkeit weiter steigt und letztlich auch die spezifischen Wettbewerbsvorteile der deutschen Industrie zerstört werden.

Als Alternative fördert Westphal eine Politik zur Entwicklung eines „neuen unverwechselbaren ‚Diamanten‘, eines ‚Maßanfertigungs-Diamanten‘, der optimal in die internationalen Wertschöpfungsketten integriert ist“. Dafür soll ein „produktives Kooperations- und Entwicklungsbündnis“ zwischen den lokal gebundenen und den regionalwirtschaftlichen Unternehmen gebildet werden. Wenn ich es richtig verstanden habe, geht es letztlich darum, die Exportbasis der deutschen Wirtschaft in einer Weise umzubauen, daß davon in höherem Maße Wachstums- und Beschäftigungsimpulse in die regionale Ökonomie ausgehen, bzw. die regionale Ökonomie in einer Weise zu entwickeln, daß sie eine dynamische Basis auch für neue Exportsektoren bildet. Der gemeinsame Nenner soll die Orientierung auf Kompetenzen zur Befriedigung spezifischer Kundenbedürfnisse sein statt auf relativ standardisierte Produkte.

Permanente Unter- auslastung von Produktionspotentialen und insb. Arbeitslosigkeit sind der Normalfall kapitalistischer Entwicklung, Phasen beschleunigter Kapitalakkumulation an den Potentialgrenzen wie in der Nachkriegszeit sind die Ausnahme.

Die Kernfrage ist, ob es gelingt, wieder verstärkten gesellschaftlichen Zugriff und Steuerungsfähigkeit in Bezug auf die Finanzströme und die Verteilungs- und Nachfrageverhältnisse zu erlangen.



176 Seiten, Broschur,
Tabellen, Schaubilder und Infotexte
ISBN 3-89502-087-7
DM 24 / öS 175 / sFr 22

Vorwort: Oskar Lafontaine

Das Stichwort heißt Globalisierung. Die entscheidende Frage lautet: Welche Schlussfolgerungen muß die Politik aus der zunehmenden Globalisierung der Märkte ziehen? Mit dieser Frage beschäftigt sich das vorliegende Buch. Auf der Grundlage einer Analyse der ökonomischen Entwicklungen der letzten Jahre und einer Auseinandersetzung mit der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion versucht der Autor auszuloten, welche Spielräume die nationale Politik angesichts der ökonomischen Internationalisierungsprozesse hat, um die Binnenwirtschaft zu stärken und die Massenarbeitslosigkeit abzubauen. Das Fazit lautet: Eine Reformpolitik für mehr wirtschaftliche Dynamik und für mehr Arbeitsplätze ist möglich, für wirtschaftspolitischen Fatalismus gibt es keinen Grund. Notwendig aber – auch das macht das Buch deutlich – ist eine grundlegende Kurskorrektur in der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Handlungsnotwendigkeiten sind klar, die politischen Handlungsmöglichkeiten sind gegeben. Beides macht das vorliegende Buch deutlich.«

In jeder guten Buchhandlung

Horlemann-Verlag
Postfach 1307
53583 Bad Honnef
Fax. 0 22 24 / 54 29
e-mail: horlemann@aol.com

Bitte fordern Sie unser aktuelles
Gesamtverzeichnis an!

... und der Aufbau eines „Maßanfertigungs-Diamanten“ als Ausweg?

Die Kritik an der von Westphal „neomerkantilistisch“ genannten Politik ist m.E. richtig und die Forderung nach einer gezielter an den regional mobilisierbaren Kompetenzen ansetzenden Wirtschaftsstrukturpolitik grundsätzlich sinnvoll. Aber ihr Stellenwert muß redimensioniert werden. In dem Artikel von Westphal erscheint sie nämlich als die Strategie, auf die die gesamte wirtschaftspolitische Konzeption ausgerichtet ist. Sie setzt im Kern darauf, durch – nicht globale, sondern sehr spezifische – angebotsorientierte Förderung neue Wachstumsfelder zu erschließen, die als „dynamischer Kern für eine beschäftigungswirksame Wirtschaftsentwicklung“ wirken sollen. Dies ist m.E. für eine regionale Wirtschaftspolitik (etwa für das Ruhrgebiet, wo sich in der Tat ein Zerfall traditioneller montanindustrieller Kernsektoren feststellen läßt) zur Überwindung einer relativen Wachstumsschwäche gegenüber der Gesamtwirtschaft ein richtiger Ansatz – und mehr oder minder der einzig mögliche, wenn der Zugriff auf die Instrumente nationalstaatlicher Politik fehlt. Aber als Vorschlag für eine alternative Wirtschaftspolitik auf nationaler (konkret: deutscher) oder gar europäischer Ebene trägt das nicht bzw. kann nur ein Teilelement sein.

Zum einen ist hier anders als etwa im Ruhrgebiet der Zerfall bisheriger Kernsektoren nicht das Problem, sondern es läßt sich eine erhebliche Stabilität der Weltmarktposition und der zentralen Exportbranchen Deutschlands verzeichnen.² Die wachsende Arbeitslosigkeit ist gesamtwirtschaftlich gesehen nicht dem Zerfall des deutschen „fordistischen Diamanten“ geschuldet (ungeachtet dessen, daß natürlich erhebliche Veränderungen der Betriebsweise und eine Erosion „fordistischer“ Strukturen feststellbar sind), sondern dem Zusammentreffen – nicht nur in Deutschland – sinkender Wachstumsraten mit zwar auch gesunkenen, aber weiterhin hohen Produktivitätssteigerungen und mit einer Verlangsamung des langfristigen Trends der Arbeitszeitverkürzung bei weiter steigendem Erwerbspersonpotential.

Dementsprechend ist es auch kein für Deutschland gesamtwirtschaftlich tragfähiger Lösungsweg, einen neuen „Spezialisierungsvorteil“ durch die Etablierung eines „Maßanfertigungs-Diamanten“ zu schaffen. Das würde

faktisch bedeuten, auf noch größere Exportüberschüsse zu setzen (durch noch höhere Exporte oder geringere Vorleistungsimpporte, was im Saldo denselben Effekt hat). Das würde die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte verstärken und Gegenreaktionen hervorrufen (Aufwertungstendenzen, verstärkten Lohnkostensenkungswettbewerb, politische Auseinandersetzungen in der EU etc.), die wiederum die ökonomischen Probleme bestimmter inländischer Wirtschaftsbereiche und ihren Ruf nach weiterer Zurückhaltung bei Löhnen und Abgaben vergrößern würden. Auch den Anforderungen ökologischen Umbaus wird man so nicht gerecht. Die zentralen Probleme liegen in den makroökonomischen und gesellschaftlichen Disproportionen und Regulierungsdefiziten und können nicht mit mikro- und mesoökonomischen Ansätzen bewältigt werden.

Alternative Wirtschaftspolitik

Entscheidend ist demgegenüber ein – möglichst gleichgerichtet zumindest in den wichtigsten europäischen Ländern verfolgter – wirtschafts- und verteilungspolitischer Kurswechsel zu einer Steigerung der Binnennachfrage und Niedrigzinspolitik, verbunden mit – auch mit Hilfe staatlicher Rahmensezung und Förderung – beschleunigter Arbeitszeitverkürzung und einer Stärkung der Gestaltungsrechte der Beschäftigten und Gewerkschaften sowie aktiver Arbeitsmarktpolitik und einer Weiterentwicklung des Sozialstaats. Durch einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor sind brachliegende Arbeitskraftpotentiale für gesellschaftliche Bedarfswelder zu mobilisieren. Ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm ist insbesondere auf Felder ökologischen Umbaus auszurichten, verbunden mit einer ökologischen Steuerreform.³ Eingegliedert in diesen Rahmen ist eine gezielte regionale und sektorale Strukturpolitik im Sinne des Artikels von Thomas Westphal ein wichtiges Element alternativer Wirtschaftspolitik – nicht mehr und nicht weniger.

Besonderer Beachtung und Diskussion bedarf dabei – auch aus politischen Gründen – der Umgang mit dem klein- und mittelbetrieblich geprägten regionalwirtschaftlichen Sektor der Ökonomie, mit einem hohen Dienstleistungsanteil, der unbestritten die größten Beschäftigungspotentiale aufweist. Durch die Stärkung der privaten und öffentlichen Binnenachfrage wird dieser Sektor ein

Stück weit automatisch gefördert, aber darüber hinaus sind weitere Aktivitäten nötig, um die hier liegenden Potentiale für gesellschaftlich sinnvolle Arbeit in sozial regulierter Form auszuschöpfen. Globale Subventionierungen dürften dabei weniger effizient sein, und insb. ist eine weitere Aufspreizung des Lohngefüges durch Ausweitung von Niedriglohnbereichen zu vermeiden – auch weil das im Widerspruch zu der notwendigen Politik beschleunigter Arbeitszeitverkürzung steht: diese wird sich nur verwirklichen lassen, wenn verkürzte Arbeitszeiten für alle Beschäftigtengruppen finanziell und bezüglich ihrer sozialen Absicherung verkraftbar sind, also bei einer relativ egalitären Einkommensverteilung.⁴

Zwischen Markt und Staat, Kapital und Politik

Zu den weitergehenden Perspektiven sozialistischer Gesellschaftsreform hat sich zuletzt Uwe Kremer in seinem Artikel „Moderner Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie“ in spw 100, 2/98, S. 20-26, geäußert. Er schlägt vor, dazu „jenseits der ideologischen Markt-Staat-Debatte“ auszugehen von dem „Geflecht von Instanzen, Verbänden und Körperschaften (...), die ‚zwischen‘ Markt und Staat angesiedelt sind. Und hierzu sind auch die großen Konzerne zu zählen, die mit ihren Bürokratien und Strategien real als gesellschaftliche Einrichtungen agieren und dabei ebenso real Investitionslenkung und Planwirtschaft betreiben“. Hier sollen plurale gesellschaftliche Interessen in den ökonomischen Mechanismus des modernen Kapitalismus eingebaut werden. Es geht um eine „demokratische Selbstverwaltung der Wirtschaft, (...) ökonomischen Wettbewerb um ökologische und soziale Problemlösungen“ und die „demokratische Kontrolle der Akkumulation“.

Dabei erscheint mir zunächst problematisch, in dieser Weise zivilgesellschaftliche Elemente in einen Topf zu werfen mit kapitalistischen Großkonzernen. Diese sind keineswegs „gesellschaftliche Einrichtungen“ in dem Sinne, daß vielfältige gesellschaftliche Interessen da irgendwie so einfach eingebracht werden könnten, sondern sie verfolgen mit ihren Investitionsplanungen nur ein wesentliches Ziel, das Kremer auch selbst sieht: „In der Realität kollidiert das überkommene (einzel)kapitalistische Profitkalkül regelmäßig mit den Anforderungen einer umfassenden sozial-ökolo-

gischen Modernisierung.“ Die schwierige Aufgabe besteht darin, die bisherige Dominanz dieses Profitkalküls gegenüber der ganzen Vielfalt anderer gesellschaftlicher Interessen zu überwinden (und zugleich massive ökonomische Krisen und Ineffizienzen zu vermeiden).

Also, wie soll es gehen? Uwe Kremer nennt eine Reihe von Ansatzpunkten und Aufgabenfeldern, die hierfür wichtig wären, so eine ökonomische Kultur, die sich an „Stakeholder“ bzw. „Workholder Value“-Ansätzen (also Einbeziehung der Interessen der Beschäftigten) anstatt einseitig am „Shareholder-Value“ (Steigerung des Unternehmenswerts für die Anteilseigner) orientiert, die kooperative Gestaltung des Handwerks- und personenbezogenen Dienstleistungssektors, die Ökologisierung der Wirtschaftsweise und eine veränderte volks- und betriebswirtschaftliche Rechnungsführung, eine Infrastruktur-Offensive und einen reformierten öffentlichen Sektor, die Demokratisierung der Regionalwirtschaft, eine demokratisierte Konzernverfassung und eine demokratische Kontrolle und perspektivisch Vergesellschaftung des Kreditwesens. Das sind grundsätzlich sinnvolle und notwendige Punkte, wenngleich im einzelnen noch sehr viele Fragen offen bleiben und weiter diskutiert werden müssen, nur als Beispiel: wie man eine veränderte Rechnungsführung so implementieren will, daß die darin verankerten sozialen und ökologischen Kriterien im Kalkül privater Unternehmen für Investitionsentscheidungen auch tatsächlich relevant werden gegenüber dem Profitziel.

Ein Hauptproblem scheint mir grundsätzlich zu sein, daß Unternehmen, die soziale und ökologische Kriterien beachten, in der Regel höhere Kosten haben werden als solche, die das nicht tun (müssen), und daher in der Konkurrenz mit diesen einen Nachteil aufweisen. Das begrenzt die Reichweite von Ansätzen, die auf der Demokratisierung der einzelwirtschaftlichen oder der regionalen Ebene aufbauen, weil auf diesen Ebenen die notwendige möglichst weitgehende Verallgemeinerung dieser Kriterien bzw. Ausschluß von Konkurrenz, die diese Kriterien nicht beachtet, oder der Ausgleich entsprechender Mehrbelastungen, nicht gewährleistet werden können. Deshalb ist es auf absehbare Zeit unumgänglich, die Politik auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene, ihre Umorientie-

rung und die Erweiterung ihrer Steuerungsmöglichkeiten zur Umsetzung einer demokratischen Rahmenplanung in den Mittelpunkt einer sozialistischen Alternative zu stellen – aus sachlicher Notwendigkeit und nicht aus ideologischer Vorliebe.

Der von neoliberaler Seite ideologisch und gegen jegliche gesellschaftliche Regulierung geführten „Markt-Staat-Debatte“ kann und darf die Linke nicht aus dem Weg gehen, sondern muß offensiv dagegenhalten und verdeutlichen, daß nicht der Staat die Probleme eines ansonsten problemlos funktionierenden Marktes verursacht, wie es die Neoliberalen behaupten, sondern die kapitalistische Marktwirtschaft selbst die Probleme hervorbringt, die mittels staatlicher Eingriffe mehr schlecht als recht in Grenzen gehalten werden. Die Linke muß allerdings auch verstärkt eigene Vorschläge zur Modernisierung des Staates in die Debatte einbringen – zur Steigerung, Effektivierung und Demokratisierung der öffentlichen Leistungen und Regulierungen, nicht zu ihrem Abbau und ihrer verstärkten Unterordnung unter Anforderungen „der Wirtschaft“.

Die Bedeutung von Investitionsfonds

Auf zwei Punkte in Uwe Kremers Aufsatz möchte ich noch genauer eingehen, nämlich die Frage der Investitionsfonds und die der sozialistischen Potentiale im modernen Kapitalismus allgemein.

Ich teile die Auffassung, daß Investitionsfonds eine zentrale Rolle in einer sozialistischen Produktionsweise spielen sollten, um mit den darin konzentrierten Finanzmassen ökologische und soziale Steuerung auszuüben. Allerdings müßte stärker zwischen sehr verschiedenen Arten von Fonds unterschieden werden, also ob es um Fonds geht, in denen Finanzmittel für bestimmte Zwecke gesammelt und verwendet werden, wie es z.B. für die Sozialversicherungen gilt, aber auch für Infrastrukturinvestitionen möglich wäre, oder um Fonds, die ihre Mittel als Kapital zum Zwecke der Verwertung investieren, oder noch spezieller um Fonds, die Anteile an Unternehmen erwerben (entweder zwecks Verwertung, oder um andere Ziele zur Geltung zu bringen).

Die gegenwärtigen privaten Investmentfonds sind Sammelstellen privaten Kapitals, die mit unterschiedlichen Schwerpunkten in ihrer

Die zentralen Probleme liegen in den makroökonomischen und gesellschaftlichen Disproportionen und Regulierungsdefiziten und können nicht mit mikro- und mesoökonomischen Ansätzen bewältigt werden.

Eingeordnet in den Rahmen Alternativer Wirtschaftspolitik ist eine gezielte regionale und sektorale Strukturpolitik im Sinne des Artikels von Thomas Westphal ein wichtiges Element – nicht mehr und nicht weniger.

ISW sozial-ökologische
wirtschaftsforschung e.V.

**analysen
fakten & argumente**

isw-report

erscheint vierteljährlich, 5,- DM + Versand
Jahresabo incl. wirtschaftsinfo: 30,- DM

**150 Jahre Geschäfte des
Siemens-Konzerns**
(Nr. 33, Okt. 97), 44 S., 6,- DM

Globalisierung und Multis
(Nr. 34, Januar 1998)

**Bilanz neoliberaler Wirtschafts-
und Sozialpolitik** (Nr. 35, Mai 1998)

Süd-Globalisierung (Nr. 36, Aug. 98)

isw-spezial

Cuba libre – Kuba liberal?
(Nr. 9, Januar 1997), 5,- DM + Vers.

Energiesteuer – und dann?
(Nr. 10, April 97), 80 S., 8,- DM + Vers.

GRAFIKDIENTST
ISW Nr. 5
Institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

ARBEITS-LOS



Neu!

Süd-Globalisierung

Die Entwicklungsländer
in der Weltwirtschaft



Neu!

ISW REPORT NR. 36
Institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

isw-wirtschaftsinfo

**Wirtschaftskrise in Südostasien
und die Weltwirtschaft**
(Nr. 27, Jan. 98), DM 5,- + Versand

isw-grafikdienst

Der Steuerskandal
(Nr. 3, Juni 96) 10,- DM + Versand
Armut und Sozialabbau
(Nr. 4, Jan. 97) 10,- DM + Versand
Arbeits-Los
(Nr. 5, April 98) 10,- DM + Versand

**Prospekte anfordern,
bestellen, abonnieren**

isw – institut für sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-v.-Werth-Str. 3, 80639 München
fon: 089-130041, fax 089-168 94 15

Anlagestrategie (unterschiedliche Arten von Wertpapieren, regionale Schwerpunkte, v.a. unterschiedlich stark auf Risiko oder auf Sicherheit orientiert) alle dasselbe Ziel verfolgen: das Vermögen ihrer AnlegerInnen zu mehren. Ethisch oder ökologisch orientierte Fonds spielen nur eine marginale Rolle, die großen Aktienfonds sind im Gegenteil zentrale Träger des „Shareholder-Value“-Prinzips. Soweit es um Fonds geht, die um die Einlagen individueller Kapitalanleger miteinander konkurrieren, wird sich das auch nicht ändern. Dabei gehe ich von der schon genannten Hypothese aus, daß unter Konkurrenzbedingungen stärkere Beachtung sozialer und ökologischer Kriterien in der Regel zu geringeren Renditen führen wird (wenn das im Selbstlauf anders wäre, wäre der Kapitalismus die sozialste und ökologischste Produktionsweise, was offenbar nicht der Fall ist), was die Attraktivität solcher Fonds entscheidend schmälert.

Es muß also um Fonds einer anderen Art gehen, die sich anders finanzieren und anders verwaltet werden. Wenn Gewinnanteile oder Lohnanteile diese Fonds speisen soll, kann das keine Frage individueller Entscheidung sein, sondern muß kollektiv geregelt werden. Soweit es um Gewinnbestandteile geht, handelt es sich jedenfalls um einen Eingriff in das Eigentumsrecht, der massiven Widerstand der Kapitalseite hervorrufen wird, wenn die Fondsmittel dann nicht den Unternehmen zur Verfügung stehen, sondern demokratisch verwaltet und sozial-ökologisch ausgerichtet werden sollen. Eine Ausnahme könnten höchstens Bereiche darstellen, in denen sozusagen überbetriebliche Aufgaben der Unternehmen gemeinsam bearbeitet werden, etwa Qualifizierung der Beschäftigten oder bestimmte Forschungsprogramme. Es stellt sich die Frage, ob nicht eine Abschöpfung durch Steuern oder Abgaben zugunsten bestimmter sozialer oder ökologischer Zwecke einfacher und sachgerechter wäre und eine stärkere gesellschaftliche, nicht nur an den Interessen einer bestimmten Branche orientierte Gestaltung ermöglichen (z.B. im Ausbildungsbereich gesetzliche Umlagefinanzierung statt Kammerumlagen). Auch dann könnten diese Mittel ja aus den allgemeinen öffentlichen Haushalten ausgegliedert und in Fonds zusam-

mengefaßt werden, die für bestimmte Zwecke und in bestimmten Regionen eingesetzt und demokratisch verwaltet würden. Sie könnten eine eigenständige finanzielle Basis der Tätigkeit von Wirtschafts- und Sozialräten sein.

Ein Nachteil von Investitionsfonds, die mit dem Anspruch einer – wenn auch ggf. unterdurchschnittlichen – Verwertung des Kapitals verbunden wären, wären außerdem erheblich eingeschränkte Verwendungsmöglichkeiten. Z.B. könnten Infrastrukturprojekte, die der Bevölkerung kostenlos oder zu nicht kostendeckenden Preisen zur Verfügung gestellt würden und deren gesellschaftlicher Nutzen z.B. in der Vermeidung sozialer Kosten oder negativer ökologischer externer Effekte bestünde, daraus nicht finanziert werden. Genau in der Finanzierung von Nachfrage für solche sozial-ökologischen Investitionen besteht aber ein zentraler Engpaß, der nur durch öffentlich organisierte Umverteilung von Einkommen behoben werden kann, durch Haushaltsmittel oder durch Fonds, die keine Verwertungsansprüche beinhalten. Ansonsten liegt die Schlüsselfrage ökologischen Umbaus darin, durch entsprechende Rahmensetzung die Bedingungen so zu verändern, daß Umbau-Investitionen erzwungen oder ökonomisch rentabel gemacht werden, dann werden sich die entsprechenden Kapitalmassen schon mobilisieren lassen.

**Sozialistische Potentiale im
modernen Kapitalismus**

Uwe Kremers Suche nach Anknüpfungspunkten für sozialistische Gestaltung in diversen Phänomenen des modernen Kapitalismus hängt nicht nur mit Gesichtspunkten der Praktikabilität und Durchsetzbarkeit zusammen, sondern auch mit seiner grundsätzlichen strategischen Einordnung dieser Phänomene. Er geht davon aus, daß sich bereits unter kapitalistischer Herrschaft sozialistische Elemente oder Potentiale herausbilden, die Ausgangspunkte weitergehender Veränderung sein können. Ich teile diese Sicht prinzipiell, würde aber differenzieren: Als „sozialistische Elemente“ würde ich nur solche Strukturen bezeichnen, in denen sich gesellschaftliche Gestaltung artikuliert, insb. sozialstaatliche und demokratische Strukturen oder ökologische Regulierungen (ohne auf der anderen Seite ihre kapitalistische Formierung

und Funktionalisierung zu übersehen).

Uwe Kremer bezieht das aber auch auf Strukturen, die von der kapitalistischen Entwicklungslogik selbst hervorgebracht werden, die Entwicklung der Produktivkräfte einschließlich der subjektiven Kompetenzen, die fortschreitende Ausdifferenzierung und Flexibilität der Produktion, die wachsende Bedeutung der Qualität gegenüber der bloßen Quantität der notwendigen Arbeit, aber auch auf Formen kapitalistischer Vergesellschaftung wie Aktiengesellschaften oder eben Investmentfonds. Hier würde ich lediglich davon sprechen, daß der Kapitalismus materielle Bedingungen sozialistischer Gesellschaft hervorbringt, aber nicht davon, daß es sich dabei selbst schon um „sozialistische Elemente“ oder „Potentiale“ handelt. Hier liegt m.E. ein unzutreffender Analogieschluß von der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft in einem noch feudalen Umfeld vor. Während sich diese und Anfänge der kapitalistischen Produktion in den Städten entwickeln und aus ihrer eigenen Dynamik heraus vorbürgerliche Formen zurückdrängen konnten, bis die Fesseln der alten Gesellschaft endgültig zu eng geworden waren und gesprengt wurden, gibt es diese sozusagen naturwüchsige Entwicklung sozialistischer Produktion und Gesellschaft unter kapitalistischen Bedingungen nicht.

Ob und inwieweit die im Kapitalismus entwickelten materiellen Bedingungen sozialistische Qualität gewinnen können, hängt immer davon ab, daß auf dieser Grundlage sozialistische gesellschaftliche Gestaltung zum Tragen kommt und in Auseinandersetzung mit den herrschenden kapitalistischen Klassen durchgesetzt wird. Vielfach ist es sogar so, daß an den modernsten Produktivkräften nicht sozialistische Qualität, sondern im Gegenteil der Widerspruch zwischen ihrem potenziellen gesellschaftlichen Nutzen und den Schäden und Deformationen besonders deutlich wird, die daraus resultieren, daß sie unter kapitalistischer Regie entwickelt und eingesetzt werden. Z.B. in Bezug auf moderne Produktions- und Informationstechniken, die statt zu allgemeiner Erleichterung und Verkürzung der Arbeit und Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen zu führen, mit Arbeitslosigkeit der einen und Überarbeitung und Unterordnung des Le-

bens unter Anforderungen „flexibler“ Erwerbsarbeit bei den anderen und zu wachsender Übernutzung natürlicher Ressourcen verbunden sind. Und Marx und Engels sahen die Aktiengesellschaften nicht deshalb als Schritt in Richtung Sozialismus, weil sie selbst schon gewisse sozialistische Qualität hätten, sondern weil sie den Gegensatz zwischen gesellschaftlichem Reichtum und privatem Eigentum auf die Spitze trieben, die Überflüssigkeit der Bourgeoisie für die Leitung des Produktionsprozesses demonstrierten und so die Abschaffung des kapitalistischen Eigentums vorbereiteten.

Ich teile an dieser Stelle weder die Sicht von Kremer noch die von Marx und Engels, die in einem Punkt hier wieder übereinstimmen: Sie gehen nämlich alle nicht nur davon aus, daß der Kapitalismus materielle Existenzbedingungen des Sozialismus hervorbringe, sondern auch davon, daß dies notwendigerweise über kurz oder lang zur Überwindung des Kapitalismus und Durchsetzung von Sozialismus führen müsse – sei es durch Umschlagen der zugespitzten Widersprüche in Form einer proletarischen Revolution oder durch Fortentwicklung „sozialistischer Potentiale“, die sich im modernen Kapitalismus herausbilden. Ich halte beides für Varianten eines historischen Determinismus (und zugleich Optimismus), der so nicht mehr haltbar ist.

Dominanz demokratischer Gestaltung durchsetzen

Damit will ich nicht den Historischen Materialismus verabschieden, sondern ihn von voreiligen Analogieschlüssen und Prognosen befreien, die gerade nicht hinreichend materialistisch fundiert sind, sondern bei denen eher der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen zu sein scheint. Realistischer scheint mir die bekannte Alternativformulierung „Sozialismus oder Barbarei“ zu sein – Barbarei dabei nicht als Rückfall in vormoderne Formen, sondern als Weiterentwicklung der zerstörerischen und antihumanen Potentiale der kapitalistischen Produktionsweise und darauf beruhenden Gesellschaften. Wobei „Barbarei“ nicht den Untergang der menschlichen Kultur bedeutet, sondern relativ ist, eine Frage der Bewertung gesellschaftlicher Zustände und der Diskrepanz zwischen zivilisatorischen Möglichkeiten und Wirklichkeit, und in globalem Maßstab betrachtet schon

auf die gegenwärtigen Verhältnisse in erheblichem Umfang zutrifft. Wenn man die fortschreitenden sozialen Spaltungen betrachtet, die Zurückdrängung schon mal durchgesetzter sozialistischer Elemente, die Stärkung des sich weiter und zunehmend international konzentrierenden Kapitals gegenüber der Schwäche und Zersplitterung der linken Kräfte, dann ist dies alles gerade auch mit den modernsten Entwicklungen im Kapitalismus verbunden – und in dem Land, das gemeinhin Vorreiter kapitalistischer Modernisierung ist, dessen Entwicklungen i.d.R. mit gewisser Verzögerung und in ggf. abgeschwächter Form auch auf die weitere kapitalistische Welt übergreifen, den USA, am weitesten fortgeschritten.

In Bezug auf diese modernsten Entwicklungen besteht die besondere Aufgabe der Linken jedenfalls darin, dafür zu sorgen, daß auch sie gesellschaftlicher Kontrolle und Regulierung unterworfen werden, damit ihre Probleme beherrscht und ihre produktiven Potenzen allen zugute kommen können – auch wenn das von Neoliberalen als „Blockade“ verteufelt werden wird. Die Perspektiven sozialistischer Gesellschaftsveränderung hängen davon ab, ob es gelingt, die Richtung des Fortschritts zu ändern, demokratische Gestaltung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen nach sozialen, ökologischen und kulturellen Zielen als dominant gegenüber der privaten Reichtumsvermehrung durchzusetzen.⁵ Dafür mangelt es hierzulande nicht an den technologischen und ökonomischen Möglichkeiten, sondern an den sozialen, kulturellen und politischen Bedingungen. spw

Der von neoliberaler Seite ideologisch und gegen jegliche gesellschaftliche Regulierung geführten „Markt-Staat-Debatte“ kann und darf die Linke nicht aus dem Weg gehen, sondern muß offensiv dagegegnhalten.

Ob und inwieweit die im Kapitalismus entwickelten materiellen Bedingungen sozialistische Qualität gewinnen können, hängt immer davon ab, daß auf dieser Grundlage sozialistische gesellschaftliche Gestaltung zum Tragen kommt.

¹ Aus meiner Sicht immer noch die besten empirisch fundierten marxistisch orientierten Darstellungen dazu sind: Jan Priebe: Krisenzyklen und Stagnationstendenzen in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1988, und: Jörg Goldberg: Von Krise zu Krise, Köln 1988; beide leider nur noch in Bibliotheken erhältlich.

² Vgl. Arne Heise u.a.: Begutachtung des Wirtschaftsstandorts Deutschland – aus einer anderen Sicht, in: WSI-Mitteilungen 6/1998, insb. S. 397f.

³ Vgl. die jährlichen Memoranden der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, zuletzt Köln 1998

⁴ Vgl. Gerhard Bosch: Das Ende von Arbeitszeitverkürzungen? Zum Zusammenhang von Arbeitszeit, Einkommen und Beschäftigung, in: WSI-Mitteilungen 6/1998, insb. S. 358

⁵ Vgl. Ralf Krämer: Thesen zum Verhältnis von Kapitalismus und Sozialismus, in: spw 2/93, S. 49-53

MULTI MEDIA MULTI MEDIA MULTI MEDIA MULTI MEDIA

Nettcape - SPW - Zeitschrift für Sozialistische Politik und Watschaft

spw verschenkt
2 Bücher
für 1 neues
spw-Abo

Bitte zwei Kennziffern auf der **spw**-Abokarte für **spw**-Buchprämien angeben.



1

Jürgen Ritsert
Berechtigung und Gleichheit
Einstiege, Band 1,
189 S.,
Ladenpreis DM 29,80



4

Jane Knowles
Facetten der Liebe
Eine Reise durch die
Welt der Gefühle,
182 S.,
Ladenpreis DM 26,-



2

Eun-Jeung Lee
Konfuzianismus und Kapitalismus
Aktuelle Kontroversen,
Einsprüche Band 6,
159 S.,
Ladenpreis DM 24,80



5

Hermannus Pfeiffer
Der Kapitalismus frisst seine Kinder
Der Standort Deutschland,
seine Gegner und
seine glorieuse
Zukunft, 218 S.,
Ladenpreis DM 28,-



3

Reinhard Köbler
Entwicklung
Einstiege, Band 3,
190 S.,
Ladenpreis DM 29,80



6

*Hrsg.: Johannes Klotz
und Ulrich Schneider*
**Die selbstbewußte
Nation und ihr
Geschichtsbild**
Faschismus, Holocaust,
Wehrmacht, 182 S.,
Ladenpreis DM 28,-